

Bericht

Auf dem Weg zu einem neuen
CDU-Grundsatzprogramm

Der Weg zum neuen CDU-Grundsatzprogramm

- I. Vorwort
- II. Leitfragen zum neuen Grundsatzprogramm der CDU, Beschluss des 31. Parteitags der CDU Deutschlands vom 7./8. Dezember 2018
- III. Auswahl an O-Tönen aus der Mitglieder- und Verbändebeteiligung zu den Leitfragen
- IV. Beschlüsse der Bundesfachausschüsse zur Beantwortung der Leitfragen
- V. Programm

I. Vorwort

Die CDU hat sich auf den Weg gemacht: Nach 1978, 1994 und 2007 wollen wir uns ein neues Grundsatzprogramm geben. Denn die Welt im Jahr 2020 ist nicht mehr zu vergleichen mit der Welt aus dem Jahr 2007. Damals gab es noch keine Smartphones, Cyberangriffe waren höchstens der Stoff in Science-Fiction-Filmen und unter moderner Bildung verstand man das Verwenden eines Overhead-Projektors – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Weil dieser grundsätzliche Wandel nicht mit den Antworten von gestern gestaltet werden kann, brauchen wir ein neues Grundsatzprogramm. Unsere christdemokratische Haltung zu dieser Welt im Wandel: Darum geht es in diesem Programm.

Von Anfang an war klar: Den Weg zum neuen Grundsatzprogramm gehen wir als Partei gemeinsam. „Mach es zu Deinem Programm!“ – das war die Aufforderung an alle Mitglieder und Verbände im Frühjahr 2018. Und dieser Aufforderung sind viele nachgekommen.

Startpunkt war die Zuhörtour. Bei fast 50 Veranstaltungen in ganz Deutschland, von Konstanz bis Husum, stand vor allem eins im Mittelpunkt: Das Zuhören. Von über 5000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern konnten Tausende Anregungen und Ideen eingesammelt werden. Dann wurde sortiert, geordnet und zusammengefasst. Das Ergebnis: 144 Leitfragen für das neue Grundsatzprogramm, beschlossen auf dem Parteitag in Hamburg im Dezember 2018 (**unter II.**).

Das war der Startschuss für Phase 2: Nach dem Zuhören folgte das Diskutieren. Von Januar bis Ende Oktober 2019 gingen mehr als 3000 Antwortvorschläge zu den Leitfragen in unserem digitalen Mitgliedernetz ein. Tausendfach wurden die Ideen und Vorschläge kommentiert und bewertet (**unter III.**).

Anschließend wurden diese Beiträge unseren neun Bundesfachausschüssen an die Hand gegeben. Ziel der Arbeit in den Bundesfachausschüssen war es, im Lichte der eingegangenen Vorschläge aus dem Beteiligungsverfahren eigene Antworten zu den Leitfragen zu entwickeln. Eigens hierfür haben sie u. a. Strukturen mit Arbeitsgruppen/Unterarbeitsgruppen geschaffen, Anhörungen oder „Kleine Werkstattgespräche“ mit Praktikern und Experten zu einzelnen Themenblöcken durchgeführt. So wurden weitere inhaltliche Impulse aufgenommen, die dazu dienten, die Beiträge der Bundesfachausschüsse zum neuen Grundsatzprogramm zu vertiefen und zu ergänzen (**unter IV.**).

Mit der Debatte der Vereinigungen im Januar 2020 endete die Sammlung der Vorschläge. Und es begann Phase 3: Entscheiden. Den Auftakt machte der Bundesvorstand. Auf seiner Klausurtagung in Hamburg diskutierten und berieten die Mitglieder des Bundesvorstandes die inhaltliche Ausrichtung des Programms und legten eine erste Gliederung und Kapitelschwerpunkte fest. Auf diesen Grundlagen entstand ein Programm (unter V.), das Orientierung gibt und Haltung verdeutlicht. Kürzer und weniger detailliert als bisher. Frischer und anschaulicher in der Sprache. Eine Erzählung der CDU für die 2020er Jahre.



Bundesministerin
Annegret Kramp-Karrenbauer
Vorsitzende der CDU Deutschlands



Paul Ziemiak MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands

**Leitfragen zum neuen
Grundsatzprogramm der CDU**

**Beschluss des 31. Parteitags
der CDU Deutschlands vom 7./8. Dezember 2018**

II. Leitfragen zum neuen Grundsatzprogramm der CDU, Beschluss des 31. Parteitags der CDU Deutschlands vom 7./8. Dezember 2018

Wir als CDU Deutschlands wollen ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten. Der erste Schritt dazu war die Zuhör-Tour von April bis September 2018. Tausende Mitglieder haben mitgemacht und ihre Fragen und Ideen eingebracht. Die Anliegen der CDU-Mitglieder sind alle aufgenommen und in Leitfragen zusammengefasst worden.

Die Mitglieder, Parteigliederungen und Vereinigungen sollen nun bis zum 30. Juni 2019 Vorschläge für die Antworten auf die Leitfragen machen. Sie können eine oder mehrere Leitfragen beantworten. Die Vorschläge sollen den Leitfragen und innerhalb der Leitfragen jeweils den Unterfragen zugeordnet werden, damit durch die Vorschläge eine gute Grundlage für den Austausch von Argumenten während der Programmklausuren und Programmdebatten im Herbst 2019 geschaffen wird.

Die Gliederung der Leitfragen und Unterfragen ist noch nicht gleichbedeutend mit der Gliederung des neuen Grundsatzprogramms. Welche Kapitel in welcher Reihenfolge das Grundsatzprogramm haben wird, wird im Diskussionsprozess entschieden.

Gordian S.: „Wie lässt sich unser christlich-konservatives Wertebild mit der modernen Gesellschaft verbinden?“

Uwe B.: „Christliches Menschenbild, der Mensch muss im Mittelpunkt stehen; Wir wollen Dinge möglich machen und nicht verhindern; Den Menschen im Land Freiheiten geben; klare Regeln, auf Basis unserer Werte, die umgesetzt werden müssen.“

1. Wie gestalten wir als starke Volkspartei der Mitte erfolgreiche Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes?

- 1.1. Was verstehen wir unter dem christlichen Menschenbild, wie prägt es unsere Politik und wie leben wir das „C“?
- 1.2. Was verstehen wir unter Freiheit und Eigenverantwortung?
- 1.3. Wie gelingt Solidarität?
- 1.4. Wie leben wir Gerechtigkeit?
- 1.5. Was ist auf der Basis des Christlichen Menschenbildes konservativ, sozial und liberal?
- 1.6. Wie verstehen wir Subsidiarität?
- 1.7. Mit welchem Anspruch und mit welcher Haltung blicken wir in die Zukunft?

- 1.8. Was macht unser Selbstverständnis als Volkspartei aus und wie können wir auch künftig attraktiv und erfolgreich sein?
- 1.9. Welche Rahmenbedingungen und Strukturen unserer politischen Arbeit müssen wir ändern, um mehr Frauen, mehr junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund für das Engagement in der CDU zu gewinnen?
- 1.10. Wie gehen wir in der CDU miteinander um und wie treffen wir gemeinsame Entscheidungen?
- 1.11. Wie führen wir die Auseinandersetzungen im politischen Wettbewerb und wie grenzen wir uns von anderen Parteien ab?
- 1.12. Was bedeuten für uns politische Verantwortung und politische Führung?

Detlef K.: „Eigenverantwortlichkeit wieder stärker betonen, Selbstständigkeit stärken.“

2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?

- 2.1. Wie schaffen wir die richtige Balance zwischen der Verantwortung des Einzelnen und gesellschaftlicher Solidarität?
- 2.2. Wie ermutigen wir die Bürger zur Übernahme von mehr Eigenverantwortung und wie ermöglichen wir diese?
- 2.3. Wie schaffen wir mehr Raum für Freiheit der Bürger, in der Familie, in der Nachbarschaft und in der Freizeit?
- 2.4. Wo setzt die Freiheit der Bürger dem Handeln des Staates Grenzen?
- 2.5. Welche Rechte und Pflichten hat der Staat gegenüber den Bürgern?
- 2.6. Welche Rechte und Pflichten haben die Bürger gegenüber Staat und Gesellschaft?
- 2.7. Was können Bürger für die Gemeinschaft tun?
- 2.8. Wie kann der Gemeininn durch einen Dienst für die Gesellschaft gestärkt werden?
- 2.9. Wie kann die öffentliche Verwaltung ein moderner, zukunftsorientierter und verlässlicher Dienstleister für die Bürger bleiben?
- 2.10. Wie kann unnötige Bürokratie abgebaut werden?
- 2.11. Welche Chancen bietet die Digitalisierung für die Beziehung zwischen Bürgern und Staat?
- 2.12. Wie sorgen wir für Subsidiarität im politischen Alltag – in den Kommunen, in den Ländern, im Bund und in der EU?

Thomas S.: „Sicherheit, Ordnung und Wohlstand müssen die Leitideen der CDU sein.“

Christoph B.: „Wie können wir die Innere Sicherheit verbessern, ohne Grundrechte zu verletzen und ohne Polizeistaat zu erhalten?“

3. Wie gelingt ein Leben in Sicherheit?

- 3.1. Wie stehen für uns Freiheit und Sicherheit zueinander?
- 3.2. Wie stellen wir sicher, dass Recht und Gesetz schnell und konsequent durchgesetzt werden?
- 3.3. Wie machen wir die Sicherheitsarchitektur des Staates schlagkräftiger im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität?
- 3.4. Wie unterstützen wir unsere Polizei und die anderen Sicherheitsbehörden?
- 3.5. Was erwarten wir von einem starken Rechtsstaat und einer verlässlichen Justiz?
- 3.6. Wie begegnen wir Cyber-Gefahren?
- 3.7. Wie stärken wir die äußere Sicherheit Deutschlands und die gemeinsame Sicherheit in Europa?
- 3.8. Wie soll unsere Bundeswehr aufgestellt sein?
- 3.9. Mit welchen Partnern und in welchen Bündnissen wollen wir gemeinsam zu mehr Sicherheit in Europa und der Welt beitragen?
- 3.10. Welche Verantwortung haben wir für die Sicherheit außerhalb Europas?
- 3.11. Wie tragen wir zu einer Entwicklung bei, die für mehr Menschen bessere Lebens- und Bleibeperspektiven in Afrika schafft?
- 3.12. Wie treten wir wirksam auf der Welt für gute Regierungsführung, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit ein, um unser Leben insgesamt sicherer zu machen?

Albert P.: „Wie können wir gewährleisten, dass Deutschland auch noch in 30 Jahren eine wirtschaftliche Supermacht ist?“

4. Wie gestalten wir ein wirtschaftlich erfolgreiches und sozial sicheres Leben?

- 4.1. Worin bestehen für uns heute und in Zukunft wirtschaftlicher Erfolg, Wachstum, Wohlstand und gutes Leben?
- 4.2. Wie stellen wir die Weichen, dass die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland auch in Zukunft erfolgreich ist?

- 4.3. Wie sichern wir, dass die Menschen von ihrer Arbeit ein gutes Leben führen können?
- 4.4. Wie sichern wir im internationalen Wettbewerb die Gewinnung von Fachkräften für eine dauerhaft leistungsfähige Wirtschaft?
- 4.5. Wie spornen wir Leistung und Gründergeist an und wie sichern wir die Zukunft des deutschen Mittelstands?
- 4.6. Wie befördern wir, dass Forschung und Innovation erfolgreich in Geschäftsmodelle mit Wertschöpfung in Deutschland umgesetzt werden?
- 4.7. Wie erreichen wir eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung?
- 4.8. Wie leitet uns die Soziale Marktwirtschaft bei der Digitalisierung der Arbeitswelt und welche Chancen sowie Risiken sehen wir in der Arbeitswelt der Zukunft?
- 4.9. Wie führen wir die Sozialpartnerschaft in eine erfolgreiche Zukunft?
- 4.10. Wie stellen wir auch künftig solide Finanzen sicher?
- 4.11. Wie stärken wir faire Handelsbeziehungen mit unseren Partnern weltweit?
- 4.12. Wie festigen wir die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas?

Carolin K., CDU Live 22.5.: „Die wichtigste Investition in unsere Zukunft ist die Bildung künftiger Generationen.“

Leonard P.: „Wir müssen überlegen, welche Bildungsinhalte wir vor den Herausforderungen der Zeit priorisieren.“

5. Wie garantieren wir ordentliche Bildung und exzellente Forschung?

- 5.1. Wie verstehen wir Bildung auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes?
- 5.2. Wie sähen ideale Schulen aus Sicht der CDU aus?
- 5.3. Was sollen frühkindliche Bildung und Schulen vermitteln und was nicht?
- 5.4. Wie können wir dem Leistungsprinzip in der Bildung Geltung verschaffen?
- 5.5. Wie gelingt es uns, die Qualität des Unterrichts so zu verbessern, dass mehr Kinder zu Bildungsaufsteigern werden und dass Inklusion und Integration in unserem Schulsystem funktionieren?
- 5.6. Welche Verantwortung tragen Eltern einerseits und Kinderbetreuungsstätten und Schulen andererseits für die Entwicklung von Kindern?

- 5.7. Wie gestalten wir zentrale und föderale Elemente der Bildungspolitik und wie schaffen wir vergleichbare Bildungsstandards?
- 5.8. Wie stärken wir die berufliche Bildung und die Weiterbildung und wie garantieren wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung?
- 5.9. Wie müssen wir unsere Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiterentwickeln, damit sie zukunftsfähig bleiben?
- 5.10. Wie sichern wir Technologieoffenheit und Forschungsfreiheit?
- 5.11. An welchen ethischen Maßstäben soll sich Forschung orientieren und wie stellen wir dies sicher?
- 5.12. Wie begleiten wir bioethische Entscheidungen politisch?

Ingo P.: „Wann und wie bereitet sich unser Staat auf die zukünftige technologische Entwicklung (Roboterisierung, in Data Mining, der Datenbanken etc.) und deren gewaltige gesellschaftliche Entwicklungen/Veränderungen vor?“

Sven M.: „Am meisten liegt mir am Herzen was unsere Partei für Zukunftskonzepte zum Thema Digitalisierung anbietet. Welche Strategien hat die Partei zu den Strukturwandel in dem Arbeitsmarkt? Wie werden Forschung und Innovation zur Digitalisierung gefördert?“

6. Wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der Menschen?

- 6.1. Wie treiben wir Zukunftstechnologien voran, um das Leben der Menschen zu verbessern?
- 6.2. Wie bringen wir Deutschland beim digitalen Wandel an die Spitze?
- 6.3. Wie schaffen wir eine Kultur für kreative und disruptive Ideen?
- 6.4. Wie treiben wir die Digitalisierung industrieller Prozesse voran?
- 6.5. Wie entwickeln wir durch Aus- und Weiterbildung die Fähigkeiten für die digitale Welt der Zukunft?
- 6.6. Wie fördern wir verantwortlich die Nutzung von maschinellem Lernen und Künstlicher Intelligenz?
- 6.7. Welche ethischen Maßstäbe gelten für den technologischen Wandel?
- 6.8. Welche Rahmenbedingungen und Regeln wollen wir der digitalen Welt geben?
- 6.9. Wie gelingt eine moderne Datenpolitik?

- 6.10. Wie bewahren wir politische Gestaltungsfähigkeit vor dem Hintergrund dynamischen, technologisch getriebenen Wandels?
- 6.11. Wie kann der Staat digitale Innovationen zum Wohl der Bürger nutzen?
- 6.12. Wie entwickeln wir einen internationalen und europäischen Rechtsrahmen sowie einheitliche Standards für die digitale Welt weiter?

Bernhard C.: „Die Zunahme älterer und damit auch kränkerer Menschen und der Rückgang an ärztlichem, pflegerischem und therapeutischem Personal erfordern Überlegungen zu neuen Formen der Gesundheitsversorgung. Im Sinne der Generationengerechtigkeit müssen wir Antworten auf die Frage der Versorgung und Lebensgestaltung der älteren Menschen finden und jungen Menschen und Familien eine Zukunftsperspektive bei tolerabler finanzieller steuerlicher Belastung geben.“

Kerstin S.: „Was versteht die CDU unter Familie? Wie positioniert sich die CDU auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes in der Diskussion um sozioethische Fragen?“

7. Wie unterstützen wir jeden Einzelnen und die Familien in allen Lebensabschnitten?

- 7.1. Wie gelingt es uns, auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes die Bedürfnisse der Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen zu berücksichtigen?
- 7.2. Welchen Stellenwert haben Ehe und Familie für unsere Gesellschaft?
- 7.3. Wie schaffen wir gute Rahmenbedingungen, damit Familien ihren Beruf, die Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen erfolgreich unter einen Hut bringen können?
- 7.4. Wie ermöglichen wir Eltern und Familien, sich nach ihren Wünschen und Bedürfnissen für eine Aufteilung der Erwerbs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit zu entscheiden?
- 7.5. Wie richten wir Familienpolitik am Wohl der Kinder aus, ermöglichen Teilhabe aller und wie unterstützen wir Alleinerziehende und deren Kinder?
- 7.6. Welche Verantwortung haben Eltern und Staat bei der Erziehung, Förderung und Betreuung der Kinder?
- 7.7. Was macht eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik aus?
- 7.8. Wie sähe ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem aus CDU-Perspektive aus?
- 7.9. Was bedeutet für uns menschliche Pflege und wie stellen wir sie sicher?
- 7.10. Wie gewährleisten wir ein gutes Leben im Alter?

- 7.11. Wie gestalten wir eine zukunftssichere Rentenpolitik?
- 7.12. Wie verhalten sich Gerechtigkeit innerhalb der Generationen und Gerechtigkeit zwischen den Generationen zueinander?

Nicole S.: „Wie definiert die CDU Integration? Jeder versteht etwas anderes darunter. Wollen wir Anpassung oder Akzeptanz oder andere Kulturen und Werte?“

Wolf K.: „Was hält eine vielfältige Gesellschaft zusammen?“

Tanja B.: „Unsere Partei muss Antworten auf den schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt finden.“

8. Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen?

- 8.1. Wie stärken wir einen respektvollen Umgang miteinander in unserem Land?
- 8.2. Welche Verantwortung tragen Unternehmen, Gewerkschaften, Verbände, Institutionen und Interessengruppen für den Zusammenhalt?
- 8.3. Wie gelingt übergreifende und sachliche Kommunikation in der politischen Öffentlichkeit?
- 8.4. Welche Verantwortung haben klassische und soziale Medien für die Gesellschaft?
- 8.5. Wie schaffen wir Identität und Zusammenhalt in unserer vielfältigen und individualisierten Gesellschaft?
- 8.6. Welchen Beitrag leisten Kultur und Sport für den Zusammenhalt?
- 8.7. Wie begeistern wir Menschen, für das Gemeinwohl einzutreten?
- 8.8. Wie fördern wir Verständnis füreinander und Ausgleich zwischen den Generationen?
- 8.9. Wie wirken wir sozialer Isolation und Einsamkeit entgegen?
- 8.10. Wie gelingt Integration, was müssen wir dafür tun und was einfordern?
- 8.11. Wie fördern wir vertraute Lebensumfelder und intakte Nachbarschaften?
- 8.12. Wie stärken wir das Vertrauen in die repräsentative Demokratie und den Parlamentarismus und welchen Beitrag kann hierfür politische Bildung leisten?

Jens L.: „Wir sollen uns klar zu unseren Normen und Werten bekennen, weltoffen sein.“

Ulrike K.: „Wie können wir sicherstellen, dass unsere Wertegemeinschaft weiterhin Bestand hat und nicht durch andere Lebensgewohnheiten eingeschränkt wird?“

Magdalena B.: „Inwiefern sollen Traditionen und Werte bewahrt werden (Identität mit der heimatlichen Kultur) und ebenso eine Modernisierung stattfinden?“

9. Was sind unsere Werte, die Deutschland prägen und wie leben wir sie?

- 9.1. Wie stärken wir die Werte, die uns in Deutschland einen?
- 9.2. Was macht uns in Deutschland aus, unterscheidet uns von anderen und was erwarten wir von Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben?
- 9.3. Welche Werte wollen wir bewahren und wo ist Veränderung nötig?
- 9.4. Was verstehen wir unter Heimat und wie ist gesellschaftlicher Pluralismus ohne Beliebigkeit möglich?
- 9.5. Welche Rolle spielt die christliche Prägung in unserer Zeit?
- 9.6. Wie schützen wir menschliches Leben vom Anfang bis zum Ende?
- 9.7. Wie stehen Staat und Religion zueinander?
- 9.8. Welche Werte leiten uns bei der Ordnung und Steuerung von Zuwanderung und Migration?
- 9.9. Wie prägt uns unsere deutsche Geschichte?
- 9.10. Was verstehen wir unter Patriotismus?
- 9.11. Welche Werte verbinden und prägen uns in Europa?
- 9.12. Was bedeutet es, Teil des Westens zu sein?

Erik W.: „Wie gehen wir mit den Ressourcen der Welt angesichts einer wachsenden Bevölkerung um? Wie regeln wir die Ansprüche der Menschen nach immer mehr?“

10. Wie bewahren wir die Natur als Lebensgrundlage der Menschheit?

- 10.1. Welche Verpflichtungen haben wir für die Bewahrung der Schöpfung?
- 10.2. Wie werden wir angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung unserer globalen Verantwortung für ressourcenschonendes Handeln gerecht?
- 10.3. Wie gestalten wir eine wirtschaftlich erfolgreiche, moderne und ressourcenschonende Landwirtschaft?
- 10.4. Wie werden wir unserer Verantwortung gegenüber Tieren als Mitgeschöpfen gerecht?
- 10.5. Wie gestalten wir einen erfolgreichen Natur- und Artenschutz?

- 10.6. Wie ermöglichen wir eine gesunde Ernährung und fördern den nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln?
- 10.7. Wie kann vernetzte und digitale Mobilität zu höherer Effizienz und einer besseren Umwelt- und Klimabilanz beitragen?
- 10.8. Wie schützen wir das Klima ohne den wirtschaftlichen Wohlstand zu gefährden und wie gestalten wir den Strukturwandel?
- 10.9. Wie gelingt die gemeinsame europäische und internationale Gestaltung von Umwelt- und Klimaschutz?
- 10.10. Welche marktwirtschaftlichen Elemente können in den Dienst der Ökologie gestellt werden?
- 10.11. Wie können moderne Technologien und Innovationen dazu beitragen, Umweltprobleme zu lösen?
- 10.12. Wie bringen wir mehr Natur in die Städte?

Alfons B.: „Wie organisieren wir die Versorgung der Menschen im ländlichen Raum? Arzt, Pflege, haushaltsnahe Dienstleistungen, wo kommen die hierfür benötigten Arbeitskräfte her?“

11. Wie schaffen wir Bedingungen für ein gutes Leben in Stadt und Land?

- 11.1. Wie verstehen wir Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse?
- 11.2. Wie sorgen wir für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland?
- 11.3. Wie bleiben die ländlichen Regionen attraktiv?
- 11.4. Wie machen wir Lust auf Heimat?
- 11.5. Wie gestalten wir gute Infrastrukturen angesichts des demografischen Wandels und Wanderungsbewegungen zwischen Stadt und Land?
- 11.6. Wie sichern wir guten Zugang zu allen Leistungen der Daseinsvorsorge?
- 11.7. Wie gestalten wir zeitgemäße Mobilität?
- 11.8. Wie schaffen wir Rahmenbedingungen für bezahlbaren Wohnraum?
- 11.9. Wie stellen wir Digitalisierung und marktwirtschaftliche Ansätze in den Dienst gleichwertiger Lebensverhältnisse?
- 11.10. Wie nutzen wir das Innovationspotential der Metropolen und des ländlichen Raums für unsere ganze Gesellschaft?
- 11.11. Wie gelingt es Städten, Gemeinden und Landkreisen neue und kreative Lösungen für konkrete Probleme zu finden?
- 11.12. Wie stärken wir die Neue Länder weiter?

Lara K.: „Deutschland soll mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Wie kann das geschehen: Steigerung Rüstungsausgaben, Sitz im UN-Sicherheitsrat?“

Bruno W.: „Zukunftsfähigkeit Europas? Wie attraktiv sind unsere europäischen Werte noch - vor allem bei Jugendlichen? Wer ist innerhalb der EU noch verlässlich für uns?“

12. Wie arbeiten wir erfolgreich in Europa und mit internationalen Partnern zusammen?

- 12.1. Welche nationalen Interessen hat Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik?
- 12.2. Wie setzen wir die Erfolgsgeschichte der Europäischen Idee fort?
- 12.3. Mit welchen Zielen entwickeln wir die Europäische Union weiter?
- 12.4. Welche Balance zwischen gemeinschaftlichem und zwischenstaatlichem Handeln sowie nationaler Eigenständigkeit streben wir für die Europäische Union an?
- 12.5. Wie wollen wir das transatlantische Verhältnis gestalten und wie festigen wir das Band der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland?
- 12.6. Wie gestalten wir unsere Russland- und China-Politik?
- 12.7. Welche Rolle soll Deutschland in der Welt übernehmen und mit welchen strategischen Partnern wollen wir dieser Rolle gerecht werden?
- 12.8. Wie stärken wir die bestehenden multilateralen Strukturen und wo müssen diese weiterentwickelt werden?
- 12.9. Wie sehen wir die Zukunft der NATO?
- 12.10. Brauchen wir auch neue Formate der internationalen Zusammenarbeit, um eine bessere und friedlichere Welt zu gestalten?
- 12.11. Wie können wir weltweit wirkungsvoller für den Schutz von Demokratie und Menschenrechten eintreten?
- 12.12. Wie wollen wir das Ansehen und das Bild Deutschlands in der Welt weiter verbessern und stärken?

**Auswahl an O-Tönen
aus der Mitglieder-
und Verbände**bet**eiligung
zu den Leitfragen**

III. Auswahl an O-Tönen **aus der Mitglieder- und Verbändebeteiligung zu den Leitfragen**

1.1: Was verstehen wir unter dem christlichen Menschenbild, wie prägt es unsere Politik und wie leben wir das „C“?

Kirsten A.: „Kernbotschaft des Christentums ist die Achtung von Gott und seiner Schöpfung, sowie die Nächstenliebe. Die Nächstenliebe ist nicht auf einen besonderen Personenkreis beschränkt, sondern sie bezieht sich auf alle Menschen, egal welcher Herkunft. Das verpflichtet uns, für die Schwachen da zu sein. Das C bedeutet, die menschlichen Errungenschaften zu bewahren.“

1.2: Was verstehen wir unter Freiheit und Eigenverantwortung?

CDU Bielefeld: „Die Freiheit des Individuums ist wichtiges Prinzip unserer demokratischen Grundordnung. Die Freiheit des Einzelnen ist dabei durch die Grundrechte garantiert, aber auch insofern beschränkt, als dass die persönliche Freiheit dort endet, wo in die Grundrechte anderer eingegriffen wird. Die Soziale Marktwirtschaft garantiert die Freiheit des Marktes durch Förderung des Wettbewerbs, ein gesetzliches Regelwerk und sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch ein System des sozialen Ausgleichs.“

1.3: Wie gelingt Solidarität?

Markus S.: „Solidarität ist kein Zwang, aber etwas, das von jedem auf Basis des christlichen Menschenbildes eingefordert werden kann. Genauso wie wir Verantwortung für uns tragen, tun wir dies auch für andere. Insbesondere die Leistungsfähigen sind hier gefordert, die weniger Begünstigten zu unterstützen. Solidarität sollte aber auch immer an das Engagement des Unterstützten gekoppelt sein und Hilfe zur Selbsthilfe bedeuten. Das mittlerweile etwas in Verruf geratene Schlagwort vom Fördern und Fordern sollte unsere Maxime für den Begriff Solidarität sein.“

1.4: Wie leben wir Gerechtigkeit?

CDU Karlsruhe-Land: „Gerechtigkeit bedeutet, dass gleiche Rahmenbedingungen für alle gelten und Nachteile maßvoll ausgeglichen werden. Um Gerechtigkeit zu leben, muss Chancengleichheit im Zentrum unseres Handelns stehen. Wir müssen die Menschen befähigen, unabhängig ihrer Herkunft und ihres Geschlechtes, ihres eigenen Glückes Schmied zu sein.“

1.5: Was ist auf der Basis des christlichen Menschenbildes konservativ, sozial und liberal?

Alexander D.: „Konservativ sein heißt, sich zu den Werten unserer Gesellschaft zu bekennen, aber auch den Wandel dort, wo er nötig ist, zuzulassen. Hierzu braucht es ein klares Bekenntnis zu unseren Werten, nämlich Freiheit, Demokratie, Verantwortung und Sicherheit. Liberal sein heißt, zur Freiheit als Basis unserer demokratischen und offenen Gesellschaft zu stehen und sie dort wo nötig zu verteidigen. Sozial sein heißt, sich zu christlicher Nächstenliebe zu bekennen und im Sinne einer offenen Gesellschaft allen die Teilhabe zu ermöglichen. Dazu gehört aber auch, nur dort zu helfen, wo Hilfe wirklich nötig ist.“

1.6: Wie verstehen wir Subsidiarität?

CDU Bielefeld: „Subsidiarität bedeutet Freiheit und eigenverantwortliche Lebensgestaltung. Dort wo Individuen, Lebensgemeinschaften, Familien oder andere gesellschaftliche Akteure Aufgaben und Probleme übernehmen und lösen können, sollen sie dies eigenverantwortlich leisten können. Sollte Handeln seitens des Staates oder der Kommunen nötig werden, so ist die Institution zuständig, die die nötige Lösungskompetenz mitbringt, aber möglichst nah am Bürger ist.“

1.7: Mit welchem Anspruch und mit welcher Haltung blicken wir in die Zukunft?

EAK Schwalm-Eder: „Wenn wir unsere Werte bewahren und die Augen vor der Realität (Migration, Umwelt, Energiewende, Digitalisierung ...) nicht verschließen, dann haben wir keine Angst vor düsteren Prognosen. Wir glauben an eine gute und glückliche Zukunft unseres Landes.“

1.8: Was macht unser Selbstverständnis als Volkspartei aus und wie können wir auch künftig attraktiv und erfolgreich sein?

Jan Niklas N.: „Als Volkspartei der Mitte lassen wir uns weder von rechten noch von linken Ideologien blenden, sondern behalten immer einen klaren Blick auf das, was wirklich wichtig ist: jeden einzelnen Menschen. An den Menschen müssen wir unsere Entscheidungen in jedem Einzelfall abwägen und das auf Grundlage unserer gemeinsamen Werte, die uns in der Vergangenheit stark machten und uns den Weg in eine gute Zukunft ebneten. In diesem Sinne ist eine Volkspartei auch wandelbar. Sie entwickelt sich gemeinsam mit den Menschen, deren sich ständig verändernde Umwelt uns immer wieder vor neue Herausforderungen stellt. Diesen Herausforderungen stellen wir uns jedoch, ohne dabei die Menschen und unsere Werte aus den Augen zu verlieren, denn die Welt wartet nicht auf uns.“

1.9: Welche Rahmenbedingungen und Strukturen unserer politischen Arbeit müssen wir ändern, um mehr Frauen, mehr junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund für das Engagement in der CDU zu gewinnen?

Frauen Union Cuxhaven: „Auf allen Ebenen halten wir transparente Strukturen und eine deutliche Verbesserung der internen und externen Kommunikation für dringend geboten. Informationen sollen bereitwillig auf verschiedenen Wegen zur Verfügung gestellt werden. Diskussionen sollen grundsätzlich ergebnisoffen geführt werden. Ideal wäre eine eigene Stelle innerhalb der CDU, die Best Practice Beispiele sammelt und dokumentiert, sodass andere (Verbände etc.) einfachen Zugriff darauf haben. Wünschenswert ist ebenfalls eine aktive Einbindung in bestehende Basisarbeit – über Mentoring-Programme hinaus in der Praxis. Um auch an der Basis überzeugend auftreten zu können, ist für diese Frage eine sinnvolle, erfolgreiche Familienpolitik u. E. dringend notwendig. Diese benötigt eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung – beispielsweise, um ErzieherInnen besser auszubilden und zu bezahlen.“

1.10: Wie gehen wir in der CDU miteinander um und wie treffen wir gemeinsame Entscheidungen?

Sebastian S.: „Die CDU ist eine Volkspartei. Das bedeutet, dass es in der Partei verschiedene Meinungen geben darf und geben soll. Wir sehen das als eine Chance: Der kontroverse Dialog miteinander hat die Union stets ausgemacht. Deshalb sollten unterschiedliche Meinungen auch aktiv zugelassen und beispielsweise auf Parteitage oder in Fraktionen nicht unterdrückt werden. Eine starke, selbstbewusste CDU hält interne Widersprüche nicht nur aus, sondern fördert sie. Wichtig ist, dass nach der Diskussion das Ergebnis von allen nach außen verantwortet und im politischen Handeln gelebt wird.“

1.11: Wie führen wir die Auseinandersetzungen im politischen Wettbewerb und wie grenzen wir uns von anderen Parteien ab?

CDU Donzdorf-Lauterstein: „Fair, offen, ohne Polemik, mit Weitblick für den Einzelnen und für die Gemeinschaft.“

1.12: Was bedeuten für uns politische Verantwortung und politische Führung?

Odilo E.: „Politische Verantwortung und politische Führung bedeutet, sich ambitionierte Ziele zu stecken. Es bedeutet, diese auch zu verfolgen, mit klarem moralischem Kompass und auf Basis grundsätzlicher gemeinsamer Werte. Politische Führung bedeutet, die Bürger einzubeziehen und offen für andere Meinungen und Ideen zu sein. Politische Verantwortung bedeutet, finanzielle Kosten, Auswirkungen auf die Umwelt und auf nachfolgende Generationen im Blick zu haben und nachhaltig zu handeln. Politische Verantwortung bedeutet, eigene Fehler einzugestehen und zu korrigieren.“

2.1: Wie schaffen wir die richtige Balance zwischen der Verantwortung des Einzelnen und gesellschaftlicher Solidarität?

Junge Union Hessen: „Jedes staatliche Handeln fußt auf dem Grundsatz, dass wir bei unseren Entscheidungen auf mündige Bürger und die Werte des christlichen Menschenbildes vertrauen. Wir schaffen eine Balance zwischen der Verantwortung des Einzelnen und gesellschaftlicher Solidarität, indem der Staat immer erst dann eingreift, wenn der Einzelne tatsächlich nach erfolgter Überprüfung Unterstützung benötigt.“

2.2: Wie ermutigen wir die Bürger zur Übernahme von mehr Eigenverantwortung und wie ermöglichen wir diese?

CDU Heidenheim: „Der Begriff der Eigenverantwortung ist mehr als die „freie Entfaltung der Person“. Es ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit und muss neu definiert werden. Eigenverantwortung ist die Grundlage für unseren wirtschaftlichen Wohlstand. „Hilfe (Gesellschaft) zur Selbsthilfe (Individuum)“/Fördern und Fordern. Wir müssen die Anteilnahme an Ehrenamt und Gemeinwohl in den unteren Altersklassen stärken. [...]“

2.3: Wie schaffen wir mehr Raum für Freiheit der Bürger, in der Familie, in der Nachbarschaft und in der Freizeit?

CDU Heidenheim: „Mobiles Arbeiten soll gefördert, aber auch die klare Abgrenzung zum Privatleben muss aufgezeigt werden. Eine gute Definition von Freiheit lautet: „Meine Freiheit endet da, wo sie die Freiheit meines Nachbarn einschränkt“.

Alexander D.: „Durch weniger Bürokratie, egal ob für Unternehmer, Arbeitnehmer oder Arbeitslose. Durch einfache, schnelle und digitale Verwaltung. Durch die Stärkung von Vereinen aller Art, ehrenamtlichem Engagement, Kirchen, Gewerkschaften, demokratischen Parteien. Durch die Betonung der Familie als zentralem Wert in unserer Gesellschaft. Durch Offenheit für alle Perspektiven.“

Kirsten A.: „Durch weniger Staat und Gängelung. Wichtig sind nachvollziehbare und belastbare Rahmenbedingungen durch unsere Gesetze. Es muss aber nicht geregelt werden, ob erst am linken Schuh oder am rechten Schuh die Schlaufe gebunden wird. Freiheit heißt: keine starren Regeln. Meine persönliche Freiheit darf die Freiheit eines anderen Menschen nicht einschränken.“

2.4: Wo setzt die Freiheit der Bürger dem Handeln des Staates Grenzen?

Christoph F.: „Die Freiheit der Bürger darf natürlich nur nach den vorgegebenen Regeln des Staates ausgelebt werden. Die gesellschaftliche Grundordnung und Sicherung dürfen nicht darunter leiden. Der Staat muss in seinen Möglichkeiten immer handlungsfähig bleiben.“

2.5: Welche Rechte und Pflichten hat der Staat gegenüber den Bürgern?

Christopher B.: „Die ureigene Aufgabe des Staates ist der Schutz seiner Bürger. Dafür haben die Bürger ihm das Gewaltmonopol übertragen. Der Staat muss den Schutz seiner Bürger jederzeit sicherstellen können. Kann er das nicht, entsteht sozialer Unfrieden. Sicherheit setzt jedoch voraus, Maßnahmen zu ergreifen, die dafür notwendig sind. Der Bürger beschwert sich, für den Staat gläsern zu sein, gibt dabei jedoch Daten, Informationen, Bilder etc. auf sozialen Plattformen preis und schimpft nach Straftaten über den Staat, warum dieser nichts unternommen habe.“

2.6: Welche Rechte und Pflichten haben die Bürger gegenüber Staat und Gesellschaft?

Georg M.: „Frage nicht, was das Land für Dich tut – frage, was Du für das Land tust. Die Erziehung zur Individualität hat die Frage eigener Rechte zum Schwerpunkt gemacht. Die Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn die Freiheit als Freiheit zur Übernahme von Verantwortung verstanden wird.“

2.7: Was können Bürger für die Gemeinschaft tun?

CDU Krefeld: „Wir begrüßen die in den Leitfragen vorgenommene klare Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft/Gemeinschaft. Im aktuellen politischen Spektrum gibt es die Ausrichtung, dass der Staat alles regulieren soll. Nach unserem Verständnis jedoch sollten Politik und Staat nur dort eingreifen, wo das Zusammenleben der Menschen durch diese selbst nicht in einer zufriedenstellenden Form gewährleistet werden kann. Das Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip, nach dem zunächst der Einzelne und die kleinen menschlichen Gemeinschaften für das allgemeine Wohlergehen zuständig sind und der Staat ausdrücklich nur ersatzweise eintritt, unterscheidet uns von unseren Wettbewerbern von links und rechts und sollte sich deshalb als ein Leitgedanke durch das Grundsatzprogramm ziehen. Es gibt so viele Beispiele für bürgerschaftliches Engagement und das Ehrenamt in allen Bereichen, die nicht dadurch entmutigt werden sollten, dass der Staat nicht zuletzt durch immer mehr Regulierung und immer mehr gesetzliche Vorgaben einschränkend tätig wird.“

Christoph F.: „Die Bürger können entweder aktiv und durch Interesse an der Gemeinschaft diese auch fördern. Jeder muss verstehen, dass die Gemeinschaft nur funktioniert, wenn sich jeder entsprechend einbringt. Ohne das vorhandene Engagement kann eine Gemeinschaft nicht existieren. Jeder Einzelne hat einen entsprechenden Mehrwert durch eine bestehende Gemeinschaft und dies muss in den Fokus bei der Betrachtung des Themas.“

2.8: Wie kann der Gemeinsinn durch einen Dienst für die Gesellschaft gestärkt werden?

Alexander D.: „Durch Tätigkeiten in Vereinen, Parteien, Kirche und sonstiges freiwilliges gesellschaftliches Engagement. Durch die Stärkung von Ehrenämtern. Durch die Begegnung mit vielfältigen anderen Menschen und das kontinuierliche Kennenlernen und Aufeinander zugehen.“

Kirsten A.: „Gemeinsinn ist eine Fähigkeit, die angeboren sein muss, und in der Kindheit durch Erziehung gestärkt wird. Ein Dienst an der Gesellschaft ist wünschenswert, aber nur dann sinnvoll, wenn es keinen Zwang gibt, der Widerstand hervorrufen kann. Wenn einer bis zu einem gewissen

Alter keinen Dienst an der Gesellschaft geleistet hat, sollte er einen entsprechenden finanziellen Beitrag leisten.“

2.9. Wie kann die öffentliche Verwaltung ein moderner, zukunftsorientierter und verlässlicher Dienstleister für die Bürger bleiben?

Frank M.: „Eine (weitgehend) „papierlose Bürokratie“ schaffen! Früher war Bürokratie doch hauptsächlich so nervig, weil man von einem Büro zum nächsten laufen musste, um alle Bescheinigungen und Unterlagen zusammenzubekommen. Heute könnte man in vielen Fällen auch Dinge online beantragen und die entsprechenden Bescheinigungen dann "digital" erhalten, einschließlich digitaler Unterschrift vom Amt. Wem das zu viel Internet ist, der könnte immer noch den "Papierweg" benutzen oder sich seine Bescheinigungen selber ausdrucken. Die Ämter hätten dann auch mehr Zeit, sich in ihren Bürgersprechstunden um die wichtigen Sachen zu kümmern.“

2.10: Wie kann unnötige Bürokratie abgebaut werden?

Jörg P.: „Die Regeln sollen bei neuen Gesetzen so geschrieben werden, dass sie für jeden interessierten Bürger verständlich sind. Lieber wenige einfache Regeln als viele komplizierte mit vielen Ausnahmen. Der Souverän ist das Volk und wenn der Souverän nicht mehr versteht, was die Politik tut, weil sie sich in eine zu komplizierte Sprache verstrickt hat, dann wird das Volk politikverdrossen. Je mehr und je kompliziertere Regeln, desto mehr Durchführungsverordnungen, desto mehr Prüfungsaufwand bei Ämtern, Konkurrenz zwischen Gesetzen, Verwaltungsklagen und desto höhere Kosten bei der Implementierung der Fachverfahren in der IT. Was man einem Wähler am Stand nicht erklären kann, das sollte kein Gesetz werden!“

2.11: Welche Chancen bietet die Digitalisierung für die Beziehung zwischen Bürgern und Staat?

Nikolaus P.: (CDA Mainz): „Die Chancen des digitalen Staates liegen in der Ersparnis von Behördengängen und der schnelleren Bearbeitung von Vorgängen, weil digitale Akten gleichzeitig an mehreren Stellen eingesehen werden können. Allerdings darf die Digitalisierung nicht dazu führen, dass Bürger, die dieser Entwicklung (z. B. krankheitsbedingt) nicht folgen können, von einer effektiven Verwaltung abgeschnitten werden. Es müssen Strukturen geschaffen werden, die die Teilnahme am digitalen Verwaltungsverkehr für den Bürger auch ohne Nutzung des eigenen PCs oder Smartphones möglich machen.“

2.12: Wie sorgen wir für Subsidiarität im politischen Alltag – in den Kommunen, in den Ländern, im Bund und in der EU?

Helmut K.: „Die schwerwiegenden Fehlentwicklungen des bundesstaatlichen Systems in Deutschland müssen von Grund auf korrigiert werden. Der derzeitige Zustand des Föderalismus in Deutschland ist erschütternd. Im Verhältnis von Bund und Ländern müssen Gesetzgebungskompetenz und Finanzierungsverantwortung klar und ohne Verschachtelungen zugeordnet werden bei strikter Wahrung des Konnexitätsprinzips. Die Bürger müssen die jeweilige Verantwortung eindeutig zuordnen können. Die Länderparlamente müssen Macht und Einfluss zurückgewinnen. Die Haushalte der Länder müssen durch ein Trennsteuersystem auch auf der Einnahmeseite gestaltbarer werden.“

3.1: Wie stehen für uns Freiheit und Sicherheit zueinander?

CDU Unna: „Wir stehen für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem starken Rechtsstaat, moderner Sicherheitsarchitektur und der individuellen Freiheit jedes Bürgers. Dieses Spannungsfeld hat sich durch Globalisierung, fortschreitende Digitalisierung und neue Bedrohungen vergrößert.“

Sicherheit ist eine wesentliche Bedingung für ein Leben in Freiheit. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Modernisierung unserer Sicherheitsbehörden und der zielgerichteten Ausweitung von Kompetenzen stets eine gründliche Abwägung zwischen Bürgerrechten und Gefahrenabwehr stattfindet.“

3.2: Wie stellen wir sicher, dass Recht und Gesetz schnell und konsequent durchgesetzt werden?

Alexander D.: „Durch einen effektiven Rechtsstaat mit klaren Gesetzen, gut ausgebildeten Richtern, Staatsanwälten und Verwaltungsjuristen. Mit gut ausgestatteten, im Land und in der Stadt durchgängig präsenten und gut ausgebildeten Polizisten, Zollbeamten und anderen Ordnungsbehörden. Mit klar geregelter und effektiver Nutzung der modernsten technischen Möglichkeiten: Videoüberwachung, Big-Data Auswertungen, effektiver Verwaltungs-IT.“

3.3: Wie machen wir die Sicherheitsarchitektur des Staates schlagkräftiger im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität?

CDU Steinfurt: „Sowohl der Terrorismus als auch die organisierte Kriminalität bedrohen die Grundlage unseres Staates und verunsichern die Bürgerinnen und Bürger in besonderem Maße. Der Datenschutz darf den Bemühungen des Staates, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen, nicht im Weg stehen. Dabei ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit zu achten. Es muss ein enger Informationsaustausch zwischen den einzelnen Behörden, die an der Strafverfolgung mitwirken, stattfinden. [...] Alle zur Verfügung stehenden rechtsstaatlich zulässigen Mittel müssen – unabhängig von Zuständigkeiten – abgestimmt und ausgeschöpft werden. Dies beinhaltet auch die konsequente Abschöpfung von kriminell erwirtschafteten Gewinnen und aufenthaltsbeendende Maßnahmen. Hier bedarf es einer engen koordinierten Zusammenarbeit verschiedener Akteure – Polizei, Zoll, Kommunen, Finanzämter, etc.“

3.4: Wie unterstützen wir unsere Polizei und die anderen Sicherheitsbehörden?

Lukas W. (CDU Bad Pyrmont): „Wir halten personelle Aufstockungen für unabdingbar, diese müssen jedoch einhergehen mit einer Stärkung der Autorität der Polizei. Unsere bestehenden Gesetze und Verordnungen müssen immer wieder der Prüfung unterzogen werden, ob die Polizei damit die aktuellen Herausforderungen bewältigen kann.“

3.5: „Was erwarten wir von einem starken Rechtsstaat und einer verlässlichen Justiz?“

Kirsten A.: „Absolute Gerechtigkeit, schnelle Verfahren, Schutz der Opfer.“

3.6: Wie begegnen wir Cyber-Gefahren?

Karl-Heinz G.: „Auch die äußere Sicherheit ist im Cyberraum betroffen. Zivil-militärisch vernetzte Ansätze sind unabdingbar und stellen auch die Frage nach grundrechtlichen Konsequenzen in der Verschränkung nationaler, aber auch internationaler Anstrengungen zum Schutz vor Kriminalität aber auch Angriffen von internationalen Terroristen oder anderen Staaten. Deutschland muss deshalb bereits jetzt praktisch zur Vorbeugung, Abschreckung und aktiven Bekämpfung beitragen. [...]“

3.7: Wie stärken wir die äußere Sicherheit Deutschlands und die gemeinsame Sicherheit in Europa?

Jan-Christoph H. (CDU Frechen): „Eine vereinfachte und kontinuierliche Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden bilden das Grundgerüst der inneren und äußeren Sicherheit in

Europa. Hierzu muss ein verlässlicher Schutz der europäischen Außengrenzen unter Wahrung humanitärer Grundrechte gewährleistet werden.“

3.8: Wie soll unsere Bundeswehr aufgestellt sein?

CDU Unna: „Wir stehen hinter unseren Soldatinnen und Soldaten und möchten unsere Bundeswehr materiell und personell zukunftssicher aufstellen. Wir möchten zielgerichtet in Aus- und Weiterbildung, Technik und Material investieren und dabei Synergien mit europäischen Partnern bilden. Die Fähigkeiten unserer Bundeswehr in Bezug auf Cybersicherheit und Gefahrenabwehr sollen gestärkt werden. Die Einsatzmöglichkeiten von Soldatinnen und Soldaten in der Heimat in besonderen Krisensituationen möchten wir ausweiten.“

3.9: Mit welchen Partnern und in welchen Bündnissen wollen wir gemeinsam zu mehr Sicherheit in Europa und der Welt beitragen?

Bernd K.: „Zentrale Bündnisstruktur bleibt die NATO. Daneben wird insbesondere im Zusammenwirken mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich angestrebt, eine gesonderte Sicherheitsstruktur im Zusammenwirken mit Schlüsselstaaten Afrikas, bestenfalls der Afrikanischen Union aufzubauen.“

3.10: Welche Verantwortung haben wir für die Sicherheit außerhalb Europas?

Manfred B.: „Die Verantwortung haben wir und die Mitgliedstaaten in der EU und andere EU-Staaten für die humanitäre Situation in der internationalen Staatengemeinschaft in Zusammenarbeit mit der UNO.“

3.11: Wie tragen wir zu einer Entwicklung bei, die für mehr Menschen bessere Lebens- und Bleibeperspektiven in Afrika schafft?

CDU Lübeck: „Entwicklungshilfe ist sehr viel stärker an Engagement der Empfängerländer in Fragen Ökologie, Familienplanung, Rückführungsabkommen (zum Beispiel bei abgelehnten Asylbewerbern) zu koppeln. Initiativen zur Verbesserung der Nachhaltigkeit in Afrika sind zu unterstützen. Zum Beispiel darf das Verbot von Einwegplastiktüten in Ruanda, Kenia und Tansania nicht durch die entwickelten Volkswirtschaften unterlaufen werden. Die Alternativen in diesen ambitionierten Großversuchen sollten vielmehr von uns wissenschaftlich begleitet werden. Eine berufliche und wissenschaftliche Qualifizierung von jungen Afrikanern in Europa ist zu fördern. Sie dient den Herkunftsländern aber nur, wenn gut ausgebildete Fachkräfte anschließend auch wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren.“

3.12: Wie treten wir wirksam auf der Welt für gute Regierungsführung, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit ein, um unser Leben insgesamt sicherer zu machen?

CDU Rheingau-Taunus: „Entwicklungshilfe ist kein Selbstzweck, sondern dient auch der Prävention von Krisen und damit der globalen Sicherheitspolitik. Daher sollte nicht nur aus moralischer Verpflichtung heraus noch gezielter Entwicklungspolitik betrieben werden. Auch das gesteigerte Engagement nicht demokratischer Staaten ist aufmerksam zu beobachten. Kernelement aller entwicklungspolitischen Bestrebungen sollte die Hilfe zur Selbsthilfe sein.“

4.1: Worin bestehen für uns heute und in Zukunft wirtschaftlicher Erfolg, Wachstum, Wohlstand und gutes Leben?

CDU Heinsberg: „Wir müssen in der Politik die Dynamik und die Effektivität in der Wirtschaft nutzen. Sie muss immer begleitet werden von einem sozialen Ausgleich. Wenn alle Arbeit haben in einem selbstbestimmten Umfeld und diese Arbeit für den Lebensunterhalt auskömmlich ist, dann ist dies das sozial Wertvollste und Erstrebenswerteste. Soziale Marktwirtschaft in Verbindung mit staatlicher Wirtschaftspolitik sollte auf Entlastung und Förderung von Unternehmensgründern (Start Ups) wie klein- und mittelständischen Unternehmen (z. B. Handwerk) liegen. Unnötige Bürokratie muss dringend zurückgedrängt und beseitigt werden. Es muss der Grundsatz gelten, dass es sich lohnt, zu arbeiten und dass es sich lohnen muss, ein Unternehmen zu gründen und zum Erfolg zu führen.“

4.2: Wie stellen wir die Weichen, dass die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland auch in Zukunft erfolgreich ist?

Werner T.: „Es ist von zentraler Bedeutung, dass allen Akteuren wieder bewusst wird, dass das hohe Gut des Sozialen in der Marktwirtschaft nur dann realisierbar ist, wenn wir eine auf den Menschen ausgerichtete funktionierende Marktwirtschaft fördern. Und auf der anderen Seite muss den Vertretern und Verantwortlichen der Wirtschaft wieder klar werden, dass Unternehmertum auch Verantwortung bedeutet und dass nur ein gesundes Miteinander mit Respekt, gerechten Bezahlungen und Möglichkeiten der Einflussnahme eine wirklich nachhaltige und zukunftsfähige Wertschöpfung ermöglicht.“

4.3: Wie sichern wir, dass die Menschen von ihrer Arbeit ein gutes Leben führen können?

Jan V.: „Indem den Menschen vom Bruttolohn weniger abgezogen wird, sei es entweder durch Steuern oder sei es durch Sozialabgaben. Der Solidaritätszuschlag gehört nach fast dreißig Jahren abgeschafft. Die Solidargemeinschaft in der Sozialversicherung darf nicht dazu führen, dass die Beitragszahler immer mehr zu Lasten der Empfänger belastet werden.“

4.4: Wie sichern wir im internationalen Wettbewerb die Gewinnung von Fachkräften für eine dauerhaft leistungsfähige Wirtschaft?

CDU Esslingen: „Bildung und Ausbildung unserer Kinder muss gesichert sein. Digitalisierung kann in manchen Bereichen helfen, den Fachkräftemangel zu lindern. Dafür müssen die nötigen Infrastrukturen geschaffen werden. Industrie, Mittelstand und Handwerk müssen differenziert betrachtet werden, um gezielt festzustellen, wo die Fachkräfte fehlen und so gezielt Programme auf den Weg zu bringen, dem Mangel entgegenzuwirken. Entwicklung des Fachkräftemangels im Hinblick auf den demografischen Wandel untersuchen.“

4.5: Wie spornen wir Leistung und Gründergeist an und wie sichern wir die Zukunft des deutschen Mittelstands?

CDU Darmstadt: „Bereits in den Schulen müssen Unternehmergeist, Risikobereitschaft und Leistungsbereitschaft geweckt werden. Ebenso sollte bereits dort eine „Kultur des Scheiterns“ etabliert werden. Auch nach einem Scheitern ohne Gesichtsverlust wieder neu beginnen zu können, stärkt die Risikobereitschaft. Die Verknüpfung von Schule und Unternehmen über Praktika muss weiter gestärkt werden. In Berufsschulen, Hochschulen und Universitäten müssen darüber hinaus kreative Ideen besser unterstützt und gefördert werden. Für die neuen Firmengründungen brauchen wir europäische Fördermöglichkeiten für die Firmen und die Risikokapitalgeber, sowie steuerliche Anreize für kleine, mittelständige Unternehmer. Der internationale Austausch von kleinen Unternehmen muss gestärkt werden.“

4.6: Wie befördern wir, dass Forschung und Innovation erfolgreich in Geschäftsmodelle mit Wertschöpfung in Deutschland umgesetzt werden?

Jens B.: „Wir setzen uns ein für den Abbau von Beschränkungen und regulatorischen Hindernissen bei zukunftsweisenden Technologien und Forschungsprojekten, vor allem in den Bereichen Robotik, Künstliche Intelligenz, Gentechnologie und Energieträger der Zukunft (auch Kernenergie).“

4.7: Wie erreichen wir eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung?

CDU Siegburg: „[...]Nach dem Auslaufen der Kernenergie 2022 (deren Nutzung nicht nur ein hohes Restrisiko, unsichere Endlagerung, Zerstörungsfähigkeit durch terroristische Angriffe, zu hohe Kosten und Ablehnung der Bevölkerung entgegenstehen) und dem vereinbarten Kohleausstieg 2038 liegt die Energieversorgung in Deutschland bei den erneuerbaren Energien, übergangsweise für einige Jahrzehnte unterstützt durch Gaskraftwerke (nicht nur Erdgas, auch „power-to-gas“). Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit sind schnellstmöglich die großen Übertragungsnetze und Langzeitenergiespeicher fertigzustellen und in Betrieb zu nehmen. Mitte bis Ende der 20er Jahre muss dies erledigt sein. [...] Hier gilt es, das System der Energiesteuern zu reformieren; Möglichkeiten hierzu bietet die von vielen politischen Kräften geforderte CO₂-„Bepreisung“.“

4.8: Wie leitet uns die Soziale Marktwirtschaft bei der Digitalisierung der Arbeitswelt und welche Chancen sowie Risiken sehen wir in der Arbeitswelt der Zukunft?

CDU Minden-Lübbecke: „Unsere Wirtschaft hat sich aufgrund von technischen Neuerungen immer gewandelt. Arbeitsplätze fielen weg, neue kamen hinzu. So verhält es sich auch mit der Digitalisierung. Durch den damit verbundenen tiefgreifenden strukturellen Wandel unserer Gesellschaft erwachsen enorme Chancen, gleichzeitig ergeben sich aber auch Herausforderungen auf dem Weg von der analogen in die digitale Welt. Für die CDU sind die ordnungspolitischen Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft bei der Suche nach Antworten auf die Herausforderungen der Digitalisierung ein verlässlicher Kompass, um auch im digitalen Zeitalter Wettbewerb, Wachstum und Wohlstand sicherzustellen.“

4.9: Wie führen wir die Sozialpartnerschaft in eine erfolgreiche Zukunft?

Sigrid M.: „[...] Digitalisierung, internationale Unternehmenstätigkeit und die Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie erfordern ein hohes Maß an Flexibilität der Arbeitswelten. Flexible und partnerschaftliche Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene sind am besten geeignet, diesen Veränderungen zu begegnen und beiden Seiten Rechnung zu tragen; diese sind durch geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen zu fördern.“

4.10: Wie stellen wir auch künftig solide Finanzen sicher?

Mark K.: „Ein solider ausgeglichener Haushalt ist für uns das Fundament erfolgreicher Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die Grundlage einer generationengerechten Gesellschaft. Aus unserer christlichen Sicht ist es unverantwortlich, kurzfristig auf Kosten kommender Generationen und der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung schuldenfinanzierte Ausgaben zu tätigen. Staatsschulden haben langfristig immer einen negativen Effekt auf unsere Wirtschaft, belasten zukünftige Haushalte durch Zinszahlungen und Schuldentrückzahlungen stark und machen den Staat abhängig von Entwicklungen auf dem Finanzmarkt [...]“

4.11: Wie stärken wir faire Handelsbeziehungen mit unseren Partnern weltweit?

CDU Rheingau-Taunus: „Deutschland sollte gemeinsam mit unseren europäischen Partnern den Freihandel weiter hochhalten und aktiv entsprechende Abkommen mit unseren Partnern auf der

ganzen Welt anstreben. Dabei soll die europäische Position von klaren Werten geprägt sein: Einhaltung der Menschenrechte, Kampf gegen Kinderarbeit, Sozialstandards.“

4.12: Wie festigen wir die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas?

Sebastian S.: „Europa braucht einen digitalen Binnenmarkt.“

5.1: Wie verstehen wir Bildung auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes?

Christoph B.: „Würde, Respekt, Nächstenliebe, Schöpfungsgedanke, Mitnahme von Schwächeren (Sprachförderung, Inklusion, Integration) und das Prinzip von Fördern und Fordern (Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit).“

5.2: Wie sähen ideale Schulen aus Sicht der CDU aus?

Manuel R.: „Ideale Schulen begleiten Kinder auf dem Weg der Erwachsenwerdung und befähigen zu proaktiver Gestaltung der Gesellschaft. Das heißt, dass es ein plurales Schulsystem braucht, das den unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten sowie den verschiedenen gesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern gerecht wird. [...]“

Frage 5.3: Was sollen frühkindliche Bildung und Schulen vermitteln und was nicht?

Nikolaus P. (CDA Mainz): „Schon die frühkindliche Bildung muss Werte vermitteln und der Sozialisation und Inspiration der Kinder dienen. Offenheit, Mut und Kreativität sind Werte, die in der Zukunft immer wichtiger werden. In der Schule ist das Erlernen von Selbstorganisation und Verantwortung für sich selbst und den Nächsten und das Einstehen für die eigenen Überzeugungen ein wichtiges Ziel. Ethische Grundsätze müssen – auch über den Ethik- und Religionsunterricht hinaus – in den Unterricht integriert werden. Die Wahrnehmung des anderen als Mensch mit Würde, der Respekt gegenüber dem Nächsten – auch demjenigen aus anderen Kulturen – und die Schulung der Empathie sind zu fördern. [...]“

5.4: Wie können wir dem Leistungsprinzip in der Bildung Geltung verschaffen?

Sebastian S.: „Wir bekennen uns zur Schulvielfalt. Die unterschiedlichen Schulformen ermöglichen die individuelle, an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler angepasste Bildung. Zugleich muss die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Schulen gewährleistet sein, um einen Wechsel zu ermöglichen. Wer gute Leistungen erbringt, der sollte belohnt werden. Das Notensystem hat sich bewährt, um die Leistungen der Schülerinnen und Schüler zu bewerten. Gleiches gilt für die Regelungen der Versetzung in die nächste Jahrgangsstufe. Zugleich glauben wir, dass das Notensystem deutlich transparenter gestaltet werden muss. [...]“

5.5: Wie gelingt es uns, die Qualität des Unterrichts so zu verbessern, dass mehr Kinder zu Bildungsaufsteigern werden und dass Inklusion und Integration in unserem Schulsystem funktionieren?

Ralf K.: „Es ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen: Wie gelingt die Integration der zugewanderten Kinder und Jugendlichen mit einer vollkommen anderen Bildungs- und Erziehungskultur, die in einigen Schulen bereits mehr als 50 Prozent der Schüler ausmachen? Dies kann nur gelingen, indem die CDU Ernst macht mit dem Versprechen, dass in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen investiert wird. Die Schulen müssen in die Lage versetzt werden, in kleineren Gruppen und binnendifferenziert zu unterrichten. Das bedeutet letztlich, dass mehr Geld in den Haushalten für Lehrer und Lehrerausbildung bereitgestellt wird.“

5.6: Welche Verantwortung tragen Eltern einerseits und Kinderbetreuungsstätten und Schulen andererseits für die Entwicklung von Kindern?

Janine G. (CDU Weyhe): „Eltern müssen die Basis legen: Respekt vor anderen, Bitte/Danke/Tschüss sagen können. Die Grundregeln des Zusammenseins beibringen: nicht das Recht des Stärkeren/Lauteren zählt, sondern wer wirklich gerade dran ist, z. B. Grundregeln müssen zuhause beigebracht werden, die KITA kann da nur unterstützen/Hilfe anbieten! Grundsätzlich tragen die Eltern die Verantwortung für die Entwicklung ihrer Kinder. Da Kinder aber zunehmend Zeit in KITAs und Schulen verbringen, steigt die Verantwortung dort. Denn KITAs und Schulen haben einen Lehr- UND Erziehungsauftrag, da müssen beide Seiten Hand in Hand arbeiten. [...]“

5.7: Wie gestalten wir zentrale und föderale Elemente der Bildungspolitik und wie schaffen wir vergleichbare Bildungsstandards?

Junge Union Hessen: „Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber zum Bildungsföderalismus. Wir wollen keine bundeseinheitlichen Prüfungen, befürworten jedoch eine stärkere Kooperation im Rahmen der Kultusministerkonferenz. Die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir dazu nutzen, eine Austauschplattform zwischen einzelnen Schülergruppen in Deutschland zu schaffen. Hessen ist mit dem Austausch zwischen beruflicher Praxis und der Schule ein Vorbild. Die Wirtschaft ist für die Schule ein wichtiger Ansprechpartner. Wir wollen, dass Praktika ebenso verstärkt werden, wie Berufsberatungsangebote.“

5.8: Wie stärken wir die berufliche Bildung und die Weiterbildung und wie garantieren wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung?

CDU Darmstadt: „Die ganze Welt beneidet uns um unser duales Ausbildungssystem, dies sollten wir auch in unserem Land zeigen und die duale Ausbildung mehr bewerben. Die Information muss bei den Berufsberatungsangeboten in den Schulen beginnen, die nach den Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler mögliche berufliche Wege für sie skizzieren sollten. Wenn diese Beratungsangebote mehr Perspektiven aufzeigen, zum Beispiel die Möglichkeit, nach der Ausbildung noch ein Studium zu absolvieren und diese Wechsel honoriert würden, würde es die berufliche Bildung stärken. Berufliche Bildung muss für die Auszubildenden kostenlos sein!“

5.9: Wie müssen wir unsere Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiterentwickeln, damit sie zukunftsfähig bleiben?

CDU Paderborn: „[...] Gerade in den MINT-Fächern gibt es Engpässe im wissenschaftlichen Personal. Die CDU Deutschlands setzt sich für eine bundesweite MINT-Offensive ein, die aus der Bewerbung dieser Fächer, der Begeisterung junger Schüler und Absolventen, der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland und aus finanzieller Förderung besteht. Auch in der Wissenschaft muss die Infrastruktur gewährleistet sein. Dazu zählen neben schnellem Internet auch Hochleistungsrechenzentren, die die immer komplexer werdenden numerischen Aufgabenstellungen in überschaubarer Zeit bearbeiten können. Der größte deutsche Superrechner soll immer Mitglied der TOP 10 der leistungsfähigsten Supercomputer der Welt sein. [...]“

5.10: Wie sichern wir Technologieoffenheit und Forschungsfreiheit?

Steven P.: „Die Politik soll ambitionierte, langfristig verlässliche und gesellschaftlich unbestreitbar erstrebenswerte Ziele wie "CO2- & schadstofffreien Individualverkehr bis 2050" oder "Krebsheilung bis 2060" formulieren, OHNE dabei einzelne Ansätze oder Technologien zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Eine Wiederholung der einseitigen politischen Willensbildung und des Agenda-Settings in Richtung batterieelektrischer Elektroautos darf sich nicht wiederholen.“

5.11: An welchen ethischen Maßstäben soll sich Forschung orientieren und wie stellen wir dies sicher?

CDU Lübeck: „[...] Bei ethischen Standards müssen wir eine Korrigierbarkeit und die möglichen langfristigen Folgen unserer Entscheidungen mitbedenken. Der Zulassung von Keimbahntherapien beim Menschen müssen tiefe medizinische und ethische Abwägungen vorausgehen. Gemeinsam mit dem Deutschen Ethikrat werden sowohl schrankenlose Zulassung von Keimbahnmanipulationen als auch kategorische Verbote von Keimbahntherapien abgelehnt. Die Abhängigkeit des menschlichen Lebens von hoch technologisierter Medizin wird erheblich zunehmen, wenn wir auf Keimbahntherapie zur Prävention schwerer Krankheiten verzichten würden.“

5.12: Wie begleiten wir bioethische Entscheidungen politisch?

Steven P.: „Um fundiert bewerten zu können, darf es für die wissenschaftliche Forschung keine Denkverbote mehr geben – Gentechnik, Climate Engineering usw. müssen auch in Deutschland erforscht werden, um ein eigenes Bild zu haben und nicht auf Studien von anderen Staaten angewiesen zu sein. Erst danach Entscheidung, was, wie und wofür zur Anwendung gebracht werden soll.“

6.1: Wie treiben wir Zukunftstechnologien voran, um das Leben der Menschen zu verbessern?

Bianca D.: „Wir brauchen ein Silicon Valley für Deutschland. Also einen Ort, der es kreativen Zukunftsunternehmen möglich macht, sich zu gründen, zu wachsen und Zukunft aktiv mitzugestalten. Dies auch deshalb, damit Innovation im eigenen Land entsteht und verbleibt. Wir brauchen ein offenes Klima für zukunftsweisende Ideen, damit wir ein Land der Zukunft bleiben. Wir brauchen eine Kommunikation, die die Chancen einer technologisch menschlichen Zukunft formuliert und dabei die vielen Vorteile aufzeigt, die den Menschen zukünftig im Leben, im Beruf, aber auch in unterschiedlichen Lebensphasen zu großen Fortschritten helfen wird.“

6.2: Wie bringen wir Deutschland beim digitalen Wandel an die Spitze?

Christoph B.: „Industrie 4.0 als wichtigstes Element, Digitalisierungsministerium einführen, Förderung von Start-ups, finanzielle Mittel weiter aufstocken.“

6.3: Wie schaffen wir eine Kultur für kreative und disruptive Ideen?

Wolfgang V.: „Etwas provokant: Indem wir in den Kitas und Schulen den Kindern nicht als Erstes Stillsitzen und Mundhalten beibringen. Das führt dazu, dass dann Studierende Angst haben, sie könnten mit einer Frage die Veranstaltung stören ... oder – noch schlimmer – gar eine ‚dumme Frage‘ stellen. In unseren Unternehmen gibt es immer noch zu viel Gruppendruck, Gruppendenken, zu viele Maulkörbe, Denkverbote und Tabus. Reporting-Hierarchien sind einzuebnen; es muss Marktplätze/Plattformen/Wikis/BarCamps geben, wo hierarchie- und angstfrei offen miteinander geredet werden kann. [...] Und es reicht nicht, ein Land der Ideen zu sein, sondern aus den Ideen müssen wir dann auch Optionen machen mit einem "Anrecht", die (guten) Ideen auch realisieren zu können. Da müssen wir hinkommen: Deutschland als "Land der Optionen"!“

6.4: Wie treiben wir die Digitalisierung industrieller Prozesse voran?

Martin R. (CDU Kassel-Land): „Wir bekennen uns zu dem Ziel, an die Spitze des weltweiten digitalen Wandels zu gelangen. Dies erfordert den bestmöglichen und fortwährenden Ausbau digitaler Netze hinsichtlich Geschwindigkeit, flächendeckender Verfügbarkeit und Erweiterbarkeit.“

6.5: Wie entwickeln wir durch Aus- und Weiterbildung die Fähigkeiten für die digitale Welt der Zukunft?

Christoph F.: „Das Thema digitale Welt und digitale Kompetenz muss frühzeitig auf die Lehrpläne an den Schulen. Hier müssen wir uns auch in der Bildung neu orientieren und "digitaler" denken. Zudem muss digitale Kompetenz bei der Ausbildung von Lehrkräften einen maßgeblichen Baustein einnehmen. Dies muss bereits im Grundstudium thematisiert und erlernt werden. Zudem müssen die Weiterbildungsmaßnahmen im Beruf auch das Thema Digitalisierung beinhalten. Hier müssen die einzelnen Verbände/Einrichtungen in den Qualifikationsmaßnahmen auch über die digitale Kompetenz der Mitarbeiter und deren Schulungen zu dem Thema nachdenken und ihre Qualifikationspalette erweitern.“

6.6: Wie fördern wir verantwortlich die Nutzung von maschinellem Lernen und Künstlicher Intelligenz?

Jan B.: „Wir dürfen uns, als technologie- und zukunfts offene Partei, neuen Technologien und Innovationen wie künstlicher Intelligenz oder maschinellem Lernen keinesfalls verweigern. Das darf uns aber auch nicht dazu treiben, blind einem Hype zu folgen und ohne Sinn und Verstand Projekte zu fördern, die viel versprechen und wenig erfüllen – das verbietet uns schon unser konservatives Profil. Stattdessen müssen wir uns im Einzelfall mit den Projekten auseinandersetzen und im Detail gucken, ob diese Projekte sinnvoll und zielführend sind, ob sie unsere Gesellschaft voranbringen.“

6.7: Welche ethischen Maßstäbe gelten für den technologischen Wandel?

Stefan G.-S.: „Es ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft, den technologischen Wandel so zu begleiten, dass er allein dem Wohl der Menschen dient. Weder ein blinder Fortschrittsglaube noch eine grundsätzliche Ablehnung aller Neuerungen darf hierbei der Leitfaden sein. Der Mensch sollte immer der Gestaltende des technologischen Wandels bleiben und nicht zu einem dienenden Objekt degradiert werden, denn nicht alles, was machbar sein wird, ist auch erstrebenswert.“

6.8: Welche Rahmenbedingungen und Regeln wollen wir der digitalen Welt geben?

Erich K.: „Die digitale Welt soll die gleichen Rahmenbedingungen und Regeln erhalten, die auch in der analogen Welt gelten. Insbesondere soll dabei darauf geachtet werden, dass die Kommunikation im digitalen Raum respektvoll abläuft. Dazu zählt auch, dass Beleidigungen auch in der digitalen Ebene von Kommunikation nichts zu suchen haben. Der Rechtsstaat muss auch in der digitalen Welt konsequent so durchgesetzt werden, dass die entscheidende Balance zwischen individueller Freiheit des Einzelnen sowie universaler Freiheit und Ordnung gefunden wird. Dazu soll es ein entsprechendes Regelwerk sowie Bildungs- und Aufklärungskampagnen mit den entsprechenden Betreibern geben.“

6.9: Wie gelingt eine moderne Datenpolitik?

Sebastian S.: „Der Datenverkehr macht nicht an der Staatsgrenze Halt. Deshalb müssen wir eine moderne Datenpolitik global denken. Wir benötigen neue internationale Abkommen, die den hohen Standard aus Deutschland in die ganze Welt exportieren.“

Christoph F.: „Bei einer modernen Datenpolitik muss Datenschutz und Nutzung der digitalen Welt im Einklang stehen und uns auch im eigenen Handeln vorantreiben. Datenschutz darf der Weiterentwicklung nicht im Wege stehen und dabei muss auch mehr auf die Eigenverantwortlichkeit jedes Einzelnen Bezug genommen werden. Jeder ist dabei auch ein wenig selbstverantwortlich, was mit seinen Daten passiert. Hier darf keine Bevormundung durch den Staat erfolgen, die dann zur

Folge hat, dass wir uns bei der digitalen Weiterentwicklung selbst im Wege stehen. Eigenverantwortung des Menschen muss bei dem Thema mehr Gewicht finden.“

6.10: Wie bewahren wir politische Gestaltungsfähigkeit vor dem Hintergrund dynamischen, technologisch getriebenen Wandels?

Sebastian S.: „Es muss zu einem Prinzip werden, dass der Staat als Institution auf dem gleichen Wissensstand ist wie die Wissenschaft und Forschung. Für Bundes- oder Landesregierungen darf der technologische Fortschritt kein „Neuland“ sein – im Gegenteil: Wir erwarten, dass die Regierung den Fortschritt mitgestaltet und Antworten auf neue Herausforderungen hat, bevor diese zu Problemen werden können.“

6.11 Wie kann der Staat digitale Innovationen zum Wohl der Bürger nutzen?

Jan B.: „Der Staat muss digitalen Innovationen offener gegenüberstehen. Es darf nicht länger sein, dass mit dem Willen, alles maximal sicher zu halten (ein schwer zu erreichendes Ziel), Fortschritt behindert und Innovationen verhindert werden. Stattdessen gilt es, eine Politik zu propagieren, die auch Fehler erlaubt und zulässt. Wir haben mit dem gesehen, wie ein Projekt spektakulär scheitern kann, das so viele gute Absichten hatte und so viel Mehrwert hätte bieten können. Doch durch ein absolut rückschrittliches und geradezu sicherheitsfetischstes Handeln hat sich das Projekt für viel potenzieller NutzerInnen als unpopulär erwiesen. Der Staat muss Innovationen schneller nutzen (wollen), auch dann, wenn es passieren kann, dass die Innovation sich als untauglich herausstellt. Dazu bedarf es eines fundamentalen Kulturwandels im öffentlichen Sektor.“

Christoph F.: „Die digitalen Innovationen müssen die behördlichen Arbeiten und Aufgaben verschlanken und beschleunigen. Zudem muss der Bürger die Möglichkeit haben, seine Behörde jederzeit und von überall erreichen zu können, um seine Fragen/Angelegenheiten zu klären. Hier muss weitergedacht und an dem Wandel gearbeitet werden.“

6.12: Wie entwickeln wir einen internationalen und europäischen Rechtsrahmen sowie einheitliche Standards für die digitale Welt weiter?

CDU Heidenheim: „Wir müssen arbeitsrechtlich-ethische Rahmenbedingungen für die Entwicklung, Nutzung und Haftung von Daten bis hin zu intelligenten Systemen schaffen. Zeitgemäßen Rechtsrahmen für traditionelle und neue Geschäftsmodelle. Die Share-Economy bietet mit ihren neuen Geschäftsmodellen zusätzliche Wahlmöglichkeiten zu traditionellen Produkten und Dienstleistungen.“

7.1: Wie gelingt es uns, auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes die Bedürfnisse der Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen zu berücksichtigen?

Martin R. (CDU Kassel-Land): „Unser christliches Menschenbild setzt den Rahmen für einen respektvollen, friedlichen und verständnisvollen Umgang mit unseren Mitmenschen. Dabei kommt dem Staat die Rolle zu, die Menschen bei ihren Streben nach einem eigenverantwortlichen, selbstständigen Leben zu unterstützen. Die CDU setzt sich für eine Vielfalt von Möglichkeiten in den verschiedenen Lebensabschnitten ein, damit die Menschen sich in ihrer jeweiligen Situation für den für sie besten Weg entscheiden können. Insbesondere veränderte Prozesse des Erwerbslebens, wie die Abkehr von starren Arbeitszeiten, haben gravierende Auswirkungen auf das Zusammenleben innerhalb der Familien. Damit hierbei nicht die für die Erwerbstätigen negativen Auswirkungen dominieren, setzen wir uns für eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung (Telearbeit, Gleitzeiten, usw.)

ein, um die Menschen in den jeweiligen Lebensphasen zu unterstützen. Weiterhin sind Betreuungsangebote von Kindern und pflegebedürftigen Menschen auszubauen.“

7.2: Welchen Stellenwert haben Ehe und Familie für unsere Gesellschaft?

Junge Union Hessen: „Die Familie ist für uns die Keimzelle unserer Gesellschaft. Auch in schweren Zeiten zeigt die Familie ihre Stärke: Familienmitglieder stützen sich – emotional und materiell. Die Verantwortung, die Familienmitglieder füreinander übernehmen, kann keine andere Lebensform ersetzen. Sie in allen Facetten zu stärken, sollte uns bei allen familien- und sozialpolitischen Entscheidungen leiten.“

7.3: Wie schaffen wir gute Rahmenbedingungen, damit Familien ihren Beruf, die Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen erfolgreich unter einen Hut bringen können?

CDA: „Wir verteidigen die Familie vor der Vereinnahmung durch die Wirtschaft. Wir wollen die Familie nicht passgenau für die Arbeitswelt optimieren, sondern wir wollen die Arbeitswelt an den Bedürfnissen der Familien ausrichten. Dazu gehören insbesondere stabile Arbeitsverhältnisse und damit ökonomische Planungssicherheit für die Familien. Dazu gehören aber auch eine familienorientierte flexible Arbeitszeit und Arbeitsorganisation. [...]“

7.4: Wie ermöglichen wir Eltern und Familien, sich nach ihren Wünschen und Bedürfnissen für eine Aufteilung der Erwerbs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit zu entscheiden?

CDU Cloppenburg: „Keine Bevormundung der Eltern. Eltern müssen sich ohne Vorgaben des Staates für ihren Weg mit Kind/Kindern entscheiden und die Aufteilung der Erwerbs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit eigenverantwortlich vornehmen können. Dazu bedarf es zunächst einer alle Eltern gleich behandelnden finanziellen Familienförderung, die Eltern die sogen. Wahlfreiheit erst einräumt. [...]“

Frage 7.5: Wie richten wir Familienpolitik am Wohl der Kinder aus, ermöglichen Teilhabe aller, und wie unterstützen wir Alleinerziehende und deren Kinder?

CDU Rheingau-Taunus: „Für Kinder aus sozial prekären Situationen (besonders die Kinder außerhalb von SGB II) ist es erforderlich, die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen: Teilhabe in Vereinen besonders Sportvereinen, musikalische Erziehung, Klassenfahrten, Schultensilien, Lektüren usw. [...] Die Schaffung und Erweiterung bestehender Einrichtungen, wie z. B. Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren, Mütterzentren, Tagesmütter usw., können als Anlauf- und Beratungsstelle für alle Generationen fungieren und dabei eine sehr wichtige Rolle übernehmen. Besonders für Alleinerziehende, die einerseits in der Arbeitswelt ein flexibles Angebot benötigen, um die Existenz zu sichern, andererseits auch auf Unterstützung bei der Betreuung und Erziehung der Kinder angewiesen sind, ist eine solche Infrastruktur von Netzwerken notwendig und wichtig.“

7.6: Welche Verantwortung haben Eltern und Staat bei der Erziehung, Förderung und Betreuung der Kinder?

CDA: „Für unsere Mitglieder ist es nicht Aufgabe des Staates, den Eltern vorzugeben, wie sie ihre Kinder erziehen. Denn Eltern wissen in der Regel am besten, was für ihr Kind und für sie das Beste ist. Nur wenn Eltern ihrer Erziehungspflicht nicht nachkommen, muss der Staat im Sinne des Kindeswohls eingreifen. Die CDU soll dafür eintreten, Eltern auf ihrem Weg aktiv zu unterstützen. Familienbildung stärkt ihre Erziehungskompetenz. Auch bei der Unterstützung von Familien soll auf subsidiäre Angebote gesetzt werden. [...]“

7.7: Was macht eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik aus?

CDU Berlin-Tempelhof-Schöneberg: „Frauen sind stärker von Altersarmut betroffen als Männer. Das liegt vor allem an langen Erziehungszeiten ohne eigenes Einkommen, an Teilzeitarbeit und geringeren Löhnen in häufig von Frauen ausgeübten Berufen. Zeitgemäße Gleichstellungspolitik stellt sicher, dass Männer und Frauen für gleichwertige Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten. Männer wie Frauen sind zunächst einmal selbst dafür verantwortlich für ihren Lebensunterhalt und ihr Alter zu sorgen. In der Ehe und der Familie übernimmt man auch gegenseitig Verantwortung. Das finden wir gut und wertvoll. Wir wollen Familien mit Kindern, und mit kleinen und mittleren Einkommen, steuerlich deutlich entlasten.“

7.8: Wie sähe ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem aus CDU-Perspektive aus?

CDU Karlsruhe-Land: „Deutschland hat wohl das beste Gesundheitswesen der Welt. Wissen, Kenntnisse und Fähigkeiten von Menschen und Maschinen nehmen exponentiell zu. Die Medizin fächert sich in mehr und mehr Fachgebiete auf. Digitale Technologien bringen weitere (r)evolutionäre Fortentwicklungen. Dies alles wird sich in den nächsten Jahren in einer Umstrukturierung des Gesundheitswesens widerspiegeln. Unter Einbeziehung derzeit verschiedenster qualifizierter, auch neuer, akademischer Gesundheitsberufe, der Tatsache, dass auch Gesundheitsberufe unter durchschnittlich sonst überall üblichen Arbeits(zeit)bedingungen arbeiten und leben wollen, gilt es, eine untereinander vernetzte, flächendeckende medizinische Grundversorgung, daneben in abgestuften Zentralversorgungs- bis hin zu Universitäten Spitzenversorgungs- Zentren eine humane, eine auch von der Solidargemeinschaft der Versicherten bezahlbare medizinische Versorgung aller zu gewährleisten.“

7.9: Was bedeutet für uns menschliche Pflege, und wie stellen wir sie sicher?

Frauen Union Hessen: „Die Zunahme älterer und damit auch multimorbider Patienten und der Rückgang an ärztlichem, pflegerischem und therapeutischem Personal erfordern Überlegungen zu neuen Formen der Gesundheitsversorgung. Im Sinne der Generationengerechtigkeit müssen wir Antworten auf die Frage der Versorgung und Lebensgestaltung der älteren Menschen finden und jungen Menschen und Familien eine Zukunftsperspektive bei tolerabler finanzieller steuerlicher Belastung geben. [...]“

7.10: Wie gewährleisten wir ein gutes Leben im Alter?

CDU Unna: „Indem wir es den Menschen ermöglichen, während ihrer Erwerbstätigkeit Rücklagen zu bilden, um auf diese im Alter zurückzugreifen. Der Erwerb von Eigentum stellt aus Sicht der CDU die sicherste Form der Rücklagenbildung dar. Es müssen Strategien gegen die zunehmende Vereinsamung im Alter entwickelt werden. Neue Wohnkonzepte spielen hierbei eine wichtige Rolle.“

Frage 7.11: Wie gestalten wir eine zukunftssichere Rentenpolitik?

CDA: „[...] Wer ein Leben lang Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung erbracht hat – durch Beiträge aus Erwerbsarbeit, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen –, muss sich darauf verlassen können, ein Alterseinkommen zu erhalten, das oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegt. Dazu soll die Alterssicherung in Deutschland stabilisiert werden – gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung. [...]“

7.12: Wie verhalten sich Gerechtigkeit innerhalb der Generationen und Gerechtigkeit zwischen den Generationen zueinander?

CDU Viersen: „Die CDU ist die Partei der Generationen. Die Lebensleistung älterer Menschen achten wir genauso wie die vielfältigen Herausforderungen, vor denen junge Menschen heute stehen. In einer immer älter werdenden Gesellschaft setzen wir uns für ein gerechtes Miteinander aller Generationen ein. Der demografische Wandel muss als Querschnittsaufgabe bei politischen Entscheidungen in allen Bereichen stärkere Beachtung finden. Insbesondere müssen staatliche Belastungen und Leistungen zwischen den Generationen angemessen verteilt sein.“

8.1: Wie stärken wir einen respektvollen Umgang miteinander in unserem Land?

Friedrich R.: „Zuerst durch eigenes Verhalten, das ein Vorbild sein sollte. Durch die konsequente Ahndung von grobem Fehlverhalten. Angriffe auf Hilfskräfte, insbesondere wenn sie im Einsatz sind, müssen direkte und deutliche Konsequenzen haben.“

8.2: Welche Verantwortung tragen Unternehmen, Gewerkschaften, Verbände, Institutionen und Interessengruppen für den Zusammenhalt?

CDA Mainz: „[...] Wir sind der Meinung, dass neben Experten die Sicht der unmittelbar Betroffenen unersetzlich ist und nur so Entscheidungen getroffen werden können, die zum Ausgleich der verschiedenen Gruppen führt und somit zum Zusammenhalt in der Gesellschaft. Neben der bisherigen Beteiligung von Gewerkschaften, Unternehmen, Verbänden und Institutionen wollen wir die Interessenvertretung von bedürftigen und benachteiligten Gruppen fördern, ggf. durch Bereitstellung von Infrastruktur, Aufklärung, Mediation und finanziellen Budgets. Auch sind wir für eine stärkere politische Bildung in Schulen, die Wissen über die Grundlagen, Institutionen und Werte unserer Gesellschaft vermitteln, damit der einzelne Bürger in die Lage versetzt wird, später für die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. Wie sprechen uns ausdrücklich aus für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht.“

8.3: Wie gelingt übergreifende und sachliche Kommunikation in der politischen Öffentlichkeit?

CDU Bielefeld: „Bürgerbeteiligung ist ein immer weiterwachsendes Instrument der politischen Kommunikation. Gerade auf kommunaler Ebene muss die CDU reichhaltige Formate zur Beteiligung anbieten. Hierbei gilt es insbesondere konkrete Maßnahmen und Projekte gemeinsam zu erarbeiten, anzustoßen und umzusetzen (Bspw. Begrünung von Bushaltestellen). Bei der Umsetzung ist ein Rückgriff auf internationale Best-Practice-Bespiele wünschenswert. Wir als CDU müssen für alle wesentlichen Fragen der aktuellen politischen Debatte Antworten haben suchen und finden. Eine einseitige Fokussierung auf Einzelthemen (Flüchtlinge/Klimaschutz) reicht für eine glaubwürdige Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit nicht aus. [...]“

8.4: Welche Verantwortung haben klassische und soziale Medien für die Gesellschaft?

CDU Unna: „Die Aufgabe der klassischen Medien ist weiter die umfassende Information über Sachverhalte, Entwicklungen und Vorgänge als Grundlage für die Meinungsbildung jedes einzelnen. Die Berichterstattung muss vollständig und wahrheitsgemäß sein. Soziale Medien dienen dem Austausch - auch von Meinungen. Sie müssen viel stärker als bisher darauf achten, dass bei diesem Austausch das Gegenüber mit seiner Auffassung respektiert wird. Wir sehen soziale Medien und ähnliche Plattformen in der Pflicht, von sich aus und sofort gegen Hassbotschaften, Beleidigungen und derartige Äußerungen vorzugehen. Dem bewussten Verbreiten falscher Informationen („Fake-News“) muss ein Riegel vorgeschoben werden.“

8.5: Wie schaffen wir Identität und Zusammenhalt in unserer vielfältigen und individualisierten Gesellschaft?

CDU Gießen: „[...] Wir müssen uns auf die Werte berufen, die unsere Gesellschaft prägen und den Menschen den Halt und die Sicherheit bieten, die sie ganz offensichtlich vermissen. Sowohl in den sozialen Medien als auch in der analogen Welt müssen wir dafür eintreten, dass ein gesellschaftliches Zusammenleben nur dann funktionieren kann, wenn die Achtung und Würde eines jeden Einzelnen nicht verletzt wird. Einen starken Rechtsstaat sehen wir dort für notwendig, wo der einzelne die Freiheit des Anderen oder der Gemeinschaft verletzt. Gleichzeitig erwarten wir von denjenigen, die neu in unsere Gesellschaft kommen, dass sie unsere Werte, Brauchtümer, Kulturen und politischen Systeme vollkommen anerkennen. Das Erlernen der deutschen Sprache sehen wir dabei als unabdingbare Voraussetzung auf dem Weg zu einer gelungenen Integration an. [...]“

8.6: Welchen Beitrag leisten Kultur und Sport für den Zusammenhalt?

CDU Minden-Lübbecke: „Kultur und Sport sind in Deutschland eng miteinander verbunden. Die gemeinnützigen Vereine mit dem bürgerschaftlichen Engagement ihrer Mitglieder leisten dabei einen unverzichtbaren Beitrag für die Gemeinschaft. In Verbänden, Vereinen und Initiativen werden wichtige Aufgaben und Arbeiten unserer Gesellschaft übernommen, die der Staat allein nicht leisten kann. Der Sport in den Vereinen steht für Werte, die für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung sind, wie beispielsweise Leistungsbereitschaft, Fairness, Solidarität, Teamfähigkeit, Disziplin, Verantwortungsbewusstsein, Respekt und Toleranz. [...]“

8.7: Wie begeistern wir Menschen, für das Gemeinwohl einzutreten?

CDU Unna: „Nicht nur Kinder brauchen Vorbilder. Wir müssen hervorragendes ehrenamtliches Engagement besonders würdigen und in der Öffentlichkeit sichtbar machen. Dabei geht es nicht zuerst um finanzielle, sondern viel eher um breite gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung.“

8.8: Wie fördern wir Verständnis füreinander und Ausgleich zwischen den Generationen?

Ulrike L. (CDU Bad Kreuznach): „Verständnis erwächst in und durch Begegnungen. Sie sind in Mehrgenerationenhäusern auf Dauer angelegt, so dass derartige Projekte grundsätzlich steuerlich, in behördlichen Genehmigungsverfahren und in der Begleitung durch die Sozialversicherungsträger bevorzugt zu behandeln sind. Daneben sollen vor allen Dingen Schüler in Dauer und Inhalt hinreichend ausgestalteten Praktika an die Begegnung mit älteren, oft alleinstehenden Menschen herangeführt werden. Schon heute ist die Gesundheitsversorgung und insbesondere die Pflege der älteren Menschen in Deutschland – geschweige denn weltweit – kaum noch menschenwürdig zu stemmen. Nötig sind neue Konzepte, die auf diesem Gebiet einen neuen Generationenvertrag formulieren. [...]“

8.9: Wie wirken wir sozialer Isolation und Einsamkeit entgegen?

Frauen Union Hessen: „Mehr Seniorenwohnanlagen zusammen mit Kindergärten bauen; Generationsübergreifendes Wohnen fördern (Mehrgenerationenhäuser); Initiativen fördern, wie gemeinsam Kochen; Menschen erreichen über Plätze, Büchereien, im Lebensmittelmarkt oder im Wohnblock; sind die Leute aus dem Job, ohne Partner und ohne Kinder, muss es geeignete Aktivitäten geben; mit offenen Augen die Menschen ansprechen in der Nachbarschaft.“

8.10: Wie gelingt Integration, was müssen wir dafür tun und was einfordern?

Jutta M.: „Das Wichtigste ist, die Sprache des Landes, in dem man bleiben möchte, zu erlernen. Nur sprechenden Menschen kann man helfen. Das Erlernen der deutschen Sprache muss ein Muss sein, ohne deutsche Sprachkenntnisse kein Bleiberecht. Nach der Pflicht, die deutsche Sprache zu lernen, sollten die Migranten gut ausgebildet werden, damit sie sich durch Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen können. Integration muss von Migranten gewollt werden und sie müssen sich natürlich mit den Gesetzen und unserer Kultur identifizieren (ohne ihre Kultur und Wurzeln ablegen zu müssen).“

8.11: Wie fördern wir vertraute Lebensumfelder und intakte Nachbarschaften?

Bernd K.: „Von der Unterstützung von nachbarschaftlichen Initiativen (zum Beispiel zur Umfeldgestaltung, der Unterstützung in der Pflege und der Erziehung, Organisation von Bürgerbussen etc.) über die Förderung von Mehrgenerationenhäusern bis zur wiederholten aktiven Einbeziehung in kommunale Entscheidungsprozesse (z. B. Projektumfragen): So können die Hürden für ein aktives gesellschaftliches Engagement gesenkt werden.“

8.12: Wie stärken wir das Vertrauen in die repräsentative Demokratie und den Parlamentarismus und welchen Beitrag kann hierfür politische Bildung leisten?

Ralph A. (CDU Stuhr): „Ehrlichkeit ist die Voraussetzung für die Akzeptanz des demokratischen Systems und der staatlichen Institutionen. Parteien sollen politische Positionen beziehen und dafür einstehen. Im Ringen um konstruktive Lösungen ist es erforderlich, zu sagen, was man denkt. Möglichkeiten der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen müssen weiterhin bestehen/geschaffen werden. Politik braucht die Nähe zu den Menschen. Insbesondere verdient das gesellschaftliche Engagement von jungen Menschen Beachtung und Unterstützung. Rechtsstaatlichkeit ist ein hohes Gut, die Dauer von Entscheidungs- und Gerichtsprozessen (z. B. bei Infrastrukturprojekten) gefährdet aber die Akzeptanz der Bevölkerung – auch in das politische System und die Institutionen.“

9.1: Wie stärken wir die Werte, die uns in Deutschland einen?

Christoph B.: „Indem wir den Menschen Freiräume geben und eine Erziehung zu freien, selbstbewussten, eigenverantwortlichen und die Gesellschaft stützenden Menschen ermöglichen. Dazu fördern wir Familien, ermöglichen Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft und fördern kulturelle Bildung, wie dies beispielsweise in der offenen Stadtgesellschaft Oldenburgs gelebt wird.“

9.2: Was macht uns in Deutschland aus, unterscheidet uns von anderen und was erwarten wir von Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben?

Alexander T.: „Offenheit und Mut. Wir tolerieren andere Meinungen und setzen uns mit diesen Meinungen auseinander. Wir geben aber auch klare Grenzen vor und scheuen uns nicht, unsere Wertvorstellungen jederzeit zu verteidigen. Wir erwarten von Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben, dass sie unsere Wertvorstellungen schätzen, teilen und anwenden und sich nicht davor scheuen, an sich selbst zu arbeiten, um unsere Werte auch bei sich wirken zu lassen. Wir gehen offen aufeinander zu, erwarten dies aber auch umgekehrt.“

9.3: Welche Werte wollen wir bewahren und wo ist Veränderung nötig?

CDU Stuttgart: „Das Grundgesetz und seine zentralen Wertentscheidungen, von der Menschenwürde über die Grundrechte bis hin zu einem bürgernahen und deswegen subsidiär

aufgebauten Staatswesen, sind das zentrale Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Aber unser Werteverständnis prägt mehr. Unser Staat und unsere Gesellschaft sind christlich-abendländisch geprägt, wir sind kein laizistisches Land.“

9.4: Was verstehen wir unter Heimat und wie ist gesellschaftlicher Pluralismus ohne Beliebigkeit möglich?

Sidney P.: „Heimat gilt allgemein als der Ort, dem man sich als Mensch zugehörig fühlt. Es muss also nicht zwingend auch die Herkunft sein, die damit verortet ist. Menschen, die Deutschland als ihre Heimat ansehen und empfinden, einen im Idealfall gemeinsame Werte, insbesondere eine gemeinsame Auffassung von Recht, Moral und Anstand.“

9.5: Welche Rolle spielt die christliche Prägung in unserer Zeit?

Christoph B.: „Wenn wir unsere demokratische Grundordnung betrachten, finden wir dort wichtige Regeln, die auf den christlichen Werten basieren. Die Natur zu bewahren, Verantwortung für jede Form des Lebens zu übernehmen, sind christliche Werte, die für uns auch in Zukunft zwingend Bestand haben werden.“

9.6: Wie schützen wir menschliches Leben vom Anfang bis zum Ende?

Christian T.: „Eine schwarz-weiß-Sicht ist nicht hilfreich und trägt zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Abtreibung sollte nicht empfohlen oder zum Normalfall gemacht werden. Andererseits gibt es Fälle, in denen es einer Frau nicht zugemutet werden sollte, ein ungewolltes Kind zu bekommen. Für ein Vergewaltigungsoffer kann dies erhebliche psychische Belastungen bedeuten. Einer drogen- oder alkoholabhängigen Frau dies zuzumuten, bedeutet auch für das Kind große Gefahren. Der Staat muss beraten und helfen. Er darf aber keinen generellen Zwang ausüben. Einen Menschen, dem im Leben krankheitsbedingt nur noch starke Schmerzen bevorstehen, zu zwingen, weiterzuleben, ist genauso grausam, wie das Dulden von Folter an Menschen. Was der Staat tun muss, ist, medizinischen Fortschritt, Aufklärung und Hilfen zu fördern. Er darf aber nicht vorspielen, allwissend zu sein, sondern muss stets Experten und Gremien einbinden. Der Staat muss durch Bildung, Polizei und Justiz jedes unnötige Leiden präventiv vermeiden.“

Bernd K.: „Der Schutz menschlichen Lebens reicht von der (geistig-moralischen wie auch wissenschaftlichen) Aufklärung potentieller Eltern bis zu den Regeln über den Grad der Selbstbestimmung zum Ende des Lebens. Leitmotiv ist die Gewährleistung höchstmöglicher Freiheit in den durch den Kant'schen Imperativ gesetzten Grenzen. Hiernach ist alles staatliches und gesellschaftliches Handeln auszurichten. Notwendige Bedingung für persönliche Freiheit ist die Bereitstellung hinreichender Chancen zur Aufklärung durch Bildung, wobei die Freiheit zur Inanspruchnahme der unterbreiteten Angebote nur bedingt beschränkt werden kann.“

9.7: Wie stehen Staat und Religion zueinander?

CDU Krefeld: „Wir müssen als CDU den Mut haben, stärker als bisher die wechselseitige Unabhängigkeit von Staat und Religion voneinander zu betonen. Die Politisierung von Religion und die Überhöhung der institutionellen Stellung der Religionsgemeinschaften im Staat sind nicht zielführend. Das erste führt zu einer ungunen Verbürgerlichung der Religion, die eigentlichen Glaubensinhalte relativierend; das zweite bewirkt eine Ungleichbehandlung der verschiedenen Bekenntnisse untereinander und auch im Verhältnis zur Bekenntnislosigkeit. Der Staat hat die Aufgabe, die Religionsfreiheit zu sichern und zu schützen – eine Freiheit, die er nicht etwa selbst

gewährt, sondern die vielmehr dem Menschen unmittelbar zukommt. Die Achtung vor den verschiedenen Religionen ist für die CDU selbstverständlich.“

9.8: Welche Werte leiten uns bei der Ordnung und Steuerung von Zuwanderung und Migration?

Christopher B.: „Wer berechtigt einen Asylantrag stellt, soll es auch bekommen. Ein Asyl darf aber nicht wie selbstverständlich als Vorstufe zum dauerhaften Aufenthalt oder der Einbürgerung angesehen werden. Wichtig ist die Hilfe zur Selbsthilfe in krisengeschüttelten Ländern, sodass Menschen in ihren Heimatländern bleiben können und dort Perspektiven haben. So sollte man die Zeit des Aufenthalts in Deutschland im Rahmen des Asyls nutzen, um die Menschen auszubilden. Gut ausgebildet müssen sie dann jedoch zurückgeschickt werden. Nur so wird langfristig allen geholfen, weil nur so ein Land wieder effektiv und langfristig aufgebaut werden kann. Ein Fachkräftemangel kann ein Anreiz sein, Migration zu fördern. Andererseits gibt es Millionen Arbeitslose, die man zunächst gegebenenfalls umschulen sollte. Wenn man die reine "man power" hat, warum nicht nutzen? Unterstützend kann man immer noch Fachkräfte aus dem Ausland anwerben.“

9.9: Wie prägt uns unsere deutsche Geschichte?

CDU Rheingau-Taunus: „Unsere Geschichte ist ein wichtiger Teil unserer Identität. Wir sind uns der ambivalenten Geschichte Deutschlands bewusst und blicken zugleich mit Demut, aber auch mit Stolz auf sie zurück. Als Christdemokraten setzen wir uns dafür ein, dass es niemals wieder zu solchen Entgleisungen der Menschlichkeit kommt, wie wir sie als Deutsche zu verantworten hatten. Aus diesem Teil unserer Geschichte können wir unser starkes und nachhaltiges Bekenntnis zum Existenzrecht Israels ableiten. Für uns heißt ein verantwortungsvolles und ehrliches Verhältnis zu unserer Geschichte jedoch auch, die Sternstunden Deutschlands nicht außen vor zu lassen: In unserem Land musste sich die Demokratie bewahren und ist mit der Revolution von 1848 und der Weimarer Republik mehrfach gescheitert. Seit 1949 hat sich, mit Gründung der Bundesrepublik, jedoch ein äußerst stabiles demokratisches und föderales System bewährt, auf das wir mit Recht stolz sein können. Als Bundesrepublik sind wir weltweit stärkster Exporteur geworden. Wir haben die deutsche Wiedervereinigung feiern dürfen. Auch das gehört zu unserer Geschichte. Diese zeigt uns, dass wir als Nation stark sind und viel erreichen können. Wir sollten aus unserer Geschichte die Lehre ziehen, dass kein Weg zu weit ist, es immer Zeit für einen Neubeginn gibt und das Beste immer noch vor uns liegt.“

Christopher B.: „Unsere Geschichte ist eine sehr bewegte. Es ist wichtig, Geschichte nicht nur von 1933-1945 zu denken, dazu komme ich später. Die Geschichte vor dieser Zeit ist auch eine beeindruckende. Es müssen immer positive wie negative Aspekte im zeitlichen Kontext betrachtet und bewertet, aber vor allem die richtigen Schlüsse gezogen werden. Aus 1919-1933 muss gelernt werden, warum eine wehrhafte Demokratie wichtig ist. Aus 1933-1945 (NS-Regime), aber auch aus der Zeit des DDR-Regimes sollte gelernt werden, dass sowohl der Rechts- als auch der Linksextremismus völlig inakzeptabel sind. Keine Art des Extremismus ist schlimmer als die andere. Die einen sehen den "Rassenfeind", die anderen den "Klassenfeind". Die einen sind die "Nationalsozialisten", die anderen die "internationalen Sozialisten". Beide schimpfen sich "Sozialisten". Sie sind auch in ihren Methoden gegen Oppositionelle geeint: Folter und Mord. Unsere Geschichte muss uns also dahingehend prägen, dass Deutschland mehr ist als ehemalige Nazis und Sozialisten und dass jegliche Art von Extremismus schlecht ist. Wir dürfen uns zwar nicht selbst darauf reduzieren, müssen aber klarmachen, dass wir keine Form des Extremismus mehr zulassen.“

Christoph B.: „Die CDU steht in der Verantwortung der deutschen Geschichte als christlich geprägte Volkspartei für unveräußerliche Grundwerte. Diese zu bewahren, verstehen wir als unveränderliche Aufgabe mit Blick auf das Leid, das von deutschem Boden ausging.“

9.10: Was verstehen wir unter Patriotismus?

Sidney P.: „Unsere emotionale Verbundenheit mit unserer Heimat sollte so formuliert sein, dass keine falsche Interpretation möglich wird. Auch sollte sie eindeutig als Abgrenzung zu anderen politischen Lagern verstanden werden. Wir in der CDU sind stolz auf unser Deutschland, stolz auf seine Rolle in Europa. Wir sind stolz darauf, was dieses Land seit der Aussöhnung mit den Feinden von einst in 70 Jahren Grundgesetz und bald 75 Jahren Demokratie auf den Weg gebracht hat. Wir blicken mit Stolz auf das, was in Europa seitdem entstehen konnte. Wir verfolgen einen gesunden Patriotismus, der keine blinde Vaterlandsliebe ist, die in Staatsgehorsam gipfelt. Unser Patriotismus basiert auf gemeinsamen Wertvorstellungen und Grundrechten. Wir hinterfragen dabei unser Land und unsere Gesellschaft kritisch, ringen stets um bessere Ergebnisse zum Wohle unseres Landes und lassen in unserer patriotischen Haltung niemanden zurück. Für uns sind Vaterlandsliebe und Europäische Union keine Widersprüche. Denn wir leben als Deutsche in Europa.“

Steffen E.: „Stolz auf unser Land und unsere Leistung zu sein. Auch auf unsere Geschichte – natürlich auf keinen Fall auf alles – aber wegen der dunklen Jahre wird nicht alles zum Tabu. Wir haben eine Verpflichtung moralisch hinter den Männern in Uniform zu stehen, die von unserem Parlament, also im Namen der Bürger, in den Einsatz geschickt werden. Wir dürfen stolz auf unseren Platz und unseren Einfluss, unser Ansehen in der Welt sein und auch auf unsere Europäische Union. Wir müssen uns als Bürgerinnen und Bürger, wie alle anderen Menschen auf diesem Planeten, stolz hinter unsere Nation und unsere EU stellen dürfen und das auch öffentlich zeigen dürfen. Patriotismus ist weder eine Gefahr für Europa noch ist es rechts. Man kann auch stolz auf nationale Wurzeln sein, und stolz auf die Toleranz und die Reflektion, die unseren Umgang mit Geschichte und Mitmenschen ausmacht. Man kann Patriot sein und sich für ein geeintes Europa einsetzen. Das ist sogar unsere Pflicht.“

Lennart N.: „Patriotismus bedeutet die ausgelebte Liebe zur Heimat. Im Gegensatz zum Nationalismus beruht Patriotismus nicht auf Elementen der Selbstverherrlichung und Außgrenzung anderer Völker und Volksgruppen. Im Gegenteil. Patriotismus ist ein jenes verbindendes Element eines Staates, durch welchen sich seine Mitglieder als Teil einer großen Gemeinschaft definieren können. Dabei ist die ursprüngliche Herkunft jedes einzelnen Mitgliedes irrelevant. Jeder kann seine Heimat lieben. Jeder kann sich seine Heimat frei wählen. Jeder kann Patriot sein.“

9.11: Welche Werte verbinden und prägen uns in Europa?

Odilo E.: „Alle großen Dinge sind einfach und viele können in einzelnen Wörtern ausgedrückt werden: Freiheit, Gerechtigkeit, Ehre, Pflicht, Gnade, Hoffnung.“ (Winston Churchill) Freiheit, sich zu entfalten und ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit zu führen. Gerechtigkeit durch Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz vor Diskriminierung Ehre durch Achtung der Menschenwürde, Pflicht als moralische Verpflichtung, sich in der Gesellschaft einzubringen, die natürlichen Ressourcen zu schonen und auch persönlich Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen Gnade als gelebte Nächstenliebe, Hilfe für die Schwachen und Nachsicht gegenüber der Fehlbarkeit des Menschen; Hoffnung, dass wir die Zukunft gestalten können und den Frieden bewahren können.“

9.12: Was bedeutet es, Teil des Westens zu sein?

Ulrike L. (CDU Bad Kreuznach): „Als Teil des Westens sind wir Mitglied derjenigen Gemeinschaft von Gesellschaften, die – organisiert nach den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Gewaltenteilung und der grundsätzlichen individuellen Freiheitsrechte –, die durch einen laufenden Diskurs um die durch die Mehrheit getragene Lösung Gewähr dafür bieten, dass die jeweils beste Lösung die Chance zur Umsetzung erhält und dabei niemand, der der Minderheitsmeinung anhängt, aus der Gesellschaft ausgeschlossen ist.“

10.1: Welche Verpflichtungen haben wir für die Bewahrung der Schöpfung?

Friedrich L.: „[...] Unser Deutschland soll sich hinsichtlich seiner Natur, seiner Fauna und Flora und seines Klimas nicht verändern, denn so haben wir es kennengelernt und so wollen wir es behalten! Unsere Verpflichtung in dieser Hinsicht ist gar nicht hoch genug einzuschätzen – Klimaschutz, umweltschonendes Wirtschaften und Konsumieren, Abfallvermeidung und Wiederverwertung, Tierschutz, Schutz der Artenvielfalt sind absolut notwendige Grundvoraussetzungen für den Erhalt unseres Wohlstands, der in Zukunft anders gelebt werden muss als bisher: Wohlstand bedeutet keine fortwährende Steigerung des Konsums, sondern bewussten und maßvollen Konsum [...]“

10.2: Wie werden wir angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung unserer globalen Verantwortung für ressourcenschonendes Handeln gerecht?

Steffen E.: „Wir müssen unsere Wirtschaft verpflichten, auf die Herkunft ihrer verwendeten Materialien zu achten, es darf nur verwendet werden, was nicht im Raubbau an der Natur gewonnen wurde. Kreislaufwirtschaft muss gefördert werden. Wer Sollbruchstellen einbaut, um frühzeitig erneut ein Produkt verkaufen zu können, muss mit hohen Strafen belegt werden. Verpackung sollte massiv eingespart werden und Kunststoffe so produziert werden, dass sie wiederverwendbar sind. Die Kosten für die Entsorgung sollten bereits beim Kauf mitgetragen werden und von den Unternehmen gewährleistet werden. Unnötige Wegwerfprodukte müssen massiv besteuert oder verboten werden.“

10.3: Wie gestalten wir eine wirtschaftlich erfolgreiche, moderne und ressourcenschonende Landwirtschaft?

CDU Rendsburg-Eckernförde: „Landwirtschaft und Klimaschutz können nur gemeinsam betrachtet werden. Klimaschutz und Artenvielfalt müssen stets als Maßstab des Handelns gelten. Unser Ziel muss lauten: Ökonomie und Ökologie in den Einklang bringen und nicht die Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit gegeneinander ausspielen sowie Marktmacht gerecht werden. Umdenken bei der landwirtschaftlichen Förderung – dabei müssen der Landwirt und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse stets im Vordergrund stehen.“

10.4: Wie werden wir der Verantwortung gegenüber Tieren als Mitgeschöpfe gerecht?

Albert E.: „[...] Für die „freie“ Tierwelt muss genügend Lebensraum erhalten bleiben und teilweise neu geschaffen werden. Die über viele Jahrzehnte betriebene Ausweitung der Flächennutzung für industriell-landwirtschaftliche und „zivilisatorische“ Zwecke hat zu einem rücksichtslosen Raubbau an der Natur geführt. Die Folge sind ein historisch einmaliger Verlust an Biodiversität, ein dramatischer Artenschwund und eine starke Schrumpfung zahlloser Tier- und Pflanzenpopulationen. [...] Die Nutztierhaltung muss von Respekt gegenüber dem Mitgeschöpf geprägt sein und das Tierwohl immer im Auge behalten. Kastrieren von männlichen Ferkeln, Vergasen und Schreddern männlicher Küken und andere für die betroffenen Nutztiere schmerzhafteste Formen des Umgangs mit ihnen müssen schnellstmöglich ein Ende haben. [...]“

10.5: Wie gestalten wir einen erfolgreichen Natur- und Artenschutz?

Benjamin S.: „Naturnahe Anpflanzungen auf Bundes-/ Landes-/ Kreis- und Gemeindeflächen wie beispielsweise Wildblumenwiesen auf Kreisverkehren; Förderung Dach- und Fassadenbegrünung; Informationskampagne zu Dach- und Fassadenbegrünung; Beratungsstellen zu artengerechten Anpflanzungen auch in Privatgärten; Verschärfung Abgaben zu versiegelten Flächen; Flächenkonsum weiter reduzieren; innerstädtische Verdichtung von Wohnflächen; Autos aus der Stadt (Luftverschmutzung und Flächenkonsum) durch Förderung Car Sharing; Ausbau Fahrradverkehr.“

10.6: Wie ermöglichen wir eine gesunde Ernährung und fördern den nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln?

CDU Wetterau: „Der Verbraucher muss auf den ersten Blick erkennen können, was gesunde Lebensmittel sind. Häufig fehlt es hier schon an Grundkenntnissen. Hier könnte man im Kindergarten oder der Schule ansetzen. Etwa „Wo kommen meine Lebensmittel her?“, „Was ist gesund?“. Sicherlich ist hier eine direkte Zusammenarbeit mit den Landwirten und Produzenten in der Region möglich. Darüber hinaus muss der Verbraucher bereit sein, für gesunde Lebensmittel einen adäquaten Preis zu zahlen.“

10.7: Wie kann vernetzte und digitale Mobilität zu höherer Effizienz und einer besseren Umwelt- und Klimabilanz beitragen?

Ulrike L. (CDU Bad Kreuznach): „Einerseits kann durch Einbeziehung aller mobilitätsrelevanten Parameter eine Planung der Verkehrsströme – auch des Individualverkehrs – überhaupt erst ermöglicht werden, was per se zu einer höheren Effizienz führen kann. Ob es die Routen- und Geschwindigkeitsplanung einzelner Reisen, Car-Sharing-Angebote oder auch Huckepack-Waren-Transporte betrifft: überall können Ressourcen eingespart werden, wenn denn „nur“ Informationen ausgetauscht und die sich daraus ergebenden Erkenntnisse genutzt werden. Andererseits kann die Vernetzung für sich genommen schon bisherige Mobilitätserfordernisse an sich reduzieren: Postsendungen können zumindest über Fernstrecken zunächst nur digital „zurücklegen“, der Arbeitsplatz am Ort des Firmensitzes muss nicht (immer) besetzt sein und Waren können durch Digitaldruckangebote auch erst unmittelbar am Ort ihres Verbrauchs produziert werden.“

10.8: Wie schützen wir das Klima ohne den wirtschaftlichen Wohlstand zu gefährden und wie gestalten wir den Strukturwandel?

Ingo M.: „Schutz und Renaturierung der Moore (Moore machen nur 3 % der weltweiten Landfläche aus, speichern aber doppelt so viel Kohlenstoffdioxid wie aller Wälder der Erde zusammen). Schutz und Aufforstung der Wälder (mit Wald sind gesunde Mischwälder und keine Monokulturen wie z. B. Kiefernwälder in D etc. gemeint) weltweit. Alleine diese Maßnahmen können den Temperaturanstieg um 1,5 Prozent begrenzen. Überbevölkerung in Afrika etc. stoppen. Dieses kann gelingen, wenn nur solche Länder Entwicklungshilfe bekommen, welche Männer und Frauen gleichberechtigten, massiv in Bildung für Jungen und Mädchen investieren und sich gegen Korruption einsetzen. Faire Handelsbeziehungen mit diesen Staaten tut ihr Übriges. Weiterhin erfolgreich auf den technologischen Fortschritt setzen und somit die Ökologie mit der Ökonomie im Gleichgewicht halten. [...]“

10.9: Wie gelingt die gemeinsame europäische und internationale Gestaltung von Umwelt- und Klimaschutz?

Philipp N.: „Klimaschutz ist eine globale Herausforderung. Treibhausgase sind länder- und generationenübergreifende Externalitäten unseres Wirtschaftslebens. Klimaschutz gelingt nur, wenn diese negative Begleiterscheinung auf globaler Ebene vermieden wird. Die CDU muss sich also für eine internationale Bepreisung von Treibhausgasemissionen einsetzen. Auch national und europäisch muss sie Emissionen begrenzen. Dies geschieht am besten durch einen internationalen Emissionshandel, da der Staat unmöglich wissen kann, wo die Treibhausgasmindeung bestenfalls eintritt. Verbote und ordnungsrechtliche Maßnahmen dürfen nur als letzte Option gezogen werden. Technologieoffenheit ist zu berücksichtigen. [...]“

10.10: Welche marktwirtschaftlichen Elemente können in den Dienst der Ökologie gestellt werden?

Steven P.: „Emissionshandel konsequent und flächendeckend für alle Sektoren in allen Ländern der EU und möglichst auch darüber hinaus.“

10.11: Wie können moderne Technologien und Innovationen dazu beitragen, Umweltprobleme zu lösen?

Ulrike L. (CDU Bad Kreuznach): “Die CDU präferiert ausdrücklich den Weg der Lösung von Umweltproblemen durch Umsetzung technischer Innovation, statt dem Propagieren einer Verzichtskultur. Hierzu wird künftig die Bereitschaft, Neuerungen zu erdenken, auszuprobieren, vor allem aber auch umzusetzen, in breitem Maße nicht nur in Schule, Ausbildung und Universität unterstützt, sondern auch bis in das hohe Alter, um gerade auch kumulierte Lebenserfahrung besser als bisher nutzen zu können. Es gilt das Ziel der Etablierung einer Gesellschaft von Innovationsträgern! [...]“

10.12: Wie bringen wir mehr Natur in die Städte?

Jutta M.: Da gibt es genügend Beispiele in Deutschland. Angefangen von begrünten Dächern bis hin zu naturklimatisierten Fassaden. Das Mikroklima sollte besondere Beachtung finden. Nicht einfach bauen, sondern erstmal die Luftzirkulation beachten. Keine Beton- und zugepflasterten Flächen, sondern mit Bäumen u. ä. beschattete Flächen. Wasserflächen, die Wohlfühlorte sind, an den gerne eine Pause eingelegt wird. Keine Kiesvorgärten.“

11.1: Wie verstehen wir Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse?

CDU Wetterau: „Gleichwertigkeit bedeutet nicht identische Lebensverhältnisse, da die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger nicht identisch sind. Es wird vielmehr die Vielfalt der Möglichkeiten einer heterogenen Gesellschaft hervorgehoben. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist immer durch eine umfängliche Grundversorgung, ein Grundversorgungsangebot gekennzeichnet. Hierbei darf es zu keinem Auspielen zwischen Stadt und Land kommen.“

11.2: Wie sorgen wir für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland?

CDU Stuttgart: „Beste Chancen in Stadt und Land: Deutschland und seine Länder profitieren von den verschiedenen Stärken seiner Ballungszentren und ländlichen Räume. Das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist und bleibt für die CDU zentrales Staatsziel – muss aber vor dem Hintergrund der Wanderungsbewegungen im Land neu gedacht werden. Zusammen mit den Ländern und Kommunen wollen wir Heimat dort garantieren und fördern, wo sich zukunftsfähige und lebendige Gemeinschaften zusammenfinden. Dazu wollen wir auch eine neue faire

Finanzpartnerschaft zwischen den staatlichen Ebenen und den Kommunen entwickeln, um neue Investitionsanreize zu schaffen. [...]“

11.3: Wie bleiben ländliche Regionen attraktiv?

Sebastian B. (CDU Bad Fredeburg): „Durch eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, die eine schnelle Anbindung an die Ballungsgebiete gewährleistet; durch gute und sichere Arbeitsplätze, die im ländlichen Raum zumeist in Mittelstand und Handwerk angesiedelt sind [...]; durch Breitbandausbau in allen Orten und durch Nutzen der neuen Möglichkeiten im Rahmen der Digitalisierung, die z. B. das Arbeiten von zu Hause aus ermöglichen; durch gute Bildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten im ländlichen Raum; durch gute medizinische Versorgung und gute Lebensbedingungen für Familien und Ältere; durch attraktive Orte und lebendige Ortsgemeinschaften, daher wollen wir das Ehrenamt stärken und uns für Treffpunkte in den Orten einsetzen.[...]“

11.4: Wie machen wir Lust auf Heimat?

Ulrike L. (CDU Bad Kreuznach): „Heimat ist dort, wo man sich wohlfühlt. Dieses Gefühl fällt besonders dort leicht, wo man es schafft, dass Bürger sich einbringen und sich als Teil ihrer Gemeinschaft fühlen.“

11.5: Wie gestalten wir gute Infrastrukturen angesichts des demografischen Wandels und Wanderungsbewegungen zwischen Stadt und Land?

CDU Rheingau-Taunus: „Gute Infrastrukturen bedeuten der Ausbau bzw. Sanierung von Straßen und Schienenwegen, die Sanierung des Netzes für Wasser und Abwassersysteme und die Verlegung von Kabeln für den digitalen Netzausbau. Dazu gehört auch ein gut ausgebautes öffentliches Nahverkehrsnetz mit Bürgerbussen, mobilen Geldinstituten, Lebensmittelbussen etc. In der Folge können Homeoffice-Arbeitsplätze entstehen und junge Menschen werden mit ihren Familien das Leben im ländlichen Raum bevorzugen.“

11.6: Wie sichern wir guten Zugang zu allen Leistungen der Daseinsvorsorge?

CDU Wachtendonk: „Schaffung von Ärztezentren in ländlichen Regionen mit guter ÖPNV-Anbindung; Stärkung des Einzelhandels und Erhaltung von Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum.“

11.7: Wie gestalten wir zeitgemäße Mobilität?

Karsten D-S.: Zügiger Ausbau und Vorhaltung eines leistungsfähigen ÖPNV zu erträglichen Preisen, permanente Weiterentwicklung; zügiger Ausbau und Vorhaltung einer neuen Infrastruktur für Fahrradverkehr (Freizeit, Beruf), permanente Weiterentwicklung; zügiger Ausbau und Vorhaltung einer neuen Infrastruktur für Elektro- und Wasserstoffmobilität, permanente Weiterentwicklung; Sicherstellung einer leistungsfähigen digitalen Mobilität; frühzeitige Einbindung von Anbietern von Wohnraum (Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaftlern, Bauträger, Verbände ...) in kommunale Planungen.“

11.8: Wie schaffen wir Rahmenbedingungen für bezahlbaren Wohnraum?

Frank M.: „Bezahlbarer Wohnraum kann nur entstehen, wenn man ihn auch zu vernünftigen Kosten bauen kann. Wir haben inzwischen viele Auflagen, Energiesparvorgaben und Bebauungsvorschriften. Da alles einzuhalten kostet Geld. Und es führt automatisch zu hohen Mieten. Auf der anderen Seite sind moderne Energiespar-Häuser so abgedichtet, dass man im

Winter eine Belüftungsanlage braucht, um Schimmel zu verhindern. Im Sommer muss die Klimaanlage ran, weil man nicht mehr wie früher einfach durchlüften kann. Man spart Heizenergie, aber dafür steigt der Stromverbrauch. Ich denke, dieser ganze Berg an Vorgaben und Vorschriften sollte mal ausgemistet werden, und auf die wirklich wichtigen und wirksamen Vorgaben reduziert werden. Dann könnte man auch wieder bezahlbare Wohnungen bauen.“

11.9: Wie stellen wir die Digitalisierung und marktwirtschaftliche Ansätze in den Dienst gleichwertiger Lebensverhältnisse?

Christoph F.: „Ziel bei der Digitalisierung muss es sein, dass jeder Quadratmeter der Bundesrepublik durch Breitband- oder 5G-Netze ausreichend versorgt ist. Die Veränderungen durch die Digitalisierung müssen als Chance verstanden werden. Daher ist es wichtig, dass neben den Metropolen auch der ländliche Raum optimal versorgt ist. Die Bereitstellung von schnellen Internetleitungen ist die Zukunft für wirtschaftlichen Fortschritt.“

11.10: Wie nutzen wir das Innovationspotential der Metropolen und des ländlichen Raums für unsere ganze Gesellschaft?

Ulrike L. (CDU Bad Kreuznach): „Der Informationsaustausch stellt als Rückgrat der Wissensgesellschaft durch Bereitstellung der technisch erforderlichen Infrastruktur, zugehöriger Standardisierungsrahmen, aber auch sanktionierbarer Regelverstöße die Chance dar, unter der sich alle Regionen gleichermaßen mit ihren Ideen zur Entwicklung der Gesellschaft, der Wirtschaft und des demokratischen Gemeinwesens einbringen können.“

11.11: Wie gelingt es Städten, Gemeinden und Landkreisen neue und kreative Lösungen für konkrete Probleme zu finden?

Christoph B.: „Innovatives Lernen durch Dialog und Austausch mit anderen, in Deutschland und in Europa.“

11.12: Wie stärken wir die Neuen Länder weiter?

Christoph F.: „[...] Um die Zentren Berlin, Leipzig und Dresden bspw. müssen die ländlichen Gebiete mit bezahlbarem Wohnraum weiterentwickelt werden. Auch hier muss der Personennahverkehr sichergestellt werden. Besonders durch den beschlossenen Kohleausstieg dürfen die betroffenen Regionen nicht aussterben. Das Thema "erneuerbare Energien" muss noch verstärkt in der Fläche dort ausgebaut werden. Durch das große Flächenangebot können sich die neuen Länder auch als neue Energiequelle durch bspw. Windkraft entwickeln. [...]“

12.1: Welche nationalen Interessen hat Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik?

Tobias U.: „Die Beziehungen zur Türkei werden immer durch den hohen Anteil von türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürgern geprägt sein. Deutschland hat ein großes Interesse an guten Beziehungen zur Türkei. Dabei ist Ehrlichkeit bei der Frage der EU-Mitgliedschaft erforderlich. Mitglied der EU kann nur werden, wer sich zu 100 Prozent zu den Werten und Zielen der Europäischen Union bekennt und sie aktiv durchsetzt.“

12.2: Wie setzen wir die Erfolgsgeschichte der Europäischen Idee fort?

CDU Bremen-Nord: „Die CDU war, ist und bleibt „die“ Europa-Partei. Europa müsse jedoch in allen Institutionen, in allen Entscheidungsfindungsprozessen schneller werden, um nicht nur als „Zaungast“ der internationalen Politik teilzunehmen. Friedenspolitisch, wirtschaftspolitisch und

kulturpolitisch sei Europa für Deutschland ein Glücksgewinn. Von der CDU wird erwartet, an der Spitze einer EU-Reform zu stehen.“

12.3: Mit welchen Zielen entwickeln wir die Europäische Union weiter?

Otto L.: „Wir entwickeln die Europäische Union weiter mit dem Ziel, die Integration der Mitgliedsländer oder eines Kerneuropa aus Frankreich und weiteren, willigen Nationen, spürbar zu vertiefen. Europa ist jetzt schon mehr als ein freier Binnenmarkt für Güter und Arbeit. Eine gemeinsame Währung und der Schengenraum waren große Schritte der Integration, der weitere folgen müssen. Wir brauchen eine Verlagerung von weiteren Souveränitätsrechten auf das europäische Niveau. Wir brauchen am Ende einen Staatenbund, der in allen Bereichen, in denen es einen Sinn ergibt, wie ein Staat funktioniert. Dazu gehört auch eine Fiskalunion und das Haushaltsrecht auf EU-Ebene. Die Verteidigung muss auch gemeinsam gelöst werden. [...]“

12.4: Welche Balance zwischen gemeinschaftlichem und zwischenstaatlichem Handeln sowie nationaler Eigenständigkeit streben wir für die Europäische Union an?

Christoph F.: „Die EU darf und muss sich lediglich um die ganzheitlichen Themen für Europa kümmern. Die "kleinteiligen" Bereiche müssen auf nationaler Ebene gelöst und geklärt werden. Die EU muss sich Kernkompetenzen suchen und herausfiltern, diese dann auch zielgerichtet erarbeiten und Lösungen präsentieren.“

12.5: Wie wollen wir das transatlantische Verhältnis gestalten und wie festigen wir das Band der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland?

Christian S.: „Die transatlantische Zusammenarbeit ist und bleibt gerade in schwierigen Zeiten ein entscheidender Faktor für die globale Ordnung und Stabilität. Ungeachtet tagespolitischer Strömungen darf die enge Partnerschaft mit den USA und Kanada nicht in Frage gestellt werden. Das ausgehandelte und unterzeichnete Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada (CETA) ist zügig und vollständig in Kraft zu setzen. Die Verhandlungen für ein Handelsabkommen mit den USA sind wieder aufzunehmen.“

12.6: Wie gestalten wir unsere Russland- und China-Politik?

Junge Union Hessen: „Im Umgang mit Russland muss der Dialog mit Wladimir Putin und seiner Regierung möglich sein. Wo der Dialog aber zu keinem spürbaren Ergebnis führt, fordern wir Konsequenzen. Wir fordern, die Sanktionen solange aufrechtzuerhalten, wie die Krim nicht an die Ukraine zurückgegeben wurde. Ein Ziel deutscher Politik muss aber immer auch sein, nicht nur mit der gewählten russischen Regierung, sondern auch mit der Opposition das Gespräch zu suchen und demokratische Kräfte in Russland zu stärken. Wir begreifen China als einen Wirtschaftspartner. Zugleich gilt es, deutsche Unternehmen durch chinesische Investoren stärker zu schützen und auf eine weitere Öffnung des chinesischen Marktes hinzuwirken.“

12.7: Welche Rolle soll Deutschland in der Welt übernehmen und mit welchen strategischen Partnern wollen wir dieser Rolle gerecht werden?

Christina R.: „Die Rolle Deutschlands in der Welt sollte die eines innovativen, konstruktiv mitgestaltenden Akteurs sein. Die Frage nach den in Betracht kommenden strategischen Partnern ist bereits durch bestehende multilaterale und bilaterale Verträge vordefiniert. Im europäischen Kontext bindet Deutschland die besonders enge Verbundenheit zu und Dankbarkeit gegenüber Frankreich, das nach Ende des II. Weltkriegs auf den Erzfeind zugegangen ist und die Einbindung in den europäischen Kontext und damit in eine starke und überzeugende Wertegemeinschaft

ermöglicht hat. In Ergänzung dessen steht das im Jahr 1992 gegründete Weimarer Dreieck. Auch in diesem Format ist die Umsetzung vieler künftiger Aufgaben denkbar. [...]“

12.8: Wie stärken wir die bestehenden multilateralen Strukturen und wo müssen diese weiterentwickelt werden?

CDU Rheingau-Taunus: „Als Teil zahlreicher internationaler und transnationaler Organisationen ist Deutschland weltweit eingebunden. UN, EU, OSZE, NATO, G8 – all diese Organisationen und Institutionen bilden ein gutes Gerüst zur globalen Positionierung und dem Umgang mit internationalen Herausforderungen. Es soll jedoch geprüft werden, ob an einigen Stellen nicht Synergieeffekte möglich wären, wo grundsätzliche Zielgleichheit besteht. Unser Ziel ist es, inter- und transnationale Vereinigungen und Organisationen bestmöglich miteinander zu vernetzen.“

12.9: Wie sehen wir die Zukunft der NATO?

Lukas S.: „Die NATO ist das Bündnis zur Verteidigung, zur Bekämpfung des Terrorismus, zum gegenseitigen Schutz und Hilfe und zur Stabilisierung von Krisenregionen. Damit die NATO funktionieren kann, ist eine starke europäische Säule notwendig, in der Deutschland eine führende Rolle spielen muss.“

12.10: Brauchen wir auch neue Formate der internationalen Zusammenarbeit, um eine bessere und friedlichere Welt zu gestalten?

Christoph F.: „Ich denke wir sollten die aktuellen Bündnisse erst einmal zukunftsfähiger gestalten und diese auch an die geänderten weltlichen Rahmenbedingungen anpassen. Die bestehenden Formate sind ausreichend und müssen nur in ihrer Struktur für die Zukunft fit und optimiert werden. Gemeinsame Ziele müssen definiert und verfolgt werden, dabei muss die Freiheit und der Frieden auf der Welt immer das höchst angestrebte Ziel sein.“

12.11: Wie können wir weltweit wirkungsvoller für den Schutz von Demokratie und Menschenrechten eintreten?

Axel B.: „Deutsche und europäische Entwicklungshilfe auf die Länder bündeln, die Mindeststandards einhalten.“

12.12: Wie wollen wir das Ansehen und das Bild Deutschlands in der Welt weiter verbessern und stärken?

Lukas S.: „Die beste Werbung für Deutschland sind seine Kultur, seine Menschen und seine wirtschaftlichen Produkte. Durch Verbreitung dessen und der Schaffung eines Bewusstseins für diese positiven Dinge Deutschlands wird das Ansehen und das Bild Deutschlands am besten verbessert und gestärkt.“

**Beschlüsse der
Bundesfachausschüsse
zur Beantwortung
der Leitfragen**

IV. Beschlüsse der Bundesfachausschüsse zur Beantwortung der Leitfragen

Bundesfachausschuss Äußere Sicherheit	2
Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation	14
Bundesfachausschuss Europapolitik	56
Bundesfachausschuss Gesellschaftlicher Zusammenhalt	71
Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.....	89
Bundesfachausschuss Innere Sicherheit.....	109
Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt.....	133
Bundesfachausschuss Umwelt und Landwirtschaft	144
Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern	155

3. Wie gelingt ein Leben in Sicherheit?

3.6. Wie begegnen wir Cyber-Gefahren?

Damit die Bundeswehr ihren Beitrag für die Cybersicherheit unseres Land leisten kann, haben wir ein neues Cyberkommando mit einem eigenen Cyberinspekteur aufgestellt. Wir müssen weiter in hochqualifiziertes Personal und Spitzentechnologie investieren. IT-Sicherheit und Cyber-Defence müssen ins Zentrum von Forschung und Strategie rücken. Die Bundeswehr muss ihre Fähigkeit zu Computer-Netzwerk-Operationen weiter ausbauen und auch offensive Cyber-Fähigkeiten in ihrem Fähigkeitsspektrum verankern.

3.7. Wie stärken wir die äußere Sicherheit Deutschlands und die gemeinsame Sicherheit in Europa?

Aufgabe des Staates ist es, Sicherheit und Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Zudem bekennt sich Deutschland nicht zuletzt in der Präambel des Grundgesetzes zu seiner besonderen internationalen Verantwortung, dem Frieden der Welt zu dienen. Dies verpflichtet uns, auch in gefährlichen Krisen nicht zu weichen und uns schwierigen Entscheidungen nicht zu verweigern. Nicht zuletzt ist dies eine Frage der Solidarität mit unseren Verbündeten und Partnern bzw. den Menschen, deren Leib oder Leben in Gefahr ist. In jedem Fall muss jedoch der **Einsatz militärischer Mittel** genau geprüft werden.

Kern unserer Bemühungen muss es sein, die EU auch in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu einem dauerhaft handlungsfähigen Akteur zu machen. Dafür müssen wir die **Europäische Verteidigungsunion hin zu einer Armee der Europäer** ausbauen und dafür sorgen, dass zum einen die bestehenden Mittel effizienter genutzt werden. Zum anderen aber müssen wir auch gemeinsam neue Fähigkeiten komplementär zur NATO aufbauen, um effektiver zu werden.

Wir wollen die Handlungsfähigkeit der EU durch das qualifizierte Mehrheitsverfahren in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken. Wir sprechen uns in diesem Zuge dafür aus, einen **Europäischen Sicherheitsrat** einzurichten. Er soll eine schnellere Reaktion der EU in der Außenpolitik ermöglichen, die EU-Außenpolitik klarer und eindeutiger formulieren und er soll sicherstellen, dass diese durch seine Mitglieder als Repräsentanten der gesamten EU gemeinsam und verbindlich vertreten und umgesetzt wird.

3.8. Wie soll unsere Bundeswehr aufgestellt sein?

Die **Bundeswehr ist ein unverzichtbares Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik**. Sie ist zentraler Bestandteil und Stütze des vernetzten Handelns. Die Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Angehörigen der Bundeswehr leisten tagtäglich in den Einsätzen und ihren vielen anderen Aufgaben den entscheidenden Anteil dafür, dass wir in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können. Zugleich steht die

Bundeswehr jederzeit bereit, um in Not- und Katastrophenfällen auch im **Inland** zu unterstützen.

Die CDU versteht sich als die **Partei der Bundeswehr**. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für unsere Soldatinnen und Soldaten und stehen ein für ihre **Anliegen**. Wir bejahen soldatische Identität in der Demokratie und stehen zum Prinzip des Staatsbürgers in Uniform als Hüter von Frieden und Freiheit. Und wir treten dafür ein, den einzigartigen Dienst der Soldatinnen und Soldaten für unser Land anzuerkennen und zu würdigen.

Landesverteidigung ist heute **Bündnisverteidigung**. Deutschland ist gefordert, einen maßgeblichen Beitrag zur Abschreckung und Verteidigung der NATO und am Kampf gegen den Terrorismus zu schultern. Deutschland kann dies nur gemeinsam mit unseren Partnern schaffen. Deswegen muss die Bundeswehr den von ihr schon seit langem eingeschlagenen Weg der **Kooperation und Integration** mit den Streitkräften von Verbündeten und Partnern konsequent und innovativ weiter beschreiten. Dabei müssen wir auch die Sicherheitsbedürfnisse unserer Partner berücksichtigen und auf eine gemeinsame Strategischen Kultur hinwirken.

In der NATO bedeutet dies, das Konzept der Rahmennation weiter zu stärken, und in der Europäischen Verteidigungsunion der EU, über die Projekte der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) Stück für Stück eine Armee der Europäer zu formen und langfristig auf eine Europäische Armee hinzuarbeiten. Das deutsche Engagement muss in NATO und EU eine Schlüsselrolle spielen. Wir wollen sie aktiv und verantwortungsbewusst wahrnehmen.

Die Aufgabe der **Auslandseinsätze** bleibt weiter bestehen. Sie dienen der Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen, der Bündnissolidarität und sind gelebte Verantwortung für Sicherheit und Frieden weltweit. Die Parlamentsbeteiligung hat sich bewährt und ist Teil des deutschen Selbstverständnisses einer Parlamentsarmee. Doch sollte es die Verständigung geben, neben der Mandatierung auf Grundlage des Art. 24 GG auch eine Mandatierung auf Grundlage Art 87a GG vorzunehmen, denn in der Welt von heute wird Deutschland auch auf Distanz verteidigt.

Angesichts der demographischen Entwicklung ist es eine besondere Herausforderung, dauerhaft ausreichendes und qualifiziertes Personal für die Bundeswehr zu finden. Um die Bundeswehr demographiefest zu machen, muss sie ein **attraktiver und konkurrenzfähiger Arbeitgeber** bleiben. Das gelingt über gute Rahmenbedingungen des Dienstes. Dafür braucht es aber auch besondere Anreize für junge Menschen, als Freiwillige für eine begrenzte Zeit in der Bundeswehr zu dienen. Um ihre Aufgaben leisten zu können braucht die Bundeswehr auch eine einsatzbereite **Reserve** in ausreichender Stärke, deren Angehörige für ihr besonderes Engagement für unser aller Sicherheit keine Nachteile erleiden dürfen.

Für ihr breites und forderndes Aufgabenprofil muss die Bundeswehr **optimal** ausgerüstet werden. Die Truppe muss das notwendige Material zügig erhalten. Unser Ziel bleibt die Vollausrüstung. Nicht zuletzt wirkt diese sich auch auf die Attraktivität des Arbeitsgebers Bundeswehr aus. Militärische Beschaffungen wollen wir deswegen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern effizient und kostenschonend gestalten. Außer Frage steht für uns jedoch der Erhalt einer leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie in Deutschland, als industrielle Basis unserer Sicherheitspolitik und Souveränität. Rüstungsexporte sind dabei ein gestaltendes Element deutscher Sicherheitspolitik. Deswegen setzen wir uns hierbei für einheitliche europäische Richtlinien ein.

Wir sind bereit, die für unsere Sicherheit notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Die Bundeswehr braucht über Jahre stetig **steigende Investitionen**. Wir stehen zu unseren Zusagen an die NATO. Unser Ziel bleibt es, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aufzuwenden.

3.9. Mit welchen Partnern und in welchen Bündnissen wollen wir gemeinsam zu mehr Sicherheit in Europa und der Welt beitragen?

Die sicherheitspolitische Lage weltweit ist seit Jahren von anhaltenden Krisen und Konflikten und eine fortwährende terroristische Gefahr geprägt. Internationale Ordnungen und Regeln, das Völkerrecht und die universelle Gültigkeit von Menschenrechten werden immer mehr infrage gestellt und drohen zu erodieren.

Deutschland und andere offene, liberale Demokratien geraten immer stärker in den **Interessensgegensatz zu autoritären, staatskapitalistischen Regimen**. Es ist im deutschen und europäischen Kerninteresse, diese Systemkonkurrenz in unserem Sinne zu bestehen. Die CDU steht für **multilaterale Zusammenarbeit** Deutschlands zur Bewältigung dieser globalen Herausforderungen. Durch die Verteidigung politischer und persönlicher Freiheiten werden wir immer einen Attraktivitätsvorsprung gegenüber autoritären Herrschaftsformen erhalten.

Deswegen kommt unserem Außenhandeln und unserer Verteidigungspolitik eine existenzielle Bedeutung zu: Sie sichern unser Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell und unsere Werte.

3.10. Welche Verantwortung haben wir für die Sicherheit außerhalb Europas?

Für die Sicherheit und den Wohlstand Deutschlands und der Europäischen Union sind politische und wirtschaftliche Stabilität der **Staaten im südlichen Mittelmeerraum** von zentraler Bedeutung. Es liegt im Sicherheitsinteresse der Europäischen Union, mit diesen Staaten politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch eng zusammenzuarbeiten – insbesondere auch um ihre Fähigkeiten zur Bekämpfung terroristischer Strukturen zu stärken und um Migration zu begrenzen.

Frieden im **Nahen und Mittleren Osten** liegt in unserem ureigenen Interesse. Darum müssen wir im europäischen Verbund Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in der

Region übernehmen. Deutschland und die EU müssen angesichts erkennbarer Krisen frühzeitig mittels Prävention, Mediation und politischen Verhandlungslösungen aktiv werden, um kriegerische Auseinandersetzungen zu verhindern. Zugleich unterstützen wir die Staaten der Region im Kampf gegen den Terrorismus.

Aus unserer historischen Verantwortung wächst der Wille zu einer festen und **umfassenden Partnerschaft mit Israel**. Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Das Existenzrecht Israels ist für uns unumstößlich und Teil der deutschen Staatsräson. Israel muss frei von Angst, Terror und Gewalt leben können. Darum müssen wir bereit sein, für die Sicherheit Israels zusammen mit weiteren Partnern einzustehen. Darüber hinaus werden wir alles unterstützen, was ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern in der Region fördert und eine Zweistaatenlösung ermöglicht.

Die regionalen Aktivitäten des **Irans**, sein ballistisches Raketenprogramm, seine nuklearen Ambitionen und seine fortgesetzte Weigerung, das Existenzrecht Israels anzuerkennen, stehen der Sicherheit und Stabilität des Nahen und Mittleren Ostens entgegen. Wir arbeiten mit unseren Partnern weiter daran, dass Iran sein Verhalten ändert.

3.11. Wie tragen wir zu einer Entwicklung bei, die für mehr Menschen bessere Lebens- und Bleibeperspektiven in Afrika schafft?

Wir verstehen die benachbarten Kontinente Europa und Afrika als Weggefährten. Das Schicksal Afrikas hat unmittelbare Auswirkungen auf Europa. Deshalb liegt eine friedliche, stabile, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung des Kontinents im deutschen und europäischen Interesse - nicht zuletzt, um mittel- und langfristig den Migrationsdruck zu mindern. Zu besseren Perspektiven für die Menschen und ihre Familien in Afrika beizutragen, ist für uns nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine wirtschaftliche und geopolitische Herausforderung.

Wir unterstützen die dortigen Staaten in ihren Reformbemühungen für wirtschaftliches Wachstum, Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit. Wir können aber nur unterstützend wirken. Es bedarf der Überzeugung und Eigenanstrengung der Partner in den Ländern. Ohne diese kann keine Entwicklung erfolgen.

Wir werden auch in Zukunft die am wenigsten entwickelten Länder dabei unterstützen, Armut zu reduzieren und Zugang zu staatlicher Grundversorgung wie Bildung, Wasser, Ernährung und Gesundheitssystemen zu schaffen. Unser Ziel ist es den Ärmsten der Armen Perspektiven zu geben. Auch die Wechselbeziehung von Mensch, Tier und Umwelt – der One-Health-Ansatz – muss wichtiger Teil globaler Gesundheitspolitik sein.

Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Afrika ist ohne Investitionen privater Unternehmen nicht möglich. Dementsprechend wollen wir dazu beitragen, Investitionsbedingungen zu verbessern, die Produktivität zu erhöhen sowie die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Mit entwicklungspolitischen Partnerschaften auf

Augenhöhe gemeinsam mit der deutschen Wirtschaft können wir eine Energiewende in Afrika vorantreiben. Unverzichtbar sind mehr Anstrengungen bei guter Regierungsführung und Schutz von Menschenrechten, die wir fordern und fördern wollen.

Deutschland und Europa sollten mit Afrika eine gemeinsame Digitalisierungsstrategie zum Umgang mit und der Nutzung von Daten erarbeiten und damit einen eigenen Weg zwischen dem amerikanischen und dem chinesischen Weg finden. Die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone aller Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union (AfCFTA) bietet die Chance einer vertieften Handelspartnerschaft ganz Afrikas mit der Europäischen Union. Wir befürworten eine Vereinbarung zwischen Afrika und der EU über einen neuen Handelsrahmen, der neben der Zusammenarbeit in den Bereichen guter Regierungsführung, Frieden und Sicherheit auch den Klimaschutz und die Kooperation in Zukunftstechnologien umfasst. Ein gemeinsamer Wachstumsmarkt sowie ein abgestimmtes politisches Agieren von EU und AU innerhalb der Vereinten Nationen und internationalen Gremien werden auch die Rolle Europas in der Welt stärken.

In der Sahelregion müssen wir die Länder in ihren Bestrebungen unterstützen, den Terrorismus zu bekämpfen und ihre Sicherheit und Entwicklung selbst gewährleisten zu können. Hierfür bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung Europas.

3.12. Wie treten wir wirksam auf der Welt für gute Regierungsführung, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit ein, um unser Leben insgesamt sicherer zu machen?

Die Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte** und die darin verankerten universellen Rechte für alle Menschen sind für uns der größte historische Fortschritt, der global jemals für die Würde der Menschen erreicht werden konnte. Menschenwürde und Menschenrechte müssen wo immer möglich durchgesetzt werden und sind deshalb integraler Bestandteil unserer internationalen Politik. Wir werden weiterhin mit unseren Wertepartnern für eine Weltordnung arbeiten, in der Menschenrechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt Geltung haben müssen. Dies gilt insbesondere für unseren Einsatz für die Religionsfreiheit, religiöse Minderheiten und damit auch für verfolgte Christen weltweit.

Für uns als „C“-Partei ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kirchen selbstverständlich, wobei wir die humanitäre Arbeit fördern, nicht aber die Vermittlung religiöser Inhalte. Wir arbeiten darüber hinaus aber auch mit anderen Religionsgemeinschaften zusammen und wirken auf die Zusammenarbeit verschiedener Konfessionen hin, um interkonfessionelle Spannungen, aus denen weltweit massive Konflikte entstehen können, zu vermeiden.

9. Was sind unsere Werte, die Deutschland prägen und wie leben wir sie?

9.12. Was bedeutet es, Teil des Westens zu sein?

Wir müssen die **westlich geprägte werte- und regelbasierte internationale Ordnung erhalten** und in ihrer Handlungsfähigkeit stärken, um unsere Werte, Interessen und

Lebensweise zu sichern. Diese existenzielle Herausforderung können wir als Europäische Union nicht allein bewältigen. Möglichst enge und vertrauensvolle transatlantische Beziehungen bleiben deshalb unverzichtbar. Zudem müssen wir dafür die bereits enge Zusammenarbeit mit unseren weltweiten Wertepartnern zu einer durchsetzungsfähigen Interessensgemeinschaft weiterentwickeln.

In diesem Sinne liegt es in unserem Interesse, **Staaten, deren demokratische Institutionen nicht in demselben Maße stabil sind, dabei zu unterstützen, ihre offenen und freiheitlichen Gesellschaften zu schützen und demokratische, rechtsstaatliche Strukturen zu stärken.** Wir wollen die Chancen der Globalisierung den Ärmsten dieser Welt zugänglich machen und sie so gestalten, dass Ungleichheiten entgegengewirkt wird. Für eine nachhaltige Entwicklung weltweit bietet die **Agenda 2030** einen umfassenden Lösungsrahmen, der alle beteiligten Akteure in die Verantwortung nimmt.

12. Wie arbeiten wir erfolgreich in Europa und mit internationalen Partnern zusammen?

12.1. Welche nationalen Interessen hat Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik?

Neben der Festigung und Fortentwicklung der europäischen Einigung und der transatlantischen Partnerschaft ist die Stabilität unserer unmittelbaren Nachbarschaft im nationalen Interesse unserer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland und Europa brauchen eine möglichst enge Zusammenarbeit mit den Staaten ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, um sich gegen die wachsenden Herausforderungen der Globalisierung und den zunehmenden Zerfall der internationalen Ordnung besser behaupten zu können. Die Politik der Erweiterung und der Heranführung von europäischen Staaten an die EU muss Europas Sicherheit sowie sein Gewicht und seinen Einfluss in der Welt stärken.

Vor künftigen **Erweiterungen** müssen die Handlungsfähigkeit und die Geschlossenheit der EU deutlich verbessert werden. Die Herstellung der Erweiterungsfähigkeit ist Voraussetzung für die Aufnahme neuer Mitglieder, die für ihre Annäherung wie auch für ihre Mitgliedschaft die dafür vorgesehenen Kriterien vollständig erfüllen müssen. Der europäische Erweiterungsprozess muss zur Stärkung der europäischen Identität beitragen. Insofern wird die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union nicht in jedem Fall die einzige Perspektive sein. Als Zwischenschritte oder auch als dauerhafte Lösungen für die Anbindung an die EU können Assoziierungsverträge, besondere Partnerschaften, eine erweiterte Zollunion, multilaterale Kooperationsmodelle wie der Europäische Wirtschaftsraum oder Teilmitgliedschaften vereinbart werden.

Unser Ziel ist es, durch enge, stabile und nachhaltige Nachbarschaftsbeziehungen auf der Grundlage der gemeinsamen Werte des Europarates die Unabhängigkeit unserer **östlichen Partner** zu stärken sowie ihre politische und wirtschaftliche Modernisierung zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass der europäische Weg der **Ukraine** zu einem modernen demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlich starken engen Partner von EU und

NATO eine Erfolgsgeschichte wird. Die Zukunft Europas entscheidet sich auch in der Ukraine.

Die **Türkei** ist für uns ein unverzichtbarer Partner. Unsere Beziehungen haben ein großes Potenzial. An der Schnittstelle zwischen Europa, Asien und dem Mittleren Osten ist die Türkei für die EU und die NATO von wachsender geostrategischer Bedeutung. Die Türkei muss aber ein zuverlässiger NATO-Partner bleiben. Wir setzen uns für die engst mögliche Anbindung der Türkei an die EU ein, wofür die Voraussetzungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte jedoch gegeben sein müssen.

12.5. Wie wollen wir das transatlantische Verhältnis gestalten und wie festigen wir das Band der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland?

Die **USA** bleiben unser wichtigster außen- und sicherheitspolitischer Partner außerhalb Europas. Zugleich muss sich auch die transatlantische Partnerschaft an die Entwicklungen auf der Welt anpassen. Sie muss wieder zentrales Dialogforum sein, um gemeinsam Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Denn nur gemeinsam werden wir eine Strategie im Umgang mit den Herausforderungen von morgen implementieren können.

12.6. Wie gestalten wir unsere Russland- und China-Politik?

Wir streben gute Beziehungen und eine enge Zusammenarbeit mit **Russland** an. Wir wollen schrittweise mehr Vertrauen aufbauen, um zu einer an gemeinsamen Werten und Regeln orientierten Sicherheitsarchitektur in Europa zu gelangen. EU und NATO müssen einer destabilisierenden und völkerrechtswidrigen Politik Russlands mit Geschlossenheit, Wachsamkeit, Resilienz, Standfestigkeit sowie Gestaltungswillen entgegentreten und ihre politische Strahlkraft stärken. Im Sinne der Ziele des Europarates und auf der Grundlage seiner universellen Werte sind wir bereit, demokratische Entwicklungen, Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und wirtschaftliche Entwicklung in Russland zu fördern. Solange Russland anders sein will als die anderen europäischen Völker und gegen den Westen agiert, braucht das viel strategische Geduld.

Wir haben ein starkes Interesse an guten Beziehungen zu **China** auf der Grundlage allgemeinverbindlicher völkerrechtlicher Regeln und Standards. Wo immer möglich wollen wir eine enge Zusammenarbeit zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Eine echte Partnerschaft ist jedoch nur im Rahmen eines fairen Wettbewerbs unter für beide Seiten gleichen Bedingungen möglich; dabei muss Deutschland ebenso wie Europa Herr über seine eigenen Schlüsseltechnologien und Daten sein. China will vorherrschende Weltmacht werden, stellt als Systemrivale die regelbasierte internationale Ordnung infrage und bietet für autoritäre Staaten ein vermeintlich attraktives Entwicklungsmodell. Perspektivisch wird es auch eine Herausforderung für die Sicherheit Europas sein. Dagegen werden wir wo immer nötig zusammen mit unseren transatlantischen und weltweiten Wertepartnern aufbauend auf unseren Stärken als freiheitliche demokratische Staatengemeinschaft Resilienz sicherstellen.

12.7. Welche Rolle soll Deutschland in der Welt übernehmen und mit welchen strategischen Partnern wollen wir dieser Rolle gerecht werden?

Deutschland muss als stärkste Wirtschaftskraft der EU eine **führende außen- und sicherheitspolitische Rolle** einnehmen. Dies gilt für diplomatische Initiativen, entwicklungspolitische Beiträge und das Einbringen militärischer Fähigkeiten. Mehr noch als in der Vergangenheit müssen wir jedoch bereit sein, zusammen mit unseren Verbündeten und Partnern und unter Wahrung der völkerrechtlichen und unserer verfassungsrechtlichen Vorgaben auch militärische Mittel anzuwenden, wenn dies nötig ist.

Es ist unser Ziel, Deutschlands internationale Handlungsfähigkeit weiter zu stärken. Dafür muss die Sicherheitsarchitektur unseres Landes weiterentwickelt werden, indem die Strukturen der ressortgemeinsamen Zusammenarbeit sowie die gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Strategien den aktuellen Herausforderungen angepasst werden. Wir wollen den Bundessicherheitsrat zu einem nationalen Sicherheitsrat weiterentwickeln. Durch ihn sollen alle Instrumente der Außen-, Entwicklungs-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik besser koordiniert und ressortübergreifende Entscheidungen vereinfacht und beschleunigt werden.

Wir wollen zusammen mit den USA auch mit anderen Nationen enger kooperieren, um gemeinsam die liberale Ordnung, auf der unsere Gesellschaften beruhen, stärken und verteidigen. Deshalb halten wir an der engen Zusammenarbeit mit **Kanada** ebenso fest wie an dem Ziel, die Beziehungen Deutschlands und der EU zu den **Staaten Lateinamerikas und der Karibik** weiter auszubauen.

Das 21. Jahrhundert wird wesentlich von den **Ländern Asiens** geprägt werden. Wir setzen uns für eine immer engere und vertiefte Zusammenarbeit in verbindlichen Partnerschaften mit diesen Ländern ein. Diejenigen Länder Asiens, die als pluralistische und liberale Demokratien für Rechtsstaatlichkeit und die Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung eintreten, sind unsere natürlichen Partner. Dies gilt insbesondere für Japan, Indien und Südkorea. Es liegt im deutschen wie europäischen Interesse, dass unser Land bei der Gestaltung dieser Beziehungen seiner außen- und sicherheitspolitischen Verantwortung im Raum Asien Pazifik stärker gerecht wird.

12.8. Wie stärken wir die bestehenden multilateralen Strukturen und wo müssen diese weiterentwickelt werden?

Keine andere Institution verfügt über eine ähnlich umfassende Legitimation wie die **Vereinten Nationen**. Als Grundlage und wesentlicher Teil der regelbasierten internationalen Ordnung müssen sie zur Regelung internationaler Herausforderungen entscheidungs- und handlungsfähiger werden. Es gilt gegen wachsende Bestrebungen anzugehen, diese regelbasierte Ordnung auszuhebeln, um dem Auftrag der Vereinten Nationen entsprechend Frieden, Menschenrechten, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zum weltweiten Durchbruch zu verhelfen und zur Bewahrung der

Schöpfung und zur Weiterentwicklung des Völkerrechts beizutragen. Für diese Ziele müssen die weltweiten Wertepartner gemeinsam wirksamer eintreten.

Bei einer **Reform des Sicherheitsrates** befürworten wir neben Frankreich und Großbritannien einen ständigen Sitz für die Europäische Union. Auf dem Weg zu diesem Ziel bleibt Deutschland bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratsssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen.

Das Erreichen der Klimaziele ist die Überlebensfrage der Menschheit. Der nachdrückliche Einsatz für diese Ziele und gegen klimaschädigendes Verhalten muss ständiger Schwerpunkt deutscher **Klima-Außenpolitik** sein. Hier geht es um mehr als die jeweiligen multilateralen Verhandlungen und Abkommen, es geht um das Verständnis, dass es ein globales Thema mit sehr lokalen Auswirkungen ist. Die mit dem Klimawandel einhergehenden geostrategischen Veränderungen müssen von Deutschland und der EU zusammen mit Partnern mitgestaltet werden, um unsere Interessen zu wahren. Wo der Klimawandel Frieden und Sicherheit gefährdet, muss die internationale Gemeinschaft ansetzen, bevor Konflikte ausbrechen oder eskalieren. Dafür müssen die Handlungs-, Präventions- und Schlichtungsmöglichkeiten insbesondere der Vereinten Nationen verstärkt werden.

Migration ist eine der zentralen globalen Herausforderungen unserer Zeit. Das christliche Menschenbild gebietet uns, Menschen in Not zu helfen. Zugleich setzt die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft der Migration Grenzen. Deswegen setzen wir uns für eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsregionen sowie eine bessere Steuerung legaler Migration ein.

Wir drängen auf eine neue Dynamik für **Rüstungskontrolle und Abrüstung** bei nuklearen und konventionellen Waffen weltweit. Wir werden deshalb weiter auf die Einhaltung bestehender Abkommen drängen und unterstützen neue Initiativen, die zu mehr Sicherheit beitragen. Hierzu zählen insbesondere Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägertechnologien. Unser Ziel bleibt die vollständige Abrüstung aller nuklearen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper in Europa.

12.9. Wie sehen wir die Zukunft der NATO?

Trotz aller globalen Kräfteverschiebungen bleibt die transatlantische Partnerschaft Kern christdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die **NATO** ist und bleibt das Rückgrat der euroatlantischen Sicherheit. Doch künftig müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern stärker als bisher für Stabilität in unserer Nachbarschaft und unsere sicherheitspolitischen Interessen in der Welt Sorge tragen. Darum müssen wir den europäischen Pfeiler der NATO stärken, im Bündnis mehr Verantwortung übernehmen und für eine faire Lastenverteilung eintreten. Deutschland muss in der Mitte unserer Partner mit überzeugendem Beispiel voran gehen. Für uns gilt der Leitsatz: Transatlantisch bleiben, europäischer werden.

12.10. Brauchen wir auch neue Formate der internationalen Zusammenarbeit, um eine bessere und friedlichere Welt zu gestalten?

Als weltweit verflochtene Volkswirtschaft ist die **internationale Freihandelsarchitektur** von herausragender Bedeutung für den zukünftigen Wohlstand Deutschlands. Europa hat sein Gewicht in den vergangenen Jahren erfolgreich eingesetzt, um zukunftsweisende Abkommen für freien und fairen Handel zu schließen. Gleichwohl muss der multilaterale Handelsrahmen unter dem Dach der WTO gestärkt werden. Tendenzen, das WTO-Regelwerk zu missachten, werden wir ebenso entschieden entgentreten wie Maßnahmen, die die Schiedsgerichtsbarkeit der WTO gezielt untergraben.

Als global vernetzte Nation, deren Wirtschaft maßgeblich vom ungehinderten Handel und der ungefährdeten Zufuhr wichtiger Rohstoffe abhängig ist, ist es Deutschlands vitales Interesse, dass **die internationalen Waren-, Verkehrs- und Kommunikationsströme nicht** unterbrochen oder aktiv gestört werden. Zusammen mit unseren Verbündeten und Partnern setzen wir uns darum mit den jeweils angemessenen Mitteln für die Einhaltung des Grundsatzes der **Freiheit der Meere, den Schutz des freien Seeverkehrs und die Unversehrtheit der unterseeischen Kommunikationsverbindungen** ein, wie sie von internationalen Abkommen garantiert sind.

12.11. Wie können wir weltweit wirkungsvoller für den Schutz von Demokratie und Menschenrechten eintreten?

Angesichts gewachsener außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen, der Verschiebung von Machtzentren und erheblicher Umbrüche der internationalen Ordnung ist **Deutschland gefordert, seiner Verantwortung in Europa und in der Welt gerecht zu werden**. Deutschland hat ein **vitales Interesse** an einer dauerhaft friedlichen und gerechten Ordnung in Europa und der Welt. Zugleich stehen wir zu unseren **Werten**, niedergelegt in unserem Grundgesetz, die getragen sind vom Gedanken der Freiheit und Gleichheit der Menschen und dem christlichen Menschenbild. Deswegen setzen wir uns ein für Freiheit, Frieden und Sicherheit, für die Wahrung der Menschenrechte, die Geltung des Völkerrechts sowie für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung und den freien und fairen Welthandel.

Weltweit zur Überwindung der Armut, zu **nachhaltiger Entwicklung** und zur **Stärkung der Demokratie** und Sicherheit beizutragen, ist uns ein wichtiges Anliegen. Ohne Entwicklung keine Sicherheit und Stabilität, ohne Sicherheit und Stabilität keine Entwicklung. Als Christdemokraten ruht unsere Entwicklungspolitik auf drei Säulen: dem ethischen Gebot der Hilfe für die Armen und der Bewahrung der Schöpfung auch für nachfolgende Generationen, der Abwehr von Risiken für unsere Heimat sowie der Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zu anderen Ländern. Die **Agenda 2030** der Vereinten Nationen ist unser Leitbild für die internationale Zusammenarbeit. Wir sehen Nachhaltigkeit in ihren unterschiedlichen Ausprägungen im ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich.

Eine nachhaltige Entwicklung ist nur in Partnerschaft von Staaten sowie von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft möglich. Privatwirtschaftliche Investitionen sind ein Gradmesser für die Entwicklung von Staaten und unterstützen das Entstehen von Wohlstand für breite Schichten. Durch die Partnerschaft von Staat und Wirtschaft kann vor allem in der Rohstoffgewinnung auf die Einhaltung von Menschenrechten, sozialen und ökologischen Standards Einfluss genommen und faire Lieferketten können dargestellt werden. Dabei lassen wir uns leiten von der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, die geprägt ist vom Gedanken der Subsidiarität, und die Vorbild ist für viele Länder der Welt.

Das bedeutet auch, dass die Regierungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern selbst mehr tun müssen, um den Teufelskreis von Armut und schlechter Regierungsführung zu durchbrechen. Wir werden bessere rechtliche Rahmenbedingungen und Marktzugänge für den Privatsektor fördern und fordern, um eine positive Entwicklung aus eigener Kraft anzustoßen. Der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Systemen liegt in unserem Interesse und wir wollen daran mitwirken, da dies den Menschen vor Ort Perspektiven ermöglicht und Sicherheit gibt. Entwicklung setzt auch ein sicheres und stabiles Umfeld voraus. Daher bekennen wir uns zum Ansatz der vernetzten Sicherheit.

Das deutsche berufliche Ausbildungssystem genießt weltweit einen hervorragenden Ruf. Wir sollten dieses Modell gemeinsam mit der Privatwirtschaft und angepasst auf die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort noch stärker als unseren Beitrag für die Entwicklung von Staaten einbringen. Bei all unseren Ansätzen ist die Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen, ihre Teilhabe an Entwicklung und der Einsatz gegen Diskriminierung ein zentrales Anliegen.

Wir wollen in der Entwicklungspolitik sowohl auf Ansätze zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen setzen als auch Partnerländer in der Anpassung an den bereits eingetretenen Klimawandel unterstützen. Bereits heute zeichnen sich klimabedingte Risiken (u.a. lokale Ressourcenkonflikte, bedrohte Lebensräume, extreme Wetterereignisse und Naturkatastrophen) ab, die zu einer Verschlechterung bei bereits erreichten Erfolgen führen können. Hier gilt es, rechtzeitig integrierte Lösungen zu finden mit dem Ziel, Menschen eine Perspektive in ihrer jeweiligen Heimat zu bieten.

12.12. Wie wollen wir das Ansehen und das Bild Deutschlands in der Welt weiter verbessern und stärken?

Das Ansehen und das Bild Deutschlands in der Welt ist gut und wird insbesondere geprägt durch die Leistungen der deutschen Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und nicht zuletzt durch familiäre und freundschaftlichen Verbindungen von Deutschen in alle Welt. Auch das auswärtige Handeln – Diplomatie, Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Entwicklungszusammenarbeit ist ein prägender Faktor für das Bild unseres Landes im Ausland. In Zeiten von zunehmendem Populismus und Nationalismus kommt auch der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik eine immense Bedeutung zu. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum internationalen Austausch und schafft die Basis für Verständnis und Verständigung. Wir möchten den Zugang zu Kultur und Bildung über geographische,

politische und soziale Grenzen hinweg ermöglichen sowie unsere Werte und Prinzipien vermitteln. Im Mittelpunkt steht der Einsatz für die Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Meinung. Die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, wie die Goethe-Institute, das Institut für Auslandsbeziehungen und der Deutsche Akademische Austauschdienst, aber auch das Netzwerk der Auslandsschulen sowie unsere weltweiten wissenschaftlichen und kulturellen Kooperationen sowie die politischen Stiftungen sind das Fundament unserer Arbeit. Als Orte dynamischer und konstruktiver Auseinandersetzungen machen sie deutsche Kultur und Politik unmittelbar erlebbar. Diese Infrastruktur wollen wir weiter ausbauen – und dabei den Fokus noch stärker auf den digitalen Raum legen.

Bildung

2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?

2.5. Welche Rechte und Pflichten hat der Staat gegenüber den Bürgern?

Die Rechte und Pflichten des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern ergeben sich aus den im Grundgesetz zusammengefassten grundlegenden Vorschriften über die Ausübung der Staatsgewalt, die Staatsaufgaben und die Grundrechte.

Zu den Rechten des Staates gehört insbesondere das staatliche Gewaltmonopol, um die Rechtsgüter und die Wohlfahrt des Einzelnen in der staatlich geordneten Gesellschaft zu gewährleisten. Damit der Staat seinen vielfältigen politischen und sozialen Aufgaben nachkommen kann, benötigt er Gesetzgebungs-, Vollziehungs- und Rechtsprechungskompetenzen, darunter das Recht der Besteuerung der Bürger.

Zugleich hat der Staat Pflichten zu erfüllen, wie die Schutzpflicht vor Übergriffen auf die Rechtsgüter Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit, Eigentum und Gleichstellung. Neben der inneren Sicherheit muss der Staat die äußere Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten, zugleich muss er die strikte Rechtsbindung des staatlichen Handelns garantieren.

Auch im Sinne einer Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist es die Aufgabe des Staates, allgemeine Voraussetzungen für gerechte Bildung und kulturelle Teilhabe zu schaffen sowie für soziale Wohlfahrt und für die Freiheit der Wissenschaft Sorge zu tragen.

Des Weiteren ist der Staat verpflichtet, die natürlichen Lebensgrundlagen (Vorsorgeprinzip) zu bewahren. Um diesem Ziel Nachdruck zu verleihen, kann es Sinn machen, die **Förderung einer nachhaltigen Entwicklung** (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Schuldenbremse, Sozialstaatsprinzip) neu im Grundgesetz zu verankern.

Eine besondere Herausforderung stellt der **Wandel der Staatlichkeit hin zu interstaatlichen Kooperationen** dar. Die fortschreitende sachliche und territoriale Entgrenzung der Staatsaufgaben (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Globalisierung, digitale Information und Kommunikation) hat Konsequenzen für die innere und äußere Souveränität der Nationalstaaten bis hin zur Kooperation der Staaten (supranationale Integration einzelner Hoheitsrechte). Vormalig klassische Staatsaufgaben können und werden heute zum Teil effektiver supranational durch die EU wahrgenommen. Dabei muss jedoch sichergestellt sein, dass die Organe der EU die hinzugewonnenen Aufgaben, insbesondere im Sicherheitsbereich, genauso konsequent ausüben wie vormalig die Nationalstaaten.

2.6. Welche Rechte und Pflichten haben die Bürger gegenüber Staat und Gesellschaft?

Das Grundgesetz unterscheidet zwischen Menschenrechten, die jedermann zustehen und Bürgerrechten, die nur deutschen Staatsangehörigen zukommen. Letztere werden heute – durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unter Bezugnahme auf die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)¹ als Auffang-Menschenrecht – weitgehend auch auf Nicht-Deutsche angewandt.

Zu den staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten, die weiterhin Deutschen und z. T. anderen EU-Bürgern vorbehalten werden, gehören bspw. das Wahlrecht, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Berufsfreiheit, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der EU, das Recht zur Bekleidung öffentlicher Ämter und der Zugang zum öffentlichen Dienst.

Mit den Grundrechten korrespondieren „Bürgerpflichten“. Dazu zählen unter anderem die Mit-Verantwortung des Einzelnen für die staatliche Gemeinschaft, die allgemeine Treuepflicht gegenüber dem Staat, die Bindung an Verfassung und Gesetze, die Beachtung des staatlichen Gewaltmonopols, die Pflicht, anderen Meinungen und religiösen Anschauungen tolerant zu begegnen und im demokratischen Meinungsbildungsprozess Mehrheitsentscheidungen zu respektieren, die Steuer- und Abgabepflicht, die Treuepflicht der Wissenschaft (Art. 5 Abs. 3 GG), die Pflege- und Erziehungspflichten der Eltern (Art. 6 Abs. 2 GG), die Sozialbindung des Eigentums (Art. 14 Abs. 2 GG) sowie umgekehrt die Pflicht, das Eigentum anderer zu achten, die Schulpflicht, aber auch die Bereitschaft zu lebensbegleitendem Lernen, die Nothilfepflicht (bei Not- und Katastrophenfällen), die Zeugnispflicht (vor Gericht aussagen) und die Schadenshaftung.

Wenn es um die Mit-Verantwortung des Einzelnen für die staatliche Gemeinschaft und deren Zusammenhalt geht, gilt es, dem **sozialen Engagement, einschließlich dem Freiwilligendienst**, auf allen Ebenen eine deutlich höhere Wertschätzung entgegenzubringen. Insbesondere ist eine Ausweitung der Angebote vorzusehen und bereits in der Schule über mögliche Einsatzgebiete zu informieren. Damit einhergehen müssen weitere Flexibilisierungen, beispielsweise vierteljährliche Einsatzmöglichkeiten sowie die Anrechnung auf Schul- und Studienleistungen.

5. Wie garantieren wir ordentliche Bildung und exzellente Forschung?

5.1. Wie verstehen wir Bildung auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes?

Das christliche Menschenbild ist für die CDU Grundlage ihrer bildungspolitischen Überzeugungen. **Dabei gehört der Mensch mit seinen individuellen Bedürfnissen und Begabungen in den Mittelpunkt guter Bildung.** Das gilt in besonderer Weise für die Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen. Entsprechend dem christlichen Menschenbild ist

¹ Artikel 2 (1) GG lautet: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“ Dieses Grundrecht schützt als „Auffanggrundrecht“ die allgemeine Handlungsfreiheit des einzelnen nach Maßgabe der verfassungsmäßigen Rechtsordnung.“ Badura, Staatsrecht, C 108.

jedes Kind für uns ein Individuum mit eigenen Fähigkeiten und Talenten. Deshalb ist unser bildungspolitisches Leitbild geprägt von Qualität, Leistung und Vielfalt.

Achtung der Würde jedes Menschen, Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe sind Grundsätze unseres Handelns, die wir auch in der Bildung als maßgeblich erachten. Tugenden wie Freundlichkeit, Höflichkeit, Verlässlichkeit, gegenseitiges Vertrauen und Hilfsbereitschaft, gehören als Werte-Erziehung in Kitas, allgemeinbildende und berufliche Schulen.

Alle Menschen, ungeachtet dessen, in welches Umfeld sie geboren werden, verdienen die höchstmögliche Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildungswege. Hierzu gehört auch die **bestmögliche Förderung der individuellen Fähigkeiten von Kindern und jungen Menschen**.

Die Wirkmächtigkeit von Sprache ist uns bewusst. Eine **wertschätzende Gesprächskultur** zwischen allen Beteiligten in den Institutionen der Bildung halten wir für die Basis menschlicher Würde. Jede Form von Gewalt oder Abwertung eines Menschen muss als inakzeptabel verurteilt werden.

Die **Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter** gehört zu unseren grundlegenden Überzeugungen. Wir lehnen jede Benachteiligung aufgrund von Hautfarbe, Herkunft und Glauben ab.

Auf der Grundlage unseres Wertekanons werben wir um Verständnis für unterschiedliche Haltungen in einer heterogenen Gesellschaft. Ähnliche ethische Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens, wie Nächstenliebe und Gastfreundschaft, finden sich in den meisten Religionen und können Grundlage eines gemeinsamen Ethos sein.

5.2. Wie sähen ideale Schulen aus Sicht der CDU aus?

Die **Qualität unserer Bildungseinrichtungen**, angefangen von der frühen Bildung über die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen bis hin zu den Hochschulen, entscheidet über die Zukunft unseres Landes in einer globalisierten Welt.

Auch im digitalen Zeitalter ist es Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen, die Kinder und Jugendlichen zu selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten heranzubilden, die Zusammenhänge erkennen, ordnen und bewerten können. Dazu benötigen sie Fachwissen und Kompetenzen genauso wie Wertebewusstsein und Urteilskraft. Hinzukommen weitere Schlüsselkompetenzen (Future Skills), wie Team- und Kollaborationsfähigkeit, Resilienz, Kreativität, Forscher- und Gründergeist sowie problemlösungsorientiertes und kritisches Denken. Gleichzeitig müssen sie das **lebensbegleitende Lernen**, insbesondere die Fort- und Weiterbildung, als permanente, eigenverantwortlich wahrzunehmende Aufgabe begreifen. Dazu gehört eine Lernumgebung, die ihre Kompetenzen fördert.

Neben den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen sollen Schülerinnen und Schüler **digitale Kompetenzen** erwerben. Diese umfassen ein technisches und informatorisches Grundverständnis ebenso wie Medienkompetenz als Fähigkeit, Medien zu nutzen, Inhalte sowie die Funktionsweise von digitalen Technologien und Künstlicher Intelligenz (KI) zu bewerten. Hinzu kommt die Fähigkeit, eigene Erkenntnisse medial aufzubereiten und zur Diskussion zu stellen.

Zugleich gehört es zu den Aufgaben der Schule, die **Begeisterung der Mädchen und Jungen** für die **MINT**-Themen möglichst früh zu entwickeln und zu fördern. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen anzustreben.

Außerdem gehören in den Fächerkanon der idealen Schule für uns Religion bzw. Ethik und Philosophie, Geschichte, Fremdsprachen, Sport, kulturelle einschließlich musischer und politischer Bildung. Denn unsere Kinder und Jugendlichen sollen nicht nur das eigene Leben erfolgreich meistern, sondern sich auch als wichtigen Teil des Gemeinwesens und der demokratischen Gesellschaft begreifen. Dementsprechend soll Schule ihnen dazu verhelfen, ein **Verantwortungsgefühl für Gesellschaft und Umwelt zu entwickeln und sie auf bürgerschaftliches Engagement vorbereiten.**

Der **kulturellen Bildung** kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu, ist sie doch besonders geeignet, die Entwicklung der persönlichen und sozialen Kompetenzen zu fördern, indem die Schülerinnen und Schüler lernen, sich kreativ und gestalterisch auszudrücken sowie zusammen mit anderen etwas zu erarbeiten und gemeinsam zu präsentieren. Auch die Digitalität ist als Gegenstand und Instrument der kulturellen Bildung zu berücksichtigen.

Zentral für guten Unterricht sind die Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen ihre Eigenverantwortung angesichts ständig neuer Wissensinhalte stärken. Neben einer zunehmenden professionellen Autonomie fördern wir eine kooperative Kultur des Berufs, auch mit hochwertigen Weiterbildungsangeboten. Die Mehrarbeit besonders leistungsbereiter Lehrkräfte wollen wir honorieren, auch durch Anreize entsprechend den Möglichkeiten vor Ort und insgesamt bessere Aufstiegschancen.

Bei der Erstausbildung der Lehrkräfte halten wir an der zentralen Bedeutung der fachwissenschaftlichen Kompetenzen unter Berücksichtigung der fachdidaktischen Anforderungen sowie der bildungswissenschaftlichen und praxisbezogenen Anteile fest.

Gesellschaftliche und technische Entwicklungen lassen die Erwartungen an den Lehrerberuf weiter steigen: Inklusion, der Umgang mit einer heterogenen Schülerschaft, ein sprachsensibler Unterricht (Zusatzqualifikation „Deutsch als Zweitsprache“) oder die Digitalisierung. Vor diesem Hintergrund wird das „Lernen im Beruf“ gerade für die Lehrerinnen und Lehrer immer wichtiger. Bessere Lehr- und Lernergebnisse haben jedoch

einen Preis: Wir sprechen uns dafür aus, eine kontinuierliche Lehrerweiterbildung verpflichtend einzuführen.

Mit Blick auf die vielfältigen Herausforderungen müssen **Bildungswissenschaften und Bildungsforschung intensiver mit der Lehreraus- und Lehrerweiterbildung verzahnt werden**: Hierzu zählen dauerhafte Kooperationen, insbesondere zwischen den Hochschulen, den Einrichtungen der Lehrerweiterbildung, den Schulämtern und den Schulen vor Ort, um einen schnelleren Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis zu bewirken. Im Zuge dieses nachhaltigen Professionalisierungsprozesses sind auch den Hochschulen die hierfür benötigten Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Einen wichtigen Beitrag zur besseren Verknüpfung von Theorie und Praxis in der Lehrerbildung leisten – über alle drei Phasen hinweg – **„Communities of Practice“ (CoP)**². Das CoP-Konzept dient als Basis für die Vernetzung aller in die Lehrerbildung eingebundenen Akteure und beschreibt, wie diese Gruppen vertrauensvoll auf Augenhöhe gemeinsam Ziele entwickeln und umsetzen können³. Im Bereich der Naturwissenschaften kann auch das sogenannte **„Clearing House Unterricht“**⁴ die Qualität der Unterrichtspraxis steigern helfen. Vor allem die enge Verzahnung von pädagogischer Praxis und wissenschaftlichen Erkenntnissen öffnet Räume für innovative Unterrichtsformen, wie das projektbasierte, fächerübergreifende Lernen in großen und kleinen Lerngruppen.

Die Schulen und die Schulleitungen vor Ort brauchen ebenfalls mehr Zeit und Raum für selbstständiges und eigenverantwortliches Handeln. Wir fordern die Einsetzung von Verwaltungskräften, die insbesondere in großen Schulsystemen die **Schulleitung bei administrativen und organisatorischen Aufgaben entlasten**. In diesem Zusammenhang wollen wir prüfen, inwieweit technische Assistenten zur Unterstützung der Fachlehrerinnen und Fachlehrer eingesetzt werden können. Ferner ist die Einbindung multidisziplinärer Teams aus den Bereichen Schulsozialarbeit und Psychologie geeignet, das Schulgeschehen weiter zu professionalisieren. Zum Selbstverständnis unserer

² Unter Communities of Practice versteht man eine Gemeinschaft von Personen, „die inhaltlich durch ein gemeinsames Interesse, eine gemeinsame Tätigkeit oder ein gemeinsames Bestreben sowie durch soziale Beziehungen und gemeinsame Werte miteinander verbunden sind. Im Zentrum der CoPs stehen der Austausch von Ideen, Einsichten und Erkenntnissen, das gemeinsame Lernen sowie die gegenseitige Hilfe und Unterstützung.“ (Alexander Henschel: Communities of Practice. Plattform für organisationales Lernen und den Wissenstransfer. 2001) Das Konzept der CoPs bezieht sich also auf den Prozess des sozialen Lernens von Personen, die ein gemeinsames Interesse an einem Thema oder einer Aufgabe haben und mittels Erfahrungen innerhalb der Gemeinschaft Lösungen und Innovationen hervorbringen möchten. Der Begriff wurde erstmals 1991 von Jean Lave und Etienne Wenger in einer Untersuchung zu situiertem Lernen in Gemeinschaften gebraucht. Dabei sind CoPs klar von Teams abzugrenzen. Während Teams zur Erfüllung externer Ziele (etwa von Unternehmen) entstehen, entwickeln sich Strukturen von CoPs um einen Wissensbereich herum.
https://wiki.infowiss.net/Communities_of_Practice

³ Eine Zwischenbilanz der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“. Erste Ergebnisse aus Forschung und Praxis. Hrsg. vom BMBF. Stand: November 2018. S. 16.

⁴ Das Clearing House Unterricht der TU München versteht sich als Schnittstelle zwischen Bildungsforschung und Bildungspraxis und richtet sich an Lehrerbildner in allen Phasen der Lehrerbildung. Ziel ist es, aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zu effektivem MINT-Unterricht zusammenzufassen und für die Lehrerbildung zielgruppengerecht aufzubereiten.

modernen Schule gehört es auch, sich mit ihrem direkten Umfeld eng zu vernetzen. Dies gilt für Unternehmen und Hochschulen genauso wie für zivilgesellschaftliche Einrichtungen (z. B. Vereine, Stiftungen, Initiativen, Musikschulen oder die örtliche Kulturszene).

Bei der Wahl der Schule können Eltern zwischen freien und öffentlichen Schulen mit unterschiedlichen Ganztagsangeboten wählen. Die Bildungs- und Betreuungszeiten am Vor- und Nachmittag sind aufeinander abzustimmen und eng miteinander zu verzahnen.

Schulen sind heute nicht nur Lern-, sondern auch Lebensorte. Diese Orte sind baulich den Anforderungen durch Ganztagsangebote, Digitalisierung, Inklusion und einer teilweise stark wachsenden Schülerschaft anzupassen. Über die Funktionalität hinaus müssen Baukultur und ästhetische Qualität Ausdruck unserer Wertschätzung von Bildung sein. Selbstverständlich ist die Versorgung der allgemeinbildenden und beruflichen Schule mit schnellem Internet (WLAN) sowie einer bedarfsgerechten Ausstattung mit internetfähigen technischen Hilfsmitteln. Für die Wartung der digitalen Infrastruktur stehen den Schulen IT-Spezialisten zur Verfügung.

Ländliche Gebiete sind attraktive Lebensorte, insbesondere für Familien. Dabei stellt die Qualität der Bildungseinrichtungen für sie einen wichtigen Faktor bei ihrer Standortwahl dar. Vor allem digitale Technologien sind geeignet, den Schülerinnen und Schülern in ländlichen Regionen vielfältige reguläre ebenso wie außercurriculare Lernmöglichkeiten anzubieten. Daher sollen diese Schulstandorte bevorzugt mit schnellem Internet versorgt werden.

5.3. Was sollen frühkindliche Bildung und Schulen vermitteln und was nicht?

In den frühkindlichen Einrichtungen wird die Bildungs- und Erziehungsleistung der Familie ergänzt. Darüber hinaus können Kitas in besonderem Maße soziale Kompetenzen, wie Respekt und Toleranz vor dem Gegenüber und kognitive Fähigkeiten fördern.

Chancengerechtigkeit ist ein wichtiges Ziel unserer Bildungspolitik. Deshalb müssen Einrichtungen der frühen Bildung zu qualitativ hochwertigen Lernorten weiterentwickelt werden. In den Bildungsplänen der Kitas ist zu definieren, welche Fähigkeiten den Kindern bis zur Einschulung vermittelt werden müssen. Die wichtigsten Lernziele sind mit Blick auf die Grundschule **angemessene sprachliche und motorische Fähigkeiten**. Nach dem Vorbild des „Haus der kleinen Forscher“ werden Kitas auch zu Orten, an denen Neugierde und Begeisterung für Naturwissenschaften geweckt werden. Hinzukommen Förderinstrumente für das Erlernen der deutschen Sprache, von der Kita über die Grundschule bis in die Schulen.

In den Einrichtungen der frühen Bildung finden von Anfang an verbindliche, fortlaufende, informelle und standardisierte Diagnoseverfahren zum Spracherwerb statt, die die Sprachentwicklung der Kinder systematisch erheben und fördern. Spätestens ab einem Alter von vier Jahren kommen **Sprachstands-Tests** mit qualitativ wirksamen

Sprachförderangeboten für alle Kinder hinzu. Dort, wo ein besonderer Sprachförderbedarf festgestellt wird, muss eine verpflichtende, qualitativ wirksame, durchgehende Sprachförderung in einer Kindertagesstätte oder Vorschule angeboten und erteilt werden. In diesem Zusammenhang gilt es, für jedes Kind einen individuellen Sprachförderplan zu erstellen, der Förderziele, Dauer und Umfang der konkreten Maßnahmen neben der durchgängigen, integrierten Sprachförderung umfasst.

Um den Übergang von der Kita in die Grundschule zu erleichtern und die beiden Einrichtungen enger zu verzahnen, müssen die Rahmenbedingungen für ihre Zusammenarbeit, auch in Bezug auf die Datennutzung, verbessert werden. Ein Modell hierfür sind „Bildungshäuser“. Damit wird auch die Verantwortung der Kommunen im Bildungsbereich gestärkt.

Grundschulen haben den Auftrag, zuallererst die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen sicher zu vermitteln. Des Weiteren sollen die Schülerinnen und Schüler die Geschichte, die Geographie und die Kultur ihrer Heimatregion kennenlernen. Zudem gilt es, sie bereits im Rahmen der Elementarbildung spielerisch an informatorisches Lernen und Medienkompetenz heranzuführen. Mindeststandards der Kultusministerkonferenz (KMK) am Ende der vierten Klasse sind dabei umzusetzen und regelmäßig zu überprüfen.

Unser Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler in den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen mit Kompetenzen für eine Zukunft in der Globalisierung auszustatten. Damit dies gelingen kann, muss ihre Bereitschaft gestärkt werden, Lernen als lebensbegleitende Aufgabe zu begreifen. Denn es wird zu den Kernaufgaben der jungen Menschen gehören, Lösungen für die drängendsten Probleme unserer Zeit zu entwickeln: Klimawandel, Ungleichheit, Ressourcenknappheit sowie Bevölkerungswachstum und Alterung.

Im Mittelpunkt der schulischen Bildung steht die Vermittlung von Fachwissen und Methodenkompetenzen. Im Unterricht lernen die Schülerinnen und Schüler grundlegende Strukturen und Zusammenhänge von Naturwissenschaften, Technikwissenschaften, Informatik und Mathematik sowie von Geschichte, Politik und Wirtschaft. Schule muss zugleich Neugier, Forschergeist, Teamfähigkeit und kollaborative Arbeitsweisen fördern. Außerdem ist das Verständnis der jungen Menschen für politische, historische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge so zu erweitern, dass sie globale und interkulturelle Themen analysieren sowie die Perspektiven anderer verstehen und würdigen. Ein wichtiger Beitrag hierzu ist das Erlernen von Fremdsprachen, bedeutet dies doch, mit anderen Ländern und Kulturen Freundschaft zu schließen. Mit Blick auf kollaborativ arbeitende, international zusammengesetzte Teams werden emotionale Intelligenz und Empathie zu Schlüsselkompetenzen.

Damit die Schulen ihren vielfältigen Aufgaben gerecht werden können, müssen sie dafür mit **modernen Lehr- und Lernmitteln** ausgestattet sein. Hierfür leistet der DigitalPakt Schule von Bund und Ländern einen wichtigen Beitrag. Dieses Vorhaben wollen wir um ein Begleitprogramm ergänzen: Damit die Schulen die Möglichkeiten digitaler Bildung

umfassend nutzen können, sollen sie weitere Unterstützung erhalten, etwa bei Datenschutzfragen und beim ID-Management⁵. Zugleich gilt es, die Lehrkräfte so zu qualifizieren, dass sie die digitalen Möglichkeiten, wie sie etwa eine Schulcloud bietet, gewinnbringend in den Unterricht einbauen können. Das gilt auch für den Einsatz digitaler Prüfungsformate.

Die Digitalisierung bietet Chancen für alle Lernenden: Sie kann Unterricht auf vielfältige Weise praxisbezogener, spannender und effektiver machen. Teamarbeit bei gleichzeitiger Steuerung des Unterrichts durch die Lehrperson wird dadurch leichter realisierbar.

Eine der größten Herausforderungen für guten Unterricht sind die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler. **Eine vertiefte individuelle Förderung sowohl der leistungsschwächeren als auch der leistungsstarken Jugendlichen wird durch digital unterstützte Lehr- und Lernprozesse erleichtert** (zum Beispiel durch adaptive Lernsoftware⁶).

Die Erwartungen an die Schulen werden immer größer, insbesondere wenn es um die **Nutzung digitaler Chancen und die Vermittlung digitaler Kompetenzen** geht. Daher sprechen wir uns für die schrittweise Einführung eines verpflichtenden Faches „Informatische Bildung“ mindestens ab der Sekundarstufe I aus. Da unsere Schulen derzeit einen Mangel an dafür ausgebildeten Fachlehrerinnen und Fachlehrern haben, setzen wir uns für eine Weiterbildungsoffensive ein, um mehr Lehrkräfte als Multiplikatoren für „Informatische Bildung“ zu qualifizieren – auch mit Unterstützung der Wirtschaft. Im Unterricht soll unter anderem ein Grundverständnis von Algorithmen und selbstlernenden Systemen vermittelt werden, ebenso wie ein Bewusstsein für die Chancen und Risiken, die damit einhergehen.

5.4. Wie können wir dem Leistungsprinzip Geltung verschaffen?

Die CDU bekennt sich zum Leistungsprinzip als positive Form von Wettbewerb. Es gehört zu den Aufgaben der Politik, für exzellente Rahmenbedingungen zu sorgen, die das Erbringen sehr guter und guter Leistungen ermöglichen. **Unser Grundsatz lautet: Fordern und Fördern.**

Regelmäßige, verbindliche und länderübergreifende **Leistungsmessungen** in der Grundschule und in den weiterführenden Sekundarschulen sind unabdingbar, um zeitnah eine Rückmeldung über den Lernstand der Schülerinnen und Schüler zu erhalten. Auf diese Weise können mögliche Defizite erkannt und frühzeitig durch schulische Maßnahmen behoben werden. Im Unterrichtsgeschehen selbst sind Learning analytics⁷ geeignet, um

⁵ Das Identitäts-Management ist ein Administrationsbereich, der sich mit der Identifizierung von Individuen in einem System (bspw. Land, Netzwerk, Unternehmen) beschäftigt. Dabei wird der Zugang zu einer Ressource innerhalb des Systems kontrolliert, indem die Benutzerrechte mit der festgelegten Identität verglichen werden.

⁶ Adaptive Lernsoftware stellt vor allem eine Ergänzung zum Lehrerhandeln dar. Sie bewertet Schülerantworten automatisiert und unterstützt die Schüler adaptiv, d. h. das Programm passt die Schwierigkeit der Aufgaben gezielt an die Schülerleistung an. Selbstgesteuertes und individuelles Lernen wird so unterstützt.

⁷ Lernanalytik ist das Messen, Sammeln, Analysieren und Berichten von Daten über Lernende, um das Lernen und die Umgebungen, in denen es stattfindet, zu verstehen und zu optimieren.

Erkenntnisse über den individuellen Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler zu erheben. Dabei müssen die Datenschutzbestimmungen beachtet werden. Zugleich müssen die Ergebnisse als Instrument der Schul- und Unterrichtsentwicklung besser genutzt werden.

Junge leistungsbereite Menschen gibt es sowohl in den allgemeinbildenden als auch in den beruflichen Schulen. Es gilt, diese ambitionierten Jugendlichen durch **Coaching-Maßnahmen und Mentoren-Programme** voranzubringen. Als Christdemokratinnen und Christdemokraten fühlen wir uns den jungen Menschen verpflichtet, die durch Leistung den sozialen Aufstieg suchen. Dabei ist für uns nicht das „Gießkannenprinzip“ leitend, sondern die Konzentration der Fördermittel auf Kinder und junge Menschen, die in einem schwierigen sozialen Umfeld aufwachsen.

Ein Weg zur **Förderung der leistungsstarken Jugendlichen** kann durch eine engere Kooperation der Schulen mit Hochschulen und Unternehmen erfolgen, durch die Teilnahme an Wettbewerben oder durch eine individuelle Förderung in den Schulen selbst. Uns ist die explizite Anerkennung guter Leistungen wichtig. Dazu sollten die Schülerinnen und Schüler zum Beispiel mit Urkunden oder Ehrungen vor der ganzen Schulfamilie ausgezeichnet werden.

Benachteiligte junge Menschen brauchen eine verstärkte und kontinuierliche Unterstützung in der Schule, da sie seltener im Elternhaus gefördert werden. Vor allem benötigen sie kontinuierliche, attraktive und informelle Lerngelegenheiten in ihrer Freizeit, an den Wochenenden und in den Schulferien (z. B. Sommercamps), ergänzend können Coaching-Maßnahmen und Mentoren-Programme hinzukommen. Es bedarf kreativer Ideen, um vor Ort passgenaue Angebote für diese Zielgruppe zu entwickeln, wie das erfolgreiche Programm „Kultur macht stark“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Unser Bekenntnis zum Leistungsprinzip geht mit der Beibehaltung der **Schulnoten** einher. Sie sollten durch erläuternde Berichte und Angebote der Bildungsberatung unter Einbeziehung von Eltern und Schülern ergänzt werden. Die Wiederholung einer Klasse kann nur das letzte Mittel sein. Pädagogisch sinnvoller erscheint eine frühzeitige Intervention durch individuelle Fördermaßnahmen.

5.5. Wie gelingt es uns, die Qualität des Unterrichts so zu verbessern, dass mehr Kinder zu Bildungsaufsteigern werden und dass Inklusion und Integration in unserem Schulsystem funktionieren?

Die CDU steht für ein durchlässiges, differenziertes und transparentes Bildungssystem, das den Schulen und den Schulleitungen vor Ort mehr Raum für selbstständiges und eigenverantwortliches Handeln einräumt. Bildungsaufsteiger sind für uns alle Kinder und junge Menschen, die Bildungsabschlüsse erlangen und nutzen, um erfolgreich berufliche Wege zu beschreiten.

Für die Qualität des Unterrichtes sind die Lehrerinnen und Lehrer entscheidend. Ihre Eigenverantwortung für guten Unterricht gilt es angesichts ständig neuer Wissensinhalte zu stärken. Beispielsweise kann das Konzept der „Communities of Practice“ (CoP) oder im MINT-Bereich ein „Clearing House Unterricht“ den Transfer der Forschungsergebnisse in die Schulpraxis beschleunigen. Beim Lehramtsstudium halten wir an der zentralen Bedeutung der Fachkompetenzen fest. Im pädagogisch-didaktischen Begleitstudium gilt es, besondere Fähigkeiten und Fertigkeiten für den Unterrichtseinsatz digitaler Medien, für den Umgang mit heterogenen Schülergruppen (beispielsweise Deutsch als Zweitsprache) und für inklusives Lernen zu vermitteln. Eine kontinuierliche Lehrerweiterbildung muss verpflichtend werden.

Damit guter Unterricht gelingt, sind die Lehrkräfte durch multidisziplinäre Teams in der Schule, darunter sozialpädagogische Fachkräfte, und ein lokales Netzwerk (z. B. Unternehmen, lokale Vereine, Musikschulen sowie kulturelle und soziale Einrichtungen) zu unterstützen. Die Absicherung der Unterrichtsqualität braucht eine Vielfalt von Persönlichkeiten und Erfahrungswelten. Daher sollten geeignete Formen des Wechsels in und aus der Lehreraufbahn gefunden werden. Dies setzt voraus, dass Qualifikations- und Weiterbildungsangebote für die Lehrkräfte ebenso wie für die Seiteneinsteiger regulär angeboten werden.

Ganztagschulen sind auf Grund ihrer lokalen Vernetzung besonders geeignet, eine heterogene Schülerschaft voranzubringen. Daher begrüßen wir den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten, auch um dem Kindes- und dem Elternwohl bestmöglich entsprechen zu können.

Die Klassen- oder Gruppengröße allein sind für uns keine Erfolgsfaktoren. Entscheidend ist vielmehr, dass der individuelle Förderbedarf wahrgenommen wird, zum Beispiel durch ergänzende kleine Förder- und Leistungsgruppen oder den Einsatz adaptiver Lernsoftware.

Um den Kindern und Jugendlichen mit einer **Einwanderungsgeschichte**⁸ einen Weg zu gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe zu bieten, sind gute deutsche Sprachkenntnisse unerlässlich. Der Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit liegt in einer individuellen Lernförderung sowie in einer intensiven Elternarbeit. Zugleich müssen die Lehrkräfte in den Schulen in sozial schwierigen Lagen bestmögliche Rahmenbedingungen vorfinden, wie eine effektive Unterstützung durch sozialpädagogische und familientherapeutische Fachkräfte, Verwaltungsassistenz, aber auch eine gute Schulumgebung und attraktive Angebote wie Sport- und Theater-AGs. Unser Ziel muss es sein, die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss deutlich zu reduzieren.

⁸ Der Bericht „Bildung in Deutschland 2006“ definiert: „Personen mit Migrationshintergrund sind jene, die selbst oder deren Eltern oder Großeltern nach Deutschland zugewandert sind, ungeachtet ihrer gegenwärtigen Staatsangehörigkeit“. S. VIII.

Aufbauend auf einer integrativen und notwendigenfalls additiven Sprachförderung in der Kita oder Vorschule findet die Sprachförderung in der Schule im Rahmen von verpflichtenden Zusatzwochenstunden ihre Fortsetzung. Dieser Unterricht erfolgt durch qualifizierte DaZ („Deutsch als Zweitsprache“)-Lehrkräfte an der Regelschule. Dies funktioniert insbesondere in Klassen, in denen die überwiegende Mehrheit der Kinder Deutsch spricht. Kinder und Jugendliche mit keinen oder äußerst geringen deutschen Sprachkenntnissen profitieren zunächst von einer intensiven Sprachbildung in speziellen Sprachförderklassen, bevor sie in die Regelklasse eintreten. Dabei sind die Sprachförderklassen Bestandteil einer allgemeinbildenden Schule.

Wir bekennen uns zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention), die seit März 2009 in Deutschland gilt. Maßstab unserer Politik ist dabei die Orientierung an der Wahlfreiheit der Eltern und dem Kindeswohl. Unser Ziel ist mehr schulische Inklusion, die aber nur unter Wahrnehmung des Anspruchs aller Betroffenen auf Qualität in der Bildung, auf Erziehung und – bei Bedarf – auf Betreuung erfolgen kann. Maßnahmen, die die Qualitätsanforderungen und Ressourcenfragen ignorieren und Lehrkräfte nicht vorbereiten, sind nicht verantwortbar. Um die Wahlfreiheit zu gewährleisten, wollen wir die Vielfalt der Förderorte, einschließlich der Förderschulen, und den Studiengang der Sonder- bzw. Förderschulpädagogik erhalten.

Deutschland ist ein Land, dessen Zukunftsfähigkeit entscheidend von den Fertigkeiten, Kompetenzen und Ideen seiner Menschen abhängt. Daher sprechen wir uns dafür aus, einen größeren Anteil unserer Wertschöpfung in Bildung – über den ganzen Lebensverlauf betrachtet – zu investieren. Unser Ziel ist es, die Bildungsinvestitionen auf das Niveau des OECD-Durchschnitts anzuheben.

5.6. Welche Verantwortung tragen Eltern einerseits und Kinderbetreuungsstätten und Schulen andererseits für die Entwicklung von Kindern?

Eltern haben das Recht, aber auch die Pflicht, sich um die Pflege und Erziehung ihres Kindes zu kümmern. Angesichts zunehmend heterogener Elternschaften kann ihr Beitrag aber nicht mehr selbstverständlich vorausgesetzt werden. Dabei ist der Einfluss des Elternhauses auf den Bildungserfolg der Kinder doppelt so stark wie der Einfluss der Bildungseinrichtungen. In der Familie werden Denkmuster, Verhaltensweisen und Wertemuster früh geprägt. Dazu gehören der Sprachgebrauch, das Kennenlernen der Welt und die Motivation, in einen Bildungsweg zu investieren, auch unter Verzicht auf schnelles Einkommen.

Für den Bildungserfolg der Kinder ist eine vertrauensvolle, partnerschaftliche Zusammenarbeit von Eltern und Lehrkräften unerlässlich. Insbesondere ist es wichtig, dass Eltern und Lehrkräfte die gleichen Ziele verfolgen und für die jungen Menschen erkennbar an einem Strang ziehen.

Die CDU steht für die qualitative **Stärkung der frühen Bildung**, um der intergenerationellen Weitergabe von Benachteiligung bereits am Lebensanfang entgegenzuwirken. Daher muss die Förderung von Vorschul- und Grundschulkindern noch stärker im Fokus der Bildungspolitik stehen. Wenn Familien in Ausnahme- oder Krisensituationen ihren Pflichten nicht nachkommen, sollen Fördermittel nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ eingesetzt werden. Insbesondere in sozial schwierigen Lagen gehört hierzu auch eine bessere personelle und sächliche Ausstattung der Kindergärten und -krippen sowie der Schulen.

Im Mittelpunkt unserer schulpolitischen Initiativen stehen die Schüler, die Lehrkräfte und die Eltern. Die Vorbereitung auf digitale Prozesse in beinahe allen gesellschaftlichen Bereichen, die Integration der jungen Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte, die Inklusion sowie die Ausbildung fachkompetenter und hochmotivierter Lehrerinnen und Lehrer sind zentrale Herausforderungen der nächsten Jahre.

Wir halten an unserem qualitativ hochwertigen, differenzierten, leistungsorientierten und stabilen Schulsystem fest. **Dazu gehört, dass wir das Gymnasium als attraktive Schulform erhalten.** Für Bildungsgänge von Haupt- und Realschulen oder integrierten Systemen befürworten wir eine einheitliche Bezeichnung über Ländergrenzen hinweg. Dies dient auch dem Ziel von mehr Transparenz und Vergleichbarkeit. Zugleich erteilen wir allen Bestrebungen zur Einführung eines Einheitsschulsystems eine Absage.

Entgegen dem Trend zur Akademisierung wollen wir die weiterführenden Schulformen der Sekundarstufe I als Lernorte unserer künftigen Praxiseliten stärken. Dies kann beispielsweise durch einen größeren Anteil praktischer Lerneinheiten geschehen, durch eine engere Kooperation mit der Wirtschaft vor Ort, insbesondere mit dem Handwerk. Um den internationalen Austausch zu erleichtern, muss in den Haupt- und Realschulen oder in den integrierten Systemen und in den beruflichen Schulen mehr Wert auf das Fremdsprachen-Lernen gelegt werden.

Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Schule mit einem qualifizierten Abschluss verlassen. Um schulmüde Jugendliche zu erreichen, hat sich das Prinzip der Produktionsschulen⁹ bewährt. Diese Schulen zeichnen sich durch einen hohen Praxisanteil aus. Zugleich gelingt es ihnen, über ihre theoretischen Inhalte sowohl die Rückkehr in eine Regelschule als auch die Aufnahme einer Berufsausbildung zu ermöglichen.

⁹ Die **Produktionsschule** ist ein Lernort mit einer sehr hohen Praxis- bzw. Handlungsorientierung. Mit ihrem Konzept des praktischen Lernens gehen sie von den Kenntnissen und Erfahrungen der Jugendlichen aus. In Deutschland gibt es keinen einheitlichen Typus von Produktionsschulen, wohl aber übertragbare Gemeinsamkeiten. So kann in Produktionsschulen die Schulpflicht der allgemeinbildenden Schule bzw. der Berufsschule erfüllt werden. In einigen Bundesländern nehmen die Produktionsschulen sog. „Schulverweigerer“ ab Klasse 8 auf, bereiten sie auf die Rückkehr in Regelschulen vor und / oder vermitteln ihnen außerhalb des Regelschulangebotes einen staatlichen Schulabschluss. Produktionsschulen können auch als außerbetriebliche Ausbildungsstätten und als „soziale Betriebe“ des zweiten Arbeitsmarktes im Rahmen der Nachqualifizierung dienen.

5.7. Wie gestalten wir zentrale und föderale Elemente der Bildungspolitik und wie schaffen wir vergleichbare Bildungsstandards?

Unser Ziel ist eine Bildungspolitik in einer föderalen Ordnung, in der jede politische Ebene zur Leistungsfähigkeit des Bildungssystems beiträgt und so ihrer Verantwortung gerecht wird. Dabei sind Bund und Länder frei, in Wahrnehmung ihrer jeweils eigenen Aufgabenzuständigkeit zusammenzuarbeiten und in einem fairen Wettbewerb voneinander zu lernen. In diesem Sinne stehen wir für einen zukunftsfähigen Bildungsföderalismus ein. **Gemeinsam mit der gesamten Schulfamilie erwarten wir von der Bildungspolitik die Entwicklung länderübergreifender, qualitativ hochwertiger Bildungsstandards, Maßnahmen zur Qualitätssicherung und des Bildungsmonitorings.**

Vor allem sind verbindliche, ambitionierte Bildungsstandards auf allen Ebenen – angefangen mit der frühen Bildung – geeignet, Qualität, Transparenz und Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse deutlich zu steigern. Gleichzeitig machen wir so Ernst mit unserer Forderung nach mehr Bildungs- und Leistungsgerechtigkeit. Diesem Ziel dienen auch **Pflichtentnahmen aus dem Pool bestehender Abituraufgaben**, die durch verbindliche und länderübergreifende **Bewertungskriterien** ergänzt werden müssen. Ansonsten droht das Abitur seine Bedeutung als Zugang zum Hochschulstudium weiter zu verlieren.

Die Grundlage für sachgerechte bildungspolitische Entscheidungen liefern die Ergebnisse der empirischen Bildungsforschung. Ein **Nationaler Bildungsrat** nach dem Vorbild des Wissenschaftsrates kann Vorschläge für mehr Qualität, Transparenz und Vergleichbarkeit im Bildungswesen vorlegen. Damit der verfügbare Forschungsstand unter Berücksichtigung hoch anspruchsvoller Qualitätsstandards schneller in der Schulpraxis ankommt, sind Bund und Länder aufgerufen, Best Practice-Beispiele aus der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ aufzugreifen und umzusetzen. Die Landesinstitute und Qualitätseinrichtungen der Länder sind in diesen Transferprozess einzubeziehen.

Regelmäßige Lernstandserhebungen tragen ebenso wie externe vergleichende Prüfungen nachweislich zu besseren Schülerleistungen bei. Um die erfolgreichen Lehr- und Lernkonzepte in die Fläche zu tragen, wird der Erfahrungsaustausch der Länder über Gute-Praxis-Beispiele und Kooperationen bei Zukunftsprojekten der Regelfall. Es bleibt Aufgabe der Länder, über einen Bildungsstaatsvertrag mehr Qualität, Transparenz und Vergleichbarkeit im Bildungswesen herzustellen.

Zu einem handlungsfähigen Bildungsföderalismus gehört auch die Einrichtung eines gesamtdeutschen **Bildungsregisters**. Dies ist ein wichtiger Baustein, um gelingende Bildungsbiographien zu unterstützen. Dafür müssen wir Bildungsverläufe nachzeichnen und verstehen können. Als Grundlage hierfür muss ein ländereinheitlicher Kerndatensatz eingeführt werden. Ein entsprechendes Verzeichnis kann über Regionen, Länder und einzelne Bildungsbereiche hinweg ein Gesamtbild der Bildungsverläufe vermitteln.

5.8. Wie stärken wir die berufliche Bildung und die (berufliche) Weiterbildung und wie garantieren wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung?

Unser Erfolgsmodell der dualen Ausbildung steht für exzellente Qualität. Sie ist Garant für Wachstum, Wohlstand und eine starke Wirtschaft in unserem Land. Wir wollen die Attraktivität, Qualität und hohe Integrationskraft der beruflichen Bildung weiter stärken.

Die **Berufsorientierung** soll, insbesondere auch an Gymnasien, über die vielfältigen Aufstiegs- und Karrierewege der beruflichen Bildung informieren. Dabei geht es sowohl um die duale Ausbildung als auch um die Qualifikationen der **Höheren Berufsbildung** (vormals berufliche Fortbildung) zum Meister, Fachwirt oder Betriebswirt (ggf. Bachelor/Master Professional). Frühzeitige Praktika in den Unternehmen tragen zur Orientierung junger Menschen bei.

Die allgemeinbildenden Schulen benötigen mehr Ressourcen, um Jugendliche und Schule auf der Suche nach Praktika besser zu unterstützen. Berufliche Schulen als leistungsfähige und ortsnahe Partner der Betriebe nehmen eine Schlüsselrolle für die Arbeitswelt 4.0 ein. **Eine hochwertige Ausstattung der beruflichen Schulen und ein attraktives Profil des Berufsschullehrers müssen von der Politik aktiv gefördert werden.**

Um möglichst viele Ausbildungsstellen besetzen zu können, wollen wir die regionale Mobilität der Ausbildungsplatzbewerber erleichtern. Als flankierende Maßnahmen halten wir die Stärkung des Jugendwohnens und ein kostengünstiges Azubi-Ticket für unabdingbar.

Zugleich wollen wir die **Zahl der jungen Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung** deutlich reduzieren. Die Ausbildungschancen der jungen Generation variieren je nach Wohnort, Schulabschluss oder Pass. In Regionen mit angespanntem Ausbildungsmarkt wollen wir durch Pilotvorhaben (z. B. Verbundausbildung) die betriebliche Ausbildung stärken und die Ausbildungschancen von jungen Menschen mit schlechten Startchancen verbessern.

Globale Märkte erfordern einen stärkeren internationalen Austausch in der beruflichen Bildung. Wir wollen einen **Austauschdienst für die berufliche Bildung** schaffen, der sich an den Strukturen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) orientiert. Zielgruppe sind Auszubildende, Ausbilder und Absolventen der Höheren Berufsbildung.

Die **Begabtenförderung in der beruflichen Bildung** muss gestärkt werden. Die Stiftung Begabtenförderung beruflicher Bildung (SBB) ist hierfür eine gute Grundlage. Sie muss mit Blick auf die öffentliche Wahrnehmung und die Finanzierung ausgebaut werden. Dazu soll die Zahl der jährlich zu vergebenden Weiterbildungsstipendien von derzeit 6 000 auf 12 000 Stipendien verdoppelt werden. Die aktuelle Altershöchstgrenze von 25 Jahren wird auf 28 Jahre erhöht. Auch die ideelle Förderung muss ausgebaut werden. Dabei ist die Kooperation mit akademischen Begabtenförderungswerken wichtig, denn die Berufsbilder

der Zukunft basieren vor allem auf einer engen Verzahnung von beruflicher und akademischer Bildung.

Für unsere Unternehmen bedeutet die digitalisierte Arbeitswelt eine große Chance. Die duale Ausbildung und die Höhere Berufsbildung können sich direkt am Bedarf der Unternehmen und Beschäftigten orientieren. Allerdings müssen unsere Fachkräfte stärker als bislang auf Förderinstrumente, wie das Aufstiegs-Bafög, zurückgreifen können. Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung gilt es weiter voranzubringen. Von dieser Entwicklung werden sowohl junge Menschen als auch erfahrene Beschäftigte profitieren. Um vorhandene Möglichkeiten der Anrechnung und der Anerkennung von Bildungsleistungen transparenter zu gestalten, wollen wir eine Anrechnungsdatenbank für formale und non-formale Qualifikationen aufbauen. Davon profitieren auch Erwerbstätige mit und ohne Einwanderungsgeschichte, die über berufliches „Know-how“ verfügen, ohne dies in einem Ausbildungszertifikat belegen zu können. Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) hat maßgeblich zu mehr Transparenz und damit zur Gleichwertigkeit beigetragen, zudem erleichtert er die nationale und die internationale Bildungsmobilität. Wir wollen prüfen, ob das Ziel der Transparenz mit dem Mittel einer gesetzlichen Verankerung gestärkt werden kann.

Geringqualifizierte Menschen über 25 Jahre brauchen direkte Wege in eine Ausbildung. Zielführend ist, was möglichst ohne Umwege in betriebliche Praxis, Ausbildung und Arbeit führt. Dazu müssen die ausbildungsfördernden Instrumente des Übergangsbereichs auf den Prüfstand. Auch Jugendberufsagenturen, die Beratung und Vermittlung unter einem Dach anbieten, können bildungsferne junge Erwachsene von der Aufnahme einer Berufsausbildung überzeugen.

6. Wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der Menschen?

6.5. Wie entwickeln wir durch Aus- und Weiterbildung die Fähigkeiten für die digitale Welt der Zukunft?

Die digitale Transformation ist technologiegetrieben und erfordert eine neue Arbeits- und Lernkultur. Eine exzellente Erstausbildung ist dabei ein Erfolgsfaktor für das lebensbegleitende Lernen, denn die für die Zukunftstechnologien benötigten Kompetenzen lassen sich nicht auf Vorrat ausbilden. Daher sehen wir Bund, Länder, Sozialpartner und Gesellschaft in der Pflicht, künftige Kompetenzbedarfe frühzeitig zu antizipieren (**Nationales Kompetenz-Monitoring**) und entsprechend in den Angeboten der Ausbildung, der Weiterbildung und der Umqualifizierung zu verankern.

Mit Blick auf die neuen Arbeitsformen und Tätigkeitsanforderungen lässt sich bereits heute ein Set an digitalen und nicht-digitalen Schlüsselqualifikationen (Future Skills) identifizieren: neben technologischen Fähigkeiten, wie der Analyse komplexer Daten (Data Scientist), handelt es sich um digitale Grundfähigkeiten, darunter das digitale Lernen, der informierte Umgang mit Daten im Netz (Data Literacy), unternehmerische Fähigkeiten und Kollaborationstechniken. Hinzukommen soziale Kompetenzen, wie Adaptionfähigkeit, Kreativität, Empathie und Durchhaltevermögen.

Für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes ist entscheidend, dass sich das Bildungs-, Hochschul- und Berufsbildungssystem zeitnah an den künftig benötigten Fähigkeiten orientiert und entsprechende Bildungsangebote entwickelt. Zugleich müssen die **Lehrkräfte in ihrer Aus- und Weiterbildung kontinuierlich auf neue Kompetenzbedarfe und Tätigkeitsprofile vorbereitet werden**. Dazu braucht es eine enge Verzahnung mit der Forschung: auch von den Schwerpunktthemen „Digitalisierung in der Lehrerbildung“ und „Lehrerbildung für die beruflichen Schulen“ im Rahmen der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ erwarten wir Gute-Praxis-Beispiele, die schnell in der Praxis realisiert werden können.

Der beruflichen Bildung kommt zugute, dass die Ausbildungsordnungen und Rahmenpläne technikoffen formuliert sind. Dies erleichtert die Integration neuer Technologien, wie den 3-D-Druck, ohne das jeweilige Berufsbild grundlegend ändern zu müssen. Die neuen Möglichkeiten, die digitale Prüfungsformate bieten, sollen verstärkt genutzt werden. Die ausbildenden KMU profitieren zudem von den **Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS)**: ihre Lehr- und Lernarrangements müssen sich auf dem jeweils aktuellen Stand der technologischen Entwicklung befinden und so auch kleineren Betrieben eine exzellente Ausbildung und Teilhabe am technologischen Fortschritt ermöglichen.

Das **lebensbegleitende Lernen** wird ein selbstverständlicher Teil der Erwerbsbiographie werden: Ein Mix aus Präsenz- sowie digitalen Lehr- und Lernformaten kann ein qualitativ hochwertiger Weg sein, um Fachkräfte flexibel im Prozess der Arbeit weiterzubilden. Regionale und/oder landesweit vernetzte Weiterbildungsplattformen können dazu beitragen, die individuelle, außerbetriebliche Nachfrage nach Bildungsangeboten transparent zu strukturieren und klug zu verknüpfen. Dabei müssen für die Nutzer die (berufliche) Verwertbarkeit und die Anerkennung der Maßnahmen erkennbar sein. Zugleich muss das Engagement der Unternehmen und Beschäftigten in der Weiterbildung staatlich stärker gefördert werden. Beispielsweise kann gerade in Zeiten der digitalen Transformation eine Kopplung von Kurzarbeit und Qualifizierung sinnvoll sein. Zudem könnten über das Steuerrecht die Weiterbildungsinvestitionen der Unternehmen stärker berücksichtigt werden. Geringverdienern, die die Maßnahme nicht von der Steuer absetzen können, könnte ein Bonus gezahlt werden. Mit Blick auf die Modernisierung der Aus- und Weiterbildung gilt es, die Koordination und die Kooperation zwischen den zuständigen Bundesministerien weiter zu stärken.

Wir wollen den Aufbau eines **Weiterbildungs-Portfolios** im beruflichen, akademischen und privaten Bereich erleichtern, indem wir neue Formen qualitätsgesicherter Kompetenznachweise einführen. Vor allem bei technologischen Future Skills finden Weiterbildungen informell und non-formal statt. Neue Formen der Zertifizierung, wie Mikrozertifikate oder Nanodegrees¹⁰, schaffen einen niedrigschwelligen Zugang. Auch

¹⁰ Es handelt sich um ein kostenpflichtiges Mikrozertifikatsystem, mit dem Lernende Prüfungen auch über kleine Teilgebiete ablegen können.

Peer-Review-Verfahren¹¹ sind geeignet, um Themenexperten zu bewerten. Die erreichten Progressionsstufen werden über digitale Zertifikate (Badges¹²) abgebildet.

Volkshochschulen und viele Weiterbildungsträger unterstützen die Forderung nach „Aufstieg durch Bildung“ durch eine Vielzahl von Lernangeboten – zum Beispiel in Fragen der Alphabetisierung und Grundbildung. Wir wollen auch die allgemeine Weiterbildung stärken. Hierfür müssen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Weiterbildung verbessert werden.

Auch wenn die **wissenschaftliche Weiterbildung** als vierte Säule längst in den Hochschulgesetzen der Länder verankert wurde, bedeutet das Anbieten von Weiterbildung für die staatlichen Hochschulen einen Strategiewechsel. Insbesondere für den Bereich der technologischen Fähigkeiten gilt es, passende Studien- und Weiterbildungsformate, außerdem digitale Prüfungsformate, zu entwickeln, um kontinuierlich aktuelle Forschungserkenntnisse zu transformativen Technologien weiterzugeben und den Arbeitsmarkt mit entsprechend ausgebildeten Experten zu versorgen. Daneben wird von den Hochschulen erwartet, sich für die Nachfrage von Unternehmen und anderen Weiterbildungsinteressierten zu öffnen. Wir fordern die Hochschulen auf, hierfür die geeigneten physischen und virtuellen Weiterbildungsmodule zu entwickeln und entsprechend transparent zu zertifizieren.

7. Wie unterstützen wir jeden Einzelnen und die Familien in allen Lebensabschnitten?

7.6. Welche Verantwortung haben Eltern und Staat bei der Erziehung, Förderung und Betreuung der Kinder?

Der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wandel hat zu einer Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse geführt, die die Lebens- und Gestaltungsbedingungen der Eltern unmittelbar berühren. Insbesondere stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft eine Herausforderung dar. Auf diese Entwicklung hat der Staat mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz und den Ausbau der Ganztagschulen reagiert. Dessen ungeachtet bleibt es bei der Wahlfreiheit der Eltern, ob und welche Form der Betreuung sie für ihre Kinder wünschen.

Die frühkindliche Förderung hat nachweislich einen hohen Effekt auf die Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg, da vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Familien davon profitieren. Es kommt hinzu, dass die Kindertagesstätten unzweifelhaft einen Bildungsauftrag¹³ haben, schließlich fällt die Herstellung der Schulreife in ihren Aufgabenbereich. **Deshalb sprechen wir uns dafür aus, die Zuständigkeit für die frühe**

¹¹ Verfahren zur Qualitätssicherung einer Arbeit durch unabhängige Gutachter aus dem gleichen Fachgebiet (englisch von *Peer*, Gleichrangiger und *Review*, Gutachten).

¹² Badges (Abzeichen, Plaketten) sind ein Versuch, Formen der Anerkennung für informelles, selbstgesteuertes Lernen (Nachweis von Fähigkeiten, Kompetenzen, für erfolgreiche Teilnahme) im Internet zu entwickeln. Sie sollen Leistungsindikatoren sein und den Lernenden helfen, sich im Lernprozess zu orientieren.

¹³ „Der Förderungsauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes.“ (§ 22 Abs. 3 SGB VIII)

Bildung den Bildungsministerien des Bundes und der Länder zu übertragen.¹⁴ Zugleich fordern wir Länder, Kommunen und freie Träger auf, Bildungsstandards in der frühen Bildung zu vereinbaren, verpflichtend einzuführen und umzusetzen. Eine qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung der Kinder hat für uns Vorrang vor Beitragsfreiheit.

Um sicherzustellen, dass die Grundschul-Kinder dem Unterricht folgen und ihre Bildungschancen von der ersten Klasse an optimal nutzen können, fordern wir die Länder auf, verbindliche Qualitätsstandards in der frühen Bildung einzuführen, insbesondere mit Blick auf die Sprachförderung.

In den Einrichtungen der frühen Bildung finden von Anfang an verbindliche, fortlaufende, informelle und standardisierte Diagnoseverfahren zum Spracherwerb statt, die die Sprachentwicklung der Kinder systematisch erheben und fördern. Spätestens ab einem Alter von vier Jahren kommen **Sprachstands-Tests** mit qualitativ wirksamen **Sprachförderangeboten** für alle Kinder hinzu. Dort, wo ein besonderer Sprachförderbedarf festgestellt wird, muss eine verpflichtende, qualitativ wirksame, durchgehende Sprachförderung in einer Kindertagesstätte oder Vorschule angeboten und erteilt werden. In diesem Zusammenhang gilt es, für jedes Kind einen individuellen Sprachförderplan zu erstellen, der Förderziele, Dauer und Umfang der konkreten Maßnahmen neben der durchgängigen, integrierten Sprachförderung umfasst.

Mit Blick auf die Schule ist der Staat nicht auf ein „Wächteramt“ (Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG) beschränkt. Vielmehr ist der staatliche Erziehungsauftrag in der Schule¹⁵ dem elterlichen Erziehungsrecht gleichgeordnet. Infolgedessen erstreckt sich der Erziehungsauftrag des Staates nicht allein auf die Wissensvermittlung, sondern die Schule hat die Schülerinnen und Schüler auch zu selbstverantwortlichen Mitgliedern der Gesellschaft heranzubilden. Die gesetzliche Schulpflicht dient dem Ziel der Durchsetzung dieses staatlichen Erziehungsauftrags. Gleichzeitig gilt es, das erzieherische Bewusstsein der Eltern zu fördern und zu stärken. Denn ihr Vorbild spielt nach wie vor eine maßgebliche Rolle, wenn es um die Erziehung ihrer Kinder geht.

8. Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen?

8.12. Wie stärken wir das Vertrauen in die repräsentative Demokratie und den Parlamentarismus und welchen Beitrag kann hierfür politische Bildung leisten?

Unsere rechtsstaatlich verfasste, freiheitliche, plurale und repräsentative Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie muss stets aufs Neue erlernt, gelebt und verteidigt werden. Dazu brauchen wir überzeugte Demokratinnen und Demokraten, die sich den komplexen Anforderungen der Welt im 21. Jahrhundert stellen. Aufgabe der politischen Bildung ist es, dass die Bürgerinnen und Bürgern die Demokratie verstehen, dass sie ihre Rolle in der Demokratie erkennen und sie befähigt werden, sich in der Demokratie zu engagieren.

¹⁴ Im Beschluss „Bildungsrepublik Deutschland“ des 24. Parteitags vom 15.11.2011 heißt es: „Die Zuständigkeit für frühkindliche Bildung und Grundschulen ist grundsätzlich in den Bildungsministerien der Länder anzusiedeln.“ (S. 11)

¹⁵ „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“ (Art. 7 Abs. 1 GG)

Daran sollen die schulische und die außerschulische politische Bildung partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Den nachfolgenden Generationen in den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sind die Werte unserer demokratischen Gesellschaft zu vermitteln. Gleichzeitig sollen in unseren Schulen die demokratischen Werte und die Menschenrechte gelebt und gelernt werden. Deshalb wollen wir innovative Partizipationsformen wie Jugendparlamente, Planspiele oder die Schülermitbestimmung ermöglichen.

Als pädagogische Richtschnur für die politische Bildung in der Schule dienen uns drei zentrale Leitgedanken¹⁶: das Überwältigungsverbot, das heißt es darf keine Indoktrination im Unterricht stattfinden; die Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik, außerdem die Befähigung der Schüler, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren. Deshalb kann politische Bildung nicht neutral sein; sie hat immer für die grundlegenden Werte einer vielfältigen, demokratischen, offenen und dynamischen Gesellschaft einzustehen.

Im Rahmen der historisch-politischen Bildung gilt es, das **erinnerungsorientierte Lernen** zu fördern, insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der SED-Diktatur. Hierzu sollen Gedenkstätten und Zeitzeugen in das Unterrichtsgeschehen einbezogen werden. Das gilt auch für Formate der außerschulischen politischen Bildung. Als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg ist den Schülerinnen und Schülern die historische Verantwortung Deutschlands für den Wert eines friedlich vereinten Europas sowie für den jüdischen und demokratischen Staat Israel und seine Sicherheit zu vermitteln. Auch das Thema Flucht und Vertreibung soll im Unterricht behandelt werden. Am Beispiel der Vertreibung der Deutschen aus ihren historischen Siedlungsgebieten in Mittel- und Osteuropa am Ende des Zweiten Weltkriegs lässt sich zeigen, dass Gewalt und Hass nicht das letzte Wort haben müssen, sondern dass Frieden und Versöhnung möglich bleiben, wie das europäische Einigungswerk zeigt.

Neben der politischen Bildung in der Schule wollen wir die **außerschulische politische Bildungsarbeit** im Sinne lebensbegleitenden Lernens stärken. Dies gilt nicht nur für die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentralen, sondern auch für die politischen Stiftungen und das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement in diesem Bereich insgesamt. Vor allem eine aufsuchende politische Bildungsarbeit ist geeignet, die Menschen in Stadt und Land zu erreichen. Durch niedrigschwellige Zugänge, wie Stadtteilrundgänge, die Schaffung von Kommunikationsräumen im Arbeitsalltag oder im Verein, kann politische Bildung wieder auf dem „Marktplatz“, also im unmittelbaren Austausch der Bürgerinnen und Bürger, stattfinden. Ein Beispiel hierfür sind Demokratie-Labs oder der „Adenauer on Tour“-Bus der Konrad-Adenauer-Stiftung.

¹⁶ Siehe hierzu der „Beutelsbacher Konsens“ von 1976. <https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>

Wir wollen den Stellenwert der politischen Bildung in der öffentlichen Wahrnehmung steigern. Die Einrichtung eines „Bundesbeauftragten für politische Bildung“ und eine jährliche Bundestagsdebatte zu „Fragen der Demokratieentwicklung und politischen Bildung“ könnten die öffentliche Aufmerksamkeit für das wichtige Thema der politischen Bildung erhöhen. Zudem muss die Forschung mit Blick auf die Demokratieerziehung und zeitgemäße partizipative Formate intensiviert werden.

Forschung

4. Wie gestalten wir ein wirtschaftlich erfolgreiches und sozial sicheres Leben?

4.6. Wie befördern wir, dass Forschung und Innovation erfolgreich in Geschäftsmodelle mit Wertschöpfung in Deutschland umgesetzt werden?

Forschung und Entwicklung sind wichtige Treiber für die Weiterentwicklung von **Geschäftsmodellen und Wertschöpfungsketten**. Während industrielle Großbetriebe Aufgaben der Forschung und Eigenentwicklung bereits in ihre Geschäftsmodelle fest integriert haben, sehen wir in Bezug auf diese Integrationsaufgabe Weiterentwicklungsbedarfe für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Deutschland.

So stagnierten die **Innovationsausgaben** der KMU in den vergangenen zwölf Jahren, während in demselben Zeitraum die Ausgaben der Großunternehmen stark anstiegen. Gleichzeitig nahm der Anteil der KMU-Innovatoren an allen Unternehmen deutlich ab (ZEW Mannheim). Deshalb ist es für uns ein zentrales Anliegen, dass die Forschung näher an die Unternehmen heranrückt. Es muss künftig noch besser gelingen, dass Forschungsergebnisse schneller in die Unternehmenslandschaft diffundieren und die Forschung intensiver mit Unternehmen zusammenarbeitet, insbesondere mit den KMU.

Für eine schnellere und breitere Einmündung von Forschung und Innovation in Geschäftsmodelle wollen wir:

- **dass die guten Ideen unserer Forscherinnen und Forscher nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland verwertet werden können.** Hierzulande müssen viel mehr innovative Produkte und Dienstleistungen entstehen. **Wir brauchen deshalb einen neuen Aufbruch für eine Wagnis- und Gründerkultur und für eine offene Innovationskultur.** Dabei gilt es, die Bereitschaft privater Anleger zu erhöhen, in die Gründung und das Wachstum von Hightech-Unternehmen zu investieren. Die von der Bundesregierung geförderten Programme, wie „KMU-innovativ“, „Cluster4Future – Innovationsnetzwerke für die Zukunft“, „EXIST“, „GO-Bio“, „IKT Innovativ“, „INVEST“ oder der „High-Tech-Gründerfonds“, gilt es zu stärken und zu verstetigen.
- **Gründungen aus Wissenschaft und Hochschulen als besonders direkte Form von Wissens- und Technologietransfer fördern.** Dabei spielen Inkubatoren an Hochschulen, die potenzielle Gründerinnen und Gründer zusammenbringen, beraten und coachen, eine wichtige Rolle. Hochschulische Bildung und

Weiterbildung zum Thema Entrepreneurship soll gestärkt und allen Studierenden angeboten werden. Neben Technologie- und Marktkenntnissen sind auch Soft Skills zu vermitteln, die für die Teamorientierung wichtig sind.

- **die Zusammenarbeit zwischen hochschulischer, institutioneller und außeruniversitärer Forschung vor allem mit dem Mittelstand intensivieren.** Dazu wollen wir Kollaborationstage durchführen, um Unternehmen und Forschung zusammenzubringen, auch mit Unterstützung der Wirtschaftsverbände. Wir fördern die Einrichtung von Ideenboxen in den Forschungseinrichtungen, um Unternehmen die Möglichkeit zu geben, ihren Forschungsbedarf, aber auch Innovationsprobleme, zu adressieren und zusammen mit der Wissenschaft an Lösungen zu arbeiten.
- **Beraterstrukturen für mehr Technologietransfer stärken und ausbauen.** Vor allem kleine Unternehmen haben oft keinen ausreichenden Zugang zur Wissenschaft oder scheuen sich, diesen aufzunehmen. Deshalb werden Mittlerfunktionen zwischen Unternehmen und Hochschulen benötigt, um den Innovationsprozess zu fördern und zu unterstützen. So können Innovationen in Geschäftsmodelle umgesetzt werden.
- **Forschungsergebnisse transparent veröffentlichen und breit zugänglich machen.** Alle wissenschaftlichen Erkenntnisse müssen schwellenfrei und auch für KMU-Anwender zugänglich und verständlich sein. Dies betrifft auch Informationen bzw. Hinweise über Anwendungsmöglichkeiten.
- **einen fairen Zugang und die faire Nutzung von Daten sicherstellen.** Um auch kleineren Unternehmen die Teilhabe an der Datenökonomie zu ermöglichen, wollen wir einen Ordnungsrahmen schaffen, der Innovationen fördert, Rechtssicherheit sowie Zugänge bei der **Datennutzung gerade auch im Internet der Dinge**¹⁷ schafft und einen angemessenen Ausgleich der verschiedenen Interessen gewährleistet. Nutzersouveränität und Nutzungstransparenz müssen für Kunden, Hersteller und Anwender gesichert werden. Durch die Bereitstellung von öffentlichen Daten (Open Data) und die Unterstützung einer europäischen Dateninfrastruktur (Gaia-X) wollen wir die Verfügbarkeit von Daten erhöhen sowie Datenaustausch und -pooling zwischen Unternehmen erleichtern. Dadurch stimulieren wir datengetriebene Innovationen.
- **die Einrichtung ortsnahe sowie offener Erfahrungs- und Experimentierräume für Unternehmen (FabLabs¹⁸).** Neue digitale Technologien und Werkzeuge verändern die Welt, sind aber oftmals sehr abstrakt. Unternehmen müssen ortsnah

¹⁷ Das Internet der Dinge (englisch Internet of Things, kurz: IoT) ist ein Sammelbegriff für Technologien einer globalen Infrastruktur der Informationsgesellschaften, die es ermöglicht, physische und virtuelle Gegenstände miteinander zu vernetzen und sie durch Informations- und Kommunikationstechniken zusammenarbeiten zu lassen.

¹⁸ Ein FabLab (von englisch fabrication laboratory – Fabrikationslabor), manchmal auch MakerSpace genannt, ist eine offene Werkstatt mit dem Ziel, Privatpersonen und einzelnen Gewerbetreibenden den Zugang zu modernen Fertigungsverfahren für Einzelstücke zu ermöglichen. Typische Geräte sind 3D-Drucker, Laser-Cutter, CNC-Maschinen, Pressen zum Tiefziehen oder Fräsen, um unterschiedliche Materialien und Werkstücke bearbeiten zu können. So erlauben FabLabs die unkomplizierte Anfertigung von hoch individualisierten Einzelstücken und nicht mehr verfügbaren Ersatzteilen.

und kostenlos erleben und ausprobieren können, welche Nutzungsmöglichkeiten mit neuen Technologien, wie additiver Fertigung, Robotern und Drohnen, Blockchain¹⁹ und Künstlicher Intelligenz (KI) verbunden sind.

5. Wie garantieren wir ordentliche Bildung und exzellente Forschung?

5.9. Wie müssen wir unsere Universitäten, Hochschulen und Forschungs-einrichtungen weiterentwickeln, damit sie zukunftsfähig bleiben?

Die CDU bekennt sich zur verfassungsrechtlich verankerten **Freiheit von Wissenschaft und Forschung**. Eine exzellente Wissenschaft und Forschung bilden die Grundlage für Deutschlands Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit.

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUF) und eine differenzierte Hochschullandschaft verbinden herausragende Forschungsleistungen mit der Ausbildung hochqualifizierter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen. Daher wollen wir die in unserem Wissenschaftssystem angelegten **speziellen Forschungs-, Lehr- und Transferprofile** weiterentwickeln. Gleichzeitig benötigen die Hochschulen ein Höchstmaß an **Autonomie und Planungssicherheit**. Dies setzt eine **angemessene finanzielle Ausstattung** über nachhaltig wachsende Globalhaushalte und adäquate Immobilien voraus.

Mit den 2019 verabschiedeten Wissenschaftspakten („Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“, „Innovation in der Hochschullehre“, „Pakt für Forschung und Innovation“) haben Bund und Länder die Weichen für eine gute Zukunft der deutschen Wissenschaft gestellt.

Wir fordern Bund und Länder auf, die Hochschulen im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten weiterhin zu unterstützen. Es gilt der Grundsatz „Qualität vor Quantität“.

Kreativität, Neugier und wissenschaftsgeleiteter Forschergeist sind unabdingbar, wenn es darum geht, Antworten auf die großen Zukunftsfragen zu geben. Ausgründungen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind ein wichtiger Motor für die Entwicklung und Umsetzung von Schlüsseltechnologien. Ihre Förderung ist daher weiter auszubauen, damit Deutschland eine führende Rolle bei künftigen Schlüsseltechnologien einnimmt. Dies setzt einen **verlässlichen Budgetaufwuchs der AUF** voraus, an dem sich die Länder entsprechend ihrer Mitverantwortung beteiligen.

Inhaltliche Schwerpunkte dabei sind:

- Intensivierung der Vernetzung, auch im internationalen Kontext,
- eine substanzielle und nachprüfbar Stärkung des Transfers mit Wirtschaft und Gesellschaft,
- Verbesserung des Talentmanagements und der Personalentwicklung,

¹⁹ Blockchains sind fälschungssichere, verteilte Datenstrukturen, in denen Transaktionen in der Zeitfolge protokolliert, nachvollziehbar, unveränderlich und ohne zentrale Instanz abgebildet sind. Mit der Blockchain-Technologie lassen sich Eigentumsverhältnisse direkter und effizienter als bislang sichern und regeln, da eine lückenlose und unveränderliche Datenaufzeichnung hierfür die Grundlage schafft.

- Ausbau familienfreundlicher Strukturen, um vor allem Frauen in der Wissenschaft zu halten.

Unsere besten Hochschulen müssen mit den internationalen Spitzenuniversitäten mithalten können. Das gilt insbesondere für die USA und China. Dazu benötigen wir nicht nur eine exzellente universitäre **Grundlagenforschung**, sondern starke und **gestaltungsfähige Präsidien bzw. Rektorate und kompetente Hochschulräte**, die Aufsichtsfunktionen wahrnehmen können. Um international renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für eine Tätigkeit in Deutschland zu gewinnen, sind **flexible Lehrdeputate und eine im internationalen Vergleich übliche leistungsangemessene Vergütung unerlässlich**. Das **Besserstellungsverbot** gilt es zugunsten einer strategischen Weiterentwicklung des Forschungsstandorts Deutschland auf den Prüfstand zu stellen. Zugleich sollte die anwendungsnahe und transferorientierte Forschung – auch unter Einbeziehung der Wirtschaft – ausgebaut werden.

Des Weiteren wollen wir Lehre und Forschung an den **Fachhochschulen (FH) bzw. den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HaW)** weiter stärken. Die anwendungsorientierten FHs leisten einen signifikanten Beitrag zur Fachkräftesicherung und können so die Universitäten zugunsten exzellenter Grundlagenforschung entlasten. Auch das **Duale Studium** ist weiter auszubauen, vor allem in angewandten Disziplinen wie Ingenieurwissenschaften, Informatik, BWL sowie Sozial- und Gesundheitswissenschaften.

Die **Professoren an Fachhochschulen** benötigen eine wissenschaftliche und berufspraktische Doppelqualifikation. Um den wissenschaftlichen Nachwuchs sicherzustellen, wollen wir die entsprechenden Karrierewege fördern. Es sollten neue Wege entwickelt werden, damit die Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen bzw. der Hochschulen für angewandte Wissenschaften gleichberechtigt mit den Absolventinnen und Absolventen der Universitäten promovieren können. Außerdem sollen die Rahmenbedingungen für FH-Professuren verbessert werden, so dass hochqualifizierte Fachleute aus der Wirtschaft eher für eine Tätigkeit an den FHs gewonnen werden können.

Die nachhaltige Qualitätsentwicklung der Lehre ist für die Hochschulen als (Aus-) Bildungsstätten zukunftsentscheidend. Daher unterstützen wir die **Gründung eines „Zentrums für Innovation und Qualität in der Hochschullehre“**. Damit leistungsstarke internationale Studierende ein Studium in Deutschland aufnehmen, müssen hierzulande nach dem Beispiel des Freistaats Bayern mehr internationale Studiengänge angeboten werden. Diesem Ziel dient auch ein attraktives Stipendienwesen.

Wir begrüßen das **Tenure-Track-Programm des Bundes und der Länder**. Es soll jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern **planbare und durchlässige Karrierewege** mit einer frühen Selbstständigkeit in der Forschung ermöglichen. Unter Berücksichtigung der Gleichstellung ist die Arbeit an überzeugenden Personalentwicklungskonzepten zu forcieren. Dabei ist ein Wechsel zwischen den Universitäten, den außeruniversitären

Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft grundsätzlich vorzusehen und zu erleichtern. Die so erworbenen zusätzlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erhöhen die internationale Anschlussfähigkeit unserer Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler. Auch in der Qualifizierungsphase sind sie Leistungsträger. Vergütung und Arbeitsbedingungen sollen daher angemessen sein.

Damit das deutsche Wissenschaftssystem leistungs- und wettbewerbsfähig bleibt, fordern wir die Hochschulen auf, eine **Digitalisierungsstrategie** mit einem Implementierungsplan vorzulegen. Die Digitalisierung bedarf einer nachhaltigen Finanzierung, beispielsweise durch die Einführung einer Digitalisierungspauschale.

Die **Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften** sind in freiheitlichen und offenen Gesellschaften von besonderem Wert und sollen weiter gestärkt werden. Die internationale Ausrichtung dieser Disziplinen gilt es auszubauen.

5.10. Wie sichern wir Technologieoffenheit und Forschungsfreiheit?

Deutschlands Wirtschaft gilt weltweit als wettbewerbsfähig und innovativ. Gleichwohl wächst der Konkurrenzdruck, etwa durch aufstrebende globale Wettbewerber wie Indien und China. **Um die großen Menschheitsprobleme zu lösen, benötigen wir mehr Offenheit gegenüber Innovationen.** Ein offenes Umfeld unterstützt die Forscherinnen und Forscher dabei, ihre individuelle Kreativität und Originalität für wissenschaftliche Erkenntnisgewinne zu entfalten.

Angesichts der Bedeutung der Forschung für den Standort Deutschland ist es die Aufgabe der Gesellschaft, den Forschenden die benötigten Ressourcen dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Um die enorme (ökonomische) Relevanz exzellenter Wissenschaft und Forschung nachhaltig im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, sollten die Forscherinnen und Forscher über die Aufgaben von Grundlagen- und anwendungsbezogener Forschung informieren – auch mit Blick auf das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft.

Innovative Lösungen entstehen in **technologieoffenen Such- und Entdeckungsverfahren**. Daher unterstützen wir eine Forschungsförderung, die Ziele formuliert, aber keine Wege im Detail vorschreibt. Wir wollen die Entwicklung zukunftssträchtiger Technologien und die Entstehung neuer Trends beschleunigen, indem wir auf die bewährte Projektförderung und die steuerliche Forschungsförderung setzen. Zudem wollen wir die Projektförderung auch im Bereich des Mittelstandes stärken, um so zusätzliche Innovationspotenziale zu heben.

Die **Agentur für Sprunginnovationen** soll Entwicklungen in Wissenschaft und Wirtschaft beobachten und ihr Potenzial für disruptive Innovationen erkennen. Zur Bearbeitung konkreter Fragestellungen setzen wir auf themenoffene **Innovationswettbewerbe**. Sie zeigen verschiedene Lösungswege auf unter Verwendung diverser Technologien. Auf diese Weise fördern sie das hohe Gut der Technologieoffenheit. Wir wollen prüfen, wo

Innovationswettbewerbe auch bei anderen Förder-Ausschreibungen sinnvollerweise eingesetzt werden sollten.

Technologieoffenheit und Forschungsfreiheit bedingen einander. Als Markenzeichen des Forschungs- und Entwicklungsstandortes Deutschland muss dies noch international sichtbar werden. Daher wollen wir die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass wir die **globale Vernetzung unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei der Technologieentwicklung fördern** und so ihre Einbindung in internationale Wissensströme unterstützen. Bereits vorhandene Kapazitäten müssen strukturell und finanziell weiter gestärkt werden. Diesem Ziel dienen auch die Erforschung und der Ausbau bestehender Netzwerke. Mit der Gründung einer **Plattform für Netzwerkstudien** könnten entsprechende Aktivitäten gebündelt vorangetrieben werden.

Auch in der **internationalen Wissenschaftszusammenarbeit** tritt die CDU für Wissenschaftsfreiheit, für institutionelle Autonomie, für Transparenz und Offenheit, für die Integrität der Forschung, für gute wissenschaftliche Praxis und verantwortungsvolles Handeln ein. **Internationale Austauschprogramme** im Rahmen unserer staatlichen **Wissenschaftsdiplomatie** mit den Mittlerorganisationen **DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung** sind dabei essentiell. Sie weiten den Horizont und tragen in analogen und digitalen Formaten zur Netzbildung bei. Entsprechend werden wir den staatenübergreifenden Austausch mit bewährten Programmen fortsetzen, wie dem EU-Programm Erasmus+. Zudem sollen mehr interdisziplinäre Austauschprogramme ergänzend hinzukommen. So entstehen Brücken zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, zwischen Forscherinnen und Forschern in unterschiedlichen Ländern und Kulturen, auch mit schwierigen Partnern oder in Krisengebieten. Dabei halten wir an unserem Grundsatz der Freiheit von Wissenschaft und Forschung fest.

Aus der staatlichen Förderung von Wissenschaft und Forschung ergibt sich die Pflicht, zur **freien Nutzung der Forschungsergebnisse für die Gesellschaft** beizutragen. Die Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse muss der Wirtschaft und den staatlichen Institutionen offenstehen, um letztlich die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Dabei gilt die in Artikel 5 Abs. 3 Grundgesetz verbrieft **Wissenschaftsfreiheit**. Zugleich müssen die rechtlichen und ethischen Grenzen der Forschung immer wieder neu ausgelotet werden.

Im Interesse des Gemeinwohls ist die **öffentliche Forschungsförderung** regelmäßig zu überprüfen und zu evaluieren. Mit Blick auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen gilt es, neue Forschungs- und Innovationsthemen frühzeitig zu identifizieren, aufzugreifen und mit konkreten Zielsetzungen in Richtung Wissenschaft zu versehen. Wir wollen, dass eine Kultur geschaffen wird, in der Programme auslaufen und neue Projekte auf Basis aktueller Entwicklungen konzipiert werden. Außerdem treten wir dafür ein, dass Negativergebnisse als selbstverständlicher Teil des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns angesehen werden. **Erkenntnisgewinne oder positive Ergebnisse sind ohne Scheitern nicht möglich.**

Allen Versuchen, **Wissenschaft und Forschung zu delegitimieren**, müssen Politik, Gesellschaft, Institutionen und Wissenschaft entschieden entgegenzutreten. Dieses Engagement ist unverzichtbar, um das Vertrauen in den Wert wissenschaftlicher Erkenntnisse und damit letztlich den Forschungsstandort Deutschland zu erhalten. Illiberale Tendenzen zeigen sich zunehmend auch an unseren Hochschulen. Sie müssen Orte der freien Debatten, der freien Lehre und des freien Studiums bleiben.

In Zeiten, in denen wissenschaftliche Erkenntnisse exponentiell zunehmen, wächst auch die Bedeutung der **Wissenschaftskommunikation**: Zu ihren Aufgaben gehört es, sowohl die Forschungsergebnisse und ihre praktischen Anwendungsmöglichkeiten einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln als auch über Fake News und wissenschaftsfeindliche Tendenzen aufzuklären. Dem **Wissenschaftsjournalismus** kommt dabei eine besondere Mittlerfunktion zwischen Forschung und Gesellschaft zu. Er muss in Umfang und Qualität gestärkt werden. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, unter Wahrung der grundgesetzlich geschützten Pressefreiheit die Gründung einer **Agentur für Wissenschaftskommunikation** zu prüfen. Um ihre Unabhängigkeit zu garantieren, muss die Finanzierung dieser Agentur außerhalb des Bundeshaushalts erfolgen. Zugleich wollen wir die Qualität der Wissenschaftskommunikation nachhaltig sichern und neue Formen des Wissenstransfers ermöglichen.

Technischer und wissenschaftlicher Fortschritt ist wichtig für unser Land. Die CDU steht seit jeher für Forschung und Innovation. Wir brauchen den Mut, die Risikobereitschaft und das Vertrauen in die Fähigkeiten der Menschen. Wir wollen ihnen optimale Rahmenbedingungen bieten, damit sich Forschergeist und Innovationswille zum größtmöglichen Nutzen aller entfalten können. Deshalb unterstützen wir eine lebendige, dialogorientierte Kultur der Innovation. Dazu bedarf es der gemeinsamen Bereitschaft von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder aufs Neue zu suchen. Nur wer erlebt, wie Technologien den Alltag erleichtern und verbessern, wird sich seine Offenheit gegenüber Innovationen bewahren.

5.11. An welchen ethischen Maßstäben soll sich Forschung orientieren und wie stellen wir dies sicher?

Die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre hat Verfassungsrang. Sie ist grundgesetzlich geschützt und darf nur eingeschränkt werden, wenn andere Verfassungsgüter tangiert werden. **Wissenschaftsfreiheit** ist ein wesentliches Element von Rechtsstaatlichkeit und kennzeichnet freiheitliche Gesellschaftsordnungen. Sie ist Voraussetzung für **Innovationen**, wirtschaftliche Prosperität und gesellschaftlichen Fortschritt.

Die **Wissenschaftsfreiheit** entbindet Wissenschaft und Forschung nicht von ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Ethischer Orientierungspunkt für Forschung ist das christliche Menschenbild. Aus ihm folgen die unantastbare **Würde des Menschen** und die daraus abgeleiteten **Grundrechte**, wie das Recht auf Leben, Gesundheit und körperliche

Unversehrtheit. Aus dem christlichen Werten ergibt sich außerdem der Schutz der Umwelt, einschließlich der belebten Natur. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind bei der Auswahl ihrer Themen und Methoden frei. Gleichwohl soll **Forschung dem Menschen dienen**, zudem hat sie sich an der **Tier-Ethik** und am Prinzip der **Nachhaltigkeit** zu orientieren.

Das **Rechtssystem in Deutschland** gewährleistet einerseits die notwendige Wissenschaftsfreiheit, andererseits wird die Einhaltung der ethischen und rechtlichen Standards in Wissenschaft und Forschung vorausgesetzt. Es gibt keine rechtsfreien Räume, daher muss immer wieder aufs Neue geprüft werden, ob die Gesetze noch dem wissenschaftlichen Fortschritt entsprechen. Da empirische Forschung ausschließlich Tatsachenwissen hervorbringt, gilt es, das ethische Verantwortungsbewusstsein der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu stärken, auch unter Berücksichtigung der Geistes- und Sozialwissenschaften. Zudem sprechen wir uns dafür aus, in jedem Studiengang eine eigene fachbezogene Ethik zu verankern.

Auch müssen die **Grundsätze guten wissenschaftlichen Arbeitens** eingehalten werden. Dazu gehören beispielsweise die Orientierung an Fakten, die Überprüfbarkeit von Ergebnissen, die Einhaltung der methodischen Regeln des jeweiligen Faches, Rationalität und Transparenz sowie ein fairer wissenschaftlicher Diskurs und ein sachlicher Austausch von Argumenten. Wissenschaftliches Fehlverhalten ist inakzeptabel und muss von der Wissenschaftsgemeinschaft geahndet werden.

Innovationsbereitschaft und **Offenheit für Neues** sind wichtige Werte, die es in Wissenschaft und Forschung, aber auch in Gesellschaft und Politik zu unterstützen gilt. Bildung, Information und Aufklärung stärken Kompetenzen und Orientierungsfähigkeit; sie helfen, bei der technologischen Nutzung von Forschungsergebnissen Chancen und Risiken zu erkennen, wirken unbegründeten Wissenschafts- und Technikaversionen entgegen und fördern Verantwortung und Dialogbereitschaft. Sie sind eine entscheidende Grundlage für eine moderne **Wissensgesellschaft**.

5.12. Wie begleiten wir bioethische Entscheidungen politisch?

Auch in bio- und medizinethischen Fragen lassen wir uns von christlichen Werten leiten. Der Schutz des menschlichen Lebens ist dabei der maßgebliche ethische Orientierungsrahmen. Wegweisend für eine an christlichen Werten orientierte Politik ist das christliche Menschenbild. Es steht für die unantastbare Würde des Menschen.

Medizin und biomedizinische Forschung gehen in **Grenzsituationen des menschlichen Lebens** – vor allem am Lebensbeginn und am Lebensende – mit schwierigen ethischen Fragen einher. Da in diesen Situationen hohe grundgesetzlich geschützte **Werte miteinander konkurrieren** – das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und auf Selbstbestimmung –, sind einfache Lösungen nicht möglich. Notwendig ist vielmehr eine verantwortliche Abwägung unter Berücksichtigung medizinischer, ethischer und rechtlicher Aspekte.

Treiber der Veränderungsprozesse sind der weltweite biologisch-medizinische **Fortschritt**, der neue Erkenntnisse und Anwendungsmöglichkeiten generiert, sowie der **gesellschaftliche Wandel**, der zu veränderten Erwartungs- und Werthaltungen führt. Daher müssen gesetzliche Regelungen immer wieder daraufhin überprüft werden, ob bei veränderten Rahmenbedingungen die Regelungsziele durch die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen noch erreicht werden. In diesem Zusammenhang betrachten wir es als ein zentrales Element der staatlichen Daseinsvorsorge, die Innovationsfähigkeit unseres Landes auch in Zukunft sicherzustellen.

Die CDU **fördert** Medizin und biologisch-medizinische Forschung in allen Bereichen, die dem Menschen dienen. Wenn das Humane in Gefahr gerät, tritt sie für eindeutige **Reglementierungen** ein. Zugleich unterstützt sie in Grenzbereichen den gesellschaftlichen Dialog über geeignete Lösungswege, ohne ihre **Grundwerte** aus den Augen zu verlieren.

6. Wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der Menschen?

6.1. Wie treiben wir Zukunftstechnologien voran, um das Leben der Menschen zu verbessern?

Deutschland braucht eine **starke Forschung und Innovationen**, wenn wir unseren Wohlstand, Wachstum und Lebensqualität mehren, unsere Position im internationalen Wettbewerb festigen sowie einen Beitrag zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen leisten wollen. Um schneller voranzukommen, wollen wir ab dem Jahr 2025 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts in Forschung und Entwicklung investieren.

Unsere **strategische Souveränität** sichern wir über die Förderung von **Spitzentechnologien**:

Die **Digitalisierung** gehört zu den grundlegenden Zukunftstechnologien unserer Zeit. Wir wollen die Verfügbarkeit der Daten für Zwecke der Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ausweiten. Dazu werden wir die nationale (und damit verbunden die europäische) Forschungsdateninfrastruktur ausbauen, die Entwicklung sicherer Bildungsräume unterstützen und praxisgerechte Lösungen für den Datenverkehr in der Wirtschaft vorantreiben. Auch der öffentliche Sektor steht in der Pflicht, seine Datenbestände effektiver nutzbar zu machen, so dass sie für Forschungsprojekte, wie im Bereich der Künstlichen Intelligenz, bei Blockchain, Simulationsanwendungen, Text und Data Mining²⁰ sowie anderen fortgeschrittenen Digitaltechnologien verwendet werden können. Um die Möglichkeiten einer personalisierten Medizin zu nutzen, benötigen wir vor allem Lösungen, die Datenschutz und -sicherheit gewährleisten. Dies gilt auch für

²⁰ **Data Mining** ist die systematische Anwendung computergestützter Methoden, um in vorhandenen Datenbeständen Muster, Trends oder Zusammenhänge zu finden. Das sogenannte **Text Mining** stellt eine Sonderform des Data Minings dar. Es teilt die grundsätzlichen Verfahren des Data Minings zur Informationsgewinnung, wird aber nicht auf strukturierte Daten, sondern auf hauptsächlich unstrukturierte Textdaten angewandt.

weltraum- und satellitengestützte Systeme, die Daten zur Erdbeobachtung bereitstellen und damit zu einer sicheren, schnellen Kommunikation und Navigation beitragen.

Im Bereich der Spitzentechnologien wollen wir die **rechtlichen Rahmenbedingungen** innovationsoffen und unterstützend gestalten. Außerdem setzen wir uns dafür ein, Innovationen und Regulierung praxisnah im Zusammenspiel zu erproben, beispielsweise durch Reallabore. Zugleich gilt: Nur wenn wir technologisch an der Spitze bleiben, können wir unsere ethischen und datenschutzrechtlichen Standards durchsetzen.

Die erfolgreiche Anwendung von Zukunftstechnologien setzt weiter voraus, dass eine ausreichende Zahl hochqualifizierter **Fachkräfte** dem Arbeitsmarkt auf allen Qualifikationsebenen zur Verfügung steht.

Für viele Zukunftstechnologien benötigen wir Ressourcen, die endlich sind und um die es einen globalen Wettbewerb gibt. Eine zentrale Antwort darauf ist die **Kreislaufwirtschaft** zusammen mit einem **Markt für Sekundärrohstoffe**. Dabei setzen wir auf marktwirtschaftliche Anreize anstatt auf ordnungsrechtliche Verbote oder Quoten. Wir sind überzeugt davon, dass Deutschland und Europa das Potential haben, weltweit die innovativsten Lösungen für mehr Ressourceneffizienz und neue Recycling-Lösungen anzubieten (Re- oder Upcycling). Daher wollen wir einen **Leitmarkt für Innovationen in der Kreislaufwirtschaft** schaffen.

Im Interesse künftiger Generationen bekennen wir uns zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine **Betrachtung der Nachhaltigkeits- und Innovationseffekte** im Gesetzgebungsprozess ein, die die Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft in ihrem systemischen Zusammenhang in den Blick nimmt.

Exzellente Ergebnisse aus der Grundlagen- und angewandten Forschung, innovative Ideen und Erkenntnisse aus Modellvorhaben sowie von neuen Technologien sollen schneller als bislang zur Anwendung kommen. Dazu werden wir **weitere Transfer-Anreize setzen** sowie **Gründungs- und Innovationszentren stärken**. Wir wollen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse zur Gründung neuer Unternehmen führen und vorhandene Wirtschaftsstrukturen von zielgenauen Impulsen profitieren, so dass zukunftssichere Arbeitsplätze und Wertschöpfung entstehen können.

Der enge Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein wichtiger Innovationstreiber. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und forschenden Unternehmen vorantreiben. **Vernetzung und Karriereverläufe dürfen nicht nur innerhalb eines Sektors oder Expertenkreises verlaufen**, sondern müssen entlang von gesamtgesellschaftlich verstandenen Problemstellungen auch über traditionelle Grenzen hinweg möglich sein. Diesem Ziel dienen auch Plattformen, die eine Vernetzung von Start-

ups, Hubs²¹, Investoren, etablierten KMU, wissenschaftlichen Einrichtungen und multinationalen Unternehmen fördern und Informationen über neue technologische Trends liefern.

Großes Zukunftspotenzial haben **soziale Innovationen**: Neue Geschäftsmodelle, kreativwirtschaftliche Pionierlösungen, organisatorische Praktiken oder vernetzte Formen des Lernens, Arbeitens und Zusammenlebens werden vielfach eine größere Wirkmacht entfalten als es eine einzelne Technologie könnte. Wir werden Experimentierräume für soziale Innovationen schaffen, in denen Innovatoren und Nutzer zusammenkommen. So können Formen der Sharing Economy²², neue Finanzierungsmodelle und Verwertungswege, die bessere Einbeziehung bürgerlichen Engagements oder neues Fach-, Management- und Organisationswissen erprobt und in praktische Anwendungen überführt werden.

Deutschland muss für Studierende aus aller Welt, hochqualifizierte Fachkräfte sowie exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler attraktiv bleiben. Daher fördern wir auch in Zukunft den **internationalen Austausch** und unterstützen die Forschungseinrichtungen dabei, internationale Spitzenkräfte gezielt anzusprechen und anzuwerben. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind Knotenpunkte der globalen Wissensströme und damit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wertschöpfung. Damit dies so bleibt, werden wir die **Anerkennung ausländischer Qualifikationen und Angebote der Nachschulung** ebenso verbessern wie die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Zuzug von Fachkräften. Wir werden die internationalen Kooperationen in Wissenschaft und Wirtschaft ausbauen und den europäischen Bildungs- und Forschungsraum weiter stärken.

6.2. Wie bringen wir Deutschland beim digitalen Wandel an die Spitze?

Die Digitalisierung verändert Wirtschaft und Gesellschaft, Bildung, Wissenschaft und Forschung grundlegend. Triebfedern dieser Entwicklung sind immer leistungsfähigere Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen und der wissenschaftlich-technische Fortschritt in der **Analyse und Verknüpfung von Daten**. Dazu gehören insbesondere Text- und Data-Mining, Künstliche Intelligenz mit lernenden Systemen sowie effizientere Datenverarbeitungs- und -übermittlungslösungen. Bildung ist der Schlüssel, der es den Menschen ermöglicht, die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen.

²¹ Hub wird häufig mit Knotenpunkt oder Drehscheibe übersetzt. Ein Hub definiert somit einen zentralen Ort, wo Verbindungen zusammenlaufen und neue Richtungen eingeschlagen werden können. In **Innovation Hubs** haben Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft die Möglichkeit, mit unterschiedlichen Perspektiven und Expertisen gemeinsam an Herausforderungen und Lösungen zu arbeiten.

²² **Sharing Economy** meint das systematische Ausleihen von Gegenständen und gegenseitige Bereitstellen von Räumen und Flächen, insbesondere durch Privatpersonen und Interessengruppen. Im Mittelpunkt steht der Gemeinschaftskonsum.

Um den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten und Innovationen voranzutreiben, ist ein enger Austausch zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und der Gesellschaft notwendig. Dazu werden wir **Reallabore und Experimentierräume stärken**. Daneben ermöglicht die Digitalisierung neue Formen des individuellen und des gemeinschaftlichen Lernens, der politischen Beteiligung und gesellschaftlicher Innovationen. Diese neuen Möglichkeiten wollen wir aufgreifen und zusammen mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft nutzen.

Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft benötigen moderne **digitale Infrastrukturen**. Unverzichtbar sind schnellere Verfahren, Investitionsverlässlichkeit, neue technische Methoden sowie bürokratiearme und zielgerichtete Programme. Um beim digitalen Wandel an die Spitze zu gelangen, brauchen wir eine flächendeckende, leistungsstarke Mobilfunkversorgung in ganz Deutschland. Unser Ziel muss es sein, nicht nur die weißen Flecken im bestehenden 4G-Netz (LTE) zu beseitigen, sondern eine bundesweite Versorgung mit der **hochleistungsfähigen 5G-Infrastruktur** zu erreichen. Nur wenn es möglich ist, überall in Deutschland kreative Prozesse anzustoßen und innovative Ideen in Echtzeit zu teilen, können Potentiale gehoben werden. Speziell für die mittelständische Wirtschaft richten wir niedrigschwellige Angebote ein, um die Digitalisierung in die Breite zu bringen.

Digitale Zukunftstechnologien sind investitions- und forschungsintensiv: Wenn Deutschland wettbewerbsfähig bleiben will, sind bedarfsgerechte Investitionen in diesen wichtigen Zukunftsfeldern unerlässlich, auch wenn die finanziellen Spielräume enger werden. Daher werden wir die Spitzenforschung intensivieren, beispielsweise zur Künstlichen Intelligenz, zu den Quantentechnologien, zur Mikroelektronik-Forschung oder zu energieeffizienten Elektroniksystemen. Die Kommunikationssysteme der Zukunft wollen wir mit sicheren, intelligenten Architekturen fördern, die mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz verfügbare Ressourcen effizient nutzen.

Wir wollen die Zukunft gestalten und gestaltbar machen. Deshalb fordern wir Staat, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf, sich an der strategischen Vorausschau („**Foresight**“-**Prozess**) aktiv zu beteiligen. Es gilt, die Chancen, das Potenzial, aber auch die Risiken aktueller technologischer und sozialer Entwicklungen aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Aufgabe einer zukunftsensiblen Politik ist es, auf einer sicheren Datenlage in der Gegenwart gute Entscheidungen für die Zukunft der Menschen zu treffen.

Mit Blick auf den raschen technologischen Wandel fordern wir eine neue Arbeits- und Lernkultur. Denn die für die Zukunftstechnologien benötigten Kompetenzen lassen sich nicht auf Vorrat ausbilden. Daher sehen wir Bund, Länder, Sozialpartner und Gesellschaft in der Pflicht, künftige Kompetenzbedarfe frühzeitig zu antizipieren (**Nationales Kompetenz-Monitoring**) und entsprechend in den Angeboten der Ausbildung, der Weiterbildung und der Umqualifizierung zu verankern.

Den freien und offenen Zugang zu wissenschaftlichen Informationen im Rahmen einer nationalen **Open Access-Strategie** wollen wir vorantreiben und das Thema auch auf europäischer Ebene weiterverfolgen. Wir fördern eine offene Innovationskultur, die Vermittlung von digitalen Kompetenzen in allen Lebensphasen sowie den schnelleren Transfer von der Forschung in die Anwendung.

Die digitale Transformation bewirkt, dass wir aus Daten Wissen generieren. Voraussetzung dafür ist eine innovative **Datenökonomie** in den notwendigen Grenzen des Datenschutzes. Wir unterstützen die Entwicklung eines nachhaltigen, interoperablen Forschungsdaten-Managements. Da zukünftige Technologien – insbesondere die Künstliche Intelligenz – auf eine solide Datenlage angewiesen sind, wollen wir die Entwicklung neuer Analysetechniken für große Datenmengen und deren Nutzbarmachung als Smart Data²³ fördern. Dazu stellen wir die nötige Forschungsdateninfrastruktur und sichere Datenräume bereit.

Erfolg und Akzeptanz der digitalen Transformation hängen auch davon ab, ob es gelingt, **Datensicherheit und Datensouveränität** im Sinne der eigenen Entscheidung über die Verwendung persönlicher Daten nachhaltig zu stärken. **Hierfür muss die Anwendung von Big Data²⁴ rechtssicher ermöglicht werden.** Die Sicherheit der Daten gehört zu den Zukunftsfeldern, in denen Deutschland Maßstäbe setzen kann. **Sicherheit und Datenschutz müssen bereits bei der Technologieentwicklung konsequent mitgedacht** werden. Nur wenn digitale Anwendungen intuitiv bedienbar und sicher sind, werden sie die Bürger akzeptieren.

Ein wichtiger Treiber für die Digitalisierung ist der Staat. Wir fordern den zügigen Ausbau der digitalen Behördenleistungen von Bund, Ländern und Kommunen sowie den Abbau bürokratischer Hürden für innovative Ideen. Der Staat sollte Vorbild sein und schnellstmöglich alle Behördengänge online und ohne Medienbruch ermöglichen (E-Government²⁵). Wir setzen uns dafür ein, dass bis 2030 eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und sichere Netzinfrastruktur für die öffentliche Verwaltung geschaffen wird.

Vertrauenswürdige Komponenten für digitale Infrastrukturen, Cloud-Technologien, Software-Lösungen, digitale Plattformen sowie offene und geschützte Datenräume sind

²³ Während es bei Big Data um die Speicherung und Verarbeitung sehr großer Datenmengen geht, bedeutet **Smart Data**, aus diesen Daten einen Nutzen zu ziehen und sie auf intelligente Weise zu verarbeiten. Daten bekommen erst dann einen Mehrwert, wenn sie gewinnbringend analysiert werden. Smart Data ist somit die Weiterentwicklung der Big Data.

²⁴ Mit **Big Data** werden große Datenmengen bezeichnet, die aus den Bereichen Mobilfunk, Finanzindustrie, Energiewirtschaft, Gesundheitswesen, Verkehr oder aus Quellen wie intelligenten Agenten, sozialen Medien, Kredit- und Kundenkarten, Assistenzgeräten, Überwachungskameras sowie Flug- und Fahrzeugen stammen und die mit speziellen Lösungen gespeichert und ausgewertet werden.

²⁵ **E-Government** ermöglicht Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen den unkomplizierten und zeitlich unabhängigen Zugang zu den Leistungen des Staates. Der Gang zum Amt wird so in den meisten Fällen überflüssig. Darüber hinaus wird Verwaltungshandeln durch den Einsatz von E-Government-Verfahren schneller und kostengünstiger. Sie sorgen für mehr Effizienz und Transparenz.

Eckpfeiler für die digitale Transformation. **Um Abhängigkeiten zu vermeiden, benötigt Deutschland dringend eine nationale Strategie der digitalen Souveränität, die europäisch eingebettet ist.** Neben der Kompetenz, Software- und Hardware-Lösungen von Anbietern aus Drittstaaten zu bewerten, beinhaltet dies auch die Fähigkeit, in sicherheitskritischen Bereichen Hard- und Softwarelösungen selbstständig zu entwickeln und zu produzieren. Hierfür bedarf es eines Umsetzungsprogramms, in dem Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zusammenwirken.

6.3. Wie schaffen wir eine Kultur für kreative und disruptive Ideen?

Wissenschaft und Forschung sind die Basis für Deutschlands Innovationskraft. Wir wollen mit maßgeschneiderten Förderinstrumenten Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft dabei unterstützen, die hervorragenden Forschungsergebnisse in Innovationen umzusetzen, die sowohl zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen führen, als auch neue Markt- und Anwendungspotenziale für unsere Wirtschaft erschließen.

Aus der Freiheit des Geistes, Dinge neu zu denken, erwächst die Kraft für Fortschritt. Disruptive Innovationen können nicht verordnet oder geplant werden. Vielmehr müssen wir begreifen, dass **Sprunginnovationen** sowohl angebotsseitig als auch nachfragegetrieben entstehen. Wir wollen bahnbrechende Innovationen durch eine interdisziplinäre Förderung, hohe Freiheitsgrade, Technologieoffenheit und die Ausrichtung auf alle Wirtschaftssektoren entlang der Wertschöpfungskette fördern. Vor allem leistet die Grundlagenforschung einen wichtigen Beitrag für Sprunginnovationen, wie die Entwicklung der Festplatte auf Basis des GMR-Effektes²⁶ zeigt. Zudem entstehen Ideen mit disruptivem Potenzial auch bei hochinnovativen Unternehmen, die besonders den künftigen Marktbedarf im Blick haben.

Deutschland ist ein herausragender Forschungsstandort. Zudem verfügen wir über einen guten Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, eine hohe Interdisziplinarität und ein praxisorientiertes duales Bildungssystem. Dennoch zeigt die Gegenüberstellung von Stärken und Schwächen des deutschen Innovationssystems, dass die Bedingungen für Sprunginnovationen hierzulande schwierig sind. Daher begrüßen wir den Ausbau der neu gegründeten **Agentur zur Förderung von Sprunginnovationen** zu einem zentralen Dreh- und Angelpunkt für die Identifikation und Weiterentwicklung von Forschungsideen mit Sprunginnovationspotential.

Der Agentur für Sprunginnovationen muss es gelingen, die für disruptive Innovationen typischen, vielfältigen systemischen Unsicherheiten bei ihrer Erstellung und potenziellen Nutzung im Markt zu verringern. Im Einzelnen geht es darum, für Sprunginnovationen:

²⁶ Der GMR Effekt (Giant Magnetoresistance) wurde 1988 am Forschungszentrum Jülich durch Peter Grünberg entdeckt. Zusammen wurde Peter Grünberg mit Albert Fert 2007 der Nobelpreis für Physik verliehen. Auf diesem Effekt basieren die aktuell überall verwendeten HDD-Festplatten (Hard-Disk-Drive).

- fallspezifisch und nachhaltig notwendige Bedingungen zu ihrer Erstellung sicherzustellen,
- Marktpotenziale zu erschließen und auszubauen,
- Beiträge zur Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme zu leisten sowie
- den Systemwandel zu fördern und zu forcieren.

Für eine lebendige Innovationskultur sind Neugier und Erfindergeist entscheidend.

Bereits im Kindesalter werden die Grundlagen für kreative Ideen und unternehmerisches Denken gelegt: Eine anregende Umgebung in Kitas und Grundschulen macht den Kindern Lust aufs Entdecken, Forschen, Lernen und Ausprobieren. Damit die Schülerinnen und Schüler ihre kreativen Ideen erfolgreich umsetzen können, werden die Kooperationen von Unternehmen mit Schulen ausgebaut, Schülerlabore gefördert und Wettbewerbe initiiert. So wird der Gründergeist bereits in den Schulen gestärkt und die nachwachsende Generation für wirtschaftliche Zusammenhänge sensibilisiert.

Gründungen aus der Wissenschaft wollen wir fördern, indem wir die Gründerinnen und Gründer unterstützen:

Aus dem Kreis der Start-ups von heute kommen die Marktführer von morgen. Sie sind eine wichtige Quelle für innovative Geschäftsideen, kreative Prozesse und neue Produkte. Insbesondere wollen wir die Kooperationen von Hochschulen mit der Wirtschaft weiter intensivieren, um so eine bessere Verwertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu erreichen. Zugleich gilt es, die frühzeitige Validierung der Forschungsergebnisse festzuschreiben, um die wirtschaftliche Wertschöpfung und die gesellschaftliche Anwendung von Forschungsergebnissen konsequent von Anfang an mitzudenken und zu beschleunigen.

Die **Hochschulen** tragen **Verantwortung für den Wissens- und Technologietransfer** zwischen den verschiedenen Fachgebieten und Berufslaufbahnen sowie zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Wir wollen sie dabei unterstützen, Raum für neue innovative Ideen und Perspektiven zu schaffen. Dazu benötigen sie eine ausreichende und planbare Finanzierung sowie mehr Autonomie.

Zu einer gelingenden Innovationskultur gehören ein innovationsorientiertes öffentliches Beschaffungswesen ebenso wie die aktivierende Einbeziehung der Gesellschaft durch die Ausweitung von **Bürgerdialogen** und anderen **modernen Formen der Partizipation**. Wir wollen Initiativen zur Stärkung eines **Entrepreneurial Mindset**²⁷ auf den Weg bringen.

²⁷ Beim **Entrepreneurial Mindset** handelt es sich um die Förderung unternehmerischer Eigenschaften und Verhaltensweisen. Das Konzept nimmt eine große Anzahl von Persönlichkeitseigenschaften, Fähigkeiten und Einstellungen sowie Motiven (u. a. Visionskraft, Aktivität und Engagement, Leistungsmotivation, Unabhängigkeitsstreben, Ideenreichtum etc.) in den Blick, die ein erfolgreicher Gründer benötigt.

Entrepreneurship und kreative Methoden wie **Design Thinking**²⁸ oder **Lean Startup**²⁹ gehören in Klassenzimmer und Hörsäle; hinzukommen Gründerwettbewerbe, die so regelmäßig und selbstverständlich stattfinden sollen wie Mathematik-Olympiaden. Dadurch tragen wir zur Etablierung einer „**Kultur des (Wieder-)Aufstehens**“ bei und ermutigen mehr Menschen, ihre eigenen Ideen auch umzusetzen.

Kreative und disruptive Ideen entstehen oft in einem multidisziplinären Umfeld.

Initiativen wie UnternehmerTUM in München oder die de:hub-Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums entfalten eine **Vorbildwirkung**, weil sie erfolgreich die Vernetzung und den Austausch zwischen Wissenschaft, Unternehmen und Start-ups fördern. Kommen so verschiedene Erfahrungswerte und Arbeitskulturen zusammen, können in Testfeldern und Testumgebungen schnell und unkompliziert neue Ideen entstehen.

Exzellente deutsche und europäische Vorlaufforschung bildet eine wesentliche Grundlage für die Erfindung und Umsetzung von Sprunginnovationen. Internationale Kooperationen fördern den Wettbewerb und machen uns innovativer. **Deswegen sollten wir den grenzüberschreitenden Austausch intensivieren und ihn noch stärker in unsere Arbeitskultur integrieren.** Schnell umsetzbar sind beispielsweise die Förderung von international ausgerichteten Konferenzen oder die unkompliziertere Anstellung von innovativen Fachkräften aus Drittstaaten.

6.6. Wie fördern wir verantwortlich die Nutzung von maschinellem Lernen und Künstlicher Intelligenz?

Aufgrund der Stärken der deutschen Wissenschaft im Forschungsgebiet Künstliche Intelligenz und der wirtschaftlichen Expertise bezüglich Industrieautomatisierung, Sensorsystemen und Mechatronik stehen die Chancen gut, dass sich Deutschland vor allem als ein führender unabhängiger Anbieter für autonome Systeme auf dem Weltmarkt etabliert. Künstliche Intelligenz³⁰ (KI) und maschinelles Lernen³¹ (ML) werden zu zentralen Treibern für unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Die Entwicklung von Fähigkeiten, Instrumenten und Methoden, um große Datenmengen zu generieren, zu

²⁸ **Design Thinking** ist ein Ansatz, der zum Lösen von Problemen und zur Entwicklung neuer Ideen führen soll. Ziel ist es, Lösungen zu finden, die aus Nutzersicht überzeugend sind.

²⁹ **Lean Startup** gehört zu den agilen Managementmethoden, die sich mit den digitalen Technologien entwickeln. Lean Startup ist eine Methode zur Entwicklung von Unternehmen und Produkten, die darauf abzielt, Produktentwicklungszyklen zu verkürzen und schnell herauszufinden, ob ein vorgeschlagenes Geschäftsmodell realisierbar ist. Siehe hierzu auch: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/lean-start-54470/version-277499>

³⁰ Prof. Dr. Jürgen Schmidhuber definiert **KI** als „Wissenschaft vom automatischen Problemlösen. Insbesondere davon, wie Maschinen lernen können, bisher ungelöste Probleme zu lösen.“ In: Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Berlin 2019. S. 58.

³¹ **Maschinelles Lernen** ist eine Teildisziplin von KI und befasst sich vornehmlich mit der Entwicklung von (Lern-)Methoden, die in Daten der Vergangenheit nach Mustern suchen, die für die Zukunft Vorhersagen erlauben. **Deep Learning** ist ein Teilgebiet des ML und befasst sich mit der Simulation neuronaler Strukturen. Anwendungsmöglichkeiten gibt es bspw. in der Medizin (Analyse von Bildmaterial zur Erkennung von Hautkrebs) oder bei Katastrophen (Planung von Fluchtwegen).

speichern, zu analysieren und daraus neue Erkenntnisse zu gewinnen, wird zu einer Schlüsselkompetenz. Es reicht jedoch nicht mehr, dass Deutschland eine führende Rolle in der KI-Forschung einnimmt, unser Land muss in der Anwendung und in der Entwicklung von Innovationen und Geschäftsmodellen deutlich besser werden.

In den kommenden zehn Jahren haben Deutschland und Europa zudem die Chance, unsere Gesellschaften mit KI zum Besseren zu verändern. Bereits heute können KI-Systeme in mehrere Sprachen übersetzen, Objekte in Bildern und Videos identifizieren, Fertigungsprozesse rationalisieren sowie Flugzeuge, Erntemaschinen und Fahrzeuge steuern. Angesichts der Leistungssteigerung bei Computern werden wir in Zukunft **nicht nur smarte Maschinen** haben, die stärker, schneller oder ausdauernder physische Arbeiten verrichten. Vielmehr werden sie Aufgaben übernehmen, für die „**Verstehen**“ und „**Denken**“ nötig sind. Dabei geht die Tendenz von kooperativen Assistenzsystemen über Mensch-Maschine-Szenarien hin zu Tätigkeiten, bei denen die KI als digitaler Partner den menschlichen Verstand anregt, ergänzt und erweitert im Sinne eines kognitiven Leistungsverstärkers.³² Daneben bieten **lebensfeindliche Umgebungen** – von der Tiefsee, den Polargebieten bis zum Weltraum – zahlreiche Einsatzmöglichkeiten für KI und Robotik.

Angesichts der zunehmend vernetzten Systeme und der damit einhergehenden Komplexität müssen die **automatisierten Entscheidungsprozesse der KI-Systeme der Zukunft sicher, fair, erklärbar und vertrauenswürdig sein.** Je weiter diese Entwicklung voranschreitet, umso mehr muss gewährleistet sein, dass die eingesetzten Systeme die Konsequenz ihres Handelns beurteilen können, komplexe Aufgaben und Verantwortlichkeiten effektiv und ethisch behandeln, eine sinnvolle Kommunikation betreiben und ihre Kompetenzen durch Erfahrung verbessern.

In diesem Prozess brauchen wir einen **fortschrittlichen regulatorischen Rahmen für die Entwicklung, Nutzung und Haftung von intelligenten Systemen**, um Eingriffe in die grundgesetzlich verbrieften Rechte zu verhindern bzw. von vornherein auszuschließen. Die Förderung innovativer Lösungen auf der Grundlage von Sicherheit, Überprüfbarkeit, Transparenz, Diskriminierungsfreiheit sowie Überprüfbarkeit und Nachvollziehbarkeit von automatisierten Entscheidungsprozessen muss deshalb stets handlungsleitend bei allen Entwicklungen sein. Ebenso müssen eine entsprechende regelmäßige Evaluation und eine **Qualitätssicherung** von Anfang integriert werden. Der Schutz der Privatsphäre und der individuellen Selbstbestimmung inklusive der Hoheit über personenbezogene Daten ist für uns unantastbar.

Um die Chancen der KI herauszuarbeiten und die Risiken rational und evidenzbasiert zu erörtern, sprechen wir uns für einen langfristig angelegten gesellschaftlichen Dialog aus. Dieser „**Zukunftsdialog**“ unterstützt den gesellschaftlichen Transformationsprozess hin zu einem KI-basierten Wirtschaftsmodell („KI-Ökonomie“).

³² So Prof. Dr. Andreas Dengel, Standortleiter am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, Kaiserslautern.

Folgende Vorschläge zeigen, wie eine solche Diskussion geführt werden kann:

- 1. Übersetzung aktueller Forschung zu KI-Technologien in niedrigschwellig zugängliche Zukunftsbilder**, die positive Anwendungsszenarien mit technologischer Machbarkeit verknüpfen. Dazu werden neue designbasierte Formate der Wissenschaftskommunikation genutzt.
- 2. Partizipative Diskussion und Weiterentwicklung der Zukunftsbilder** sowie ihres ethischen, sozialen und rechtlichen Rahmens mit verschiedenen Stakeholder-Gruppen. Die Stakeholder-Gruppen unterscheiden sich je nach Anwendungsfall und beziehen gesellschaftliche Gruppen (Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Zivilgesellschaft u. a.), Unternehmen, Verbände sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik ein.
- 3. Ableitung akzeptierter technologischer und politischer Strategien zur verantwortlichen Gestaltung der KI-Technologien** auf der Basis der Dialogergebnisse, die die Chancen von KI in den unterschiedlichen Anwendungsfeldern für die Gesellschaft aufzeigen.

Mit Blick auf die enormen Auswirkungen der neuen Technologien sprechen wir uns dafür aus, bei Fördermaßnahmen ethische Fragen und gesellschaftliche Aspekte mit zu berücksichtigen und die Forschung dazu auszubauen.

6.7. Welche ethischen Maßstäbe gelten für den technologischen Wandel?

Die CDU unterstützt und fördert den technologischen Wandel, aus dem ein humaner und gesellschaftlicher Fortschritt folgt. Die Werteordnung des Grundgesetzes bietet hierfür den geeigneten Rahmen.

Zentraler Orientierungspunkt bei der Technikbewertung ist das Wohl und die Würde des Menschen. Verbesserungen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Umwelt, Ressourcen, Mobilität und Kommunikation sind wichtige Ziele, die nur mit Innovationen zu erreichen sind. Auch das Prinzip der Nachhaltigkeit ist ohne moderne Technologie nicht zu verwirklichen. Nicht zuletzt hängen unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit unser Wohlstand entscheidend vom technologischen Fortschritt ab.

Wissenschaftliche Neugierde und Leidenschaft sind bestimmend für das Verhältnis des Forschers zu seinem Gegenstand. Entsprechend begnügt er sich nicht mit dem Erkennen des Status quo. Vielmehr führt ihn seine Neugierde nicht selten an Grenzen, die er gegebenenfalls bereit ist zu überschreiten. Gleichwohl erwarten wir von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, dass sie sich ihrer **Verantwortung** bewusst sind und die Folgen einer möglichen missbräuchlichen Verwendung ihrer Forschungsergebnisse bedenken.

Bei der Bewertung neuer Technologien geht es nicht nur um wissenschaftliche Fakten, sondern auch um die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen. Ob wissenschaftliche

Erkenntnisse und technische Möglichkeiten genutzt werden, sollte Gegenstand gesellschaftlicher Diskussionen und Entscheidungen sein. Denn **nicht alles, was technisch machbar ist, sollte auch realisiert werden**. Vielmehr sind gesamtgesellschaftliche Reflexionsprozesse notwendig, um zwischen den Chancen und Risiken neuer Technologien und dem notwendigen Mut zum Neuen verantwortlich abzuwägen.

Bloße Risiko-Aversionen reichen nicht aus, wenn es darum geht, neue Technologien zu bewerten. Stattdessen müssen wir uns auf empirische Fakten stützen, die qualitätsgesichert und evidenzbasiert erhoben wurden. Eine Technikfolgenabschätzung, die ihre Ergebnisse breit in die Öffentlichkeit kommuniziert, kann für die notwendige Transparenz sorgen und das Vertrauen in die Wissenschaft stärken. Zugleich ist es Aufgabe der **Ethik, den Bürgerinnen und Bürgern – auch in dialogischen Prozessen – Orientierung zu geben**, wenn es darum geht, das menschliche Handeln und seine Folgen für Gegenwart und Zukunft einzuordnen.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die CDU für **Technologieoffenheit, Information, Aufklärung und Dialog ein**.

6.10. Wie bewahren wir politische Gestaltungsfähigkeit vor dem Hintergrund dynamischen, technologisch getriebenen Wandels?

Technische Innovationen verändern die Möglichkeiten und die Herausforderungen für politisches Gestalten nachhaltig. Deshalb wird eine qualitativ hochwertige, zukunftsgerichtete, die Digitalisierung adressierende Bildung immer wichtiger. Sie vermittelt das notwendige Orientierungswissen, damit die Bürgerinnen und Bürger die mit dem technologischen Wandel verbundenen Chancen erkennen und effektiv nutzen können. Zugleich vermitteln ihnen Ethik sowie Informatorische und Medien-Bildung eine Wertebasis, um mit vorhandenen Risiken verantwortungsbewusst umzugehen.

Angesichts der Fülle und Breite der relevanten Themen und Meinungen ist ein kontinuierlicher Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft notwendig. Nur so können Trends und technologische Entwicklungen frühzeitig erkannt und fundiert kommuniziert werden. Die Herausforderung besteht vor allem darin, unter Zeitdruck aus einer Vielzahl von Informationen die relevanten auszuwählen, kritisch zu reflektieren, einzuordnen und zu bewerten.

Unsere politische Gestaltungskraft muss sich auch an der Digitaltauglichkeit unserer Gesetzgebung messen lassen. Daher gilt es, bestehende und neue Rechtsakte auf Innovationsoffenheit und bürokratisches Entlastungspotenzial zu überprüfen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass Ansätze von **Smart Regulation**³³, die stärker über Anreizsysteme und weniger über sich zum Teil schnell überholende

³³ Auf Deutsch: „Intelligente Rechtsetzung“. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode heißt es: „Im Interesse einer besseren Rechtsetzung erproben wir die Potenziale von alternativen, insbesondere datengestützten Regulierungsinstrumenten („smarte Regulierung“) in Reallaboren.“ (S. 63 f.)

gesetzliche Regelungen funktionieren, zum eingeübten Gegenstand von Regierungshandeln werden.

Auch **Smart Government**³⁴ muss auf allen politischen Ebenen zur Devise für intelligentes Regierungs- und Verwaltungshandeln werden. **Dazu gehören nutzerfreundliche und effiziente Verwaltungsleistungen ebenso wie der umfassende Einsatz datengestützter Entscheidungshilfen.** Modernes Regieren erfordert moderne Verfahren, die das Once-Only-Prinzip³⁵ achten. Angesichts immer kürzerer Innovationszyklen sehen wir zudem Optimierungsbedarf mit Blick auf die **ressortübergreifende Zusammenarbeit** der zuständigen Ministerien untereinander, aber auch mit der Wirtschaft. Vor allem wollen wir das ressortbezogene Silodenken überwinden.

Damit die staatlichen Ebenen auch in Zeiten eines schnellen technologischen Wandels mit immer neuen digitalen Möglichkeiten handlungsfähig bleiben, ist der Zugriff auf wissenschaftlich fundierte Daten im Rahmen einer analyseorientierten **Technologiefolgenabschätzung** unabdingbar. Hierfür wollen wir den Ausbau der Erforschung und Darstellung der ethischen und gesellschaftlichen Dimensionen des digitalen Wandels fördern, damit die politischen Entscheidungsträger jederzeit wissenschaftlich fundiert und verantwortungsvoll handeln können. In diesem Zusammenhang werden wir die Nutzung von **strategischen Prozessen zur Technologievorausschau (Foresight)** ausbauen, um frühzeitig Entwicklungen und Trends zu erkennen und somit aktiv gestalten zu können.

Handlungsfähigkeit besteht nur, wenn manipulative Einflussnahmen auf die Meinungsbildung und auf die Entscheidungsgrundlagen aufgedeckt werden. Wir unterstützen daher eine **Stärkung der Sicherheitsforschung**, z. B. zur Abwehr von Cyberangriffen oder zur Aufdeckung von Social Bots³⁶. Denn neben der Abwehr von Gefahren ist **Vertrauen in die digitale Technik** eine notwendige Voraussetzung für politisches Handeln. Hierfür wollen wir die entsprechenden Technologien, wie z. B. die

³⁴ **Smart Government** ist keine Neuauflage von E-Government. Es geht nicht um die Überführung analoger Strukturen, Prozesse und Akten in die digitale Welt. Smart Government beschreibt die Auswirkungen bzw. das Ergebnis technologischer Entwicklungen auf den Staat und die Verwaltung von morgen. Danach prägen zunehmend digitale Koordinations- und Transaktionsplattformen das kollektive Handeln. Erkenntnisse aus der Forschung zum menschlichen Entscheidungsverhalten und die zunehmende Verfügbarkeit von Echtzeitinformationen führen des Weiteren dazu, dass öffentliche Programme und Maßnahmen auf dem realen statt dem vermuteten Verhalten der gesellschaftlichen Akteure beruht. Schließlich unterstützen Systeme der künstlichen Intelligenz zunehmend den Umgang von öffentlichen Entscheidungsträgern mit Ermessensfragen.

³⁵ Beim **Once-Only-Prinzip** geht es darum, dass Bürger und Unternehmen bestimmte Standardinformationen der Verwaltung nur noch einmal mitteilen müssen, da diese die Informationen untereinander austauscht. Dadurch werden zusätzliche Belastungen der Bürger und Unternehmen bei der Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung verringert.

³⁶ **Social Bots** sind Softwareroboter bzw. -agenten, die in sozialen Medien vorkommen. Sie liken, retweeten, schreiben und kommentieren, können also natürlich sprachliche Fähigkeiten haben. Sie können auch als Chatbots fungieren und damit mit Benutzern synchron kommunizieren. Social Bots werden zur Sichtbarmachung und Verstärkung von Aussagen und Meinungen eingesetzt. Werden Bots in Wahlkämpfen eingesetzt, können sie manipulative politische Wirkung entfalten.

Blockchain-Technologie, weiter fördern. Gleichzeitig gilt es, unsere Anstrengungen für eine europäische Technologieführerschaft voranzutreiben. Mit Blick auf sicherheitsrelevante Bereiche muss es unser Ziel sein, uns aus technologischen Abhängigkeiten, wie staatsgelenkten Großunternehmen, zu befreien, auch um der Politik neue Handlungsspielräume zu erschließen.

10. Wie bewahren wir die Natur als Lebensgrundlage der Menschheit?

10.11. Wie können moderne Technologien und Innovationen dazu beitragen, Umweltprobleme zu lösen?

Umwelt- und Klimaschutz stehen für uns im Mittelpunkt einer **generationengerechten Politik**. Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaschutzabkommen aus dem Jahr 2015 bilden die international verabredete Richtschnur für unser Handeln.

Wir setzen hierbei nicht auf Verbote und Verzicht, sondern auf Forschung und Innovationen. Sie tragen entscheidend dazu bei, dass wir die großen ökologischen Herausforderungen meistern können: Klimawandel, Artensterben, die Verschmutzung der Umwelt, insbesondere der Meere, und den steigenden Ressourcenbedarf vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung. Auch die **Soziale Marktwirtschaft** unterstützt uns mit den bewährten Instrumenten einer Wettbewerbswirtschaft, die freie Initiative mit einem durch Leistung gesicherten sozialen und ökologischen Fortschritt verbindet. Hinzukommen weitere Erfolgskriterien wie Technologieoffenheit, Forschergeist, Effizienz, Kohärenz zur europäischen Politik und die Bereitschaft zur Übernahme internationaler Verantwortung. Daran muss sich jede einzelne politische Maßnahme messen lassen.

Die **Kreislaufwirtschaft** mit einem Markt für Sekundärrohstoffe ist ein entscheidender Faktor, wenn es darum geht, unseren Bedarf an endlichen Ressourcen umweltschonend zu decken. Dabei setzen wir auf marktwirtschaftliche Anreize anstatt auf ordnungsrechtliche Verbote oder Quoten. Deutschland und Europa haben das Potential, weltweit die innovativsten Lösungen für mehr Ressourceneffizienz und neue Recycling-Lösungen anzubieten (Re- oder Upcycling). Deshalb wollen wir einen **Leitmarkt für Innovationen in der Kreislaufwirtschaft schaffen**.

Die CDU steht dafür, dass Deutschland seine **Technologieführerschaft** in den Bereichen Klimaschutz, nachhaltiges Ressourcenmanagement sowie Umwelt- und Energietechnologien sichert und ausbaut. Am Beispiel der Mobilität wird deutlich, wie die Digitalisierung helfen kann, Mobilitätsangebote passgenau für individuelle Bedürfnisse inter- oder multimodal³⁷, umweltverträglich sowie weg- und zeitoptimiert bereitzustellen.

³⁷ Unter dem Begriff **multimodaler Verkehr** wird die Nutzung verschiedener Verkehrsmittel innerhalb eines bestimmten Zeitraums bezeichnet. Dabei wird die Beförderung von Personen oder der Transport eines Gutes innerhalb der Zeitscheibe mit zwei oder mehr unterschiedlichen Verkehrsträgern vollzogen. **Intermodaler Verkehr** ist eine Sonderform des multimodalen Verkehrs und beschreibt eine mehrgliedrige Transportkette und betrifft sowohl den Personen- als auch Güterverkehr. Im

Wir wollen insbesondere die folgenden Forschungsfelder technologieoffen fördern:

- Für das Ziel der **Treibhausgasneutralität und den Klimaschutz:** Forschung und Transfer aus Modellprojekten zu Carbon Capture and Usage³⁸ (CCU), die Schaffung der Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähige Power-to-X³⁹-Lösungen, die Förderung von Erforschung und Erprobung synthetischer Kraftstoffe, der Kompetenzaufbau in der Batteriezellenproduktion (von nachhaltiger Rohstoffgewinnung bis zum Recycling) und die Erforschung von Alternativen zur Lithium-Ionen-Batterie.
- Für das Ziel des Erhalts der **Biodiversität:** auch zur Reduzierung des Flächenverbrauchs die Förderung neuer Züchtungsmethoden in der Landwirtschaft (CRISPR/Cas) sowie einer innovativen klima-, boden- und gewässerschützenden landwirtschaftlichen Technik im Bereich Düngung und Pflanzenschutz; außerdem die Forschungsförderung zur Bodenbearbeitung und Landnutzung, die Entwicklung weiterer geeigneter Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität (Sofortmaßnahmen und Langfrist-Handlungsoptionen) und Forschungsförderung zum Verständnis biodiverser Ökosysteme, insbesondere Artenkenntnisse.

Wenn es um die großen ökologischen Herausforderungen geht, muss auch der Gesetzgebungsprozess einbezogen werden: Wir setzen uns daher für eine verbindliche Berücksichtigung der Nachhaltigkeit im Gesetzgebungsprozess ein. Diese könnte vergleichbar zur Kostenabschätzung durch den Normenkontrollrat gestaltet sein.

11. Wie schaffen wir Bedingungen für ein gutes Leben in Stadt und Land?

11.12. Wie stärken wir die Neuen Länder weiter?

Die großen Anstrengungen der letzten 30 Jahre auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik für Ostdeutschland zeigen sich in zahlreichen profilierten Hochschulstandorten und einem dichten Netz an außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUF). Sie sind Magneten, die internationale Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher sowie junge Fachkräfte in die Regionen ziehen. Das Gewicht der AUF als Innovationsmotoren, Orte des Dialoges und Plattformen des Austausches zwischen Wissenschaft und lokaler Wirtschaft sind für Ostdeutschland von besonderer Bedeutung.

Dennoch bleibt die Wirtschaftskraft zwischen West und Ost verschieden. Dies belegen die Innovationsaufwendungen für die Industrieforschung, die Anzahl der Ausgründungen und

Personenverkehr werden innerhalb einer einzigen Reisekette verschiedene Verkehrsmittel verknüpft. Im Güterverkehr wird ein und dieselbe Transport- oder Ladeeinheit mit mindestens zwei verschiedenen Verkehrsträgern befördert. Ein Schiffstransport wird in der Regel Teil einer intermodalen Kette sein, da die Waren zumeist nicht im Hafen, sondern im Hinterland erzeugt oder verbraucht werden und damit einen Vor- und Nachlauf mit anderen Verkehrsmitteln nötig machen.

³⁸ Abscheidung und anschließende Speicherung von CO₂.

³⁹ **Power-to-X** bezeichnet verschiedene Technologien zur Speicherung bzw. anderweitigen Nutzung von Stromüberschüssen bei einem Überangebot von Wasserkraft sowie von Solar- und Windenergie.

das Wachstum der Unternehmen. Um hier gegenzusteuern, wollen wir die **Gründung neuer Forschungszentren** im Zuge von **Clusterbildungen** und die Ansiedlung von **KI-Transferzentren** in den neuen Bundesländern unterstützen.

Um die Wissenschaftslandschaft mit den Fachhochschulen, den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter zu fördern, ist der flächendeckende **Ausbau von 5G-Netz- und Breitbandverbindungen** unerlässlich und vorrangig zu betreiben.

Mit dem Programm „**WIR! – Wandel durch Innovation in der Region**“ wurden bereits starke Impulse zur Regionalentwicklung in Ostdeutschland angestoßen. Wir begrüßen die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte, die unterschiedliche, auch innovationsunerfahrene Akteure, insbesondere Unternehmen, Kommunen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammenbringt.

Bislang gibt es noch zu wenige gemeinsame Forschungsvorhaben zwischen Deutschland sowie seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarländern. Mit einer regelmäßig tagenden **europäischen Wissenschaftskonferenz und mehr gemeinsamen Forschungszentren** wollen wir hier neue Impulse setzen.

Entwurf einer vorausgestellten Stellungnahme des BFA Europapolitik zum Grundsatzprogramm

Die Europäische Union ist das größte politische Erfolgsprojekt des 20. Jahrhunderts. Sie hat den Menschen in ihren Mitgliedstaaten Frieden, Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Diese Ziele gelten heute unverändert fort. Gleichzeitig steht die Europäische Union vor vielfältigen Herausforderungen: Globalisierung, Klimawandel, Digitalisierung, demografischer Wandel, weltweite Migrationsbewegungen und eine veränderte internationale Sicherheitslage sind dafür wichtige Beispiele.

Wir wollen die über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen der Europäischen Union modernisieren. Entscheidungen müssen schneller, transparenter, effizienter und effektiver getroffen werden können. Wir wollen, dass die Zuständigkeiten der Europäischen Union für jedermann klar sichtbar werden. Das bedeutet auch, dass Entscheidungen nicht nur einstimmig, sondern auch durch Mehrheiten getroffen werden. Zugleich wollen wir klarmachen, wann die Europäische Union nicht zuständig ist und wann eine Entscheidung besser in einem Mitgliedsstaat, in einem Bundesland oder in einer Gemeinde getroffen werden sollte. Die Europäische Union hilft aber dann koordinierend mit, wenn mitgliedstaatliche Behörden überfordert sind, europäische Ziele und Interessen umzusetzen.

Um die Erfolgsgeschichte der Europäischen Einigung fortzuschreiben, müssen wir die in zentralen Fragen bestehende Blockade der gemeinsamen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union auflösen. Dazu bekennen wir uns unabdingbar zur Europäischen Union als dem für uns größten Zivilisationsprojekt und verweisen stolz auf das gemeinsam Erreichte. Die Soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und Eigeninitiative sowie das Einstehen füreinander sind unsere Leit motive.

Denn darauf gründen wir unsere neue, verbindende Vision von einem Europa, das mit der Zeit geht und sich weiterentwickelt. Unser Europa wird

- die Soziale Marktwirtschaft stärken und in der Wirtschaft den Markt, das Soziale und unsere Umwelt in Einklang bringen;
- zukunftsweisende Maßnahmen und Investitionen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation forcieren, damit unsere Gesellschaften und unser Wirtschaftsmodell langfristig erfolgreich sein werden. Der europäische Binnenmarkt soll insbesondere in den Bereichen Digitales, Energie, Dienstleistungen, Versicherungen und Kapital weiterentwickelt und damit gestärkt werden;

- die Technologien von morgen mitgestalten und so den Übergang in das digitale Zeitalter erfolgreich zu gestalten, an dem alle teilhaben und von dem alle profitieren können;
- mit dem Geld des europäischen Steuerzahlers verantwortungsvoll umgehen und mit Rücksicht auf die kommenden Generationen nachhaltig wirtschaften. Der EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt wird eingehalten, denn er ist zentraler Baustein der EU-Wirtschafts- und Währungsunion, und die Basis für verlässliche Zusammenarbeit;
- die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Justiz in der Europäischen Union stärken und dafür sorgen, dass Europa seinen Grundwerten treu bleibt;
- den Multilateralismus und die regelbasierte internationale Ordnung stärken. Die Rolle der Welthandelsorganisation muss dafür wieder gefestigt werden;
- weltweit eine verantwortungsvolle Rolle übernehmen. Dazu verfolgt die EU den Ansatz der vernetzten Sicherheitspolitik: sie baut ihre diplomatischen Fähigkeiten aus, stärkt die Entwicklungszusammenarbeit und entwickelt die Europäische Verteidigungsunion fort;
- die Erhaltung und Wiederherstellung unseres Ökosystems und damit den Kampf gegen Umweltzerstörung und Klimawandel zur politischen Richtschnur machen. Ein nachhaltiges, langfristig klimaneutrales und gesundes Leben bei ressourcenschonendem Wachstum sind grundlegend für die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit. Wir Europäer müssen globaler Vorreiter, Ideengeber, Unterstützer und Wächter beim Schutz des Lebens und der Umwelt auf unserem Planeten sein. Europa soll konsequent eine ehrgeizige Klimastrategie für Klimaneutralität verfolgen sowie den drohenden Verlust der Artenvielfalt bekämpfen;
- vor krimineller und terroristischer Bedrohung schützen, über starke Außengrenzen verfügen und entsprechend der eigenen Möglichkeiten und hoher ethischer Ansprüche mit Drittstaaten kooperieren;
- für eine gemeinsame, gerechte und menschliche Migrations- und Asylpolitik sorgen. Hierfür bedarf es der Solidarität und des Zusammenhalts aller Mitgliedsländer der Europäischen Union sowie der Bekämpfung illegaler Einwanderung durch entschiedenes Vorgehen gegen das Schlepperwesen, einen starken und wirksamen Außengrenzschutz sowie einer konsequenten Rückführungspolitik;
- Chancengleichheit für alle verwirklichen, damit jeder Einzelne sein ganzes Potenzial entfalten kann;
- die Transparenz und das gegenseitige Vertrauen innerhalb Europas durch eine unabhängige Einrichtung für Ethikfragen für alle EU-Institutionen stärken;
- die europäische Demokratie durch das Spitzenkandidatenprinzip und mehr Bürgerbeteiligung stärken und dem Europäischen Parlament die Gesetzesinitiative zu geben; nationale Parlamente sollen zudem verbesserte Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gesetzesberatung erhalten;

- die Gestaltungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten, Länder und Kommunen durch eine verbesserte Subsidiaritätsprüfung, durch Verlängerung der Fristen, ein gemeinsames Prüfraster sowie effizientere Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente gewährleisten.

Gemeinsame Antwort auf die Fragen:

2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?

2.5. Welche Rechte und Pflichten hat der Staat gegenüber den Bürgern?

2.6. Welche Rechte und Pflichten haben die Bürger gegenüber Staat und Gesellschaft?

Die Europäische Union (EU) ist ein supranationaler Staatenverbund. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass bestimmte hoheitliche Befugnisse zum Zweck ihrer besseren Durch-, und Umsetzbarkeit auf EU-Ebene gebündelt wurden. Die Zusammenarbeit ist auf Dauer angelegt; Entscheidungen werden demokratisch durch Wahlen und Abstimmungen getroffen. Wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt, hat zugleich die Unionsbürgerschaft. Die Europäische Union schafft Recht und räumt dem Einzelnen politische Mitgestaltungsrechte ein. Sie ist eine Solidar- und Schicksalsgemeinschaft.

Als Unionsbürger genießen wir Freizügigkeit, das Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen, diplomatischen und konsularischen Schutz und das Petitions- und Beschwerderecht. Ein Unionsbürger wiederum hält sich an die Gesetze und Regeln, engagiert sich für die Demokratie und ist bereit, Verantwortung zu übernehmen.

So erhalten wir ein einzigartiges Europa mit gemeinsamen Institutionen und starken Werten, leben in einer Gemeinschaft des Friedens, der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Sicherheit. Zudem sind wir eine bedeutende Wirtschaftsmacht mit einem beispiellosen Niveau sozialer Sicherung. Das macht unseren europäischen Gesellschaftsvertrag aus.

Gemeinsame Antwort auf die Fragen:

1. Wie gestalten wir als starke Volkspartei der Mitte erfolgreiche Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes?

1.6. Wie verstehen wir Subsidiarität?

2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?

2.10. Wie kann unnötige Bürokratie abgebaut werden?

2.12. Wie sorgen wir für Subsidiarität im politischen Alltag – in den Kommunen, in den Ländern, im Bund und in der EU?

Die Europäische Union schafft einen Mehrwert für die Menschen. Allerdings muss nicht alles durch die EU geregelt werden. Eine Aufgabe soll nur dann von einer höheren Ebene wahrgenommen werden, wenn dies zu einem echten Mehrwert führt und eine untere Ebene sie nicht ebenso gut oder gar besser erledigen kann (Grundsatz der Subsidiarität). Insofern gilt es immer wieder, Eigenverantwortung gegenüber gemeinschaftlicher Solidarität abzuwägen. Für ein bürgernahes Europa bleiben Zuständigkeiten für

Gesetzesregelungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene entscheidend. Eine klare Kompetenzabgrenzung gewährleistet, dass sowohl die Europäische Union als auch die Mitgliedstaaten und ihre Regionen in der Lage sind, ihre jeweiligen Aufgaben bestmöglich wahrzunehmen und die Menschen dies nachvollziehen können.

Auf europäischer Ebene kann ein gemeinsames Prüfraster für die Subsidiarität und ein unabhängiger Europäischer Normenkontrollrat nach Vorbild des Nationalen Normenkontrollrates erheblich Bürokratie und Kosten abbauen. Dabei muss zusätzlicher Aufwand neuer Regeln für die Wirtschaft mindestens im selben Umfang an anderer Stelle reduziert werden. Bei EU-Richtlinien achten wir, wo immer möglich, auf eine 1:1-Umsetzung für weniger Bürokratie.

Gemeinsame Antwort auf die Fragen:

3. Wie gelingt ein Leben in Sicherheit?

3.1. Wie stehen für uns Freiheit und Sicherheit zueinander?

3.7. Wie stärken wir die äußere Sicherheit Deutschlands und die gemeinsame Sicherheit in Europa?

3.9. Mit welchen Partnern und in welchen Bündnissen wollen wir gemeinsam zu mehr Sicherheit in Europa und der Welt beitragen?

3.10. Welche Verantwortung haben wir für die Sicherheit außerhalb Europas?

3.11. Wie tragen wir zu einer Entwicklung bei, die für mehr Menschen bessere Lebens- und Bleibeperspektiven in Afrika schafft?

Für Freiheit und Sicherheit zu sorgen, ist Aufgabe des Staates. In der Rechtsstaatlichkeit verbinden sie sich. Offene Binnengrenzen, Schutz der Außengrenzen, technologischer Fortschritt, kommunikative Vernetzung: Die Gesellschaft ist sehr offen und zugleich sehr eng miteinander verflochten. Damit ist ein großer Gewinn an individueller Freiheit verbunden, die aber auch große Angriffsfläche bietet.

Sicherheit im 21. Jahrhundert verlangt (1.) Multilateralismus, um als Europäische Union Territorium und offene Gesellschaft schützen, Ressourcen effektiv einsetzen und Innovations- und Produktivkräfte entfalten zu können, sowie (2.) eine regel- und wertebasierte internationale Ordnung, um durch die Stärke des Rechts dauerhaft global Frieden und Stabilität zu schaffen.

Die Europäische Union ist Friedensmacht. Nur gemeinsam können wir die globale Ordnung mitgestalten. Nur gemeinsam können wir eine (vernetzte) Sicherheits- und Verteidigungspolitik ermöglichen. Die EU-Handels-, die Nachbarschafts- und die Erweiterungspolitik stehen exemplarisch hierfür. Sie bringen wesentliche Sicherheitsgewinne ebenso wie ein wirksamer europäischer Außengrenzschutz, die europäische Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik und die gemeinsame Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung.

Europa wird sich nur dann als ernstzunehmender Akteur in der internationalen Politik etablieren können, wenn es gelingt, eine eigenständige Handlungsfähigkeit in Fragen der

Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Im Verbund verfügen die Mitgliedstaaten über ein großes Maß an sicherheits- und verteidigungspolitischem Potenzial, das es effizienter zu nutzen gilt. Deutschlands Sicherheit ist dabei untrennbar mit der Sicherheit Europas verknüpft.

Um Europas außenpolitische Handlungsfähigkeit zu stärken, brauchen wir den verstärkten Einsatz von Mehrheitsentscheidungen. Um diesen Prozess voranzutreiben, wollen wir zunächst in bestimmten außenpolitischen Bereichen die qualifizierte Mehrheitsentscheidung einführen. In weiteren Bereichen der Außenpolitik soll zunächst einer Gruppe von Mitgliedstaaten, die dies wünschen, ermöglicht werden, ihre außenpolitische Zusammenarbeit nach dem Vorbild von PESCO, einschließlich qualifizierter Mehrheitsentscheidungen, auszubauen.

Um auf internationale Krisen oder Konflikte vorbereitet zu sein, ist eine schnellere Reaktionsfähigkeit der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik notwendig. Mit der Einrichtung eines Europäischen Sicherheitsrats können die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Zudem kann so Großbritannien nach dem Brexit außen- und sicherheitspolitisch eingebunden werden.

Für Deutschland bilden UN, NATO, EU, und OSZE den primären Handlungsrahmen. Unsere Sicherheit ist untrennbar mit unseren Verbündeten in NATO und EU verbunden. Für die Sicherheit Europas ist das transatlantische Bündnis mit den USA und Kanada unverzichtbar. Der Ausbau der europäischen Verteidigung bedeutet zugleich immer auch eine Verstärkung des europäischen Pfeilers der NATO.

Wirtschaftlich zählt die EU zu den drei stärksten Akteuren der Welt (G3). Dies bringt hohe globale Verantwortung. Unser Wertesystem gibt uns auf, den Frieden zu fördern, die Ursachen von Konflikten und Armut zu bekämpfen, Wohlstand zu teilen und für die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten. Die Förderung von Krisenprävention, Konfliktbewältigung, humanitären Prinzipien des Völkerrechts, politischer Teilhabe, Chancengleichheit, guter ziviler, polizeilicher und militärischer Ordnung, Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung von Korruption, eine restriktive Rüstungsexportpolitik und Investitionen in Bildung tragen zu Frieden und Sicherheit bei.

Die EU muss zu einer wirklichen Europäischen Verteidigungsunion werden. Langfristig streben wir dafür die Schaffung einer europäischen Armee an; mittelfristig ist ein Ausbau des Verbunds europäischer Streitkräfte, die u.a. gemeinsam Fähigkeiten planen sowie für gemeinsame Operationen trainieren und diese durchführen, sinnvoll.

Die Rüstungskooperation muss innerhalb der EU zu verstärkt werden. Zu diesem Zweck sind auch bilaterale und multinationale Projekte denkbar. Zudem sind die Investitionen in die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen. Mittel- bis langfristig ist darüber hinaus eine Harmonisierung der nationalen Rüstungsexportpolitiken notwendig.

In einer umfassenden Reformpartnerschaft mit Afrika ist Offenheit für die Vorstellungen der afrikanischen Partner in ihrer Vielfalt und Eigenständigkeit wesentlich.

Gemeinsame Antwort auf die Fragen:

4. Wie gestalten wir ein wirtschaftlich erfolgreiches und sozial sicheres Leben?

4.1. Worin bestehen für uns heute und in Zukunft wirtschaftlicher Erfolg, Wachstum, Wohlstand und gutes Leben?

4.10. Wie stellen wir auch künftig solide Finanzen sicher?

Globalisierung und Digitalisierung tragen zu Wohlstand und Freiheit bei. Zugleich kann der beschleunigte Wandel von Teilen der Gesellschaft als bedrohliche Entfremdung und Entgrenzung empfunden werden. Alle sollen profitieren und teilhaben können. Es bedarf der Sozialen Marktwirtschaft, um Wettbewerb, sozialen Ausgleich sowie Freiheit und eine nachhaltige Lebensweise in eine vernünftige und gerechte Balance zu bringen.

Nachhaltiges Wachstum auf Basis von erfolgreicher Forschung und Innovation ist notwendig, um bessere – und ressourcensparende – Produkte und Dienstleistungen hervorzubringen.

Zur Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit gehören neben ökologischen Anstrengungen vor allem auch solide Staatsfinanzen sowie die Vermeidung von Negativzinsen. Die Einhaltung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts ist essenziell, um verlässlich und vertrauensvoll mit unseren europäischen Partnern zusammenzuarbeiten. Wir unterstützen die Maßnahmen zur Vollendung der Banken- und der Kapitalmarktunion. Dabei müssen die Reduktion der Risiken durch Überschuldung und Staatsfinanzierung sowie eine angemessene, transparente Bewertung aller Staatsanleihen an erster Stelle stehen. Erst im Anschluss können weitere Schritte auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung gemacht werden.

Gemeinsame Antwort auf die Fragen:

4.11. Wie stärken wir faire Handelsbeziehungen mit unseren Partnern weltweit?

4.12. Wie festigen wir die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas?

6. Wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der Menschen?

6.12. Wie entwickeln wir einen internationalen und europäischen Rechtsrahmen sowie einheitliche Standards für die digitale Welt weiter?

Europa braucht zukunftsweisende Maßnahmen und Investitionen in den Bereichen Bildung, Forschung, Digitalisierung, Infrastruktur und Innovation, um seine Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Dynamik zu steigern. Begleitend muss gezielt in Schlüsseltechnologien investiert werden. Hierzu muss auch ausreichend Risikokapital zur Verfügung gestellt werden.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Hier gilt es, EU-weit entsprechende Rahmenbedingungen zu fördern, damit KMU erfolgreich arbeiten können.

Um das Entstehen europäischer Weltmarktführer voranzubringen, muss das EU-Wettbewerbsrecht reformiert werden. Speziell für digitale Dienste muss es Haftungs- und Sicherheitsvorschriften sowie eine Digitalsteuer zur fairen Besteuerung großer internationaler Konzerne geben. Der soziale Dialog, die Sozialpartnerschaft und die tarifvertragliche Lohngestaltung sind dabei ein schützenswerter und zu fördernder Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft.

Entscheidende Grundlage der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums ist der multilaterale Freihandel nach den verbindlichen Spielregeln der Welthandelsorganisation (WTO), die für alle Wirtschaftsteilnehmer gelten. Protektionismus lehnen wir ab. Insbesondere im Bereich der Handelspolitik verfügt die Europäische Union bereits heute über ein umfangreiches Instrumentarium und ein hohes Maß an Durchsetzungskraft. Hier muss die EU auch weiterhin mit Gleichgesinnten für eine regel- und wertebasierte internationale Ordnung sowie für das Prinzip des Multilateralismus eintreten. Zugleich gilt es, weltweit für die Verankerung unserer hohen europäischen Standards in Bereichen wie dem Umwelt-, Arbeits-, Klima- und Verbraucherschutz sowie die Wahrung der Menschenrechte einzutreten. Angesichts sich abzeichnender Interessenkonflikte wird es künftig noch stärker als bisher darauf ankommen, auch weiterhin mit einer Stimme zu sprechen. Andernfalls riskiert die EU, als handelspolitischer Akteur neutralisiert zu werden.

Damit die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell bewahrt werden kann, müssen vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen auf eine solide finanzielle Basis aufbauen können. Dafür benötigt die Europäische Union einen gestärkten Finanzmarkt. Zudem müssen im digitalen Binnenmarkt Cybersicherheit gewährleistet, geistiges Eigentum geschützt und ausländische Direktinvestitionen frei von Sicherheitsrisiken sein. Einen Ausverkauf strategischer Infrastruktur und zentraler Zukunftstechnologie darf es nicht geben. Das von der EU eingeführte Screening für Direktinvestitionen aus Drittstaaten befürworten wir.

Gemeinsame Antwort auf die Fragen:

9. Was sind unsere Werte, die Deutschland prägen und wie leben wir sie?

9.8. Welche Werte leiten uns bei der Ordnung und Steuerung von Zuwanderung und Migration?

9.11. Welche Werte verbinden und prägen uns in Europa?

10. Wie bewahren wir die Natur als Lebensgrundlage der Menschheit?

10.9. Wie gelingt die gemeinsame europäische und internationale Gestaltung von Umwelt- und Klimaschutz?

12. Wie arbeiten wir erfolgreich in Europa und mit internationalen Partnern zusammen?

12.2. Wie setzen wir die Erfolgsgeschichte der Europäischen Idee fort?

Die Europäische Integration steht seit dem Ende des zweiten Weltkrieges für Frieden, Wohlstand, Freiheit und Einheit. Die Europäische Union kann heute aber nicht mehr nur mit Blick auf die Vergangenheit, auf Krieg und Nachkriegszeit, begründet werden. Wir werden heute konfrontiert mit einer Politik der rücksichtslosen Selbstbehauptung, die die multilaterale Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit in Frage stellt und Handelskonflikte heraufbeschwört. Der Klimawandel, die Digitalisierung, bewaffnete Konflikte in unserer Nachbarschaft und internationaler Terrorismus stellen uns vor große Herausforderungen. Kein Mitgliedstaat der Europäischen Union kann solche Herausforderungen allein bewältigen. Dies kann uns nur gemeinsam in der Europäischen Union unter Besinnung auf unser Leitbild einer freiheitlichen Grundordnung auf Basis christlicher Werte gelingen. Die Menschen erwarten Lösungen in drängenden politischen Fragen wie der Asyl- und Migrationspolitik, bei Sicherheit und Terrorbekämpfung, in der Außen- und Verteidigungspolitik, in Umwelt-, Klima- und Energiefragen. Besonders die tiefe deutsch-französische Freundschaft muss den Ausgangspunkt für neue Initiativen und Lösungen darstellen, die gemeinsam mit allen Mitgliedsländern auf Augenhöhe eruiert werden und zur Fortentwicklung der EU führen.

Um die Erfolgsgeschichte der europäischen Idee fortschreiben zu können, müssen wir die in zentralen Fragen bestehende Blockade der gemeinsamen Handlungsfähigkeit der EU auflösen. Dazu bekennen wir uns unabdingbar zur Europäischen Union als dem für uns größten Zivilisationsprojekt und verweisen stolz auf das bisher Erreichte.

Denn darauf gründen wir unsere neue, verbindende Vision von einem Europa, das mit der Zeit geht und sich weiterentwickelt. Unser Europa wird

- die Soziale Marktwirtschaft stärken und in der Wirtschaft den Markt, das Soziale und unsere Umwelt in Einklang bringen;
- zukunftsweisende Maßnahmen und Investitionen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation forcieren, damit unsere Gesellschaften und unser Wirtschaftsmodell langfristig erfolgreich sein werden. Der europäische Binnenmarkt soll insbesondere in den Bereichen Digitales, Energie, Dienstleistungen, Versicherungen und Kapital weiterentwickelt und damit gestärkt werden;
- die Technologien von morgen mitgestalten und so den Übergang in das digitale Zeitalter erfolgreich zu gestalten, an dem alle teilhaben und von dem alle profitieren können;
- mit dem Geld des europäischen Steuerzahlers verantwortungsvoll umgehen und mit Rücksicht auf die kommenden Generationen nachhaltig wirtschaften. Der EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt wird eingehalten, denn er ist zentraler Baustein der EU-Wirtschafts- und Währungsunion, und die Basis für verlässliche Zusammenarbeit;
- die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Justiz in der Europäischen Union stärken und dafür sorgen, dass Europa seinen Grundwerten treu bleibt;

- den Multilateralismus und die regelbasierte internationale Ordnung stärken. Die Rolle der Welthandelsorganisation muss dafür wieder gefestigt werden;
- weltweit eine verantwortungsvolle Rolle übernehmen. Dazu verfolgt die EU den Ansatz der vernetzten Sicherheitspolitik: sie baut ihre diplomatischen Fähigkeiten aus, stärkt die Entwicklungszusammenarbeit und entwickelt die Europäische Verteidigungsunion fort;
- den Schutz unseres Ökosystems und damit den Kampf gegen Umweltzerstörung und Klimawandel zur politischen Richtschnur machen. Ein nachhaltiges, langfristig klimaneutrales und gesundes Leben bei ressourcenschonendem Wachstum sind grundlegend für die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit. Wir Europäer müssen globaler Vorreiter, Ideengeber, Unterstützer und Wächter beim Schutz des Lebens und der Umwelt auf unserem Planeten sein. Europa soll konsequent eine ehrgeizige Klimastrategie für Klimaneutralität verfolgen sowie dem drohenden Verlust der Artenvielfalt entgegenwirken;
- vor krimineller und terroristischer Bedrohung schützen, über starke Außengrenzen verfügen und entsprechend der eigenen Möglichkeiten und hoher ethischer Ansprüche mit Drittstaaten kooperieren;
- für eine gemeinsame, gerechte und menschliche Migrations- und Asylpolitik sorgen. Hierfür bedarf es der Solidarität und des Zusammenhalts aller Mitgliedsländer der Europäischen Union sowie der Bekämpfung illegaler Einwanderung durch entschiedenes Vorgehen gegen das Schlepperwesen, einen starken und wirksamen Außengrenzschutz sowie einer konsequenten Rückführungspolitik;
- Chancengleichheit für alle verwirklichen, damit jeder Einzelne sein ganzes Potenzial entfalten kann;
- die Transparenz und das gegenseitige Vertrauen innerhalb Europas durch eine unabhängige Einrichtung für Ethikfragen für alle EU-Institutionen stärken;
- die europäische Demokratie durch das Spitzenkandidatenprinzip und mehr Bürgerbeteiligung stärken und dem Europäischen Parlament die Gesetzesinitiative zu geben; nationale Parlamente sollen zudem verbesserte Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gesetzesberatung erhalten;
- die Gestaltungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten, Länder und Kommunen durch eine verbesserte Subsidiaritätsprüfung, durch Verlängerung der Fristen, ein gemeinsames Prüfraster sowie effizientere Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente gewährleisten.

12. Wie arbeiten wir erfolgreich in Europa und mit internationalen Partnern zusammen?

12.3. Mit welchen Zielen entwickeln wir die Europäische Union weiter?

Die Europäische Union ist das größte politische Erfolgsprojekt des 20. Jahrhunderts. Sie hat den Menschen in ihren Mitgliedstaaten Frieden, Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Diese Ziele gelten im 21. Jahrhundert unverändert fort. Die Europäische Union muss aber neue Herausforderungen bewältigen, um diese Ziele auch in

Zukunft zu erreichen. Globalisierung, Klimawandel, Digitalisierung, demografischer Wandel, weltweite Migrationsbewegungen und eine veränderte internationale Sicherheitslage sind nur einige der Beispiele für diese Herausforderungen.

Strukturen modernisieren

Wir wollen die über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen der Europäischen Union modernisieren. Entscheidungen müssen schneller, transparenter, effizienter und effektiver getroffen werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass Aufgaben und Kompetenzen in der Europäischen Union klarer verteilt und Entscheidungswege effizienter und effektiver werden. Das bedeutet auch, dass mehr Entscheidungen durch Mehrheiten getroffen werden sollten. Zugleich betonen wir die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, die durch ein für alle europäischen Akteure verbindliches Prüfraster, das ein gemeinsames Verständnis der Subsidiarität gewährleistet, konkret anwendbar gemacht werden müssen.

Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft

Die Europäische Union muss für Stabilität und Wachstum sorgen und dabei Wettbewerb und sozialen Ausgleich sowie Freiheit und eine nachhaltige Lebensweise in eine vernünftige und gerechte Balance bringen. Bei der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion gilt es, den europäischen Binnenmarkt in den Bereichen Digitales, Energie, Dienstleistungen, Versicherungen und Kapital fortzuentwickeln. Wir müssen die kleinen und mittelständischen Unternehmen fördern, den Markt für Wachstumsfinanzierung für die innovativen Unternehmen der Zukunft weiter ausbauen und die Kapitalmarktunion vollenden. Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts dürfen nicht aufgeweicht werden. Zudem muss das Prinzip, das Risiko und Verantwortung in einer Hand liegen, gewahrt bleiben.

Potenziale des Binnenmarkts nutzen

Nano- und Biotechnologie, neue Werkstoffe und Leichtbautechnologien, Quanten-Computing, Digitalisierung, Anwendungen künstlicher Intelligenz, Plattformökonomie – nur, wenn Europa über die neuen Verfahren und Technologien verfügt und sie beherrscht, kann es seine Position im weltweiten Wettbewerb dauerhaft behaupten und dazu beitragen, dass alle profitieren und teilhaben können. Mit dem weltweit größten Binnenmarkt hat die EU wirtschaftlich, technologisch und bei den Standards die Chance, Vorreiter zu sein.

Unerlässlich ist, dass Europa sich auf Konzepte für die menschlichen und ethischen Aspekte der künstlichen Intelligenz verständigt. Der Einzelne hat gegenüber dem Markt und gegenüber staatlichen Interessen Vorrang. Das heißt, europäische Datensouveränität und Persönlichkeitsschutz entsprechend der europäischen Werte. Bei einer sich verändernden Wirtschaft ist die Sicherung der Arbeitnehmerrechte und -interessen unabdingbar. Es geht darum, neue, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Mit ihrem Potenzial für IT-Sicherheitsforschung und gemeinsamen Standards kann die Europäische Union höchste Cybersicherheit gewährleisten. Es gilt, sich gegen Angriffe auf die innere und äußere Sicherheit zu wappnen und in der digitalen Welt Meinungsfreiheit und das (geistige) Eigentum rechtsstaatlich abzusichern.

Vielfalt bewahren

Europa profitiert von der Vielfalt seiner Mitgliedstaaten und Regionen. Ein wichtiges Ziel der EU ist die Angleichung der Lebensverhältnisse. Wir wollen zugleich Europas Vielfalt bewahren und setzen uns daher für ein föderales Europa und die Eigenverantwortung der einzelnen Staaten ein. Eigenverantwortung und Solidargemeinschaft müssen sorgsam und immer wieder aufs Neue ausbalanciert werden.

Wir messen Heimat und der nationalen Zugehörigkeit der Menschen eine hohe Bedeutung bei. Vaterlandsliebe und europäisches Zugehörigkeitsgefühl gehören in unserem Europa zueinander. Daher wollen wir auch die Bildung einer europäischen Identität und eines europäischen Gemeinschaftsgefühls voranbringen. Dazu müssen wir die Begegnungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie den Austausch von Menschen in Europa stärken.

Europa zusammenführen

30 Jahre nach dem Mauerfall und 16 Jahre nach der Osterweiterung der Europäischen Union zeigt sich, dass die Sichtweisen auf eine Reihe von zentralen Themen zwischen Ost- und Westeuropa, Nord- und Südeuropa, unterschiedlich sind. Zum Teil sind diese verschiedenen Perspektiven auf unterschiedliche Erfahrungen in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen. Deutschland in der Mitte Europas kommt als Vermittler eine besondere Rolle zu. Wir setzen uns dafür ein, dass Gräben Schritt für Schritt überwunden und neue Brücken mit gemeinsamen Zielen gebaut werden.

Im zwischenstaatlichen Verhältnis gerade der EU-Partner gilt es, in der eigenen Interessensperspektive auch immer die Sicht der anderen einzubeziehen. Denn wir haben alle unterschiedliche Wesenszüge und Interessen, die stets gemeinsam miteinander abgewogen werden müssen.

Grundwerte schützen

Die Europäische Union ist eine in ihren Grundwerten tief verwurzelte Rechtsgemeinschaft. Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit ihrer Mitgliedstaaten schützen. Ein transparentes und unabhängiges Gremium, das alle Mitgliedstaaten gleichermaßen beurteilt, soll sicherstellen, dass die Unabhängigkeit der Justiz sowie die Medien- und Meinungsfreiheit gewährleistet werden. Der Zustand des Rechtsstaates in einem Mitgliedsstaat muss zudem ein Kriterium bei der Entscheidung über finanzielle Förderung im Rahmen des EU-Haushalts sein.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Die Europäische Union muss künftig verstärkt eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik entsprechend des Konzepts der Vernetzten Sicherheit betreiben, denn im globalen

Verhältnis mit Mächten wie China, Russland und den USA kann Europa seine Interessen nur gemeinsam erfolgreich vertreten. Die EU muss hierfür in immer mehr Bereichen der GASP Mehrheitsentscheidungen einführen. Zentrales Ziel der europäischen Sicherheitspolitik ist es, die gemeinsame Verteidigung effektiver und effizienter zu gestalten und die Einsatzfähigkeit zu verbessern. Dies geschieht ausdrücklich im Bekenntnis und in Ergänzung zur NATO. PESCO, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung, ist dazu ein erster Schritt. Wichtig ist zudem, zu einer gemeinsamen europäischen Rüstungsexportpolitik einschließlich Exportkontrolle zu kommen. Es gilt, europäische Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit in Übereinstimmung mit den NATO-Zielen zu steigern. Weitere Schritte können ein europäischer Sicherheitsrat oder eine europäische Eingreiftruppe sein. Wir wollen mittelfristig eine echte europäische Verteidigungsunion schaffen. Unsere langfristige Vision bleibt eine europäische Armee.

Klima schützen

Der Kampf gegen die Folgen des Klimawandels sowie die Begrenzung der Erderwärmung ist eine globale Aufgabe. Europa muss die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erreichen und im eigenen Interesse Vorreiter beim Klimaschutz werden. Bis 2050 wollen wir Europa klimaneutral machen und anderen als Beispiel für eine gelungene, den Wohlstand und Innovation fördernde und die Freiheit erhaltende Transformation dienen. Unsere Umwelt, unsere Naturschätze, unsere Meere und Ozeane müssen erhalten und geschützt werden. Artenvielfalt muss erhalten werden. Dazu müssen wir in Innovation und Forschung investieren, unsere Wertschöpfungsketten und unser Transport- und Verkehrswesen umgestalten und unsere Industrie- und Wirtschaftspolitik modernisieren. Erfolg haben wir dann, wenn nationale und europäische Klimapolitik sich ergänzen. Deshalb wollen wir den Abschied von fossiler Energie in Einklang mit dem bestehenden Emissionshandelssystem bringen und jenes auf andere Bereiche ausweiten. Es ist in unserem europäischen Interesse, die weltweite Führungsrolle bei Einsatz und Produktion sauberer, klimaneutraler und ressourcenschonender Technologien einzunehmen sowie eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu etablieren und so qualitatives Wachstum zu schaffen.

Kritische Infrastruktur und Schlüsseltechnologien mithilfe europäischer Industriestrategie schützen:

Mithilfe einer modernen europäischen Industriestrategie wollen wir den Schutz kritischer Infrastrukturen, den Erhalt von Kompetenzen im Bereich von Schlüsseltechnologien sowie Europas Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft sicherstellen. Europa muss auch künftig der Ort sein, an dem Innovationen und Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu zählt auch, europäische Unternehmen dauerhaft in die Lage zu versetzen, ein sicheres und hochmodernes 5G-Netz aufzubauen. Zudem müssen wir europaweit einheitliche Standards für die 5G-Zertifizierung etablieren.

Sichere Versorgung mit Arzneimitteln durch Anpassung des europäischen Vergaberechts gewährleisten:

Wir setzen uns für eine Überarbeitung des europäischen Vergaberechts ein. So sollen neben dem Preis der Produktionsstandort als auch die Lieferfähigkeit mit in die Entscheidung einfließen, wer den Zuschlag für einen Rabattvertrag für Arzneimittel erhält.

Europäische Kräfte im Kampf gegen den Krebs bündeln

Wir wollen unsere Anstrengungen im Kampf gegen den Krebs auf europäischer Ebene bündeln. Dazu zählt u.a., Ressourcen für Wissenschaft und Forschung in diesem Bereich zusammenzubringen und das große Potenzial von Big Data in der Medizin auszuschöpfen. In einem ersten Schritt werden wir die Harmonisierung der Krebsregister in Europa vorantreiben. Um die bestehende Datenfülle effektiv für Forschung und Therapie nutzen zu können, benötigen wir ein einheitliches Krebs-Informationssystem in Europa. Hierzu müssen wir in einem ersten Schritt die Interoperabilität der verschiedenen europäischen Krebsregister herstellen. Wir brauchen gesetzliche Rahmenbedingungen, die die Pharmaindustrien dazu motivieren, wirkliche Innovationen auf den Markt zu bringen, die substantielle Fortschritte in der Therapie leisten.

Europäische Migrationspolitik

Globale Migrationsbewegungen sind eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Europa wird auch künftig eines der bevorzugten Ziele von Migranten sein. Angesichts unserer historischen Erfahrungen in Deutschland und im Bekenntnis zu den europäischen Grundwerten setzen wir uns dafür ein, dass Europa auch in Zukunft Menschen Zuflucht gewährt, die in ihrer Heimat von Tod oder Verfolgung bedroht sind. Zugleich dürfen wir die Aufnahmefähigkeit der Mitgliedstaaten und ihrer Gesellschaften nicht überfordern. Deshalb wollen wir eine gemeinsame europäische Migrationspolitik mit folgenden Zielen:

- Schutz der Außengrenzen
- Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern
- Aufnahme und Integration von Menschen mit Bleibeperspektive
- kontrollierte Migration in einem Umfang, der die Gesellschaft in den Mitgliedstaaten nicht überlastet
- schnellerer Aufbau der ständigen Reserve von 10 000 Frontex-Grenzschutzbeamten, die bis spätestens 2024 einsatzbereit sein müssen

Erweiterung der Europäischen Union

Alle europäischen Länder dürfen einen EU-Beitrittsantrag stellen. Mit allen europäischen Ländern, die alle politischen Beitrittskriterien von Kopenhagen erfüllen, können Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Allen Ländern des Westlichen Balkans hat der Europäische Rat im Jahr 2003 eine Beitrittsperspektive versprochen. Deshalb müssen Verhandlungen mit Beitrittskandidaten zeitnah und zielgerichtet geführt werden. Das gilt insbesondere für Nordmazedonien und Albanien. Für den Vollzug des EU-Beitritts müssen

die EU-Beitrittskandidaten die politischen und wirtschaftlichen Kopenhagener Beitrittskriterien nachhaltig erfüllen und die EU aufnahmefähig sein.

Europäische Verbrechensbekämpfung

Die immer sichtbarer werdenden Defizite bei der grenzüberschreitenden Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung müssen behoben werden. Innere Sicherheit muss im Schengenraum unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips verstärkt als europäische Aufgabe verstanden werden. Insoweit brauchen wir eine Stärkung der europäischen Behörden und eine Pflicht, sicherheitsrelevante Informationen zu teilen. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir Bemühungen, u.a. die bessere Interoperabilität der Polizei-, Grenzschutz- und Migrationsbehörden herzustellen. Zudem wollen wir die europäische Staatsanwaltschaft und Eurojust stärken. Allerdings stehen wir kritisch zu einer Ausweitung der Kompetenzen der Europäischen Staatsanwaltschaft - beispielsweise auf Terrorismus. Auf dieser Basis sind europäische Strategien zu entwickeln, die in enger Zusammenarbeit mit den mitgliedstaatlichen Behörden umgesetzt werden.

Eine Europäische Union der Jugend

Wir setzen uns dafür ein, dass die Jugend Europas die Vorteile der Europäischen Union unmittelbar erleben kann. Grundlage hierfür ist, Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, ihren Alltag in der Europäischen Union über Grenzen und Sprachbarrieren hinweg zu gestalten und Freundschaften zu schließen. So können die jungen Menschen leichter Europa und seinen Mehrwert entdecken. Hierfür wollen wir weiterhin vielfältige Bildungsmöglichkeiten für alle, das Erlernen von Fremdsprachen, praktische Umsetzung des europäischen Bildungsraumes, die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen und die Mobilität von Schülern, Auszubildenden und Studierenden durch das Erasmus+ Programm fördern.

So stärken wir nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Jugend, sondern tragen auch zu Toleranz, Verständnis für den anderen und mehr Miteinander bei.

12.4. Welche Balance zwischen gemeinschaftlichem und zwischenstaatlichem Handeln sowie nationaler Eigenständigkeit streben wir für die Europäische Union an?

Entscheidungen auf EU-Ebene sind Beschlüssen zwischen zwei oder mehreren Mitgliedsstaaten vorzuziehen (Gemeinschaftsmethode).

Die Gemeinschaftsmethode ist als Arbeitsweise der Europäischen Union am besten geeignet. Nur sie sichert die notwendige Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit, demokratische Legitimation und Transparenz. Sie gewährleistet rechtliche Überprüfbarkeit durch eine Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat, die Gleichberechtigung von Europäischem Parlament und Rat als Mitgesetzgeber und die unabhängige Rechtsprechung durch den Europäischen Gerichtshof. Sie verhindert zudem eine Zersplitterung der der EU und die Entwicklung konkurrierender Institutionen.

Zwischenstaatliche Lösungen sind die absolute Ultima Ratio und sollten strengen Bedingungen unterliegen. Dazu zählen insbesondere die Einhaltung des Unionsrechts, das

Ziel einer Vertiefung der europäischen Integration und das Offenhalten der Teilnahme für Mitgliedstaaten, die nicht von Anfang an teilnehmen wollen oder können. Neue Institutionen außerhalb des Unionsrahmens lehnen wir daher in der Regel ab. Anstelle zwischenstaatlicher Lösungen sollten möglichst immer Unionsverfahren angewendet werden. Das gilt auch für Bereiche, in denen nicht alle Mitgliedstaaten die Voraussetzungen zur Teilnahme erfüllen, damit die Union ihre Aufgaben innerhalb eines einheitlichen institutionellen Rahmens wahrnimmt.

Die Organe der Europäischen Union, die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, der Europäische Rat, der Rat der Europäischen Union, der Europäische Rechnungshof, die europäische Zentralbank und der Europäische Gerichtshof sichern ein transparentes, effizientes und demokratisches Funktionieren der Europäischen Union. Die Rolle der Europäischen Kommission muss gestärkt werden, damit sie ihrer Funktion als treibende Kraft im Räderwerk der EU-Institutionen in vollem Umfang und wirksam gerecht werden kann. Das Europäische Parlament muss selbst Gesetze auf den Weg bringen können.

Die EU soll sich in ihrem Handeln gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf die grenzüberschreitenden Aufgaben, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert mit sich bringen, konzentrieren und entsprechende Prioritäten setzen. Mit Blick auf die definierten Prioritäten muss die EU effizienter handeln können. Wenn mitgliedstaatliche Behörden insoweit überfordert sind und dadurch europäische Ziele und Interessen gefährdet werden, kommt den europäischen Institutionen und Behörden eine zentrale Verantwortung zu. Geht es zum Beispiel um ein europäisches Gut wie die Sicherung der gemeinsamen Außengrenzen, müssen sie in die Lage versetzt werden, die Mitgliedstaaten durch technische, personelle und finanzielle Hilfe zu unterstützen und im Notfall auch Aufgaben zu übernehmen.

Die EU soll an Flexibilität und Dynamik gewinnen, indem Mitgliedstaaten, die zu weiteren Reform- und Integrationsschritten willens und fähig sind, als eine Koalition der Willigen die bestehenden Vertragsinstrumente für eine verstärkte Zusammenarbeit stärker nutzen. Mehr Flexibilität im Sinne der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit erwarten wir auch von der Möglichkeit der Verwendung von Gesetzesinstrumenten wie die zeitliche Begrenzung von Regelungen („Sunset-Clause“) oder die Begrenzung der Regelung auf Mindeststandards. Diese Pioniergruppen müssen allen Mitgliedstaaten der EU auch später offenstehen, die willens und fähig sind, deren ambitionierteren Ziele zu verwirklichen.

7. Wie unterstützen wir jeden Einzelnen und die Familien in allen Lebensabschnitten?

7.1. Wie gelingt es uns, auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes die Bedürfnisse der Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen zu berücksichtigen?

Als Christdemokraten nehmen wir die Verschiedenheit der Menschen als Teil der Schöpfung an. Wir respektieren die von ihnen gewählten vielfältigen Formen des Zusammenlebens als Ausdruck freier Entscheidung und eines selbstbestimmten Lebens in Verantwortung für sich und andere.

Als christliche Volkspartei hören wir allen Gruppen genau zu. Es ist uns wichtig, verschiedene Bedürfnisse und Anliegen unterschiedlicher Lebensphasen und Lebenslagen zu verstehen. Wir wollen Schwierigkeiten des Zusammenlebens lösen, Menschen in Notsituationen unterstützen, gute Rahmenbedingungen für die individuelle Lebensgestaltung schaffen und möglichst niemanden zurücklassen. Wir wollen dazu beitragen, dass sich im Lebenslauf soziale Ungleichheiten nicht vervielfachen.

Wir vermitteln zwischen den Generationen, zwischen unterschiedlichen Lebensformen und zwischen Stadt und Land, und wir verteidigen die Werte unseres Zusammenlebens, die Prinzipien von Freiheit und Verantwortung, Demokratie und Respekt.

Wir setzen uns gegen Ausgrenzung und Abschottung ein. Wir begrüßen Zuwanderer, die sich in unsere Gesellschaft integrieren, und führen möglichst alle Menschen, die bei uns leben, auf der Grundlage der Werteordnung unserer Verfassung zusammen.

Wir ringen im fairen Dialog um bestmögliche Lösungen und beziehen Betroffene in Entscheidungen ein. Wir geben besonders denen eine Stimme, die erschöpft sind und Unterstützung brauchen.

Wir schützen die Schwachen und Unerfahrenen und wollen jeden befähigen, sich nach den jeweils eigenen Fähigkeiten zu entwickeln. Gleichmacherei und Fürsorgeabhängigkeit lehnen wir ab.

Subsidiarität ist uns besonders wichtig: Wir wollen, dass die Menschen vor Ort so viel wie möglich selbst regeln und entscheiden. Das schafft nicht nur die regionale Vielfalt, um die uns viele beneiden, es bildet auch die Grundlage für den Ausgleich innerhalb unserer Gesellschaft und schafft Akzeptanz für die Regeln, die wir für alle gleichermaßen vereinbaren.

Die Maxime unserer Familienpolitik ist der Gedanke der Wahlfreiheit. Es ist nicht Aufgabe des Staats, Familien zu sagen, wie sie leben sollen. Es ist vielmehr Aufgabe des Staats, die Voraussetzungen zu schaffen, dass sie so leben können, wie sie es wollen.

- Wir schaffen ein Klima, in dem Familien in allen ihren Ausprägungen begrüßt, Kinder und Jugendliche ernstgenommen und Eltern anerkannt werden. Wir betrachten und fördern Familien in ihrer Gesamtheit, Familienpolitik ist mehr als Politik für Kinder. Eine bedarfsgerechte Grundversorgung für Familien soll es überall im Land geben. Mit einer Familienkarte für jede Familie sollen bestimmte familienfreundliche Leistungen und Vergünstigungen einfach abrufbar werden.
- Wir nehmen alle Familien in den Blick, auch solche mit zusätzlichen Herausforderungen Wir kümmern uns um Kinderreiche Familien; Familien, in denen Eltern ihre Kinder allein oder getrennt erziehen; Familien während und nach einer Trennung der Eltern; Familien mit besonders pflegebedürftigen Mitgliedern; Familien mit chronisch bzw. psychisch kranken Mitgliedern; Familien nach dem Tod eines Kindes oder Elternteils; Familien mit unerfülltem Kinderwunsch; Regenbogenfamilien; Familien mit Mitgliedern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung; Familien mit Fluchterfahrungen und sprachlich-kulturellen Integrationsbarrieren.
- Wir entwickeln eine Strategie, um Einsamkeit zu bekämpfen und Vereinsamung vorzubeugen. Dafür erarbeiten wir gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden ein Angebot sorgender Gemeinschaften, das Einsamkeit in einem Mix aus hauptamtlichem und nachbarschaftlichem Engagement vorbeugt. Dazu richten wir die Stelle eines Beauftragten für Einsamkeitsprävention ein. (s. Kap. 7.10 und 8.9)
- Wir fördern das Miteinander in der Gesellschaft und bekämpfen Diskriminierung und Ausgrenzung sowie Rassismus, Antisemitismus und Hass.
- Wir starten eine Vertrauensoffensive für Demokratie und Freiheit, z.B. durch altersgerechte Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen.

7.2. Welchen Stellenwert haben Ehe und Familie für unsere Gesellschaft?

Für uns Christdemokraten ist Familie überall dort, wo Menschen miteinander dauerhaft verbunden oder verwandt sind und verbindlich – auch über Generationen hinweg - Verantwortung füreinander übernehmen. Familie ist mehr als die Summe von Mutter, Vater und Kindern. Sie ist die Basis des Zusammenhalts, der wichtigste Stabilisierungsfaktor unserer Gesellschaft, unabhängig vom kulturellen Hintergrund.

Familie ist für die Gesellschaft von unschätzbarem Wert. In ihr erfahren Menschen in der Regel Liebe und tragfähigen Zusammenhalt und erlernen Werte, die konstitutiv sind für unser Zusammenleben, darunter Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme, Verbindlichkeit, Toleranz und Geduld. Familie ist die erste Schule für Gemeinschaft und Verantwortung, zugleich Heimat und Zuflucht, manchmal ein Leben lang.

Genauso sind Familien die Werkstätten unserer Zukunft: Hier wachsen junge Menschen heran, die das Morgen gestalten werden, durch sie entsteht auch bei den Älteren stets neues Interesse an der Zukunft und eine Grundorientierung über die eigenen Anliegen hinaus. Und sie sind Bollwerke der Freiheit: In ihrer Vielfalt setzen sie staatlichem Einfluss Grenzen, die für die plurale Gesellschaft unverzichtbar sind.

Als CDU fördern wir den Zusammenhalt von Familien durch möglichst gute Rahmenbedingungen für familiäre Fürsorge und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Indem wir das Zusammenwirken der Angehörigen erleichtern, beugen wir zugleich der Vereinsamung alleinstehender Familienmitglieder vor.

Die Ehe ist die dauerhafteste und stärkste Form der Verbindung zweier nicht verwandter Menschen. Sie ist Lebens-, Verantwortungs- und Wirtschaftsgemeinschaft mit einem an partnerschaftlicher Aufgabenteilung orientierten gesetzlichen Rahmen. Sie ist auch der verlässlichste Rahmen für das Aufwachsen von Kindern. Deshalb ermutigen wir Menschen, sich für die Ehe zu entscheiden. Wir halten am Konzept der gemeinsamen Besteuerung von Ehepartnern mit Nachteilsausgleich durch das Ehegattensplitting fest. Wir wissen auch, dass Treue und verbindliches Zusammenleben nicht an den Trauschein gebunden sind, und respektieren alle Formen verlässlichen Zusammenlebens und familiärer Solidarität.

Das Leben von Paaren, von Eltern mit Kindern und von Kindern mit Eltern ist im Lebenslauf sehr unterschiedlichen Anforderungen ausgesetzt. Es gelingt am ehesten, wenn die Familien eigenverantwortlich für ihre Mitglieder sorgen können. Wir unterstützen sie in dieser Eigenständigkeit und erkennen die Vielfalt ihrer Lebenskonzepte an.

- Unsere Antwort auf Modelle der „Kindergrundsicherung“ von Rot und Grün: Wir holen Eltern und Kinder gemeinsam, nicht nur die Kinder, aus der Armutsgefährdung! Dazu knüpfen wir familienunterstützende finanzielle Leistungen an Erwerbstätigkeit mindestens eines Elternteils (Kinderzuschlag etc.) und gewähren Familienleistungen unbürokratisch aus einer Hand. (s. 7.3)
- Wir unterstützen Familien entsprechend ihren spezifischen Ausprägungen der Sorgearbeit und damit verbundenen Herausforderungen (s. 7.1.) Dabei behalten wir immer Eigeninitiative und Hilfe zur Selbsthilfe im Blick.
- Wir halten am Ehegattensplitting fest, auch für Kinderlose, und nehmen damit steuerrechtlich die Wirtschafts- und Verantwortungsgemeinschaft der Ehe ernst.
- Wir prüfen eine Reform des Ehegüterrechts, um das partnerschaftliche Verständnis gemeinsamen Wirtschaftens in der Ehe zu stärken. Die Errungenschaftsgemeinschaft (während der Ehe Erworbenes ist gemeinsames Gut) sollte neben/vor der Zugewinnngemeinschaft (Gütertrennung mit nahehelichem Vermögensausgleich) gesetzlicher Güterstand werden können.
- Wir prüfen das Modell der Zivilpartnerschaft/Vertragspartnerschaft: Können wir Paaren, die keine Ehe eingehen wollen, oder nahen Verwandten eine rechtsverbindliche Form des Zusammenlebens mit Rechten und Pflichten ermöglichen, so dass sie Sicherheit und Anerkennung erhalten und wiederum ihrerseits stabilisierend auf die Gesellschaft wirken.
- Familie ist heute häufig ein ‘living-apart-together’. Familienangehörige leben zeitweise oder dauerhaft an verschiedenen Orten. Moderne Kommunikationssysteme können helfen, Nähe trotz Distanz herzustellen. Wir

fördern moderne Formen von Mobilität – etwa den getakteten Nahverkehr oder Taxibusse im ländlichen Raum – und Kommunikation mit Bildübertragung in Echtzeit.

7.3. Wie schaffen wir gute Rahmenbedingungen, damit Familien ihren Beruf, die Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen erfolgreich unter einen Hut bringen können?

Familien als Fundament unserer Gesellschaft sollen Bedingungen vorfinden, die ihnen eine bestmögliche Entfaltung erlauben. Dabei setzen wir nicht auf staatliche Kompletversorgung und Bevormundung, sondern auf Befähigung, Selbstorganisation und Wahlfreiheit.

Wir unterstützen Familien entsprechend ihren spezifischen Ausprägungen der Sorgearbeit – kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Geschiedene, Familien mit chronisch kranken oder pflegebedürftigen Mitgliedern u.v.m.

Wir verstehen die Familie als Lebens- und Wirtschaftseinheit, in der – im Regelfall aufbauend auf dem Zwei-Verdiener-Modell – partnerschaftlich Erwerbsarbeit und Sorgearbeit geregelt werden. Alleinerziehende und kinderreiche Familien brauchen spezifische Unterstützung bzw. Entlastung. Der generative Beitrag der Familie muss steuerlich wie in den Sozialversicherungen stärker als bisher gewürdigt werden.

Wir wollen Familien größere zeitliche Spielräume geben, damit sie Familie und Beruf nach ihren Bedürfnissen in Einklang bringen können. Arbeitgeber sollen verlässliche Instrumente für flexible Arbeitszeiten erhalten, Selbstständige in die Familienförderung einbezogen werden sowie Väter und Mütter gleiche berufliche Entwicklungsmöglichkeiten haben.

Der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur darf nicht allein der Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit der Eltern dienen, er muss hohen Qualitätsanforderungen genügen, damit die Kinder optimale Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. (s. 7.6)

- Als Sofortmaßnahme soll die Steuerklasse IV mit Faktorverfahren die Standardklasse bei Verheirateten sein, da hierdurch die Netto-Einkommen der Eheleute mit etwa dem gleichen Steuersatz berechnet werden.
- Wir wollen Familienleistungen stärker nach der Kinderzahl differenzieren, etwa bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes. Das Elterngeld nach der Geburt eines Geschwisterkindes soll auf Grundlage des zuletzt erzielten Erwerbseinkommens vor der Geburt des ersten Kindes berechnet werden, sofern dieses höher war als das vor der neuerlichen Geburt und sofern die Zeit zwischen den Geburten drei Jahre nicht übersteigt.; der steuerliche Grundfreibetrag für Kinder soll auf die Höhe des Freibetrags für Erwachsene angehoben werden; beim Wohnungsbau sollen Förderschwerpunkte für familiengeeignete Wohnungen sowie für

lebenslauforientierte, generationenübergreifende und barrierearme Wohnkonzepte eingerichtet werden.

- Familien mit minderjährigen Kindern im Haushalt sollen von einem Teil der Sozialversicherungsbeiträge entsprechend der Kinderzahl entlastet werden, z.B. durch Absenkung des Beitragssatzes oder einen Freibetrag. Die Differenz zum fälligen Beitrag soll durch staatlichen Zuschuss ausgeglichen werden, so dass die Beitragsreduzierung keine Auswirkungen auf den Rentenanspruch hat. Außerdem wollen wir prüfen, ob es eine zuschussfinanzierte Beitragsaufstockung geben kann, wenn Eltern in der Erziehungsphase ihre Arbeitszeit aus familiären Gründen reduzieren.
- Das Kindergeld bildet zusammen mit dem Bildungs- und Teilhabepaket sowie dem einkommensabhängigen Kinderzuschlag - dem „Kindergeld Plus“ – ein Leistungsvolumen, das dem der sogenannten Kindergrundsicherung unserer Wettbewerber entspricht. Hier braucht es nur eine Antrags- und Bewilligungsvereinfachung, auch mithilfe digitaler Systeme. Für Familien im Grundsicherungsbezug soll der Regelbedarf für Kinder unter 14 Jahren auf den Satz für Jugendliche angehoben werden.
- Eine berufliche Karriere soll auch bei weniger als der vollen Arbeitszeit möglich sein. Unternehmen sollen darin bestärkt werden, die Arbeit familienfreundlich zu organisieren sowie Führungspositionen auch in Teilzeit zu besetzen. Das Aktienrecht soll so geändert werden, dass ein weibliches Vorstandsmitglied nicht wegen der Geburt eines Kindes das Vorstandsmandat niederlegen muss.

7.4. Wie ermöglichen wir Eltern und Familien, sich nach ihren Wünschen und Bedürfnissen für eine Aufteilung der Erwerbs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit zu entscheiden?

Familien brauchen ein hohes Maß an Zeitsouveränität – die Möglichkeit zur flexiblen Anpassung von Erwerbs-, Betreuungs- und Erziehungszeiten nach ihren Entwicklungsphasen oder akuten Bedürfnissen. Über verlässliche Vereinbarungen mit den Arbeitgebern wollen wir möglichst vielen Familien diese Flexibilität – auch den Wechsel zwischen Voll- und Teilzeitmodellen – verschaffen.

Mit dem Instrument der Familienzeitwertkonten auf Grundlage des SGB IV, bei denen angesparte Zeit für Sorgetätigkeiten ähnlich der Elternzeit, Familienpflegezeit oder Großelternzeit eingesetzt wird, sollen Familien aus eigener Kraft ihre Schwerpunkte organisieren können. Mithilfe der Digitalisierung werden zudem immer mehr Arbeitsplätze räumlich und zeitlich flexibler und können besser an die familiären Bedürfnisse angepasst werden. Auch der Schutz verlässlicher erwerbsarbeitsfreier Zeiten, insbesondere am Sonntag, gehört zu einer familienfreundlichen Zeitpolitik.

Haushaltsnahe Dienstleistungen sollen ein selbstverständliches Instrument der Arbeitsteilung werden, so dass sie in der Familie echte Entlastung bewirken und zugleich den Dienstleistenden als legale Arbeit Berufschancen bieten. Wir wollen die Förderung des

Ehrenamts und der Freiwilligendienste so gestalten, dass sie zur Entlastung bei der Sorgearbeit führen. Ansätze, die in den “sorgenden Dörfern” oder für den Nachbarschaftspreis erprobt wurden, sollen der Orientierung dienen.

Wir wollen, dass weder Frauen noch Männer wegen familienbedingter beruflicher Auszeiten oder Arbeitszeitreduzierung besondere Einbußen bei ihrer beruflichen Entwicklung und Rente hinnehmen müssen.

- Wir wollen lokale Familienbüros etablieren, damit Familien unkompliziert aus einer Hand die Informationen und Hilfen erhalten, die sie benötigen: Beratung für Leistungsansprüche, Familienbildung, Unterstützung in schwierigen Lagen. Dabei stellt die Digitalisierung und Online-Beantragung von Familienleistungen einen wichtigen Baustein dar. Familienlotsen ergänzen das Beratungsangebot der Familienbüros.
- Familienzeitwertkonten auf Grundlage des SGB IV sollen künftig mehr Familien zu Gute kommen. Ein Teil des Arbeitsentgelts wird unversteuert in Zeitwertkonten angelegt und in Phasen von reduzierter oder Nicht-Arbeit ausgezahlt. Dadurch steht den Beschäftigten aus eigener Kraft mehr Zeit für Kinderbetreuung, Angehörigenpflege, eigene Weiterbildung bzw. Sabbatjahr zur Verfügung. Dazu schließen Arbeitgeber mit ihren Mitarbeitern Rahmenvereinbarungen über eine flexible Arbeitszeit und die Modalitäten des Wechsels zwischen Phasen intensiver Arbeit mit Phasen geringerer Arbeitszeit. Arbeitgeber sollten für geringverdienende Beschäftigte oder bei kleiner Betriebsgröße steuerlich entlastet werden.
- Die gegenwärtige gedeckelte und pauschalierte Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen (Direktabzug) soll zur vollständigen Absetzbarkeit hin geöffnet (Vorsteuerabzug/Werbungskosten) und durch ein Gutscheinmodell für Familien mit geringeren Einkommen ergänzt werden. Leistungsanbieter sind Selbstständige und Dienstleistungsunternehmen, die den Auftraggebern die administrativen Notwendigkeiten abnehmen. Arbeitgeberfinanzierte Zuschussmodelle ergänzen das Paket. Selbstständige Dienstleister sollen nicht als Scheinselbstständige gelten, wenn sie für mehr als einen Haushalt tätig sind. Die Grenze für Minijobs soll auf 550 Euro angehoben werden. Dabei soll durch Anpassung des Übergangsbereichs verhindert werden, dass das Nettoeinkommen durch die Beteiligung an den Sozialversicherungen zunächst sinkt (Abbruchkante).
- Das Elterngeld soll um eine größere Partnerzeit von z.B. sechs Monaten verlängert und zugleich bedarfsgerechter werden. Überschneidungen der Partnerzeiten sollen maximal einen Monat dauern. Einen festen Arbeitszeitkorridor wie im gegenwärtigen Elterngeld Plus lehnen wir ab. Es sollte auch möglich werden, die Elternzeit tageweise zu nehmen, z.B. könnte ein Kontingent von 180 Tagen bis zum 3. Geburtstag des Kindes verteilt werden. Elterngeld würde nur für diese Tage gezahlt.

- Der Mindestbetrag für das Elterngeld soll angehoben und künftig dynamisiert werden.
- Langfristig sollen Familienzeitwertkonten und Elterngeld/Elternzeit sowie Pflegezeit in eine Leistung zusammengeführt werden. Dabei würde der dem Elterngeld entsprechende Betrag vom Staat auf das Familienzeitkonto eingezahlt werden.
- Familien können durch die fortschreitende Mobilität und die Digitalisierung Zeit füreinander gewinnen. Homeoffice und ortsunabhängige Arbeitsorte ersetzen das überholte Prinzip der Anwesenheitsorientierung durch Orientierung am Ergebnis. Durch entsprechende Maßnahmen soll auch der berufliche Wiedereinstieg nach der Erziehungsphase erleichtert werden.

7.5. Wie richten wir Familienpolitik am Wohl der Kinder aus, ermöglichen Teilhabe aller, und wie unterstützen wir Alleinerziehende und deren Kinder?

Familien sind der erste Schutzraum für Kinder, von hier aus erkunden sie die Welt und hierhin ziehen sie sich auch zurück. Eltern müssen befähigt sein, Kindern diesen Schutz zu bieten. Für uns Christdemokraten stehen das Wohl des Kindes und die Sorgearbeit in den ersten Jahren seines Lebens im Vordergrund des Familienlebens. Kinder werden dadurch ihrerseits zu sozialem Handeln befähigt und lernen, sich aus eigener Kraft in der Welt zurechtzufinden.

Eltern versagen, wenn sie ihr Kind nicht vor seelischen und körperlichen Gefahren schützen, sie zerstören das Wohl ihres Kindes, wenn sie Gewalt an ihrem Kind zulassen, missachten oder gar selbst begehen. Jährlich werden etwa 4.000 Kinder misshandelt, und über 100 Kinder sterben deshalb („Kindliche Gewaltopfer“ 2019, Pressekonferenz des BKA, 11.05.2020). In diesen Fällen können nur wachsame Dritte die Wächterfunktion des Staates zum Schutz des Kindes aktivieren.

Die Entwicklung der Kinder kann nicht von ihrem familiären Umfeld gelöst werden, für ein gutes Aufwachsen müssen daher die familiären Ausgangsbedingungen so günstig wie möglich gestaltet werden. Ein geringes Familieneinkommen darf keinen Hinderungsgrund für gute Bildung und Teilhabe darstellen.

Junge Menschen wollen in ihren Belangen ernstgenommen werden, sich gesellschaftlich engagieren und ihre Zukunft konstruktiv mitgestalten. Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben in einem demokratischen Umfeld umfassend zu unterstützen. Sie sollen ihren Eltern wie dem Rechtsstaat und seinen Vertretern auf Augenhöhe begegnen und stets angehört werden, wenn es um ihre persönliche Lebensgestaltung, auch und insbesondere in schwierigen Situationen, geht.

Wir wollen ihnen zudem den Weg zu Verständnis und Praxis demokratischer Verfahren ebnen. Deshalb sprechen wir uns für eine altersgerechte Beteiligung in allen sie betreffenden Angelegenheiten, z.B. an Schulen, in Vereinen oder bei der Gestaltung von

öffentlichen Räumen, Spielplätzen und Jugendhäusern, aus. Beteiligung schafft Akzeptanz für Politik und für unsere demokratische Ordnung, dazu Übung in den Verfahren und Gepflogenheiten. Nur wer weiß, wie Demokratie funktioniert, weil er ihre Verfahren frühzeitig kennengelernt und praktiziert hat, wird auch später demokratisch handeln.

Heranwachsende erwarten, im digitalen Raum an Kommunikation und Begegnung teilhaben zu können, und nicht zuletzt die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine zumindest vorübergehende Nutzung der digitalen Kommunikation für die Fortführung von Unterricht und Lehre sowie als Verbindung zur Welt ist. Zum Online-Unterricht, auch als Ergänzung zum Regelunterricht im Klassenzimmer, müssen alle Schüler dauerhaft und verlässlich Zugang haben können. Zugleich brauchen Kinder effektiven Schutz vor Gefahren, denen sie bei der Online-Kommunikation ausgeliefert sein können, z.B. durch Vereinnahmung, Beeinflussung oder Missbrauch im Netz. Wir wollen diesen Erwartungen gerecht werden und dafür sorgen, dass endlich im Verbund von Bund, Ländern, Anbietern und Eltern alle Jugendlichen an Online-Kommunikation teilhaben können und dabei ein wirksamer Jugendmedienschutz greift.

Wenn Eltern sich trennen, bedeutet das häufig eine große Belastung für die ganze Familie. Kinder sollen in dieser Situation keinen vermeidbaren zusätzlichen Belastungen ausgesetzt sein, z.B. durch eine allzu schnelle Aufstockung der Erwerbstätigkeit eines/beider Elternteile. Das Unterhaltsrecht in seiner gegenwärtigen Form wird dem nicht gerecht und soll deshalb reformiert werden.

- Familienbüros sollen als Ansprechpartner für alle Lebenslagen von Familien dienen. Zusammen mit Familienhebammen und der Jugendhilfe können sie niedrigschwellig Eltern beraten und ggf. Schulungen vermitteln.
- Schutz vor sexuellem Missbrauch und vor Misshandlung jeglicher Art muss mit allen Mitteln sichergestellt werden. Deshalb setzen wir uns für eine dauerhafte Finanzierung von Krisen- und Nottelefonen ein, die auch Fachkräfte beraten, die Auffälligkeiten an Kindern bemerkt haben. Notfallambulanzen, die auf die Erkennung und Behandlung von Misshandlungen spezialisiert sind, sollen flächendeckend in Zusammenarbeit mit medizinischen Einrichtungen etabliert werden.
- Sowohl Kinderschutzbeauftragte als auch Regeln für den Umgang bei Verdacht auf Misshandlung oder Missbrauch sollen flächendeckend in allen Bundesländern etabliert werden, vor allem in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen inkl. Sportverbänden.
- Das Recht auf Gehör in allen Familien- und Kindschaftsverfahren sowie bei allen Vorgängen im Zusammenhang mit Maßnahmen der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe für alle Altersgruppen soll flächendeckend implementiert und durch entsprechende Qualifizierung der Fachkräfte begleitet werden.
- Auf Länderebene: Mitwirkungsmöglichkeiten an Schulen, Kindergärten und anderen Bildungseinrichtungen sollen systematisch umgesetzt werden.

- Jugendparlamente oder Jugendvertretungen auf Kreis- und kommunaler Ebene sollen errichtet und gefördert werden, einschl. eines Antrags- und Stimmrechts bei sie betreffenden Entscheidungen der lokalen Verwaltung.
- Auf Landes- bzw. Bundesebene sollen Jugendliche ebenfalls Mitwirkungsrechte haben, die über den „Jugend-Check“ des BMFSFJ bei ausgewählten Gesetzesvorhaben hinausgehen.
- Wir wollen die Attraktivität von Freiwilligendiensten erhöhen, ausbauen und für weitere Zielgruppen öffnen. Wir wollen den Bundesfreiwilligendienst in einem ersten Schritt durch die Einführung eines Rechtsanspruchs stärken. Jeder junge Erwachsene, der dies möchte, soll einen Freiwilligendienst absolvieren können. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob durch ein verpflichtendes allgemeines Gesellschaftsjahr (sozial, ökologisch, kulturell, politisch) gerade solche Gruppen erreicht werden könnten, die nur schwer Zugang zur Mitte der Gesellschaft finden. In diesem Zusammenhang wollen wir die rechtlichen Grundlagen und die Kosten sowie mögliche Auswirkungen auf andere Bereiche bzw. Freiwilligendienste prüfen. Der Prüfauftrag wird ergänzt um das Erfordernis einer organisatorischen Struktur zur Vermittlung der Dienste und um die Frage, ob der Rechtsanspruch altersunabhängig oder nur für Jüngere gelten soll.
- Wir sehen den Jugendmedienschutz als eine langfristige Aufgabe und fördern konkrete Bildungs- und Aufklärungskonzepte, um Kinder und Jugendliche belastbar zu Medienkompetenz und -mündigkeit zu führen.
- Wir werden prüfen, ob und wie auf kommunaler, Landes- und Bundesebene Beauftragte oder Ombudspersonen zur Unterstützung des Kinder- und Jugendschutzes eingeführt werden sollten.
- In Zeiten des Ausbaus digitalen Online-Unterrichts und von Schulclouds und -portalen mit zertifizierten Funktionen und Inhalten müssen Unterrichtsmittel als Lehrmittel in der Grundausrüstung kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, vor allem für Kinder und Jugendliche in Familien mit kleinem Budget. Wir erwarten, dass sowohl der Digitalpakt als auch das Corona-Zusatzpaket zur Ausstattung der Schulen mit Endgeräten für Schüler den tatsächlichen Bedarf decken. Ggf. müssen diese Mittel aufgestockt werden.
- Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende soll deutlich erhöht werden, zumindest solange die Kinder noch nicht im schulpflichtigen Alter sind. Alleinerziehende und berufliche Wiedereinsteigerinnen sollen bei der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen besonders unterstützt werden. Unterhaltspflichtige Elternteile sollen stärker in die Pflicht genommen werden.
- Der Kinderzuschlag für Familien mit geringem Einkommen und die zahlreichen Teilhabeleistungen sollen beibehalten und an die allgemeine Kostenentwicklung angepasst werden. Beantragung und Auszahlung über das Familienbüro schützen vor empfundener Diskriminierung. (S. 7.3)

7.6. Welche Verantwortung haben Eltern und Staat bei der Erziehung, Förderung und Betreuung der Kinder?

Mit unserer Familienpolitik wollen wir Christdemokraten dazu beitragen, dass Kinder einen Rahmen finden, in dem sie aufwachsen, ihre Potenziale entfalten sowie Geborgenheit und Solidarität erfahren können. An erster Stelle steht für uns die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder und im fortgeschrittenen Lebensalter die der Kinder für ihre Eltern.

Kulturelle Bildung im weitesten Sinn, einschließlich der Herzens- und Persönlichkeitsbildung, ist zuallererst Sache der Eltern. Sie führen in die Werte unserer Gesellschaft ein, sie fördern die sprachliche und musische, aber auch soziale Bildung ihrer Kinder. Öffentliche Einrichtungen, beispielsweise für frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung, ergänzen die elterliche Verantwortung und müssen deshalb bundesweit von hoher Qualität sein.

Staatliche Aufgabe ist es in erster Linie, für rechtliche, infrastrukturelle und materielle Bedingungen zu sorgen, die Familien ermutigen und unterstützen.

Nicht alle Eltern werden dem Anspruch gerecht, ihre Kinder zu fördern. Dem Staat kommt im Jugendschutz ein Wächteramt zu, das Kinder im Notfall auch vor ihren Eltern in Schutz nimmt. Die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz hat Vorrang vor staatlicher Intervention. Wenn Eltern in ihrer Erziehung versagen, obliegt es dem Staat, ihre Funktion vorübergehend zu übernehmen und den Kindern eine gute Entwicklung zu ermöglichen. Durch bessere Ausstattung, verbesserte Qualifizierung der Fachkräfte und stärkere Einbeziehung von Eltern wie Kindern in die Maßnahmen der Jugendhilfe wollen wir die Leistungen in diesem Bereich verbessern (s. aktuelle SGB VIII-Reform).

Mit zunehmendem Alter und zunehmend komplexen Fähigkeiten der Heranwachsenden rückt der Staat stärker in die Verantwortung. Für die heute unverzichtbare Medienmündigkeit müssen dringend ausreichend Mittel bereitgestellt werden, damit Kinder und Jugendliche Kompetenz aufbauen und Schutz erhalten können.

Besonders in der Kommunalpolitik sind Kinder und Jugendliche als unmittelbar Betroffene wertvolle Mitstreiter für gute Lösungen.

- Wir wollen die Familienbildung im Rahmen der Entwicklung von Familienbüros ausbauen.
- Wir setzen uns für eine bessere Ausstattung und Weiterqualifizierung der allgemeinen sozialen Dienste ein und setzen auf einen Erhalt des Wunsch- und Wahlrechts.
- Wir wollen eine Vereinbarung der Bundesländer auf ein Bildungspaket mit Modulen der Medienbildung und Elternaufklärung mit dem Ziel der Medienmündigkeit und besseren Unterstützung von Kindern und Jugendlichen.

- Beim weiteren Ausbau der vorschulischen Betreuung, Bildung und Erziehung soll die Qualität der Versorgung Priorität haben. Nach den Kostenfreistellungen für Haushalte mit geringem Einkommen im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes haben weitere Beitragssenkungen für uns keine Priorität. Stattdessen müssen die Qualifizierung vor allem der Leitungskräfte verbessert und der Fachkraft-Kind-Schlüssel bzw. die Gruppengröße stärker an den Empfehlungen der Fachleute orientiert werden.
- Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen sollen an den Bedarf angepasst werden. Eine Öffnung bis 17 Uhr sollte die Regel sein. Darüberhinausgehende Angebote in Randzeiten sollen bedarfsgerecht vorgehalten werden können. Für diese Bedarfe soll ein beruflicher Nachweis erbracht werden. Arbeitgeber sollen an Betreuungsdiensten außerhalb der Kernzeit beteiligt werden. Betriebskitas sollen steuerlich gefördert werden. Eltern sollen wählen können, ob sie ihr Kind in eine Einrichtung am Wohn- oder am Arbeitsort geben wollen.
- Die Tagespflege soll gestärkt werden. Ausfallzeiten sollen durch Kooperationen für Vertretungsdienste minimiert werden.
- In die Nachmittagsbetreuung in der Grundschule sollen Bildungs- und soziale Freizeitangebote in Zusammenarbeit mit lokalen Trägern integriert werden. Einen Acht-Stunden-Bildungstag oder die verpflichtende Ganztagschule für alle Kinder lehnen wir ab.

7.7. Was macht eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik aus?

Gleichstellungspolitik zielt auf den Abbau struktureller Benachteiligung aufgrund des Geschlechts. Hindernisse für berufliches Fortkommen und gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft müssen abgebaut werden.

Der Staat soll entsprechend dem Verfassungsauftrag (Art. 3 Abs. 2 GG) Mittel und Regelungen bereithalten, damit Hemmnisse für die Gleichstellung beseitigt werden können. Dazu zählen in erster Linie die infrastrukturellen und zeitpolitischen Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einer gleichgewichtigeren Verteilung der Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen.

Mit einer Abkehr von familienfeindlicher Präsenzkultur in Unternehmen und einer familienfreundlichen Organisation von Gremienarbeit wollen wir zudem durchsetzen, dass mehr Frauen in die Lage versetzt werden, in Wirtschaft, Verwaltung und Politik an verantwortungsvoller Stelle mitzuwirken.

Gleichstellung ist auch ein kultureller Wert. Frauen dürfen nicht an ihrer Entfaltung zu selbstständigen Mitgliedern der Gesellschaft gehindert werden. Wir schützen insbesondere Frauen und Kinder vor Übergriffen jedweder Art. Deshalb setzen wir uns u.a. für die Umsetzung der Istanbul-Konvention und den Persönlichkeitsschutz von Frauen in Frauenhäusern ein.

- Wir setzen uns für die Einrichtung einer nationalen Service- und Monitoringstelle ein, die Empfehlungen für die Überwindung offensichtlicher geschlechtsbedingter

Benachteiligungen entwickelt und entsprechende Maßnahmen einem Monitoring unterwirft. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Männer bessere Möglichkeiten zur familiären Sorgearbeit erhalten, ohne berufliche Chancen und Altersversorgung aufgeben zu müssen. Wir werden – über die Regelungen der Vätermonate des Elterngeldes hinaus (s. 7.4) – weitere Anreize schaffen, um Väter für aktive Familienzeit und Sorgearbeit zu gewinnen. Gleichstellung von Frauen ist nicht denkbar ohne Veränderungen in den Rollenerwartungen an Männer. Wir setzen uns für eine Kombination aus Mindestquote und Flexiquote für Führungspositionen in Unternehmen ein, eine Vorreiterrolle soll dabei dem öffentlichen Dienst zukommen

- Wir wollen den Ausbau der Programme von Bund und Ländern zum Gewaltschutz von Frauen und Mädchen sowie eine Verbesserung der Hilfestrukturen.
- Wir fordern einen bedarfsgerechten Ausbau von Frauenhäusern und ambulanten Hilfs- und Betreuungsmaßnahmen.
- Wir setzen uns für eine Entlastung von Müttern auf dem Weg zur Selbstständigkeit ein. Dazu zählt die Sozialversicherungspflicht für alle Erwerbseinkommen, damit nicht flexible Selbstständigkeit zum scheinbar attraktiven Vereinbarkeitsmodell mit erheblichen Altersvorsorgerisiken für Frauen wird.
- Zu einer zeitgemäßen Gleichstellungspolitik zählen auch Anstrengungen zur Erzielung der Entgeltgleichheit.
- Ein weiterer Aspekt einer zeitgemäßen Gleichstellungspolitik ist die Sicherstellung einer angemessenen Repräsentanz von Frauen in politischen Entscheidungsgremien. Eine entsprechende Anpassung des Wahlrechts ist zu prüfen.

7.8. Wie sähe ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem aus CDU-Perspektive aus?

Eine hochwertige, allen zur Verfügung stehende Gesundheitsversorgung gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Daseinsvorsorge. Marktmechanismen haben ihre Grenzen, wenn die Versorgung in bestimmten Sektoren oder Regionen gefährdet ist. So müssen etwa Perinatalmedizin, Pädiatrie und Geriatrie als Grundversorgung flächendeckend und in hoher Qualität zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für die Versorgung mit Psychiatrie und Psychotherapie. Der medizinisch-technische Fortschritt ermöglicht es, die Aufenthaltsdauer der Patienten in der stationären Behandlung i.d.R. so kurz zu halten, dass spezialisierte Zentren die Nachbehandlung und weitere Versorgung übernehmen können.

Wir treten dafür ein, die Erforschung der personalisierten Medizin voranzutreiben. Dadurch können bspw. Behandlungsmethoden und medizinische Geräte, die auf männliche Erwachsene zugeschnitten sind, besser an Frauen und Kinder angepasst werden. Eine personalisierte medizinische Versorgung kann eine sachgerechte Entscheidung über eine ambulante oder stationäre Behandlung erleichtern, so dass die Sektoren besser verzahnt werden.

Die Chancen durch die Digitalisierung und neueste Technologien (z.B. Blockchain) wollen wir nutzen. Sie ermöglicht nicht nur die personalisierte Versorgung, sondern fördert die notwendige Verzahnung der Leistungsanbieter durch schnellen Datentransfer. Oberstes Gebot ist die Sicherheit der Daten. Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass ihre intimsten Daten nur mit ihrer Erlaubnis übermittelt werden.

Medizinische Versorgungszentren können vor allem im ländlichen Raum medizinische Kompetenz wirtschaftlich vorhalten. Wir wollen sie fördern.

Die CDU steht weiterhin zu einem dual finanzierten Krankenversicherungssystem. Prävention und Gesundheitsförderung müssen gestärkt und mehr Eigenverantwortung belohnt werden. Dazu gehört auch der Auf- und Ausbau leicht zugänglicher, verlässlicher Gesundheitsinformationen im Internet.

- Wir wollen die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern. Dazu sollen Arztpraxen und die ambulante Versorgung gefördert und die stationäre Versorgung als Grundversorgung gesichert werden.
- Wir wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben - durch Realisierung der digitalen Gesundheitskarte, mit digitalen Konsultationsformaten und einer Investitionsförderung zur Entlastung der Arztpraxen.
- Wir wollen die Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren erleichtern.
- Wir setzen uns für eine ethisch verantwortete Erforschung der personalisierten Medizin und die Aufnahme ihrer Grundlagen in die medizinische Ausbildung ein.
- Wir setzen uns für eine flächendeckende und durchgehend altersadäquate Gesundheitsversorgung für Kinder ein, dazu gehört u.a. der Ausbau von Babylotsen in den Geburtshilfen der Krankenhäuser, die bessere Vergütung kinderärztlicher Leistungen, die Förderung des Hebammenberufs.
- Die BZgA soll als Portal Gesundheitsinformationen der medizinischen Fachgesellschaften bündeln.
- Die Bekämpfung des Fachkräftemangels in den Gesundheits- und Pflegeberufen bedarf einer energischen konzertierten Anstrengung. Die Rund-um-die-Uhr-Versorgung durch Einrichtungen des Gesundheitswesens soll für die Beschäftigten familienfreundlich organisiert werden.

7.9. Was bedeutet für uns menschliche Pflege, und wie stellen wir sie sicher?

Eine menschliche Pflege bedeutet für uns, Pflegebedürftigen nach Grad und Dauer ihrer Pflegebedürftigkeit und nach familiärer Situation die Pflegeleistungen zur Verfügung zu stellen, die ein Leben in Würde erfordert. Für einen behinderten Menschen, der von Kindesbeinen an auf pflegerische Assistenzleistungen angewiesen ist, ist die Frage im Konkreten daher anders zu beantworten als für einen hochaltrigen Menschen, der in den letzten Lebensjahren eine zugewandte Begleitung bis zum Tod braucht.

Da viele Menschen sich im Alter ausdrücklich wünschen, auch bei Pflegebedarf so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben, sind die Angebote und Leistungen darauf zuzuschneiden. Dabei kommt zunehmend eine personalisierte Pflege in den Blick, die den Grundsatz „ambulant vor stationär“ ablösen wird. Neue Formen seniorengerechten Wohnens, die schon für Menschen mit geringem Pflegebedarf attraktiv sind, können ebenfalls dazu beitragen, die Spannung zwischen ambulant und stationär zu überwinden.

Auch bei alten Menschen und Pflegebedürftigen sind Rehabilitation und Aktivierung probate Mittel, nicht nur die Lebensqualität zu erhöhen, sondern auch den Pflegebedarf insgesamt zu senken.

Pflege ist immer auch Pflege durch Angehörige oder andere semiprofessionelle Kräfte. Daran wollen wir festhalten und damit hochqualifizierte Fachkräfte von Routinetätigkeiten entlasten; dafür sollen pflegende Angehörige Qualifizierungen und Entlastungen erhalten und Freiwillige (bzw. Gesellschaftsdienstleistende) hinzugezogen werden. Damit verringern wir zugleich den personellen Druck in den pflegenden Berufen.

Pflegezeiten sollen wie Kindererziehungszeiten in das System der Familienzeitkonten einbezogen werden und zugleich nicht zum Nachteil bei der Sammlung von Rentenansprüchen gereichen.

- Wir wollen die Attraktivität der Pflegeberufe weiter erhöhen. Dazu gehören geeignete Qualifizierungspfade und Aufstiegsmöglichkeiten ebenso wie eine attraktive Bezahlung und Arbeitsbedingungen, die eine Berufstätigkeit für Eltern erleichtern.
- Wir wollen prüfen, ob Rehabilitationsmaßnahmen auch für Pflegebedürftige bewilligt werden können (Rehabilitation vor Pflege).
- Hilfstätigkeiten für die Pflege sollen in das System von Freiwilligen- und sozialen Diensten aufgenommen werden.
- Wir setzen uns für eine Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten in Pflegeeinrichtungen ein.
- Wir wollen eine stärkere Entlastung pflegender Angehöriger. Neben Vorbereitungskursen zur Qualifizierung der Angehörigen sollen auch Formen der Kooperation professioneller Dienste mit pflegenden Angehörigen ausgebaut werden. Zur Entlastung der Pflegenden insbesondere bei der Pflege dementer Angehöriger sollen verschiedene Instrumente dienen: Zeitkonten, besonders geförderte haushaltsnahe Dienstleistungen, Hinzuziehung von geschulten Teilnehmern von Freiwilligendiensten, flexible Erweiterung der Kurzzeitpflege.
- Wir setzen uns für eine angemessene Gestaltung der Arbeitsbedingungen von Live-in-Pflegekräften ein.
- Wir setzen uns für eine angemessene Honorierung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum ein, die weite Wegstrecken berücksichtigt, um im Sinne

gleichwertiger Lebensverhältnisse auch für Menschen in dünn besiedelten Regionen eine gute Versorgung zu sichern.

- Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung der Pflegerobotik ein, die von den Bedürfnissen der zu Pflegenden und der Pflegekräfte ausgehend zu echten Entlastungen und Verbesserungen führt.

7.10. Wie gewährleisten wir ein gutes Leben im Alter? (Vgl. 8.9)

Ein gutes Leben im Alter gelingt am besten, wenn ältere Menschen sich wertgeschätzt fühlen und ihren Beitrag zum Miteinander leisten können. Eine Politik des Zusammenhalts muss verhindern, dass alte Menschen sich “zum alten Eisen” gelegt fühlen. Vorstellungen, es könne zur Aufgabe als älterer Mensch gehören, das eigene sozialverträgliche Ableben möglichst aktiv in Angriff zu nehmen, bevor man anderen “zur Last fällt”, dürfen politisch keine Nahrung erhalten. Bei der Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Suizidbeihilfe wird die CDU darauf mit Sorgfalt achten und Hospiz- und Palliativangebote weiter fördern.

Die Begegnung der Generationen gelingt am besten durch Förderung senioren- und familiengerechter Anlagen beim Städte- wie beim Wohnungsbau.

Neben speziellen Begegnungsstätten wie Mehrgenerationenhäusern setzen wir uns für ein selbstverständliches Neben- und Miteinander der Generationen im Stadtteil und in der Kommune ein. Rücksicht auf Schwache zu nehmen, muss für die Starken eine Selbstverständlichkeit sein, egal ob die Schwachen Kinder, junge Familien, Kranke oder Alte sind.

Senioren nutzen heute noch nicht selbstverständlich das Internet und können von den damit verbundenen Vorteilen nur profitieren, wenn entsprechende Unterstützung sowohl im Design als auch bei der Anwendung gegeben ist.

- Wir werden eine Strategie zur Einsamkeitsprävention entwickeln. (vgl. 8.9)
- Wir wollen die aktive Teilhabe von Senioren durch Fortbildung, Einbeziehung ins Ehrenamt und soziale Mitarbeit fördern.
- Wir erleichtern die Bildung von Senioren- und Generationengenossenschaften zur Selbsthilfe.
- Wir setzen uns für eine flächendeckende Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern als selbstverständliche Begegnungsstätten in Stadtteilen und Kommunen ein.
- Wir wollen, dass Stadt-, Regional- und Infrastrukturplanung für die Bedürfnisse alter Menschen, etwa bei der Einrichtung von Grünphasen der Verkehrsführung, sensibilisiert und Seniorenvertretungen dabei stärker eingebunden werden.
- Freie Räume in Stadtteil, Innenstadt und Kommune sollen attraktiver und sicherer werden, damit sich alle Generationen gerne dort aufhalten und sich begegnen können.

- Bundesfreiwilligendienste, freiwilliges soziales Jahr und ggf. ein künftiger Gesellschaftsdienst sollen verstärkt als Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Verbesserung des Verständnisses der Generationen untereinander dienen. Sie sollen sowohl für aktive Ältere attraktiv bleiben als auch für Hilfestellungen für alte Menschen zur Verfügung stehen.
- Es sollen Digitalassistenten, die älteren Menschen beim Zugang zum Internet und zu digitalen Behördengängen unterstützen, ausgebildet werden und ausreichend zur Verfügung stehen.

7.11. Wie gestalten wir eine zukunftssichere Rentenpolitik?

Die auf den drei Säulen gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche Altersversorgung und private Altersvorsorge basierende Grundstruktur unseres Alterssicherungssystems hat sich bewährt. Gleichwohl stellen die erfreulicherweise steigende Lebenserwartung der Menschen, das seit Jahrzehnten andauernde Geburtendefizit und der bevorstehende Übergang der Babyboomer in den Ruhestand die umlagefinanzierte GRV vor erhebliche Herausforderungen. Schon jetzt tragen staatliche Zuschüsse 1/3 des Volumens der GRV. Die geförderte private Altersvorsorge („Riester-Rente“) und die betriebliche Altersversorgung stagnieren oder sind rückläufig und erfüllen das Ziel einer tragfähigen Ergänzung der GRV nur bedingt.

Es gilt, das System demografiefest auszugestalten und Altersarmutsrisiken zu minimieren. Um dies zu erreichen, wollen wir darauf achten, dass die im Koalitionsvertrag vorgesehene Altersvorsorgepflicht für Selbstständige mit Wahlfreiheit zwischen GRV und pAV eingeführt wird. Prävention, Rehabilitation und Veränderungen im betrieblichen Alltag können stärker zu einer höheren Erwerbsbeteiligung Älterer beitragen; dieses Potenzial wollen wir ausschöpfen.

Die Erwerbsminderungsrente darf nicht zu Altersarmut führen; wir wollen deshalb Anreize schaffen, länger zu arbeiten und den Übergang in den Ruhestand gleitend zu gestalten. Die feste Ruhestandsgrenze gehört auf den Prüfstand.

Eine stetige Erhöhung des steuerfinanzierten Zuschusses zur GRV kann nicht allein vom Staatshaushalt getragen werden. Wir wollen deshalb prüfen, ob ein eigens aufzubauender kapitalgedeckter Rentenfonds die GRV in den kommenden Jahrzehnten zusätzlich stützen könnte, indem durch differenziertere Anlageformen eine höhere Rendite erzielt würde.

Ohne zusätzliche Altersvorsorge wird ein gutes Leben im Alter kaum erreichbar sein. Die betriebliche und die private Altersvorsorge müssen einfacher, attraktiver, flexibler und selbstverständlich werden. Zugleich sollen nicht verbrauchte Beträge eines Familienzeitwertkontos als Beitrag in die Altersrente einfließen können. Wir wollen, dass möglichst alle Menschen in Deutschland eine zusätzliche Altersvorsorge aufbauen, bei der die Chancen des Kapitalmarktes, insbesondere von Aktieninvestitionen besser genutzt werden. Die Förderung von Wohneigentum und die Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter an

ihrem Unternehmen sind ebenfalls Formen der Altersvorsorge, die wir deutlich unterstützen wollen.

Unser Ziel ist, die Beiträge der nächsten Generation für die Finanzierung der Renten ihrer Eltern so weit zu reduzieren, dass ein gerechter Ausgleich zwischen den Generationen erreicht wird.

Entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2001 wollen wir den generativen Beitrag von Familien durch reduzierte Beiträge während der Erziehungszeiten anerkennen. Staatliche Zuschüsse sichern den Rentenanspruch im Alter (s. 7.3). Eine Beitragsentlastung kann den Familien auch den Spielraum eröffnen, selbst zusätzlich vorzusorgen.

- Wir wollen v.a. durch bessere Gesundheitsvorsorge, effektive Nachsorge und intelligentes Arbeitsmanagement erreichen, dass das durchschnittliche Renteneintrittsalter steigt.
- Wir setzen uns für eine generelle Flexibilisierung des Renteneintrittsalters ein, um den Beschäftigten einen früheren oder späteren Renteneintritt zu ermöglichen – auch unter Nutzung verbleibender Guthaben auf Familienzeitwertkonten.
- Wir wollen den Aufbau eines Rentenfonds zur Stärkung der GRV prüfen.
- Wir streben eine Verbesserung und Stärkung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge an.
- Wir wollen eine Modernisierung und Verbreiterung der betrieblichen Altersversorgung durch passende Angebote für kleinere Betriebe oder solche mit hohem Teilzeitanteil erreichen.
- Der Beitrag zur GRV soll für Familien entsprechend der Kinderzahl befristet reduziert werden, mit staatlichem Einzahlungsausgleich während der Erziehungszeit. Es soll auch geprüft werden, ob ein Teilzeitausgleich für den Rentenbeitrag möglich ist.

7.12. Wie verhalten sich Gerechtigkeit innerhalb der Generationen und Gerechtigkeit zwischen den Generationen zueinander? (Vgl. 8.8)

Wir wollen auch in Zukunft ein gutes Miteinander der Generationen und die Teilhabe älterer Menschen sicherstellen. Unser Ziel ist ein starker Generationenzusammenhalt. Ältere Menschen werden immer aktiver: Sie wollen ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Kompetenzen einbringen. Unsere Gesellschaft profitiert von ihren Potenzialen. Daher wollen wir sie stärker einbeziehen.

Ältere Menschen in Deutschland sind in aller Regel gut ausgebildet und gebildet. Sie haben große Berufserfahrung und Erfahrungswissen. Ihre Kompetenzen und Potentiale sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Teilhabe und Mitverantwortung der Älteren wollen wir deshalb überall fördern und ermöglichen. Wir finden es richtig, den Arbeitsmarkt für Menschen jenseits des Renteneintrittsalters offen zu halten und ihnen

Möglichkeiten zu eröffnen, weiter zu arbeiten, sofern sie es wünschen. Einerseits gilt es, die Berufs- und Lebenserfahrung älterer Menschen der Arbeitswelt zu erhalten, andererseits hilft es, die Altersarmut insbesondere von Frauen zu lindern. Fachkräfte bleiben der Arbeitswelt länger erhalten.

- Um das Miteinander der Generationen zu stärken, setzen wir uns dafür ein, Netzwerkstrukturen zwischen Jugendlichen und Senioren zu schaffen und das Lebensumfeld gemeinsam zu stärken. Mehrgenerationenhäuser schaffen hierzu bereits heute eine gute Infrastruktur. Freiwilligendienste sollen gestärkt, ausgebaut und für weitere Zielgruppen geöffnet werden.
- Die CDU will, den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechend, den generativen Beitrag von Familien in den Sozialversicherungssystemen angemessen berücksichtigen. In unterschiedlicher Weise je nach Sicherungssystem geschieht dies bereits heute auf der Beitrags- und auf der Leistungsseite. Wir wollen erreichen, dass Eltern insbesondere in der Renten- und Pflegeversicherung zu dem Zeitpunkt, in dem sie auf finanzielle Spielräume am meisten angewiesen sind, auf der Beitragsseite angemessen entlastet werden, ohne im Alter Leistungseinbußen zu erleiden. Diese Entlastung soll der Anzahl der Kinder in den Familien Rechnung tragen. (Vgl. 7.3)
- Wir fördern generationenverbindende Aktivitäten und Initiativen, darunter gemischte Wohn- und Betreuungsprojekte, etwa die Verbindung von Wohnen im Alter mit einer Kindertageseinrichtung und Studentenunterkünften.
- Wir setzen uns für den Ausbau generationenübergreifender Wohnformen ein und fördern den Einbau seniorengerechter Hilfsmittel in Wohnungen oder Wohnanlagen mit Bewohnern aus mehreren Generationen.

Bundesausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Was streben wir an?

Für die CDU bedeuten Gleichwertige Lebensverhältnisse, gute Entwicklungschancen und faire Teilhabemöglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen zu gewährleisten – und das unabhängig von Herkunft und Wohnort.

Gleichwertigkeit bedeutet für uns nicht Einheitlichkeit oder Gleichheit oder gar die Nivellierung aller Unterschiede in den einzelnen Landesteilen. Für uns ist gesellschaftliche Vielfalt ein Garant für lebendige städtische und ländliche Räume. Regionale Unterschiede und Stärken wollen wir betonen. Für uns ist Deutschlands Vielfalt eine große Stärke, die es zu bewahren gilt. Regionale Unterschiede dürfen aber nicht mit Nachteilen einhergehen. In unserem Land soll sich niemand abgehängt fühlen müssen. Vor diesem Hintergrund sehen wir erheblichen Handlungsbedarf.

Wir wollen bedarfsgerechte Lösungen entwickeln, um strukturschwache Regionen zu stärken und die Lebenszufriedenheit der Menschen in allen Teilen des Landes zu erhöhen. Wir wollen die Erfolgsgeschichte Deutschlands in die nächsten Jahrzehnte fortschreiben – und alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort oder Lebensmittelpunkt daran teilhaben lassen. 30 Jahre nach dem Mauerfall geht es nicht länger um den „Aufbau Ost“ – es geht darum, überall in Deutschland regionale Strategien zur Bewältigung eines allgegenwärtigen Strukturwandels zu entwickeln und zu unterstützen.

Eine starke Wirtschaft und gute Arbeit, ebenso wie leistbarer Wohnraum, eine hochwertige Kinderbetreuung, eine gute gesundheitliche Versorgung, Bildungs- und kulturelle Angebote, ausreichende Nahversorgung und gute Anbindung an den ÖPNV sind essentielle strukturelle Voraussetzungen, um die Lebensbedingungen in Stadt und Land attraktiv zu gestalten.

Die CDU wird strukturschwache Regionen auch in Zukunft verlässlich fördern und den Ausbau der Verkehrs- und Digitalinfrastruktur, die Errichtung von Kindertagesstätten (Kitas) und die Verbesserung der ärztlichen Versorgung – insbesondere in der Fläche – vorantreiben. Wir sehen dabei Bund, Länder und Kommunen gemeinsam in der Pflicht und orientieren uns dabei stets am Grundprinzip der Subsidiarität. Vor allen Dingen ist es unser Ziel, die Menschen vor Ort in ihren Handlungsmöglichkeiten zu stärken und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Gerade vor diesem Hintergrund messen wir dem Genossenschaftsgedanken, der Eigenverantwortung einfordert und vielseitige Beteiligungsmöglichkeiten schafft, eine erhebliche Bedeutung zu. Es ist unser Anspruch als CDU ländliche wie städtische Regionen nachhaltig attraktiv, wirtschaftlich vital, lebenswert und demografiefest zu gestalten.

Strategien für lebendige ländliche Räume

Ländliche Räume sind Kraftzentren, ein wichtiges Fundament unseres Landes. Sie sind kein Anhängsel von Ballungszentren, keine Museumslandschaften und keine Projektionsfläche für Landlustromantik.

Wir wollen ländliche Regionen als Zukunftsräume entwickeln, die den Menschen gute Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen bieten. Das gelingt nur im Zusammenspiel verschiedener Faktoren von Wirtschaft, Infrastruktur, Wohnen und guter Anbindung über Straße und Schiene auf der einen und dem Zusammenhalt, der Identifikation mit der Region und dem Leben in der Natur auf der anderen Seite.

Industrie, Handel, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Tourismus sowie Dienstleistungen brauchen gute Rahmenbedingungen und eine gezielte Unterstützung. Dabei wollen wir die Chancen der Digitalisierung für neue Arbeitsplätze auf dem Land mit hoher Wertschöpfung und modernem mobilem Arbeiten nutzen. Voraussetzung dafür ist der Zugang zu flächendeckendem schnellem Internet – ohne Unterschiede in Stadt und Land. Wir werden gezielt Behörden, Dienstleistungszentren, Schulen und Hochschulen im ländlichen Raum errichten. Das macht Regionen attraktiv und ist gelebte Subsidiarität.

Unser Ziel sind lebendige Dörfer und kleinere Städte mit intakten Ortskernen und Möglichkeiten, sich entwickeln zu können. Wir fördern die Verbindung von Wohnen, Dienstleistungen und Arbeit und setzen auf flexible Lösungen bei der Umnutzung von Gebäuden. Die Menschen und ihr Engagement machen das Land zur Heimat. Wir wollen den Genossenschaftsgedanken für das Land weiterentwickeln und das Ehrenamt stärken.

Gutes Leben in den Städten

Wir wollen attraktive Städte, in denen Menschen aller sozialen Schichten und Generationen eine lebenswerte Heimat finden. Unsere Städte müssen jedem gute Arbeits-, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten bieten. Wir wollen, dass die Menschen sich in unseren Städten sicher fühlen. Urbane Räume müssen nachhaltig und intelligent vernetzt sein.

Deutschlands Städte wachsen. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Menschen vor einem Verdrängungswettbewerb zu schützen – insbesondere in Innenstädten und attraktiven Stadtlagen. Das ist nur möglich, wenn ausreichend Wohnraum vorhanden ist. Wir wollen den Wohnungsbau in den Städten beschleunigen und sozial verträglich gestalten. Dafür sind insbesondere die vielfältigen Möglichkeiten zur Nachverdichtung der Innenstädte auszuschöpfen, um dem Flächenverbrauch im Umland der Städte entgegenzuwirken. Wir wollen Städte der kurzen Wege und setzen auf verdichtete Stadtzentren mit hoher Lebensqualität.

Gutes Leben in der Stadt setzt eine entsprechende Infrastruktur voraus – technisch wie sozial. Um das zu erreichen, setzen wir auf eine intelligente und klug vernetzte Stadtplanung. Individuelle Mobilitätsbedürfnisse müssen berücksichtigt und verknüpft

werden. Ob ÖPNV, Sharing-Angebote, das eigene Auto oder Fahrrad - wir wollen, dass jeder unabhängig vom eigenen Wohnort entscheiden kann, welche Mobilitätsangebote er nutzen will.

Die „Öffentliche Ordnung“ in unseren Städten muss neu mit Leben erfüllt werden. Es darf keinen Raum für Kriminalitätsschwerpunkte und Clan-Kriminalität geben. Wir stehen für die Einhaltung des Rechts und bekämpfen Verstöße mit aller Entschiedenheit. Dazu gehört, dass Videoaufklärung im öffentlichen Raum eingesetzt werden darf.

Erlebbarer Stadtnatur ist für die Menschen von hohem Wert. Sie trägt auch zum Erhalt der biologischen Vielfalt bei, bietet verschiedene Nutzungsmöglichkeiten und hilft den Städten bei der Anpassung an den Klimawandel. Deshalb legen wir bei der Stadtentwicklung besonderen Wert auf den Erhalt und den Ausbau der Stadtnatur und schaffen dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Stadt und Land gemeinsam denken

Das Bedürfnis der Menschen nach Identität und Heimat wächst. Gerade junge Menschen erfahren oder erleben, dass der Preis für grenzenlose Mobilität, räumliche Flexibilität, Selbstoptimierung, Individualisierung und ein Leben in der digitalen Welt nicht den Verlust von Wurzeln, Identität und Geborgenheit bedeuten muss. Ob ländlicher oder städtischer Raum – Heimat und Identität sind Standortfaktoren.

Viele Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte, wie Digitalisierung, Klimaschutz oder demographischer Wandel, stellen sich Stadt und Land gemeinsam. Dafür brauchen Städte, Gemeinden und Landkreise die besten Rahmenbedingungen. Wir setzen dabei auf einen Lösungsdreiklang aus Freiräumen, Kooperationen und Digitalisierung. Wir wollen technologische Innovationen und flexible Lösungen auch und gerade von öffentlichen Stellen ausgehend ermöglichen.

Nur wer sich sicher fühlt, fühlt sich heimisch. Eine verstärkte Präsenz von Ordnungskräften und Polizei trägt dazu bei, das Sicherheitsempfinden der Menschen zu verbessern, Vandalismus zu verhindern und der Verwahrlosung des öffentlichen Raums entgegenzuwirken.

Wir bekennen uns klar zur Verantwortung des Staates für eine gute Infrastruktur in Stadt und Land. Er muss sie sicherstellen durch staatliche Investitionen und Förderungen. Jeder Haushalt, jeder Wirtschaftsbetrieb – ob Landwirt, Start-Up oder Hidden Champion braucht passgenaue und leistungsfähige Zugänge zu digitalen Technologien. Unser Ziel ist eine verlässliche, leistungsfähige Infrastruktur – da wo die Menschen sie brauchen. Zukünftig veränderte Nutzungsmöglichkeiten müssen dabei schon heute mitgedacht werden. Wir müssen im gesellschaftlichen Konsens die Mindeststandards für die Daseinsvorsorge definieren und neue Wege beschreiten, um flexibler auf die Anforderungen der Menschen reagieren zu können.

Gleichwertigkeit in ganz Deutschland ermöglichen

Wir wollen strukturschwache Regionen zu Pionieren und wirtschaftlichen Vorbildern entwickeln. Wir wollen Wegbereiter sein und den Unternehmen und Menschen mehr Freiheiten geben. Mit Hilfe eines gesamtdeutschen Fördersystems sollen strukturschwache Regionen zu Wirtschaftsregionen mit ganz besonderen Entwicklungschancen werden. Mit weniger Regulierung und Bürokratie, Sonderabschreibungen, einem beschleunigten Ausbau der Infrastruktur, der verstärkten Ansiedlung von Behörden, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und schneller Digitalisierung schaffen wir attraktive Bedingungen für in- und ausländische Unternehmen, für Start-Ups und für Menschen mit Ideen. Wir setzen auf den Mut zur Freiheit und werden strukturschwache Regionen zu Entdeckungsregionen für die Chancen und Strategien der Zukunft machen.

2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?

Gemeinsame Antwort auf die Fragen:

2.5. Welche Rechte und Pflichten hat der Staat gegenüber den Bürgern?

2.6. Welche Rechte und Pflichten haben die Bürger gegenüber Staat und Gesellschaft?

Die Rechte und Pflichten des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und umgekehrt ergeben sich maßgeblich aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das als Verfassung unseres Landes das rechtliche Fundament unseres Staates definiert. Als Solches ist das Grundgesetz Inbegriff der geschriebenen oder ungeschriebenen grundlegenden Rechtssätze über die Organisation und Funktionsweise der Staatsgewalt sowie über die Rechtsstellung des Einzelnen - es bildet den Rahmen, in dem wir leben. Es setzt uns die Regeln und stellt zugleich sicher, dass wir in Freiheit leben können. In insgesamt 146 Artikeln sind unter anderem die Grundrechte der deutschen Bürgerinnen und Bürger sowie die Aufgaben der einzelnen Regierungsorgane verankert. Die Grundrechte sind dabei die grundlegenden Freiheits- und Gleichheitsrechte, die jedem Menschen in unserem Staat garantiert werden und den Bürgerinnen und Bürgern insbesondere Abwehrrechte gegenüber dem Staat einräumen. Grundrechtsverpflichtet ist zunächst und vor allem der Staat.

Neben den Grundrechten, zu deren Einhaltung der Staat verpflichtet ist, hat der Staat dafür Sorge zu tragen, dass im Bereich der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Infrastruktur und anderen relevanten Standortfaktoren, die die Bevölkerung betreffen, die Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land geschaffen werden. Dabei bedeutet Gleichwertigkeit nicht Einheitlichkeit oder Gleichheit, oder gar die Nivellierung aller Unterschiede in den einzelnen Landesteilen. Politik sollte weiterhin das Recht haben, auf die Vielfalt der Möglichkeiten zur Lebensgestaltung in den einzelnen Landesteilen zu setzen und gegebenenfalls regionale Unterschiede und Stärken zu betonen. Um dies gewährleisten zu können, sollen Bund und Länder auch in Zukunft im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe die kommunale Selbstverwaltung stärken und neue dezentrale Lösungsansätze unterstützen.

2.7. Was können Bürger für die Gemeinschaft tun?

Engagement in Eigeninitiative und als Hilfe zur Selbsthilfe sind heute zunehmend wesentlich, um das soziale und kulturelle Leben sowie zunehmend auch erweiterte (kommunale) Dienstleistungen vor Ort zu erhalten, wie beispielsweise die Feuerwehr. Bürger können mit Ihrem Engagement dazu beitragen die Leben in ländlichen Gebieten und städtischen Gebieten entscheidend zu verbessern, Lebensräume attraktiver und lebenswerter zu gestalten. Genossenschaftliche Kooperationen können einen strukturellen Rahmen bieten, um ehrenamtliche Tätigkeiten zielgerichtet und langfristig sowie auf wirtschaftlicher Basis zu etablieren – vor allem im Bereich der erweiterten Daseinsvorsorge. Eine Qualifizierung und Wertschätzung ehrenamtlicher Tätigkeiten ist dabei wesentlich.

2.8. Wie kann der Gemeinsinn durch einen Dienst für die Gesellschaft gestärkt werden?

Wer sich für sein persönliches Umfeld, seine Nachbarschaft, sein Quartier/Viertel/Dorf/seinen Kiez/seine Ortschaft engagiert, bildet und pflegt Heimat. Sie oder er motiviert das persönliche Umfeld und stärkt das Verantwortungsbewusstsein der Menschen. Wer in örtlichen Vereinen, Projekten oder Initiativen, vorübergehend oder dauerhaft, mitwirkt, fördert sowohl die Identifikation als auch die Akzeptanz mit den unterstützten Ideen und Projekten. So steigen die Erfolgsaussichten für gesellschaftliche Initiativen. Sie werden stärker und wahrnehmbarer. Dritte fühlen sich angesprochen, aufgefordert und einbezogen. Die feste Verankerung der Bürgerinnen und Bürger in zivilgesellschaftlichen Strukturen fördert ihre soziale Identifikation mit der Region, kann Städten und Gemeinden große Potenziale erschließen und nachhaltig den Gemeinsinn stärken. Wer sich einer Heimat, Gemeinschaft oder Gesellschaft zugehörig fühlt und aktiv, möglichst regelmäßig, an ihrer Entwicklung mitwirkt, stärkt den Gemeinsinn. Dies geschieht auf ganz unterschiedliche, nicht immer vergleichbare Art und Weise. Unterschiede bestehen in der Dauer des Engagements, bei der Zugehörigkeit zu Vereinen und Parteien, bei der Ortsgebundenheit, bei der Nutzung digitaler Optionen u.v.m. Dies liegt an den unterschiedlichen Akteuren, am anders gearteten Lebensumfeld, etwa in städtischen und ländlichen Räumen, sowie an unterschiedlichen Traditionen in Nord/Süd/Ost/West bzw. an den Charakteristika verschiedener Regionen. Pauschal von EINEM Dienst an der Gesellschaft zu sprechen, würde den ganz unterschiedlichen Menschen und Betätigungsfeldern kaum gerecht. Eines aber gilt grundsätzlich und überall: Angebote von Vereinen Initiativen, Projekten, aber immer auch von politischen Parteien oder Stiftungen, sollten die zahlreichen Mitwirkungsmöglichkeiten selbstbewusst, offenherzig, niedrigschwellig und möglichst projektorientiert kommunizieren. Haupt- und ehrenamtliche Strukturen müssen hier Hand in Hand arbeiten, sich untereinander und mit Dritten, etwa aus der Wirtschaft oder in Form von genossenschaftlichen Kooperationen, vernetzen sowie Praxisbeispiele austauschen. Ein professionelles Ehrenamtsmanagement kann passgenaue Angebote formulieren, die klare Vorstellungen vom notwendigen Zeit- und Ressourceneinsatz, von der erwarteten Dauer des Engagements und von dessen Zielen vermitteln. Kommunen sollten nichts dem Zufall überlassen und Dienste für die Gesellschaft bzw. Heimarbeit aktiv begleiten, finanziell wie ideell fördern sowie analog und digital sichtbar machen. Dabei muss stets darauf geachtet werden, dass Dienste für

die Gesellschaft nur dann dem Gemeinwohl dienen, wenn sie nicht als selbstverständlich erachtet oder als dankbare Kompensation für fehlendes staatliches Handeln begriffen werden. Wer der Gesellschaft einen der vielen ehrenamtlichen Dienste erweist, ist nur nachrangig an öffentlicher Anerkennung interessiert – gleichwohl ist eine besondere Wertschätzung dieses Engagements und der hinter ihm stehenden Menschen geboten. Diese kann auf unterschiedliche Weise geschehen: etwa in Form einer Ehrenamtskarte, die Ermäßigungen bei Eintrittsgeldern oder bei der Nutzung öffentlicher Angebote und Einrichtungen ermöglicht, oder in Form von kostenlosen bzw. geförderten (Weiter-/Fort-)Bildungsangeboten für ehrenamtlich Tätige, in der Gestalt von besonderen Einladungen bzw. von persönlichen Dankesbriefen sowie Gratulationsschreiben bis hin zu Aufwandsentschädigungen oder Rentenanwartschaften.

2.9. Wie kann die öffentliche Verwaltung ein moderner, zukunftsorientierter und verlässlicher Dienstleister für die Bürger bleiben?

Deutschland hat eine gewachsene und funktionierende Verwaltung. Bürger und Unternehmen haben zu Recht die Erwartung, dass in Zukunft Verwaltungsleistungen vereinfacht und online abgewickelt werden können. Bund, Länder und Kommunen müssen bei der Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltungsprozesse noch mehr Fahrt aufnehmen. Weil über 70 Prozent der Verwaltungsvorgänge in den Kommunen abgewickelt werden und für Bürger und Unternehmen erste Ansprechpartner sind, kommt es auf die Kommunen an.

Wir wollen, dass Bürger und Unternehmen einen Anspruch darauf haben, dass Daten von der öffentlichen Hand nur einmal erfasst werden (Once Only-Grundsatz) und der Austausch der Daten in Zukunft besser gelingt. Für die Verwirklichung dieses Once Only-Grundsatzes wollen wir Modelle entwickeln, welche die bestehende dezentrale Registerlandschaft unberührt lassen und einen zweckgebundenen und allein anlassbezogenen Datenzugriff vorsieht. Parallel müssen Bürger wie Unternehmen völlige Transparenz über die beim Staat gespeicherten Daten wie die Zugriffe durch Behörden auf diese Daten erhalten. Dabei muss gewährleistet werden, dass keine unrechtmäßige Nutzung der Daten von Seiten der öffentlichen Hand, wie auch von privaten Unternehmen erfolgt.

Wir wollen, dass Bund und Länder die Digitalisierung in der Verwaltung so nutzen, dass Kommunen mehr Entscheidungskompetenz erhalten. Digitale Verwaltungsvorgänge müssen in jedem Falle die kommunale Selbstverwaltung respektieren und abbilden. Viele Kommunen haben bereits große Anstrengungen zu mehr Bürgernähe durch eine moderne, digitale Verwaltung unternommen. Auf diese unterschiedlichen Erfahrungen und Ergebnisse wollen wir aufbauen.

Die bestehenden Gesetze und Verwaltungsregeln sowie Prozesse müssen auf ihre Digitaltauglichkeit hin überprüft und ggf. angepasst werden. Dazu gehören die Überprüfung von Schriftformerfordernissen ebenso wie die verbindliche Regelung von Standards und Interoperabilitätsanforderungen.

Wir wissen, dass Bürgernähe nicht automatisch durch Digitalisierung erzeugt wird. Barrierefreier Zugang heißt für uns deshalb auch, dass alternative unterstützende Zugänge zu Verwaltungsdienstleistungen insbesondere für Ältere erhalten bzw. neu geschaffen werden müssen. Wir räumen dem persönlichen Kontakt zwischen Bürger und Verwaltung sowie dem Bürger und der Kommunalpolitik auch im Zeitalter der Digitalisierung einen erheblichen Stellenwert ein. Verwaltung der Zukunft braucht im Wettbewerb mit den Unternehmen neue motivierte und qualifizierte Arbeiter, Angestellte und Beamte mit einem leistungsgerechten und wettbewerbsfähigen Vergütungssystem. Wir wollen eine Plattform (App-Store für die Verwaltung) schaffen, auf der den Kommunen zertifizierte Verwaltungssoftware als Abbildung der Fachverfahren vom IT-Planungsrat zur Verfügung gestellt werden.

2.12. Wie sorgen wir für Subsidiarität im politischen Alltag – in den Kommunen, in den Ländern, im Bund und in der EU?

Das Bestreben nach Freiheit und Verantwortung drückt sich im Prinzip der Subsidiarität aus, das die Rechte des Individuums, der Familie und der kleinsten Gemeinschaften schützt, den übermäßigen Einfluss höherer Entscheidungsebenen einschränkt und damit konstituierender Bestandteil in Deutschland ist. Die CDU bekennt sich zum Prinzip der Subsidiarität, das als konstituierender Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung nicht nur Eingriffe von Seiten der EU, sondern auch des Bundes unterbindet und der Länder hinterfragt.

Wir wollen dieses Instrument zu einer präventiven Subsidiaritätsprüfung für alle Ebenen zu einem „Freiheitscheck“ ausbauen, bei dem vor der Rechtssetzung dargelegt wird, dass der Eingriff notwendig und verhältnismäßig ist. Wir wollen mit dieser Gesetzesfolgenabschätzung mehr Handlungsspielraum für die Menschen vor Ort in Gemeinden, Städten und Landkreisen sichern.

Mit Förderprogrammen der Länder, des Bundes und der EU können wichtige Impulse für die nachhaltige Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens gesetzt werden. Aber Förderprogramme dürfen nicht als „Goldener Zügel“, die knappen Ressourcen einseitig in eine Richtung lenken, verstanden werden. Wir wollen die zukünftige Förderpolitik von EU, Bund und Ländern verstärkt auf einzelne modellhafte Projekte (Pilotprojekte) konzentrieren und von vornherein die Dauerfinanzierung sicherstellen. Flächendeckende Förderprogramme sind so anzulegen, dass nicht nur die gesamte Laufzeit eines Projektes geplant und finanziell abgesichert ist, sondern auch die Zeit nach der Projektförderung bereits von Anfang an berücksichtigt wird.

6. Wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der Menschen?

6.11. Wie kann der Staat digitale Innovationen zum Wohl der Bürger nutzen?

Antwort 1

Digitale Innovationen verändern unsere Art zu Leben und zu Wirtschaften grundlegend und dauerhaft. Sie können unseren Alltag immens erleichtern und unsere Lebensqualität verbessern. Städte, Landkreise und Gemeinden sind im Wandel, denn die Digitalisierung führt bisher getrennte Bereiche wie Verkehr, Wohnen, Gesundheit oder Haushalt zusammen. Digitalisierung ist unsere große Chance, das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu erreichen durch Telearbeit, Telemedizin, effektive und passgenaue Organisation von Mobilität in überlasteten Städten wie in entlegenen Räumen und die Erleichterung des ehrenamtlichen Engagements.

Dafür muss der Staat die Voraussetzungen schaffen durch den schnellen und flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur (5G, Glasfaser), durch eine neue Art der Raumplanung, durch kluge Regulierung und digitale Verwaltung.

Wir denken das Wohn- und Arbeitsumfeld der Bürger neu und werden Städte, Landkreise und Gemeinden zu vernetzten Systemen, zu Smart Cities und Smart Regions, entwickeln. Wir machen die Digitalisierung der Lebensbereiche zum Leitgedanken der Regional- und Verkehrsplanung und verankern sie in allen Programmen des Städtebaus, der Dorfentwicklung und der ländlichen Entwicklung.

In unserem Deutschland sind alle öffentlichen Dienstleistungen im Netz abrufbar und einfach und rechtsicher von jedermann auszuführen. Wir haben ein ehrgeiziges Ziel: Bis 2030 sollen aus fünf Tagen Bürokratie drei Stunden geworden sein. Im föderalen Deutschland setzen wir nicht auf Einheitlichkeit, sondern auf offene Lösungen: offene Schnittstellen und Open-Source Software auf der Basis definierter IT-Sicherheitsstandards und Datenschutz. Dafür muss die Verwaltung ihre Codes aufwandfrei untereinander austauschen und nachnutzen können.

Digitale Angebote der öffentlichen Hand und öffentlicher Unternehmen müssen barrierefrei sein. Jeder muss auch Unterstützung bei der Ausführung erhalten können. Für den Benutzer soll es vor allem bei Mobilitätsangeboten einheitliche Oberflächen geben.

Antwort 2

Der Staat muss die Voraussetzung schaffen, um digitale Anwendungen und Innovationen für die Bürger nutzbar zu machen. Er muss die Infrastruktur im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse sicherstellen. Wir wollen Glasfaser in jedem Haushalt und 5G flächendeckend sowie einen funktionierenden Wettbewerb um die besten Dienstleistungen und Nutzungsmöglichkeiten.

Wir wollen, neben dem Ausbau der digitalen Verwaltung die Rahmenbedingungen für Innovationen verbessern, die Forschung und den Forschungstransfer verstärken.

Im Kernbereich des Staates, der inneren Sicherheit, können intelligente, verhaltensbasierte Videoüberwachung und die Gesichtserkennung zu mehr Sicherheit auf Straßen und Plätzen beitragen und die Vernetzung gemeinsame Datennutzung die Kriminalität in Deutschland und Europa bekämpfen. Wir wollen, dass die Daten der Ein- und Ausreise in Europa erfasst werden und allen betroffenen Ämtern und Dienststellen bereitstehen.

Unser Ziel ist es, dass jeder Kontakt mit der öffentlichen Hand online erledigt werden kann. Wir wollen den elektronischen Personalausweis bzw. Identitätsnachweis (Aufenthaltstitel) als modernes und mobil einsetzbares Authentifizierungsmedium flächendeckend zum Einsatz bringen.

8. Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen?

8.7. Wie begeistern wir Menschen, für das Gemeinwohl einzutreten?

Der Einsatz von ehrenamtlich Tätigen ist für unsere ländlichen Regionen existenziell. Ehrenamt ist dort die tragende Säule der Daseinsvorsorge – vom Katastrophenschutz bis zur Kultur. Dieses ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement werden wir durch konkrete Maßnahmen unterstützen und stärken. Mit der Errichtung einer Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt schaffen wir auf Bundesebene einen zentralen Ansprechpartner für das Ehrenamt. Dafür hat die Union lange gekämpft. Diese werden wir an herausgehobener Stelle in der Bundesregierung verankern. Für eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Ehrenamt werden wir Hürden abbauen. Wir werden die Rechtsvorschriften, die das Ehrenamt betreffen, von Hemmnissen befreien.

8.9. Wie wirken wir sozialer Isolation und Einsamkeit entgegen?

Wir wollen den Menschen Heimat geben und machen die aktive Bürgergesellschaft stark. Vor Ort bestehen viele Angebote und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe. Wer allerdings lange Zeit ohne geregelte Arbeit oder durch Krankheit oder Alter ins Abseits gerät, kann Unterstützung erfahren und braucht frühe Hilfen.

Wir unterstützen die Arbeit der Vereine, Verbände, Nachbarschaftsinitiativen, Kirchen und freien Träger und brauchen die Achtsamkeit jedes Einzelnen gegenüber seinem Nächsten. Wir wollen das Konzept der Praxisassistenz („Gemeineschwester 2.0“) für den ländlichen und städtischen Raum weiterentwickeln und mit Gemeinde- und Stadtteilhelfern die Betroffenen wieder besser erreichen.

Wenn Kindern und Jugendliche von sozialer Isolation betroffen sind, sind sie eher schutzlos und gefährdet. Hier müssen Kinder- und Jugendhilfe im Zusammenwirken mit Schule aktiv eingreifen. Wir wollen dafür die Voraussetzungen verbessern und die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden sicherstellen. Um auch im Falle von Gefährdungen einen effizienteren Austausch zwischen den zuständigen Behörden sicherzustellen, wollen wir eine neue Schnittstelle schaffen, die es ermöglicht, dass Kindeswohlgefährdungen früher entdeckt und besser verfolgt werden können.

8.11. Wie fördern wir vertraute Lebensumfelder und intakte Nachbarschaften?

Ob sich Menschen vor Ort wohlfühlen und in einer globalisierten Welt in den Gemeinden und Nachbarschaften Heimat finden, hat viel mit Wohlstand, sozialer Absicherung und dem Zusammenhalt der Menschen zu tun. Bildungs- und Betreuungsangebote, Kultur- und Sozialeinrichtungen, Vereine und Nachbarschaftsnetzwerke aber auch arbeitnehmer- und familienfreundliche Unternehmen machen vor Ort die Lebensbedingungen aus. Staat und Kommune, kommunale Ordnungsdienste, Polizei und Justiz müssen ihre Aufgabe erfüllen, geltendes Recht und gültige Regeln durchzusetzen.

Wir wollen Nachbarschaften stärken und durch die Stadt- und Regionalentwicklung besser fördern. Neue Nachbarschaftsprojekte müssen entstehen, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Kirchen, caritative Einrichtungen, Vereine und insbesondere Sportvereine können die Menschen wieder näher zueinander bringen und den Zusammenhalt stärken. Auch Genossenschaften bringen Identifikation und Zusammengehörigkeit. Wir wollen bürokratische Vorgaben verringern und insbesondere kleine Vereine von Bürokratie und überbordenden steuerrechtlichen Vorgaben entlasten.

Eine Kultur des Hinschauens und der Wachsamkeit, des Sich-Kümmerns, wirkt präventiv. Dort, wo Hausgemeinschaften sich darauf verständigen, kann an gefährdeten öffentlichen Orten und Plätzen Videoüberwachung zur Prävention und Aufklärung von Straftaten beitragen. Dabei muss der Datenschutz gewährleistet werden. Die „Öffentliche Ordnung“ muss neu mit Leben erfüllt werden. Eine verstärkte Präsenz von Ordnungsämtern und Polizei trägt dazu bei, das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen zu verbessern, Vandalismus zu verhindern und der Verwahrlosung des öffentlichen Raums entgegenzuwirken. Deshalb brauchen wir die Polizeidienststellen auch im ländlichen Raum.

10. Wie bewahren wir die Natur als Lebensgrundlage der Menschheit?

10.7. Wie kann vernetzte und digitale Mobilität zu höherer Effizienz und einer besseren Umwelt- und Klimabilanz beitragen?

Mit digitaler Technik kann der Autoverkehr besser gelenkt werden, so dass unsere Infrastruktur effizienter ausgelastet wird und Verkehr besser fließt. Digitale Technik ermöglicht es der Bahn, Züge in geringeren Abständen fahren zu lassen und so die Infrastrukturskapazitäten besser zu nutzen. Die Digitalisierung ermöglicht, unterschiedliche Verkehrsträger so zu vernetzen, dass ganze Wegekettens im Vorhinein verlässlich gebucht werden können. So kann der Nutzer nahtlos die vorher gebuchten unterschiedlichen Angebote von Bike-, E-Tretroller-, oder Carsharing etc. bis zum ÖPNV wechseln. Durch die Möglichkeit immer größere Datenmengen zu verarbeiten, ist die Grundlage für automatisiertes und autonomes Fahren und Fliegen geschaffen. Hier treiben wir Forschung und Entwicklung voran, um möglichst schnell die Chancen für bessere Mobilität zu nutzen.

10.12. Wie bringen wir mehr Natur in die Städte?

Erlebte Stadtnatur ist für die Menschen von hohem Wert und bietet vielfältige Nutzungsmöglichkeiten. Sie bedeutet Lebensqualität, Gesundheit, Erholung, Bewegung und Naturerfahrung. Urbane grüne Infrastruktur trägt zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bei und bietet kostengünstige Lösungen für die Anpassung an den Klimawandel. Das Engagement für Umwelt und Natur ist zugleich immer auch ein Bekenntnis zur Bewahrung der Schöpfung. Unsere Umwelt hat keinen klassischen Preis, trotzdem ist sie unbezahlbar. Wir wollen sicherstellen, dass alle Stadtbewohner fußläufigen barrierefreien Zugang zu Stadtgrün erhalten.

Zur Stärkung der Stadtnatur sind rahmende rechtliche Regelungen stets an aktuelle Herausforderungen anzupassen und bestehende Förderansätze zu verbessern. Beispielsweise kann dafür der Ausbau von "Grünen Dächern" herangezogen werden, die im Hinblick auf die Versickerung von Regenwasser, aber auch für sogenannte Kaltluftschneisen von hoher Relevanz sind. Die nachhaltige Verwurzelung von Mensch, Tier und Umwelt kann durch Baumpatenschaften, Ausweisung von Bienenwiesen, öffentlichen Trinkwasserbrunnen, nachbarschaftlichen "Aufräumaktionen", "Lange Tage der Stadtnatur" und Sitz- sowie Spielgelegenheiten für Jung und Alt erhöht werden. Wir setzen auf innovative Formate der Öffentlichkeitsarbeit, die Erprobung neuer Ansätze und die Entwicklung von Arbeitshilfen für lokale Umweltakteure, um die urbane grüne Infrastruktur weiter zu stärken.

11. Wie schaffen wir Bedingungen für ein gutes Leben in Stadt und Land?

11.1. Wie verstehen wir Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse?

Eine starke Wirtschaft und ausreichend Arbeitsplätze ebenso wie Kinderbetreuung, Pflegeangebote, Nahversorgung, kulturelle Angebote und gute Anbindung an den ÖPNV sind essentiell, um gute strukturelle Voraussetzungen zu schaffen, um die Lebenssituationen in den ländlichen Regionen und den städtischen Quartieren attraktiver zu gestalten.

11.2. Wie sorgen wir für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland?

Die Förderung der Wirtschaft unter Einbeziehung sozialer und ökologischer Rahmenbedingungen ist zentral. Durch Nachhaltigkeit, Solidarität und regionale Partizipation wollen wir zu lebenswerten ländlichen Räumen und (Stadt-)Regionen in allen Regionen Deutschlands beitragen. Genossenschaften sind dabei eine Option, welche tragfähige Lösungsansätze bieten, um Synergien zu nutzen und nachhaltige Infrastrukturkonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

11.3. Wie bleiben die ländlichen Regionen attraktiv?

Die ländlichen Regionen und die Menschen dort liegen uns als Union am Herzen. Für uns sind sie kein Anhängsel von Ballungszentren, keine Museumslandschaften und keine Projektionsfläche für Landlustromantik. Für uns sind ländliche Räume Kraftzentren, das Fundament unseres Landes.

Mehr als die Hälfte der Deutschen lebt in ländlichen Regionen. Sie sind die Heimat des Mittelstandes. Nirgendwo gibt es mehr Ehrenamt. Dort ist die grüne Lunge unseres Landes mit Wäldern, offenen Landschaften und einer großen Artenvielfalt.

Wir wollen ländliche Regionen als Zukunftsräume entwickeln, die den Menschen gute Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen bieten. Das gelingt nur im Zusammenspiel verschiedener Faktoren von Wirtschaft, Infrastruktur, Wohnen und guter Anbindung über Straße und Schiene auf der einen und dem Zusammenhalt, der Identifikation mit der Region und dem Leben in der Natur auf der anderen Seite. Industrie, Handel, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Dienstleistungen brauchen gute Rahmenbedingungen und eine gezielte Unterstützung. Dabei wollen wir die Chancen der Digitalisierung für neue Arbeitsplätze auf dem Land mit hoher Wertschöpfung und modernes mobiles Arbeiten nutzen. Voraussetzung dafür ist der Zugang zu flächendeckendem schnellem Internet – ohne Unterschiede in Stadt und Land. Wir werden gezielt Behörden, Dienstleistungszentren, Schulen und Hochschulen im ländlichen Raum errichten. Das macht Regionen attraktiv und ist gelebte Subsidiarität.

Unser Ziel sind lebendige Dörfer und kleinere Städte mit intakten Ortskernen und Möglichkeiten, sich entwickeln zu können. Wir fördern die Verbindung von Wohnen, Dienstleistungen und Arbeit und setzen auf flexible Lösungen bei der Umnutzung von Gebäuden. Die Menschen und ihr Engagement machen das Land zur Heimat. Wir wollen den Genossenschaftsgedanken für das Land weiterentwickeln und das Ehrenamt stärken.

11.4. Wie machen wir Lust auf Heimat?

Der Heimatbegriff wird längst nicht mehr mit einer engen, rückständigen Provinzialität verbunden, sondern erlebt eine Renaissance als in die Zukunft gerichtete Handlungsoption. Gerade junge Menschen erfahren oder erleben, dass der Preis für grenzenlose Mobilität, räumliche Flexibilität, Selbstoptimierung, Individualisierung und ein Leben in der digitalen Welt nicht den Verlust von Wurzeln, Identität und Geborgenheit bedeuten muss. Studien und Umfragen belegen ein wachsendes Bedürfnis der Menschen nach Heimat. Heimat wird zum Standortfaktor. Die Politik kann und muss dem auf allen Ebenen Rechnung zu tragen. Insbesondere Städten, Gemeinden, Kreisen und Regionen bietet sich die Chance, den spürbaren Gestaltungswillen der Menschen und ihre Leistungsbereitschaft für ihre Heimat aufzugreifen und gemeinwohlorientiertes Engagement zu fördern. Auch wenn Heimat nicht nur geografisch empfunden wird, kann Heimat vor Ort immer wieder neu geweckt, müssen Bürgersinn und Initiative „an Ort und Stelle“ gebildet werden.

Heimat bedeutet Begegnung zu leben, Orientierung für Alteingesessene und Neuankömmlinge, gemeinsam zu gestalten und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen: für die Mentalität der Menschen, für Kultur, Traditionen und Bräuche, für Sprache und Dialekte, für soziale Verbundenheit, für den Wohnort sowie für Landschaft, Natur und Umwelt – in Vergangenheit, Gegenwart und vor allen Dingen für die Zukunft.

Politische Wertschätzung kann Lust auf Heimat machen. Dazu gehören die finanzielle und ideelle Förderung von (Heimat)Vereinen, die Unterstützung bei individuellen Anliegen, analoge wie digitale Plattformen zur Vernetzung von Akteuren, Angebote zur öffentlichen Darstellung von örtlichem oder regionalem Engagement, Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten, Beratungsangebote, eine unbürokratische Begleitung von ehrenamtlichem Engagement, Förderprogramme für ehrenamtliches Engagement in den Bereichen Heimatpflege und Tourismus u.v.m., kostenlose oder geförderte (Weiter-/Fort-)Bildungsangebote für Ehrenamtliche, eine reibungsfreie Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamt, zwischen Vereinen und Kommunen sowie nachhaltige Möglichkeiten zur Partizipation und Mitgestaltung in der Kommunalpolitik, angefangen von einem niedrigschwelligen Zugang zu Politik und Verwaltung für Vereine, Initiativen und Projekte.

Um alles dies zu gewährleisten muss:

- Heimat ebenso traditionsbewusst wie zukunftsgerichtet gedacht und kommuniziert werden, als ein weltoffener und aufgeschlossener Begriff, der die „Provinz“ mit dem „globalen Dorf“ versöhnt, Menschen zusammenführt und motiviert, Gemeinsinn und Zusammenhalt fördert;
- dem Missbrauch des Heimatbegriffs, etwa ausgrenzend oder sogar völkisch-ideologisch instrumentalisiert, konsequent vorgebeugt und deutlich entgegnet werden;
- ehrenamtliche Heimat-Arbeit in ihren zahlreichen Facetten von den örtlichen Kommunen zugewandt, individuell, unbürokratisch und spürbar unterstützt werden.

Auf diese Weise kann eine starke gelebte Heimat zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in städtischen und ländlichen Regionen beitragen, lebendige Dorf- und Stadtkerne schaffen, dem Erhalt der Landschaft und der örtlichen Landwirtschaft sowie der Vermarktung und dem Einkauf regionaler Produkte dienen, eine wohnortnahe Versorgung ermöglichen und den Zusammenhalt der Gesellschaft bewahren.

11.5. Wie gestalten wir gute Infrastrukturen angesichts des demografischen Wandels und Wanderungsbewegungen zwischen Stadt und Land?

Antwort 1

Der Erhalt, der Ausbau und die Gestaltung unserer Infrastrukturen in den Bereichen Verkehr, Breitband, Energie, Wasser, Gesundheit und Bildung sind Grundvoraussetzungen für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Gute Infrastrukturen sichern Teilhabe, sozialen Frieden und den Zusammenhalt in unserem Land.

Wir bekennen uns klar zur Verantwortung des Staates für eine gute Infrastruktur. Er muss sie sicherstellen durch staatliche Investitionen oder Förderungen. Das gilt auch für die digitale Infrastruktur, denn sie wird auf der gesamten Fläche gebraucht. Jeder Haushalt, jeder Wirtschaftsbetrieb – ob Landwirt, Start-Up oder Hidden Champion - braucht

passgenaue und leistungsfähige Zugänge. In den ländlichen Regionen nutzen wir digitale Lösungen für zuverlässigen ÖPNV, sichere ärztliche Versorgung und moderne Schulen.

Eine leistungsfähige Infrastruktur muss verlässlich und ohne Wenn und Aber auch in Zeiten des demographischen Wandels und unter den Bedingungen von Wanderbewegungen finanziert werden. Dabei müssen wir im gesellschaftlichen Konsens die Mindeststandards für die Daseinsvorsorge definieren und neue Wege beschreiten, um flexibler auf die Anforderungen der Menschen reagieren zu können.

Wir werden die Infrastruktur so gestalten, dass sie sich unterschiedlichen Anforderungen und dem demographischen Wandel anpassen kann. Zukünftig veränderte Nutzungsmöglichkeiten müssen schon heute mitgedacht werden. Ein Beispiel sind Schulen in Neubaugebieten, die sich leicht zu Mehrgenerationenhäusern oder Pflegeeinrichtungen umwandeln lassen.

Zwingend notwendig ist es, dass unsere Infrastruktur möglichst umweltfreundlich und flächenschonend geplant ist und den Menschen ein nachhaltiges und klimafreundliches Leben ermöglicht. Insbesondere die Digitalisierung der Mobilität muss helfen, die Städte und ländlichen Räume nachhaltiger zu gestalten. Dabei bekennen wir uns zum Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, der Schiene und der Radinfrastruktur in den Städten wie in die Fläche hinein. In ländlichen Räumen darf aber auch der Straßenbau nicht vernachlässigt werden. Prädiktive Wartung, d.h. effektive und effiziente Kontrolle der Infrastrukturen und ihre bedarfsgerechte Nutzung wollen wir vorantreiben.

Antwort 2

Große Teile unsere Infrastrukturen leiden unter Kapazitätsproblemen und zu geringen Investitionen in der Vergangenheit. Die Lehre hieraus muss eine Verstetigung der Erhaltungs- und Unterhaltungsaufwände sein. Gute Infrastrukturen sind Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum in einer globalisierten, spezialisierten und arbeitsteiligen Wirtschaft sowie für Teilhabe der Menschen in Stadt und Land. Gute Infrastrukturen von den suburbanen und ländlichen Regionen in die Oberzentren und Ballungsgebiete sind Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse und die Vermeidung von Landflucht. Auf allen staatlichen Ebenen muss der Erhalt und der bedarfsgerechte Ausbau der jeweils zu verantwortenden Infrastruktur möglichst von konjunkturell bedingten Einnahmeschwankungen unabhängig gewährleistet sein. Nutzerfinanzierung hat allein zur Finanzierung der Infrastruktur zu erfolgen. Eine Lenkungswirkung über differenzierte Nutzerfinanzierungen wie z. B. bei Citymautmodellen lehnen wir ab.

11.6. Wie sichern wir guten Zugang zu allen Leistungen der Daseinsvorsorge?

Überall in Deutschland haben die Menschen Anspruch auf guten Zugang zu allen Leistungen der Daseinsvorsorge. Während dies in den dichtbesiedelten Gebieten meist leicht darstellbar ist, tragen Politik und Gesellschaft besondere Verantwortung dafür, auch in dünner besiedelten Gebieten gut erreichbare Schulen, eine gute Versorgung mit Ärzten, Therapeuten, Hebammen und eine gute Infrastruktur für Familien, Jugendliche und ältere

Menschen sicherzustellen. Wir brauchen mehr Flexibilität und kommunale Öffnungsklauseln, damit kleine Gemeinden mit kreativen und pragmatischen Lösungen die Herausforderungen vor Ort angehen können. Ohne Ehrenamt und Engagement ist das Leben auf dem Land undenkbar. Ehrenamt sichert Katastrophen- und Brandschutz und trägt entscheidend zum Sport, zur Kultur und zur sozialen Fürsorge in den ländlichen Regionen bei. Wir werden die Verbindung von Haupt- und Ehrenamt stärken, das Ehrenamt unterstützen und seine Qualifizierung fördern. Zur Sicherung der Daseinsvorsorge werden wir auch die Digitalisierung nutzen, von Telemedizin bis zur Organisation der Mobilität, der Versorgung, der Pflege und Betreuung über regionale Plattformen.

11.7. Wie gestalten wir zeitgemäße Mobilität?

Die Mobilitätsansprüche der Menschen werden vielfältiger. Neben dem Anspruch, möglichst schnell voranzukommen, tritt zunehmend die Vermeidung von Immissionen als Kriterium bei der Auswahl der Verkehrsmittel. Die digitale Vernetzung ganz unterschiedlicher Verkehrsmittel ermöglicht die individuelle Auswahl je nach persönlicher Präferenz. Überall im Land möglichst viele alternative Angebote zu machen, ist eine Herausforderung, der wir uns mit Blick auf die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen stellen.

Hierbei haben wir die Reaktivierung von Bahnstrecken, den Ausbau von Schnellbussystemen, die Verbesserung des ÖPNV in den Ballungsgebieten und die Etablierung von On Demand-Systemen ebenso im Blick wie die Forschung am automatisierten und autonomen Fahren und Fliegen.

Die elektrischen Antriebe von Fahrrädern ermöglichen die Nutzung des Fahrrads für deutlich weitere Strecken. Deshalb ist der Ausbau der Radinfrastruktur die Voraussetzung dafür, dass Radfahren Teil des Pendlerverkehrs werden kann.

Der Ausbau des Schienen-, Straßen- und Wasserstraßennetzes bedarf ebenso einer dauerhaft gesicherten Finanzierung wie die Investitionen in den Erhalt unserer Infrastrukturen.

Zur Gewährleistung eines leistungsfähigen Luftverkehrs sind die berechtigten Ansprüche der Nachbarn in einen fairen Ausgleich mit den Mobilitätsansprüchen der Gesellschaft zu bringen. Deshalb unterstützen wir die Forschung und Entwicklung an emissionsarmen Antrieben.

11.8. Wie schaffen wir Rahmenbedingungen für bezahlbaren Wohnraum?

Die Kommunen müssen ausreichend Bauland für die Schaffung von Wohnraum ausweisen. Allgemein muss Bauen in Deutschland einfacher und schneller möglich sein. Private Investoren und Bauherren benötigen verlässliche und attraktive rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen. Die Förderung von Wohneigentum muss weiter gestärkt werden. Mit der Städtebauförderung ist eine Stadtentwicklungspolitik zu verfolgen, die auch die Herausforderungen auf den Wohnungsmärkten in den Blick nimmt. Durch eine bessere

verkehrliche Anbindung des Umlandes können angespannte städtische Wohnungsmärkte entlastet werden. Das Wohnen muss durch das Mietrecht sozial flankiert werden.

11.9. Wie stellen wir Digitalisierung und marktwirtschaftliche Ansätze in den Dienst gleichwertiger Lebensverhältnisse?

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Ihre Chancen wollen wir nutzen, um die Lebensqualität der Bürger zu erhöhen und eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass neue digitale Anwendungen, Verfahren und Geschäftsmodelle entstehen und werden unsere Wirtschaftsordnung auf digitale Geschäftsmodelle anpassen. Sie sollen sich im Wettbewerb so entwickeln können, dass die Wertschöpfung von Erfindungen aus Deutschland und Europa auch bei uns realisiert werden kann.

In unserem Deutschland lässt das gesellschaftliche Klima Start-ups florieren und mit etablierten Unternehmen zusammen neue Ideen entwickeln. Das bietet neue Chancen der Verflechtung von Stadt und Land durch die Zusammenarbeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen mit der Industrie, dem Handwerk und der Landwirtschaft im ländlichen Raum.

Unser Ziel sind digitale Player aus Deutschland, die regionale Plattformen, Big-Data-Anwendungen und Cloud-basierte Dienste sicher und auf der Basis der europäischen Werte- und Datenschutzordnung realisieren. Dafür werden wir Anbietern kommunale Rechenzentren und regionale Clouds zu wettbewerbsfähigen Bedingungen zur Verfügung stellen. So können wir Leistungen der Daseinsvorsorge, Mobilität, Ehrenamt und vieles mehr vor Ort organisieren und Innovationen, Wachstum und dauerhaft gleichwertige Lebensverhältnisse miteinander verbinden.

11.10. Wie nutzen wir das Innovationspotential der Metropolen und des ländlichen Raums für unsere ganze Gesellschaft?

Die Innovationsfähigkeit unserer Metropolen sowie des ländlichen Raumes ist ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Zukunft. Das Nutzen von Innovationspotenzialen führt zu einer Stärkung der regionalen Wertschöpfung und Wirtschaftskraft, steigert die Lebensqualität in den Regionen und sorgt darüber hinaus für den nachhaltigen Erhalt von Arbeitsplätzen. Um dieses Potenzial zu nutzen, müssen regionale Innovationsstrategien entwickelt und Akteursnetzwerke unterstützt werden, die den gegenseitigen Austausch zwischen Politik, Wissenschaft, Unternehmern und Bevölkerung fördern. Hierbei ist es gerade für den ländlichen Raum bedeutend, die Förderung von nichttechnischen, organisatorischen und sozialen Innovationspotenzialen ebenso bewusst wie die Förderung technischer Innovationen mit einzubeziehen.

Für die CDU ist hierbei die Unterstützung unseres Mittelstandes besonders wichtig. Der Mittelstand ist das Rückgrat und der Wirtschaftsmotor in Deutschland. Um im internationalen Wettbewerb auch weiterhin bestehen zu können, muss das Potenzial kleiner und mittlerer Unternehmen zur Technologieführerschaft identifiziert und

unterstützt werden. Häufig verfügen diese Unternehmen über keine eigenen Forschungsabteilungen, daher ist es notwendig einen einfachen Zugang zu unterstützenden Institutionen und Programmen zu schaffen, um ihr Innovationspotenzial auszuschöpfen. In entgegengesetzter Richtung muss auch der Transfer von Forschungsansätzen aus der Wissenschaft in die Wirtschaft in den Blick genommen werden. Eine Aufgabe des Staates muss es hierbei sein, unter anderem durch die Möglichkeiten der Digitalisierung, unnötige bürokratische Hürden abzubauen.

11.11. Wie gelingt es Städten, Gemeinden und Landkreisen neue und kreative Lösungen für konkrete Probleme zu finden?

Antwort 1

Die großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte, wie Digitalisierung, Klimaschutz und demographischer Wandel meistern wir vor Ort – dort, wo die Menschen leben. Dafür brauchen Städte, Gemeinden und Landkreise moderne Rahmenbedingungen. Am Lebensmittelpunkt der Menschen müssen technologische Innovationen und flexible Lösungen auch und gerade von öffentlichen Stellen ermöglicht werden. Es braucht einen Lösungsdreiklang aus Freiräumen, Kooperationen und Digitalisierung.

Um Freiräume und Gestaltungsspielraum zu ermöglichen, wollen wir den gesetzlichen Rahmen an die aktuellen Herausforderungen anpassen. Städte, Gemeinden und Landkreise sollen stärker in die Lage versetzt werden, eine eigene Wirtschaftspolitik zu betreiben, sich selbst ein breiteres Aufgabenspektrum sowie neue Dienste und Organisationsformen zu erschließen. Dazu gehören interkommunale und regionale Kooperationen, um flexibel auf Strukturwandel regieren zu können. Wo die Bevölkerung weniger wird, Gewohntes verschwindet, Wirtschaft sich zurückzieht, muss staatliche Leistung neu gedacht werden – streng im Sinne von Nachrangigkeit, d. h. (nur) dort, wo sich private Akteure zurückziehen. Dort aber flexibler und mit breiterem Aufgabenspektrum.

Für uns sind die Kommunen zentrale Orte und Akteure der Digitalisierung. Sie müssen alle damit verbundenen Chancen z. B. für Arbeitsplätze, medizinische Versorgung oder Verwaltung nutzen können. Die Grundlage dafür ist eine moderne Infrastruktur, ein flächendeckendes Glasfasernetz sowie 5G-Mobilfunk. Vor allem auf dem Land sind Kommunen und kommunale Unternehmen selbst im Glasfaserausbau aktiv. Dieses Engagement erkennen wir an und unterstützen wir. So wie Firmen die Chance bekommen, eigene Werksnetze aufzubauen, sollten auch Kommunen die Chance bekommen, Smart-City-Netze aufzubauen. Dazu muss der Bund Kommunen regionale bzw. lokale 5G-Frequenzen ermöglichen. Auch hier sollen sich die rechtlichen Rahmenbedingungen so weiterentwickeln, dass sie mit den technologischen Möglichkeiten Schritt halten. Kommunen und ihre Unternehmen sollen neue digitale Geschäftsmodelle, Angebote und Dienstleitungen erschließen dürfen. Dazu werden wir das Gemeindefinanzierungsrecht modernisieren.

Nicht alle Kommunen in Deutschland haben die gleichen finanziellen Startvoraussetzungen. Wir sehen, dass die fiskalische Kluft immer weiter auseinandergeht. Schon jetzt beträgt der kommunale Investitionsrückstand in ganz Deutschland fast 140 Mrd. Euro. Und dabei sind Investitionen in Digitalisierung, Klimawandelanpassung etc. noch nicht mit einberechnet. Hier müssen Bund und Länder unterstützend eingreifen und die Lasten für einzelne Gemeinden abfedern. Denkbar wäre ein staatlicher Infrastrukturfonds, der finanzschwachen Kommunen bei Modernisierungsprojekten unter die Arme greift.

Antwort 2

Passgenaue Lösungen werden vor Ort entwickelt im Zusammenspiel von motivierter Verwaltung, kompetenter Kommunalpolitik und engagierten Bürgern. Tausende kommunale Amts- und Mandatsträger nehmen die Herausforderung an, dauerhaft für die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen sie unterstützen und flächendeckend Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnen, die Ausstattung der Fraktionen weiter verbessern und mehr Menschen für die Mitarbeit gewinnen.

Neue innovative Ideen entstehen in einem öffentlichen Klima von Mut und Vertrauen. Wir wollen, dass örtliche und überörtliche Medien mehr Verantwortung für die gelebte Demokratie vor Ort übernehmen und für die Demokratie notwendige Beachtung sorgen. Wir wollen, dass die Betreiber „Sozialer Netzwerke“ Hasskommentare und persönliche Diffamierungen nachhaltig unterbinden. Wer für ein kommunalpolitisches Ehrenamt kandidiert und sich entsprechend engagiert, sollte im Internet einen besonderen Schutz erfahren. Wir werden den Freiraum für die ehrenamtliche Kommunalpolitik weiter verbessern durch die finanziellen Entlastungen der Kommunen in Deutschland und nachhaltige Förderprogramme des Bundes, damit können Menschen vor Ort mehr gestalten und so macht Kommunalpolitik auch wieder mehr Spaß.

Eine frühzeitige, systematische Bürgerbeteiligung erweitert die Wissensbasis. Expertengutachten können so den Praxistest bestehen. Rechtzeitige Beteiligung ermöglicht es, Interessenkonflikte sichtbarer zu machen und öffentlich abzuwägen. Professionelle Bürgerbeteiligung kann einen gleichberechtigten und moderierten Dialog zwischen den widerstrebenden Interessen herstellen und zu einem Ausgleich führen. Bürgerbeteiligung kann auch diejenigen aktivieren, die als „schweigende Mehrheit“ sonst nicht zu Wort kommen. Wir wollen Bürgerbeteiligung auch internetbasiert (z. B. Tele-Townhall) als Methode der Politik vor Ort weiter entwickeln und die notwendige organisatorische und finanzielle Unterstützung müssen von Seiten der Kommunalverwaltungen dazu bereitgestellt werden.

Gute neue Ideen werden in den Kommunalverwaltungen geboren oder müssen dort ihre Akzeptanz finden. Es kommt auf kompetente und gut vernetzte Mitarbeiter der Kommunen an, auf den Austausch zwischen Kommunen, die fachlichen Netzwerke und vorhandene Expertise. Wir wollen die Interkommunale Zusammenarbeit noch besser

fördern und dazu neue Anreize (z. B. Startprämien) schaffen. Wir wollen den öffentlichen Dienst aufwerten und wettbewerbsfähig machen.

11.12. Wie stärken wir die Neuen Länder weiter?

Die friedliche Revolution und die Wiedervereinigung waren ein historischer Glücksfall für unser Land und werden in ihrer geschichtlichen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Dimension weltweit geachtet und bewundert. Gemeinsam haben wir enorme wirtschaftliche Erfolge erzielt. Wir sind dankbar und froh, heute in Frieden und Freiheit vereint zu sein.

Doch auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer sehen wir uns mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Die Umbrüche in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung sind sehr unterschiedlich verarbeitet worden. Strukturwandel und gesellschaftlicher Wandel vollziehen verlaufen nicht parallel. Es bestehen noch immer wahrnehmbare Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Zum demographischen Wandel in vielen ländlichen Regionen kommt die Aufgabe des Strukturwandels durch den beschleunigten Kohleausstieg.

Wir sind stolz auf das Erreichte und gehen die neuen Herausforderungen optimistisch an. Die neuen Länder sollen Wirtschaftsregionen mit ganz besonderen Entwicklungschancen sein. Mit weniger Regulierung und Bürokratie, Sonderabschreibungen, einem beschleunigten Ausbau der Infrastruktur, der verstärkten Ansiedlung von Behörden, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und schneller Digitalisierung schaffen wir attraktive Bedingungen für in – und ausländische Unternehmen, für Start-Ups und für Menschen mit Ideen. Wir beweisen erneut den Mut zur Freiheit und werden die neuen Länder zu Entdeckungsregionen für die Strategien von morgen machen.

Auf dieser Grundlage wollen wir die vielen Fachleute und Talente aus den neuen Ländern ansprechen und verstärkt für die Führung von Bundesinstitutionen gewinnen.

Maßnahmenvorschläge (zur Ergänzung/Konkretisierung):

- Modell „Region Zukunft“ (Ziel privates Kapital in strukturschwache Regionen):
 - Regionen mit weniger Regulierung und mehr Spielräumen: „Mut zur Freiheit“, Mut zur Erprobung,
 - Infrastrukturprojekte mit Planungsbeschleunigung
 - Sonderabschreibungen
 - möglichst Spielräume für steuerlich günstige Regelungen auch bei Grund-/Grunderwerbsteuer/Gewerbesteuer nutzen
- Gesetzlicher Anspruch auf
 - konsequenten Glasfaserausbau
 - mehr Bundesbehörden und Verwaltungen in den neuen Ländern
 - Ansiedlung von Institution der Europäischen Union in den neuen Bundesländern Osten (Beispiele ENISA in Iraklio, EMSA in Lissabon, ESMA in Paris, ECHA in Helsinki)

- gezielte Ansiedlung weiterer Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen – ausgerichtet auf Zukunftstechnologien und mit dem Ziel, Aus- und Unternehmensgründungen zu erreichen (Start-Ups)
- Ausbau der Bundeswehrstandorte in den neuen Bundesländern
- Aufarbeitung und Sichtbarmachen ostdeutscher Erfolgsbiographien, Karrieren und Lebenswegen von Unternehmern, Wissenschaftlern und Künstlern.

I. Einführung und Schwerpunkte

1. Strukturen im Sicherheitsbereich weiter stärken

Die Verteilung der polizeilichen Aufgaben zwischen Bund und Ländern gemäß unserem Grundgesetz stellt eine bürgernahe Polizeiarbeit sicher und trägt zugleich maßgeblich zum Sicherheitsempfinden der Menschen in Deutschland bei.

Insbesondere die Gefahren durch internationale Terroristen, gewaltbereite Extremisten oder Angreifer im Cyberraum nehmen zumeist keine Rücksicht auf die Grenzen von Ländern, ebenso wenig auf die Grenzen von Bundesländern. Angesichts denkbarer Krisen und Katastrophen – auch in Deutschland – müssen staatliche Sicherheitsstrukturen daher auf schwierigere Zeiten vorbereitet und die Fähigkeiten unseres Landes zur Bewältigung dieser Herausforderungen zukunftsfähig gestaltet sein. Eine auf die Erfordernisse ausgerichtete Sicherheitsstruktur gehört daher auf Bundes- wie auch auf Länderebene auf künftige Entwicklungen angepasst. Dabei geht es um mehr Flexibilität und eine engere Vernetzung der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern.

Der Föderalismus stärkt den Staat und schafft die erforderliche Nähe für regionale Angelegenheiten. Die örtliche Polizeiverantwortung kann sachgerecht nur bei den Ländern liegen. Möglichkeiten zu einer verstärkten Zusammenarbeit sowie dem Ausbau gemeinsamer Datenbanken bis hin zu gemeinsamen Einrichtungen/Kompetenzstellen, wie etwa im technischen Bereich oder für bestimmte Kriminalitätsfelder, müssen dabei voll ausgenutzt werden.

Ein starker, handlungsfähiger Staat setzt in gesamtstaatlichen Angelegenheiten einen starken Bund voraus. Instrumente, Organe und Fähigkeiten der inneren und äußeren Sicherheit sind miteinander zu verzahnen, damit die Sicherheitsbehörden noch wirksamer zusammenarbeiten können. Dort, wo Bund und Länder in Angelegenheiten der Sicherheit des Bundes zusammenarbeiten, braucht es eine gestärkte Zentralstellenfunktion und Steuerungskompetenz des Bundes bei komplexen Struktur- und Ermittlungsverfahren, etwa im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, gegen die Feinde unserer Verfassung, in der Abwehr von Gefahren aus dem Cyberraum oder auch bei nationalen – auch digitalen – Katastrophenfällen.

Der bundesweite Verfassungsschutzverbund ist weiter zu stärken. Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum muss in Absprache mit den Ländern so weiterentwickelt werden, dass dort gemeinsam verbindliche Maßnahmen abgestimmt werden können. Ebenso wenig sollte der Kampf gegen Gefahren im Cyberraum rein-föderal auf Länderebene organisiert werden.

2. Nachrichtendienstliche Befugnisse anpassen

Angesichts von Digitalisierung und globaler Vernetzung von Extremisten und Terroristen muss die Wehrhaftigkeit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung weiter gestärkt werden. Nachrichtendienste und Polizei müssen in die Lage versetzt werden, künftigen Entwicklungen schlagkräftig zu begegnen.

Das Trennungsgebot zwischen nachrichtendienstlicher und polizeilicher Arbeit ist kein Kooperationsverbot und auch keine unabänderliche Vorgabe für den Gesetzgeber. Verfassungsschutz und Polizei arbeiten etwa im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum des Bundes und der Länder im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus bereits eng zusammen und tauschen Daten und Informationen aus. Diesen Austausch wollen wir verbessern und den Wirkverbund ausweiten. Zudem ist dafür Sorge zu tragen, dass unsere Nachrichtendienste dort, wo es sinnvoll ist, auch zur Gefahrenabwehr beitragen können.

Der Verfassungsschutz muss künftig in die Lage versetzt werden, seinen gesetzlichen Auftrag zur Abwehr von Gefahren für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in vollem Umfang zu erfüllen. Dazu sind Kompetenzen und Befugnisse dringend anzupassen, z. B. um den Zugriff auf gespeicherte Telekommunikations-Verkehrsdaten (z. B. Telefonnummern oder IP-Adressen in Computernetzen) zu ermöglichen. Gerade in Zeiten von Big Data ist dabei auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz erforderlich.

Wir brauchen zudem eine Erweiterung des Aufgabenspektrums des Verfassungsschutzes. Dazu gehört vor allem die Aufgabe, Strukturen der Organisierten Kriminalität frühzeitig zu beobachten und aufzuklären sowie dem Missbrauch der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch Organisierte Kriminalität ganzheitlich zu begegnen.

3. Technische Möglichkeiten besser ausschöpfen

Verbrecher, Extremisten und Terroristen vernetzen sich zur Vorbereitung schwerwiegender Straftaten und Anschläge mit modernen Kommunikationsmitteln, wie etwa Messenger-Diensten. Um solche Bedrohungen rechtzeitig erkennen und den technologischen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts wirksam begegnen zu können, benötigen unsere Sicherheitsbehörden exzellentes Knowhow und die beste Technik.

Die klassische Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) ist angesichts des veränderten Kommunikationsverhaltens und der Nutzung moderner Kommunikationswerkzeuge nicht geeignet, Tatvorbereitungen und Täterstrukturen aufzuklären. Daher müssen die jeweiligen Sicherheitsbehörden auch über die Instrumente der Online-Durchsuchung und der Quellen-TKÜ sowie der forensischen Systemkopie von Zielgeräten verfügen können.

Für die Speicherpflicht von Telekommunikations-Verkehrsdaten brauchen wir eine rechtssichere Lösung, um schwere Straftaten besser verhindern und verfolgen zu können (sogenannte Vorratsdatenspeicherung). Manche Straftaten – wie z. B. die Verbreitung von Kinderpornografie im Internet – lassen sich nur über den Zugriff auf solche Daten

aufklären. Im Kampf gegen Terroristen sind sie oftmals das entscheidende Mittel, um Anschläge zu verhindern.

Für die komplexer werdenden Bedrohungen im Cyberraum müssen wir unsere Schlagkraft erhöhen und weiter in hochqualifiziertes Personal und Spitzentechnologie investieren. Zudem sind die rechtlichen und technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, unser Land vor Cyberangriffen wirksam zu schützen, indem unsere Sicherheitsbehörden auch Befugnisse zu aktiven Maßnahmen bekommen.

Kameras mit intelligenter Videosicherheitstechnik helfen unseren Polizisten, Täter abzuschrecken und Straftaten aufzuklären. An öffentlichen Gefahrenorten wie etwa in Einkaufszentren, vor und in Fußballstadien, an Verkehrsknotenpunkten sowie in Bussen und Bahnen brauchen wir daher mehr Videoschutz. Mit Hilfe moderner Technik sollen öffentliche Fahndungen schneller und wirksamer erfolgen können – zum Beispiel durch Gesichtserkennung. Dabei ist ein zeitgemäßer und angemessener Datenschutz zu berücksichtigen.

Für eine moderne Polizeiarbeit ist das das Informationswesen und die Arbeit der deutschen Polizei weiter zu modernisieren (Programm „Polizei 2020“). Dafür müssen einheitliche, moderne IT-Anwendungen mit gleichen Standards für alle Polizeien entwickelt werden.

4. Sichere Gesellschaft und Bürgergesellschaft gehören zusammen

Aus dem hoheitlichen Anspruch des Staates auf das Gewaltmonopol folgt seine Verpflichtung, Freiheit und Sicherheit in unserem Land zu gewährleisten. Gefahren, Gewalt und Kriminalität lassen sich allerdings nicht allein durch staatliches Handeln wirksam begrenzen. Vielmehr bedarf es der Mitwirkung einer aktiven, verantwortungsbewussten Bürgergesellschaft, die sich durch eine „Kultur des Hinsehens“ dafür engagiert, Gewalt und Kriminalität zu verhindern.

Wir benötigen daher mehr denn je freiwilliges Engagement des Einzelnen für das Gemeinwohl. Mit weiteren Anreizen können wir die vielen Menschen in Deutschland, die sich heute schon ehrenamtlich für die Sicherheit einsetzen auch morgen für diese Aufgabe begeistern und darüber hinaus weitere Menschen hierfür gewinnen.

Eine bürgernahe Polizei, die schnell am Ort des Geschehens ist und sowohl in der Stadt als auch in ländlichen Räumen noch präsenter und sichtbarer sein muss, ist von nicht-hoheitlichen Aufgaben und bürokratischen Tätigkeiten zu entlasten. Sie braucht mehr Freiräume, um ihren eigentlichen Auftrag, für Sicherheit zu sorgen, zukünftig in vollem Umfang wahrnehmen zu können. Hauptberufliche Polizeikräfte haben dabei oberste Priorität; eine sinnvolle Ergänzung können Hilfskräfte sein, die z. B. beim Objektschutz entlasten. Dies darf jedoch nicht auf Kosten der klassischen Polizeiaufgaben gehen.

Auch Vorbeugung ist Aufgabe einer aktiven Bürgergesellschaft. Um vorbeugende Maßnahmen maßgeschneidert auf die örtlichen Verhältnisse abzustimmen, sind Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei und Kommunen weiter zu stärken. Eine wichtige Ergänzung hierzu sind kommunale Präventionsräte, in denen Vertreter aus Verwaltung, Justiz und Polizei sowie aus Vereinen, Verbänden, Kirchen, Schulen und freien Trägern der Sozialarbeit eng zusammenarbeiten.

Die CDU verurteilt jede Form von Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger, Personen des öffentlichen Lebens und zivilgesellschaftlich engagierte Personen. Gewalt, Bedrohungen und Beleidigungen haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Wir werden Kommunalpolitiker noch besser vor Hass und Hetze im Netz schützen und Präventionsarbeit vor Ort stärken. Die Justiz muss zudem in der Lage sein, die Täter zu verfolgen und hart zu bestrafen. Diese Enthemmungen zu stoppen, kann dabei nicht allein Aufgabe der Politik sein. Die oft schweigende Mehrheit muss Hetzer immer und überall in die Schranken weisen.

5. Exekutivrechte für FRONTEX

Ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen ist ein zentrales Element zur Steuerung der Migration in die Europäische Union und nach Deutschland. Die Geschäftsgrundlage für den Verzicht auf Binnengrenzkontrollen ist ein funktionierender Außengrenzschutz. Solange dieser nicht gewährleistet ist, ist an temporären nationalen Grenzkontrollen festzuhalten.

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache FRONTEX ist so zügig wie möglich zu einer operativen Grenzpolizei mit direkten Eingriffsrechten auszubauen. Das bedeutet auch, nationale Kompetenzen an die europäische Ebene abzugeben. In einem Zwischenschritt soll die europäische Grenzpolizei zunächst den jeweils nationalen Grenzschutz unterstützen. Dabei benötigt FRONTEX Befugnisse, um die Vorschriften zur Grenzkontrolle und die Einreisebestimmungen an den EU-Außengrenzen in Zusammenarbeit mit den Nationalstaaten durchzusetzen. Für eine gemeinsame europäische grenzpolizeiliche Aus- und Fortbildung soll eine europäische Grenzschutzakademie aufgebaut werden.

Insbesondere soll FRONTEX künftig die ungehinderte Weiterreise von Migranten verhindern, sie in europäischen Transitzentren an den Außengrenzen des Schengenraums unterbringen und von dort aus, wenn kein Asylanspruch, Flüchtlingsstatus oder ein anderer Einreisegrund vorliegt, zurückführen. Hierzu bedarf es einer massiven personellen Aufstockung von FRONTEX, auch um die Behörden der Nationalstaaten und besonders der Grenzländer wie Italien und Griechenland, in denen besonders viele Migranten zuerst europäischen Boden betreten, zu entlasten. Ein solcher Aufwuchs von FRONTEX aus den Kräften der Bundespolizei ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn sich daraus auch entsprechenden Kompetenzen ergeben.

6. Dienstjahr zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Bei vielen Menschen in Deutschland ist das Gefühl entstanden, dass sich derzeit Grundlegendes in unserer Gesellschaft verändert, in der Beziehung der Menschen untereinander und auch im Verhältnis des Bürgers zum Staat. Auf der einen Seite wird unsere Gesellschaft vielfältiger und moderner. Gerade junge Menschen gehen ganz neue, individuelle Lebenswege und haben größere Wahlfreiheiten als jemals zuvor. Zugleich sehen wir andererseits, wie das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates schwindet. Wir erleben, wie traditionelle Bindungen zerbröckeln oder ganz verloren gehen, wenngleich die Bereitschaft, sich freiwillig und ehrenamtlich zu engagieren, weiterhin sehr hoch ist.

Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es, die Signale einer Zerfaserung unserer Gesellschaft ernst zu nehmen und Lösungen zu entwickeln, wie wir das Zusammengehörigkeitsgefühl und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und als eine echte Gemeinschaft füreinander, für unseren Staat und seine Werteordnung entstehen können. Dabei geht es auch um den christlichen Gedanken der Nächstenliebe und die daraus resultierende Verantwortung, seinem Land und der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Eine allgemeine Dienstpflicht kann hierfür ein geeignetes Mittel sein, um die Menschen in Deutschland zur Übernahme von staatsbürgerlichen Pflichten zu aktivieren sowie das besondere Verhältnis zwischen Staat und Bürgern, aber auch das Verhältnis der Bürger zueinander, neu zu justieren.

Dabei geht es weniger um den Pflichtcharakter als vielmehr um den Chancencharakter eines solchen Dienstes: Chancen für jeden einzelnen und auch Chancen für unser Land. Dieser Dienst könnte in einem Stufenmodell umgesetzt werden. In einem ersten Schritt sind die Anreizsysteme für mehr Freiwilligkeit (z. B. Zukunftskonto, Vorteile Studienplatzvergabe, (Meister-)Bafög, freie Bahnfahrt etc.) sowie die vorhandenen Freiwilligendienste massiv zu stärken und zu vernetzen, so dass diese Angebote für jedermann hochattraktiv werden. In einem späteren Schritt könnte – nach einer Evaluierung des ersten Schrittes – eine allgemeine Dienstpflicht („Deutschlandjahr“) über eine Änderung des Grundgesetzes eingeführt werden.

7. Orientierung an Werten und Kultur

Unser freiheitlicher Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Vom Staat hergedacht, braucht die freiheitliche Ordnung ein verbindendes Ethos, gemeinsame Wertüberzeugungen, eine Art „Gemeinsinn“ bei denen, die in Deutschland leben.

Dabei ist das Grundgesetz das Fundament unseres Zusammenlebens. Der aus dem Grundgesetz ableitbare Wertekonsens ist die Richtschnur für unser gemeinsames Leben in einer vielfältigen Gesellschaft. Dazu gehören ein Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat sowie die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte.

Das Grundgesetz beruht auf Werten, die christlichen Ursprungs sind. Sie haben unser Land und unsere Gesellschaft grundlegend geprägt. Sie im Bewusstsein zu halten, zu bewahren und ihnen Geltung zu verschaffen, verstehen wir nicht nur als Aufgabe der christlichen Kirchen, sondern auch als eine vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgern.

Unsere politische Kultur ist geprägt von den Gemeinsamkeiten der europäischen und den Besonderheiten der deutschen Geschichte. Dazu gehören vor allem die föderale und die konfessionelle Tradition, das besondere Verhältnis zwischen Staat und Kirche und die Verantwortung, die den Deutschen aus den Erfahrungen zweier totalitärer Regime auch für die Zukunft erwächst. Diese kulturellen Werte und historischen Erfahrungen sind die Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und bilden unsere Leitkultur in Deutschland.

Die Debatte zur Leitkultur in Deutschland muss in anderer Form neu aufgegriffen werden, ohne dass man sich dabei an dem Begriff aufhält. Vielmehr geht es uns dabei um Werte, kulturelle Errungenschaften, die Identität stiften, unser Leben prägen und als Richtschnur für unser gesellschaftliches Zusammenleben entscheidend sind, um Bindungen und Bezüge, die uns als Deutsche im Innersten unserer Gesellschaft zusammenhalten, ausmachen und uns von anderen unterscheiden.

Aus Stärke und innerer Sicherheit der eigenen Kultur folgt auch Toleranz gegenüber anderen Kulturen. Sich des Wertekonsenses in Deutschland bewusster zu werden, sich zu ihm zu bekennen, bietet auch Orientierung für diejenigen, die mit Einwanderungsgeschichte ein Teil unseres Landes sind, unsere Werte teilen und unsere Rechtsordnung achten wollen. Wir erwarten, dass jeder, der in unserem Land dauerhaft leben will, unsere Werteordnung anerkennt und respektiert.

II. Antworten auf die vom 31. Parteitag beschlossenen Leitfragen zum Grundsatzprogrammprozess in der Zuständigkeit des BFAs Innere Sicherheit

2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?

2.4. Wo setzt die Freiheit der Bürger dem Handeln des Staates Grenzen?

Freiheit ist die Grundlage des menschlichen Zusammenlebens. Dabei ist die Freiheit jedes einzelnen Menschen bedingt und begrenzt durch die Freiheit seiner Mitmenschen. Freiheit ist für uns somit Grund und Grenze staatlichen Handelns. Der Staat darf die Freiheiten und Rechte seiner Bürger nur dort beschränken, wo er dies tun muss, um die Freiheit anderer Staatsbürger zu schützen oder um ein bedeutendes Interesse des Gemeinwohls zu erreichen. Staatliche Eingriffe in Grundrechte müssen deshalb insbesondere verhältnismäßig sein, und im konkreten Anwendungsfall müssen widerstreitende Grundrechte bestmöglich in Einklang und zum Ausgleich gebracht werden, so dass jedes von ihnen möglichst an Wirklichkeit gewinnt.

2.5. Welche Rechte und Pflichten hat der Staat gegenüber den Bürgern?

Der Staat hat die Pflicht, seinen Bürgern Abwehrrechte zur Sicherung ihrer Freiheit einzuräumen, muss aber gleichzeitig auch seiner Schutzpflicht gegenüber seinen Bürgern nachkommen, um deren Freiheit zu sichern und zu schützen. Ein Gemeinwesen funktioniert nur, wenn der Staat Mittel hat, um für den Schutz der Bürger zu sorgen und sich alle an dieselben Regeln halten. Somit kann und muss der Staat von allen Bürgern und Bewohnern unseres Landes verlangen, dass sie die Gesetze befolgen und zu den Ausgaben des Gemeinwesens durch Steuern und Abgaben beitragen.

2.6. Welche Rechte und Pflichten haben die Bürger gegenüber Staat und Gesellschaft?

Der zentrale Anspruch der Bürger gegen den Staat ist die Gewährleistung von physischer, aber auch sozialer und kultureller Sicherheit. Der Staat hat wirksam dafür Sorge zu tragen, dass seine Bürger nicht in ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit oder ihrem Eigentum durch äußere Feinde oder innere Rechtsbrecher verletzt werden. Gesellschaftliches und freiwilliges Engagement der Bürger sind eine wichtige Stütze für unsere Demokratie. Sie tragen zum sozialen Frieden bei und garantieren auch die Stabilität unserer Kommunen und des Staates. Staat und Gesellschaft sind nicht identisch. Die Bürger dürfen deshalb vom Staat erwarten, dass er ausreichend Raum für dieses gesellschaftliche Engagement lässt und sich einer Detailregelung und -kontrolle auch von öffentlichen Lebensbereichen enthält. Der Staat soll ehrenamtliches Engagement unterstützen und nicht regulativ behindern. Gerade weil der Staat hier von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, muss er ein herausgehobenes Interesse an einer freiwilligen Identifikation der Bürger mit dem Staat haben. Obwohl eine solche Identifikation nicht gesetzlich verordnet werden kann, muss sie eine Zielstellung des Staates sein.

2.9. Wie kann die öffentliche Verwaltung ein moderner, zukunftsorientierter und verlässlicher Dienstleister für die Bürger bleiben?

Eine moderne öffentliche Verwaltung muss die Chancen der Digitalisierung verstärkt nutzen. Dabei müssen Bürgernähe und Zugänglichkeit zu den Verwaltungsleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger oberstes Ziel bleiben. Die öffentliche Verwaltung muss die Digitalisierung zum Anlass nehmen, die gesetzlich festgelegten Verfahren wie auch ihre internen Abläufe zu überprüfen und gegebenenfalls ganz neu zu denken. Sie sind den Erfordernissen einer dienstleistungsorientierten Verwaltung sowie den Erwartungen der Bürger anzupassen. Der Standort Deutschland wird auch in Zukunft nur erfolgreich sein, wenn Verwaltungsverfahren entbürokratisiert und beschleunigt werden, ohne dass dadurch die Qualität der Verwaltungsentscheidungen leidet.

Als zukunftsorientierter Dienstleister beteiligt die öffentliche Verwaltung weiterhin die von Planungen und Entscheidungen unmittelbar betroffenen Bürger. Dies ist für die Akzeptanz von Verwaltungshandeln unabdingbar. Bedeutende Vorhaben werden aber künftig nur dann schneller realisiert werden können, wenn den von Verwaltungsentscheidungen nicht oder nicht unmittelbar Betroffenen nur begrenzte gesetzliche Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Um die Entscheidungswege zu beschleunigen, muss auch der Rechtsschutz gegen Verwaltungsentscheidungen,

insbesondere in komplexen Verfahren des Planungsrechts, soweit noch nicht geschehen, auf ein angemessenes Maß beschränkt werden.

In einer modernen, zukunftsorientierten öffentlichen Verwaltung müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes umfassend in die Lage versetzt werden, den Ansprüchen, die die Bürgerinnen und Bürger an sie haben, gerecht zu werden. Hierzu sollten regelmäßige Fortbildungen, Weiterbildungen, Hospitationen und Erfahrungsaustausche bei anderen nationalen und europäischen Dienstleistern forciert werden. Bei Veränderungen der Arbeitswelt sowie bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Pflege muss der öffentliche Dienst seine schon heute gegebene Vorreiterrolle auch in Zukunft wahrnehmen. Dies sichert der Verwaltung einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil gegenüber der Wirtschaft im „Kampf um die besten Köpfe“.

Wir halten an dem Berufsbeamtentum und seinen hergebrachten Grundsätzen fest. Die Rechte und Pflichten der Beamtinnen und Beamten gegenüber ihrem Dienstherrn garantieren, dass die öffentliche Verwaltung in Deutschland auch in Krisenzeiten in den staatlichen Kernbereichen ein zuverlässiger Dienstleister ist und auch bleiben kann.

2.11. Welche Chancen bietet die Digitalisierung für die Beziehung zwischen Bürgern und Staat?

Die zunehmende Digitalisierung umfasst alle Lebensbereiche, auch die Beziehung zwischen Bürgern und Staat. Sie ist ein dynamischer Prozess, der immer wieder neue Fragen aufwirft und neuer Antworten bedarf. Es gilt, die Chancen der Digitalisierung umfassend zu nutzen und die mit ihr einhergehenden Risiken auf das geringstmögliche Maß zu reduzieren.

Die Digitalisierung besitzt das Potential, Verwaltungsabläufe so zu gestalten, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten mit staatlichen Behörden schneller, effizienter und effektiver als bisher regeln können, etwa in Form von Online-Behördengängen oder Bürgerbeteiligung via Internet. Vernetzte Behörden werden, eine sichere Identität vorausgesetzt, einmal gegebene Daten zentral für eine große Zahl von Verwaltungskontakten und -verfahren nutzen können. Digitalisierte Verfahren können zudem im ländlichen Raum die Wahrnehmung von Verwaltungsleistungen erleichtern.

Daneben bietet die Digitalisierung auch Potential für effizientere Abläufe innerhalb der öffentlichen Verwaltung und damit eine Verschlankung der Personalstruktur. Dies muss sich, insbesondere mit Blick auf den demographischen Wandel, zu Nutze gemacht werden.

Gleichzeitig bedeutet die Digitalisierung unserer Lebenswelt aber auch eine große Verantwortung sowohl für diejenigen, die ihre Daten preisgeben, als auch für den Staat, der den sicheren Umgang mit den erhaltenen Daten gewährleisten muss. Der Umgang mit den Daten der Bürgerinnen und Bürger muss sich daher an den drei Grundprinzipien der IT-Sicherheit: Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit ausrichten.

Ziel der Datenverarbeitung muss es sein, Prozesse zu optimieren, unter Anwendung künstlicher Intelligenz neue Felder zu erschließen und Zusammenhänge zu erkennen. Anonymisierte, pseudonymisierte und Klardaten können auch für die Wissenschaft und Forschung von großem Nutzen sein. Diese Möglichkeiten müssen genutzt werden.

Mit fortschreitender Digitalisierung muss auch der Schutz der persönlichen Daten und das Schutzniveau weiterentwickelt werden. Im Verhältnis zwischen Bürgern und Staat ist dies selbstverständlich; das Recht auf informationelle Selbstbestimmung muss umfassend gewährleistet werden.

Entscheidend bleibt dabei, dass das Individuum die Herrschaft über seine Daten behält und der Mensch durch die Nutzung von Daten niemals Objekt staatlichen Handelns werden darf.

3. Wie gelingt ein Leben in Sicherheit?

Einführung

Wir wollen auf ein Leben in Sicherheit im Alltag und vor Ort vertrauen: ob zu Hause in der eigenen Wohnung, unterwegs auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen, bei Tag und bei Nacht. Genau dafür arbeitet die CDU: für die Sicherheit und das gute Miteinander der Menschen in unserem Land. Für das Vertrauen in die Sicherheit ist die sichtbare Präsenz der Polizei ganz entscheidend. Die Menschen in Deutschland erwarten verlässliche Ansprechpartner bei der Polizei vor Ort. Wir brauchen noch mehr Polizisten auf der Straße – in der Stadt und im ländlichen Raum. Sie müssen bei Tag und Nacht sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens sein, um Straftaten verhindern und Kriminelle schneller fassen zu können. In Zügen, auf Bahnhöfen und Flughäfen brauchen wir eine noch stärkere Präsenz der Bundespolizei.

Angsträume und sog. No-Go-Areas darf es in Deutschland nicht geben. Wir setzen auf Sicherheit durch Stärke. Sicherheit beginnt für uns dabei an der Haustür. Hier stehen auch kommunale Verantwortungsträger in der Pflicht. Wer Verwahrlosungen, verschmutzte Grünanlagen oder Fassadenschmierereien erlebt, fühlt sich in seinem Wohnumfeld nicht sicher. Wir treten diesen Erscheinungen entgegen. Denn sie sind oft Anfangspunkte für Kriminalität. Beleuchtungskonzepte, Aufenthaltsregeln und die Präsenz von Ordnungskräften wirken auf potenzielle Täter zudem abschreckend und tragen zur Aufklärung bei. Dies wollen wir ausweiten und gemeinsam mit Anwohnern und Eigentümern die Möglichkeiten der Prävention noch besser nutzen.

An Orten, wo die Menschen sich kennen, geben sie mehr aufeinander acht und übernehmen füreinander Verantwortung. Alltagskriminelle haben dort weniger Chancen. Sicherheit ist auch Aufgabe der Bürgergesellschaft. So werden wir Betrugsmaschinen konsequent begegnen, welche sich gezielt gegen Senioren richten. Damit Maßnahmen maßgeschneidert und auf die örtlichen Verhältnisse abgestimmt sind, müssen sich alle Akteure vor Ort und die Sicherheitsbehörden regelmäßig zusammensetzen. Geeignete

Maßnahmen müssen dabei jeweils individuell auf die Sicherheitslage abgestimmt sein und bei Bedarf alle Möglichkeiten berücksichtigen.

Kriminalität im öffentlichen Raum, insbesondere an Bahnhöfen, im ÖPNV oder auf Straßen und Plätzen werden wir konsequent bekämpfen. Gerade diese Orte sind die Visitenkarten unserer Städte. Um den Fahndungsdruck in der Drogen- und Straßenkriminalität in Brennpunktbereichen weiter zu erhöhen, müssen verdeckte operative Maßnahmen, kontinuierliche Brennpunktkontrollen, offene Polizeipräsenz, eine beschleunigte Rückführung von Straftätern mit ausländischem Hintergrund, die gezielte Verhängung von Aufenthaltsverboten sowie deren konsequente Durchsetzung erfolgen. Nur so können wir der Verunsicherung der Bürger weiter entgegentreten. Insbesondere an Gefahrenpunkten, wie etwa auf Flughäfen, Bahnhöfen, in Sportstätten und Einkaufszentren, wollen wir den Einsatz von intelligenter Videosicherheitstechnik durch die Polizei- und Ordnungsbehörden ausweiten, um Straftäter abzuschrecken und Straftaten besser aufklären zu können. Mithilfe moderner Technik wollen wir öffentliche Fahndungen wirksamer machen, zum Beispiel durch Gesichtserkennung. Dabei ist ein zeitgemäßer und angemessener Datenschutz zu berücksichtigen.

In Zeiten hochmobiler Straftäter und grenzübergreifender Organisierter Kriminalität fordern wir, dass in allen Ländern die sogenannte Schleierfahndung ermöglicht wird. Diese Kontrollen sollen nicht nur in den Grenzregionen erfolgen können, sondern auch auf Verkehrswegen von internationaler Bedeutung und im Umfeld von Bahnhöfen und Flughäfen. Für die Bundespolizei wollen wir diese daher über den 30-Kilometer-Grenzraum hinaus ausdehnen. Wir stehen an der Seite unserer Einsatzkräfte. Diejenigen, die tagtäglich mit ihrer Arbeit und oft auch mit ihrem Leben für unseren Rechtsstaat, unsere Gemeinschaft und unser aller Sicherheit eintreten, werden zunehmend selbst Opfer. Polizisten und Einsatzkräften der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes, des Technischen Hilfswerks und der Rettungsdienste wird mit wachsender Respektlosigkeit begegnet. Oft werden sie tätlich angegriffen. Jedem muss klar sein, dass ein solcher Angriff erhebliche strafrechtliche Konsequenzen hat. Hierzu bedarf es einer weiteren Änderung des Strafgesetzbuches. Angedroht werden soll eine Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten, damit eine Umwandlung in eine Geldstrafe ausgeschlossen wird.

Nur wer sich sicher fühlt, kann in Freiheit leben. Deshalb ist es die Pflicht unseres Staates, die Menschen in Deutschland zu schützen und Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten. Die CDU ist und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit.

3.1. Wie stehen für uns Freiheit und Sicherheit zueinander?

Sicherheit und Freiheit sind für die CDU die zwei Seiten der gleichen Medaille. Sie bedingen sich in mehrfacher Hinsicht. Ohne Sicherheit in einem umfassenden Sinne kann der Mensch seine Freiheit weder entwickeln noch leben. Der Staat steht in der Verantwortung, die Voraussetzungen für ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu schaffen. Dabei hat er die vielfältigen Veränderungen in Technik und Gesellschaft zu beobachten und daraus folgend die Anforderungen an die, eine maximale Freiheit ermöglichende,

Sicherheit immer wieder zu überprüfen und neu zu justieren. Es gibt nur eine Würde des Menschen – sie ist unantastbar und sie ist auch unteilbar. Und sie zu achten und zu schützen ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt. Diesem zentralen Auftrag ist die CDU von Beginn an umfassend verpflichtet und er ist auch die Grundlage des Leitbildes von Freiheit und Sicherheit. Es gibt Unterschiede zwischen analoger Welt und digitaler Welt, aber es gibt kein Nebeneinander. Freiheit und Sicherheit gewährleistende Gesetze gelten universell. Was in der analogen Welt verboten ist, ist es auch in der digitalen. Es gibt keinen rechtsfreien Raum. Deshalb müssen alle staatlichen Stellen in der Lage sein, dem staatlichen Schutzauftrag nachzukommen. Dazu müssen die gewachsenen und bewährten analogen Befugnisse in digitale Befugnisse transformiert werden. Und wo der digitale Bereich Besonderheiten aufweist, müssen die Befugnisse der Sicherheitsbehörden angepasst werden.

3.2. Wie stellen wir sicher, dass Recht und Gesetz schnell und konsequent durchgesetzt werden?

Rechtswidrigen Taten muss der Staat bestimmt, schnell und konsequent entgegenzutreten. Nur auf diesem Wege wird es gelingen, das Vertrauen aller Bürgerinnen und Bürger in den Staat zu erhalten und gleichzeitig Straftäter in ihre Grenzen zu weisen. Das gilt in allen Kriminalitätsfeldern gleichermaßen, unabhängig von Art und Schwere der Straftat. Einfache Taten sind keine Kavaliersdelikte und müssen ebenso konsequent geahndet werden. Eine Entkriminalisierung solcher Taten kommt für uns daher nicht in Frage. Der Staat darf sich insbesondere von sog. Mehrfach- und Intensivtätern sprichwörtlich „nicht auf der Nase herumtanzen lassen“.

Personen, die wiederholt straffällig werden, unsere Rechtsordnung ablehnen und wo Sanktionen keine Wirkung zeigen, dürfen daher beispielsweise keine Bewährungsstrafen mehr erhalten. Um die konsequente Strafverfolgung weiterhin sicherzustellen und weiter zu verbessern brauchen wir eine enge Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, insbesondere des Verfassungsschutzes, der Polizei und des Zolls untereinander sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Justiz, die durch schnelle und konsequente Reaktion geprägt sein muss. Nur wenn der Austausch in der gesamten staatlichen Handlungskette auf der Höhe der Zeit ist, werden rechtswidrige Taten schnell und angemessen geahndet.

Die Durchsetzung von Recht und Gesetz entscheidet sich oft auch an personellen und materiellen Ressourcen, aber nicht nur. Auch das eigene Rollenverständnis ist hier entscheidend sowie haben auch die Gerichte in gesamtgesellschaftlicher Hinsicht eine präventive Verpflichtung. Die Verschärfung von Tatbeständen und Erweiterung von Eingriffsbefugnissen hilft dann nicht weiter, wenn sie mangels Kapazitäten oder konsequenter Entscheidungen nicht zur Umsetzung kommen können. Wir setzen daher auf moderne und leistungsfähige Justiz-, Polizei- und Sicherheitsbehörden mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ausreichend Personal und moderner Ausstattung. Sicherheits- und Ordnungsbehörden müssen in Stadt, Land und Kommunen dabei durchgängig präsent sein. Nur mit genügend Personal in allen Bereichen, kann der Staat in der gebotenen Schnelligkeit reagieren. Wir stehen zudem für ein effizientes

Verfahrensrecht. Für die Wirksamkeit des Rechtsstaates ist die Schnelligkeit der Verfahren erfolgskritisch.

Wer Rechtsstaatlichkeit erringen will, muss die Köpfe der Menschen gewinnen. Wir bekennen uns zu einem gesellschaftlichen Klima, in dem die ausnahmslose Befolgung von Rechtsvorschriften zum Wohle aller selbstverständlich ist. Den Rechtsbruch – auch den symbolischen – als Mittel im politischen Meinungskampf lehnen wir ebenso ab wie die übergriffige Freiheitsbetätigung zum Zweck der Erringung von öffentlicher Aufmerksamkeit, wenn sie die Rechte Dritter verletzt. Solchen Verhaltensweisen wollen wir auch mit den Mitteln des Strafrechts sichtbar entgegenreten.

Eingängig formulierte, übersichtlich strukturierte, gut verständliche Rechtsvorschriften sind die unverzichtbare Grundlage für das Gelingen von Normdurchsetzung. Ein Rechtssystem zu konstituieren und zu bewahren, das diesen Anforderungen genügt, ist vorrangige Aufgabe des für Justiz zuständigen Kabinettsmitgliedes, das für die Erfüllung dieser Aufgabe von der Verantwortung für andere Politikfelder freizuhalten ist.

Die mit der Durchsetzung von Recht betrauten Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden müssen rechtlich, technisch und personell in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben gerecht werden zu können. Verfahrensrechtliche Handbremsen müssen konsequent gelöst werden. Verfahrens- und Strafprozessrecht und ausnahmslose Durchsetzung des materiellen Rechts dürfen nicht in Widerspruch zueinander geraten. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass unsere Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden ihrem Gegenüber bei der Rechtsdurchsetzung technisch unterlegen sind. Für die Erfüllung der Aufgaben der Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden wollen wir die besten Köpfe in ausreichender Zahl gewinnen. Ihre angemessene auskömmliche Vergütung muss selbstverständlich sein.

Die Gerichte haben die Aufgabe, dem Bürger die Durchsetzung seiner Rechte zu ermöglichen und die Einhaltung der Gesetze durch Verwaltungsbehörden und Strafverfolgungsorgane zu kontrollieren. Sie müssen ihre Aufgabe in angemessener Zeit und guter Qualität erfüllen. Damit dies gelingt, soll es zukünftig grundsätzlich nur noch einen zweistufigen Instanzenzug geben. Die erste Instanz ermittelt den entscheidungserheblichen Sachverhalt und bewertet ihn rechtlich. Die zweite Instanz dient der Qualitätskontrolle. Sie kontrolliert, ob das erstinstanzliche Verfahren das einschlägige Prozessrecht und die Prozessgrundrechte der Verfassung eingehalten hat und ob die erstinstanzliche Entscheidung dem materiellen Recht entspricht.

Das Prozessrecht für die erste Instanz muss dem Gericht die Konzentration auf den entscheidungserheblichen Prozessstoff ermöglichen. Hierzu sind durchgängig effektiv wirkende Begründungsfristen vorzusehen. Die Missbrauchs- und Verzögerungspotenziale von Beweis-, Befangenheits- und Besetzungsrügen sind konsequent weiter zu reduzieren. Der kollektive Rechtsschutz als Instrument schnellerer und vor allem effektiverer Rechtsdurchsetzung soll weiter ausgebaut werden. Das Strafverfahren muss schlank und

effektiv ausgestaltet werden, welches die Rechte des Beschuldigten wahrt, ein Hintertreiben seines Zwecks jedoch ausschließt. In allen Verfahren muss gelten: Verschleppen und Verzögern lohnt sich nicht. Konstruktives Mitwirken an dem Ziel jedes Gerichtsverfahrens, schnell eine gerechte, am materiellen Recht orientierte Entscheidung zu erreichen, soll sich für die Prozessparteien dagegen auszahlen.

Die Gerichte müssen angemessene personelle und sächliche Mittel erhalten, um behördliche bzw. gerichtliche Entscheidungen selbst gegenüber dem Bürger aber auch gegenüber dem Staat durchzusetzen.

3.3. Wie machen wir die Sicherheitsarchitektur des Staates schlagkräftiger im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität?

Wir haben bereits nachhaltige Verbesserungen in der Struktur der Sicherheitsbehörden in Deutschland durchgesetzt. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Sicherheitsbehörden in ihrer Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern sowie mit ihrem Aufgabenzuschnitt gut gerüstet sind, um insbesondere den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Terrorismus und Extremismus sowie der Organisierten Kriminalität schlagkräftig zu begegnen. Doch darauf ruhen wir uns nicht aus, sondern stellen uns den neuen Herausforderungen. Bund, Länder und Kommunen benötigen eine agile Struktur, die modernsten Ansprüchen genügt und auch Antworten auf künftige Entwicklungen gibt.

Gerade die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft ist auch für die Sicherheitsbehörden eine Herausforderung. Es ist erforderlich, Kriminelle auf allen Ebenen zu verfolgen und Straftaten – nach Möglichkeit – schon im Vorfeld zu unterbinden. Wir wollen Polizei und Sicherheitsbehörden daher noch besser in die Lage versetzen, auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Die CDU steht dabei für eine effektive und leistungsstarke Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen in unserem föderalen Staat. Wir wollen ein eng verzweigtes Netz aus Kompetenzstellen bei den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Dort, wo besondere nachrichtendienstliche oder polizeiliche Fähigkeiten bestehen, brauchen wir eine Bündelung dieser Kompetenzen, um spezielle Fähigkeiten flächendeckend in Deutschland nutzbar zu machen. Die Zentralstellenfunktion des Bundes muss – dort wo eine besondere Koordinierung erforderlich ist – weiter gestärkt werden.

Unsere Struktur der Sicherheitsbehörden zeichnet sich bereits durch eine enge Kooperation und Vernetzung der Behörden auf Bundes- und Landesebene aus. Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin und das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) in Köln sind gute Beispiele für eine gelungene Kooperation und Aufgabenteilung zwischen Verfassungsschutz und Polizei sowie Bund und Ländern. GTAZ und GETZ sind keine statischen Modelle. Wir werden sie stetig im Rahmen eines Optimierungskreislaufs an die aktuellen Herausforderungen, etwa im Bereich des internationalen Terrorismus und des Rechtsextremismus, weiter anpassen.

Ebenso dienen sie als Blaupause für andere Handlungsfelder, etwa der Cyberkriminalität, der Clankriminalität oder der Organisierten Kriminalität. Wir brauchen zudem eine Anpassung des Aufgabenspektrums der Sicherheitsbehörden. Für den Verfassungsschutz sprechen wir uns zudem für eine gesetzliche Aufnahme der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität aus, damit die Beobachtung und Aufklärung von OK-Strukturen frühzeitig erfolgen kann und dem Missbrauch der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch Organisierte Kriminalität ganzheitlich begegnet werden kann.

3.4. Wie unterstützen wir unsere Polizei und die anderen Sicherheitsbehörden?

Wir wollen, dass Polizei und Verfassungsschutz den technologischen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts schlagkräftig begegnen können. Das gelingt nur, wenn sie über die richtigen Werkzeuge verfügen. Sie müssen im Stande sein, auch dann die Vorbereitung schwerwiegender Straftaten sowie extremistischer und terroristischer Aktivitäten frühzeitig zu erkennen, wenn sich Täter moderner Instrumente, wie etwa Messenger Dienste, bedienen. Die klassische Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) ist angesichts des veränderten Kommunikationsverhaltens und der Nutzung moderner Kommunikationswerkzeuge nicht geeignet, Tatvorbereitungen und Täterstrukturen aufzuklären. Daher fordern wir, dass Polizei und Verfassungsschutz über die Instrumente Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ sowie der forensischen Systemkopie von Zielgeräten verfügen.

Wir fordern, dass Unternehmen, die ihre Dienste in Deutschland anbieten, entsprechend hierzu verpflichtet werden können (Marktortprinzip). Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang ist, dass wir endlich eine rechtssichere Lösung benötigen, damit das Instrument der Mindestspeicherfristen (sogenannte Vorratsdatenspeicherung) genutzt werden kann, um schwere Straftaten zu verhindern und aufklären zu können.

Neue Instrumente, wie spezielle Datenverarbeitungssysteme, die bereits vorhandene Informationen aus Datenbanken der Sicherheitsbehörden bündeln und auswerten, können zudem von großem Nutzen bei der Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus sein. Hierfür brauchen wir entsprechende rechtliche Grundlagen für unsere Sicherheitsbehörden, damit mittels dieser Systeme Erkenntnisse leicht und schnell generiert und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Ein Abgleich mit im Internet offen einsehbaren Informationen, wie etwa aus sozialen Netzwerken, ist eine äußerst hilfreiche Maßnahme. Unsere Sicherheitsbehörden müssen entsprechende Informationen erheben und verwerten können und dürfen nicht künstlich in ihren Ermittlungsmethoden eingeengt werden. Gesetze und Strafmaße müssen mit den Entwicklungen in der Gesellschaft Schritt halten – mit klar geregelter und effektiver Nutzung der modernsten technischen Möglichkeiten.

Alle Sicherheitsbehörden müssen zudem mit moderner Technik ausgestattet sein. Das gilt insbesondere für operative Einheiten der Sicherheitsbehörden. Smartphones mit

Messenger-Diensten, Scanmöglichkeiten von Dokumenten und direkten Möglichkeiten von Datenabfragen sollten Mindeststandard sein. Einsatzfahrzeuge für unsere Uniformträgerinnen und -träger sind zudem ein Ausdruck der Wertschätzung für ihre tägliche Arbeit, bei der sie sich mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben für unseren Rechtsstaat, für unsere Gesellschaft und Freiheit einsetzen. Einsatzfahrzeuge dürfen daher Büroarbeitsplätzen bei der Ausstattung nicht hinterherstehen.

Einen wesentlichen Schlüssel für die Erfolge bei der Inneren Sicherheit sehen wir in der engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit aller zuständigen Behörden und Institutionen. Ob bei Alltagseinsätzen genauso wie bei Großeinsätzen, die Menschen können sich darauf verlassen, dass die Arbeit der Sicherheitskräfte gut ineinandergreift. Mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) steht ein zentrales Organisationselement für die Zivile Sicherheit in Deutschland zur Verfügung. Dieses wollen wir weiter stärken. Zudem wollen wir Hilfsorganisation und Feuerwehren so ausstatten, dass sie noch besser auf große Schadensereignisse und langanhaltende Einsätze reagieren können. Ein Grundstock hierfür ist weiterhin der Erhalt der Feuerschutzsteuer.

Die Finanzierung der ergänzenden Ausstattung für den Zivilschutz durch den Bund wollen wir stetig ausbauen und an die Sicherheitslage anpassen. Für die von Unglücken betroffenen Menschen und Regionen müssen schnell unbürokratische Hilfsprogramme zur Verfügung stehen. Unfallversorgung und Notdienste funktionieren nur im engen Zusammenwirken von Staat, Kommunen und ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Rettungsdienste und freie Träger sind dabei unverzichtbar für unsere Daseinsvorsorge.

Dieses bewährte System des flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutzes, in dem sich allein in den Freiwilligen Feuerwehren rund 1,1 Millionen Menschen ehrenamtlich zum Schutz der Menschen und unserer Lebensgrundlagen engagieren, wollen wir erhalten und weiter fördern. Die Fürsorgepflicht des Staates für diejenigen, die unsere Sicherheit gewährleisten, hat für uns einen besonderen Stellenwert.

3.6. Wie begegnen wir Cyber-Gefahren?

Die umfassende Digitalisierung aller Lebensbereiche erzeugt neue Vulnerabilitäten; ebenso wie in der analogen Welt erwarten die Menschen in unserem Land, dass der Staat auch im digitalen Bereich seiner grundgesetzlichen Schutzpflicht nachkommt. Maßnahmen zur Erhöhung der Cyber- und Informationssicherheit gewinnen damit eine noch größere Bedeutung, als dies bisher der Fall war. Wir müssen überzeugende Antworten auf neue Risiken und Bedrohungen finden und umfassende Maßnahmen zum Schutz des Individuums, der Gesellschaft und der Wirtschaft treffen.

Dazu bedarf es auch neuer Strukturen. Die bisherige Differenzierung zwischen Bundes- und Landeszuständigkeiten, die überkommene Trennung zwischen polizeilichen und nachrichtendienstlichen Befugnissen und rein nationale Lösungen werden den

Herausforderungen im Cyberraum nicht gerecht. Die Cybersicherheitsarchitektur erfordert wegen der Unterschiede zwischen der analogen und der digitalen Welt stärkere Zuständigkeiten beim Bund für die Gefahrenabwehr im Cyberbereich.

Maßnahmen zur Cybersicherheit dürfen sich zudem nicht ausschließlich auf den Bereich der Prävention beschränken. Schweren Cyber-Angriffen müssen wir nicht nur Stand halten (passive Cyber-Abwehr), sondern wir müssen im Zweifel in der Lage sein, aktiv auf deren Ursache einwirken zu können, um sie so komplett zu unterbinden. Dafür ist es erforderlich, einen neuen rechtlichen Rahmen und eigene technische Fähigkeiten für angemessene aktive Maßnahmen zu schaffen.

Auf europäischer Ebene muss das Netzwerk zwischen den Cybersicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten ausgebaut und ein EU-Lagezentrum zur Cybersicherheit geschaffen werden.

Funktionsfähige digitale Infrastrukturen bilden zukünftig das Rückgrat unseres Staates, unserer Gesellschaft und der Wirtschaft. Zu ihrem Schutz sind nationale wie auch internationale Konzepte erforderlich. Digitale Souveränität in Deutschland und Europa hängt eng mit der Frage nach Produktionsstandorten zusammen. Im Bereich von Schlüsseltechnologien (Prozessoren, Infrastrukturen und Plattformen) benötigen wir sichere nationale bzw. europäische Produkte und Komponenten. Wir müssen hierzu disruptive Innovationen fördern, um Deutschland auch in diesem Bereich (wieder) international als maßgeblichen Innovationstreiber zu etablieren. Die Unterstützung und der Ausbau der nationalen Cyber-Sicherheitsforschung sowie deren Verknüpfung mit den EU-Programmen Horizon Europe und Digital Europe ist dafür ein Baustein.

3.7. Wie stärken wir die äußere Sicherheit Deutschlands und die gemeinsame Sicherheit in Europa?

Die Gewährleistung der Sicherheit in Europa gehört zu den Kernaufgaben nationaler und europäischer Politik. Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eingebettet in eine integrierte Sicherheitsstrategie, die auch die Energie- und Rohstoffsicherheit umfasst. Die Europäische Union muss den Prozess der Globalisierung nach ihren Interessen und Werten gemäß der Größe ihrer Bevölkerungszahl und ökonomischen Leistungskraft mitgestalten. Die Entwicklungspolitik ist dabei ein unverzichtbarer Teil unseres erweiterten Sicherheitsverständnisses und gehört untrennbar zu unserer Strategie für die Stabilisierung von Krisenregionen.

Wichtig ist dabei aber auch, dass alle in der Entwicklungspolitik tätigen Menschen ein ähnliches Verständnis haben. Die Folgen der sich verschärfenden Entwicklungsprobleme in Asien, Afrika und Lateinamerika gefährden im Zuge der Globalisierung auch in Deutschland und Europa unmittelbar Frieden und Wohlstand. Zudem muss die Weiterentwicklung der Bundeswehr der Tatsache Rechnung tragen, dass unsere Sicherheit neuen Bedrohungen ausgesetzt ist. Kaum fassbare, weltweit operierende terroristische Netzwerke oder autonome Zellen sind als akute Gefahren zu erkennen. Neben der

Fähigkeit zur klassischen Verteidigung müssen wir auch auf diese neuen Herausforderungen antworten können. Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist die deutsche Wirtschaft mehr als zuvor auf den freien Zugang zu den Märkten und Rohstoffen der Welt angewiesen.

Die Bundeswehr kann als Teil der staatlichen Sicherheitsvorsorge im Rahmen internationaler Einsätze zur Sicherung der Handelswege und Rohstoffzugänge beitragen. Wir müssen dem transnationalen Terrorismus wirkungsvoll begegnen können. Unsere Sicherheitsarchitektur muss dieser veränderten Realität Rechnung tragen.

Auf europäischer Ebene wurde im Bereich der Sicherheit in den vergangenen Jahren bereits Einiges erreicht. Terroristische Anschläge und grenzüberschreitende Kriminalität haben aber auch deutlich gezeigt, dass eine enge Zusammenarbeit von Polizei- und Sicherheitsbehörden bis hin zu Nachrichtendiensten in der Europäischen Union notwendig ist. Wir drängen darauf, dass die Staaten Europas im Bereich der Inneren Sicherheit noch enger zusammenarbeiten und wir wollen die Sicherheitsunion weiter voranbringen.

Die Bedrohungslage erfordert es, über Kompetenzen und Formen der Zusammenarbeit der Sicherheitsinstitutionen sowie über Instrumente nachzudenken, um global agierende Terroristen bzw. Straftäter früh zu erkennen. Terrorismus, Organisierte Kriminalität und die Clan-Kriminalität sind schon lange nicht mehr nur ein nationales Problem, sondern eine globale Bedrohung. Deswegen müssen wir versuchen, auch eine europäische Lösung zu finden. Innere Sicherheit muss zugleich als europäische und nationale Aufgabe verstanden werden. Vor diesem Hintergrund ist eine sekundärrechtliche Verankerung der Definition von „Innerer Sicherheit“ auf der Ebene der Europäischen Union (EU) erforderlich.

Die Datenerhebung und ihre Analyse können heute einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit beitragen und Anschläge verhindern. Je größer die Gefahr für Leib und Leben, desto eher ist ein Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu rechtfertigen, denn Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Um den internationalen Terror und andere herausragende Kriminalitätsphänomene zu bekämpfen, braucht man deshalb auch die dafür notwendigen Kommunikations-, Reise- und Finanzdaten. Weiterhin bedarf es auch auf europäischer Ebene neuer Anstrengungen zur Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens für die sogenannte Vorratsdatenspeicherung, damit den Behörden auch die Instrumente zur Verfügung gestellt werden, die sie für die Bekämpfung von Verbrechen dringend benötigen. Nachrichtendienste sind in diesem Zusammenhang wichtige Akteure. Die rechtlichen Fortentwicklungen auf europäischer Ebene müssen sich entsprechend auf die Nachrichtendienste erstrecken. Eine Vielzahl an Hinweisen im Bereich terroristischer und anderer Bedrohungen kommen von Verbündeten, hauptsächlich von den USA. Gemeinsam müssen bestehende Kapazitäten weiterentwickelt und Synergien verstärkt geschaffen und genutzt werden, um (über-)lebenswichtige Informationen an die Stellen zu schicken, an denen sie im Einzelfall dringend benötigt werden. Auch in diesem Bereich ist europäische Solidarität dringend erforderlich. Nicht

zuletzt auch deshalb, da mit dem Vereinigten Königreich ein wichtiger Sicherheitspartner aus dem institutionellen Rahmen zu entfallen droht.

Europol als europäische Verbindungs- und Koordinierungsstelle muss weiter gestärkt werden, damit es über die notwendigen Kapazitäten verfügt, um die Puzzlesteine einzelstaatlicher Informationen systematisch zu einem Gesamtmosaik zusammenzusetzen und mit den Mitgliedstaaten zu teilen. Da Kriminelle und Terroristen über nationale Grenzen hinaus agieren, müssen Austausch- und Partnerschaftsprogramme der Sicherheitsorgane weiter ausgebaut werden. Die Europäische Polizeibehörde Europol muss in ihrer Servicefunktion gegenüber den Mitgliedsstaaten dabei weiter gestärkt und ausgebaut werden.

3.10. Welche Verantwortung haben wir für die Sicherheit außerhalb Europas?

Die CDU hat seit Gründung der Bundesrepublik die deutsche Europa- und Außenpolitik entscheidend gestaltet und vorgebracht. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht Deutschland wieder vor großen Herausforderungen. Es gilt, die Zukunftschancen unseres Landes zu fördern und die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten.

Im eigenen Interesse muss Deutschland eine aktive Rolle bei der Vollendung der Einheit Europas, bei der Stärkung der transatlantischen Partnerschaft, der Ausgestaltung der Globalisierung und bei der Antwort auf neue Bedrohungen unserer Sicherheit übernehmen. Deutschland kann dies am besten im engen Verbund mit unseren europäischen und amerikanischen Partnern, mit denen uns gemeinsame Werte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbinden. Dies gilt insbesondere für die Frage, welche Antworten wir auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen, wie den internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die zunehmenden virtuellen Bedrohungen, finden.

Angesichts veränderter globaler Kräfteverhältnisse gilt es auch, die wirtschaftliche Position Deutschlands in der Welt zu stärken und die materiellen Grundlagen für Wohlstand und soziale Sicherheit in unserem Land, auch im Hinblick auf den Zugang zu wichtigen Energieträgern und Rohstoffen, nachhaltig zu sichern. Verantwortung für die Welt muss durch multilateral ausgerichtete Politik im Bewusstsein der besonderen gemeinsamen Verantwortung freier und demokratischer Länder wahrgenommen werden.

Unser Leitbild ist das europäische Verständnis vom Menschen, das durch das christliche Menschenbild und die Aufklärung geprägt ist. Unsere Zukunft in Sicherheit und Freiheit hängt wesentlich davon ab, inwieweit wir es schaffen, die Europäische Union handlungsfähiger, demokratischer und transparenter zu gestalten, die transatlantische Partnerschaft mit neuen Perspektiven zu versehen. Dazu gehört auch die Gestaltung der Globalisierung mit einem nachhaltigen Politikansatz nach dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft.

3.11. Wie tragen wir zu einer Entwicklung bei, die für mehr Menschen bessere Lebens- und Bleibeperspektiven in Afrika schafft?

Die Bevölkerung Afrikas wird sich bis Mitte des Jahrhunderts auf schätzungsweise 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln. Nur wenn die Wirtschaft wächst, können ausreichend Nahrungsmittel produziert, Bildungschancen eröffnet und Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit diese Ziele erreicht und für die Menschen eine gute Lebensperspektive geschaffen wird, muss der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden. Hierbei gilt, dass finanzielle Mittel vor allem da eingesetzt werden, wo sie besonders große Wirkung entfalten und reformorientierte Regierungen an der Macht sind. Auch eine bessere Abstimmung mit anderen Geberländern ist erforderlich, um effektiv Fortschritte zu erzielen. In diesem Zusammenhang müssen auch die Migrationspartnerschaften der Europäischen Union weiter gestärkt werden, die ebenso auf Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung abzielen, um Fluchtursachen dauerhaft zu bekämpfen.

8. Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen?

8.1. Wie stärken wir einen respektvollen Umgang miteinander in unserem Land?

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, Artikel 1 Grundgesetz. Das impliziert aber auch, dass die Würde beziehungsweise der Respekt gegenüber Amtspersonen geachtet wird. Immer häufiger müssen wir beobachten, dass der Respekt gegenüber der Polizei oder auch der Rettungskräfte nicht mehr gegeben ist. Das Gleiche gilt aber auch für anders Denkende und anders Gläubige.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten mit Füßen getreten werden. Die Freiheit des Einzelnen endet da, wo sie den anderen einschränkt. Deshalb dürfen wir es nicht zulassen, dass einzelne Personengruppen ausgegrenzt werden. Wir dürfen es auch nicht zulassen, dass sich Extremismus, egal ob von Links oder Rechts, wieder ausbreitet. Wo dies hinführt haben wir in unserer Geschichte bereits erlebt. Wie schafft man das? Heutzutage ist eine deutlich wahrnehmbare Verrohung der Töne in unserer Gesellschaft wahrnehmbar. Dies zu ändern und einen respektvollen Umgang in unserer Gesellschaft wieder zur Normalität werden zu lassen, kann nicht alleine Aufgabe der Politik sein. Sie wäre damit auch überfordert. Aber sie kann und muss mit gutem Beispiel vorangehen.

Respekt und Toleranz müssen wieder viel stärker den Jüngsten unserer Gesellschaft, unseren Kindern, vermittelt werden. Das muss im Elternhaus beginnen, dann im Kindergarten und später in der Schule stattfinden. Eines ist klar, einen respektvollen Umgang miteinander kann man nicht durch Gesetze erreichen. Aber jeder Einzelne kann und muss seinen Teil dazu beitragen.

8.10. Wie gelingt Integration, was müssen wir dafür tun und was einfordern?

Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten immer vielfältiger geworden: Gastarbeiter und ihre nachfolgenden Generationen, Spätaussiedler, Zuwanderer aus der

Europäischen Union, Fachkräfte, Asylbewerber und Flüchtlinge aus Drittstaaten und den Krisenregionen dieser Welt suchen in Deutschland ein zu Hause oder sind hier über die Jahre schon längst heimisch geworden. Der hohe Zustrom an Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 hat einmal mehr gezeigt, dass Einwanderung auch mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht ohne intensive Bemühungen um die Integration von Zuwanderern gelingen kann.

Für die CDU obliegen sämtliche Bemühungen dem Grundsatz des Förderns und Forderns. Der Staat ist dafür verantwortlich, gute Integrationsbedingungen zu schaffen – sei es im Bereich der Arbeitsmarktintegration, Bildung und Ausbildung sowie Sprachförderung. Dabei beziehen sich die Angebote zuvörderst auf diejenigen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland bleiben dürfen. Wer nach unseren rechtstaatlichen Prinzipien ein Bleiberecht erhält oder sich länger hier aufhalten darf, muss aktiv an der Integration mitwirken. Neben der Bereitschaft, staatliche Angebote der Integration wahrzunehmen und sich aktiv um Sprache und Beschäftigung zu bemühen, gehört auch die Akzeptanz unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung und der Respekt gegenüber unseren Werten dazu. Integration kann nur gelingen, wenn die Bereitschaft von Zuwanderern hierzu einhergeht mit der grundsätzlichen Akzeptanz dieser durch die aufnehmende Gesellschaft. Ausgrenzung und Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft sind für erfolgreiche Integration ebenso schädlich wie die Missachtung von staatlichen Angeboten, Gesetzen und Regeln durch Zuwanderer.

Eine besondere Rolle bei der Integration spielen die Kommunen. Die Kernarbeit der Integration wird vor allem in Städten, Gemeinden und Kreisen geleistet. Sie ermöglichen Teilhabe am öffentlichen Leben vor Ort. Hier finden die konkreten Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Herkunft statt. Hier beginnt Integration und hier entscheidet sich das Gelingen oder Misslingen von Integration. Für diese herausragende Aufgabe benötigen die Kommunen unseren vollen Rückhalt.

Der Einhaltung und Durchsetzung unserer rechtstaatlichen Prinzipien und Gesetze kommt eine wesentliche Bedeutung zu. Hierzu zählt auch die konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Personen. Nur so kann dauerhaft Vertrauen in die staatlichen Institutionen geschaffen werden – eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz von Zuwanderung und die Aufnahmebereitschaft der Mehrheitsgesellschaft.

Neben den staatlichen Aufgaben im Bereich der Integration und den Pflichten der Zuwanderer selbst hat sich das Ehrenamt und die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekte als Erfolgsfaktor für die Integration erwiesen. Mit ihrem Engagement haben sich viele Einzelne und unzählige Vereine um den gesellschaftlichen Zusammenhalt verdient gemacht. Dieses ehrenamtliche Engagement muss weiter gefördert werden.

8.12. Wie stärken wir das Vertrauen in die repräsentative Demokratie und den Parlamentarismus und welchen Beitrag kann hierfür politische Bildung leisten?

Unsere repräsentative Demokratie ist Garant für Frieden, Wohlstand und Freiheit. Als die Partei der Mitte lassen wir nicht zu, dass Populisten und Extremisten aller Richtungen das gesellschaftliche Klima vergiften. Akzeptanz und Ansehen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ihrer politischen Institutionen müssen wieder gesteigert werden.

Ein Werkzeug dafür sind die Bundeszentrale sowie die Landeszentralen für politische Bildung. Schulen und Bildungseinrichtungen, sollten nicht unter Verweis auf eine falsch verstandene "Neutralität" die politische Bildung aus ihren Räumen verbannen, sondern es braucht den Wettstreit verschiedener demokratischer Standpunkte. Unser Ziel ist mehr denn je eine "aufsuchende" politische Bildung. In Schulen, Betrieben, Ämtern und überall, wo sich Menschen aufhalten, muss auch eine passgenaue politische Bildung präsent sein. Die Politischen Stiftungen sind seit je her verantwortungsvolle bildungspolitische Partner.

Die Bundeszentrale für Politische Bildung ist das Gesicht der Politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Gleichwohl regt sich immer wieder Kritik hinsichtlich ihrer (fehlenden) Ausgewogenheit, aber auch hinsichtlich der Wirkung ihrer Maßnahmen. Aus Sicht der CDU ist eine regelmäßige Gesamtevaluation der strategischen Ziele, der Geschäftsfelder und der Veröffentlichungen dieser zweifellos wichtigen Institution sinnvoll. Dabei müssen die Themen der bürgerlichen Mitte die Agenda der Bundeszentrale für politische Bildung bestimmen. Derzeit unterstützt die Bundeszentrale für politische Bildung auch Personen und Projekte, die sich offen gegen unsere Gesellschaft, unsere Werte und Überzeugungen richten. Als CDU können wir dies nicht zulassen. Polarisierung und Meinungsverengung haben in der politischen Bildung nichts zu suchen.

Die politische Bildung muss im Verhältnis zur beruflichen, schulischen oder Hochschulbildung auf Augenhöhe agieren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, richtet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Beauftragten für Politische Bildung ein. So können Maßnahmen ressortübergreifend aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. Mit einer jährlichen Bundestagsdebatte zu "Fragen der Demokratieentwicklung und politischen Bildung" erhöhen wir zudem die öffentliche Aufmerksamkeit für die politische Bildung in unserem Land.

9. Was sind unsere Werte, die Deutschland prägen und wie leben wir sie?

Gemeinsame Antwort auf die Fragen:

9.1. Wie stärken wir die Werte, die uns in Deutschland einen?

9.3. Welche Werte wollen wir bewahren und wo ist Veränderung nötig?

Das christliche Menschenbild steht für uns in einer Wertedebatte nicht zur Disposition, sondern es bleibt für uns das stets tragende Fundament unseres Denkens und Handelns. Auf seiner Basis ringen wir darum, unsere Grundwerte von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit durch Subsidiarität und Eigenverantwortung so zueinander in Ausgleich zu bringen, dass jeder dieser Werte an Wirklichkeit gewinnt.

Gemeinsam mit Aufklärung und Humanismus bildet das christliche Menschenbild den kulturellen Humus, in dem unser Verfassungsstaat mit seiner unantastbaren Konzeption der individuellen Menschenwürde gewachsen ist. Da der Verfassungsstaat allerdings von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, erfordert er gleichwohl eine stete gesellschaftliche Debatte über unsere Werte und eine fortwährende Kultivierung und Selbstvergewisserung dieser Verfassungsvoraussetzungen. Das Grundgesetz kann eine gesellschaftliche Wertedebatte mithin nicht ersetzen, sondern bildet vielmehr ihren Ausgangspunkt.

Eine insoweit notwendige Debatte über die Orientierung an Werten und Kultur sollte nicht an Begrifflichkeiten scheitern, sondern muss stattdessen mit Offenheit geführt werden. Dabei geht es weniger um das Ergründen eines feststehenden monolithischen Kanons, sondern vielmehr darum, sich von unserer gemeinsamen Kultur leiten zu lassen. In diesem Verständnis dient eine gelingende Wertedebatte eher der Suche nach dem Verbindenden als der Suche nach dem Trennenden. Die Verästelungen einer solchen Debatte sind dabei zwar im Geiste der Zeit biegsam, dürfen aber nie ihre Verbindung zu unserer kulturellen Identität verlieren.

Um den Zusammenhalt unseres Landes zu stärken, brauchen wir einen gesunden Patriotismus, der sich aus einem selbstverständlichen Stolz auf unser Vaterland speist, ohne andere Länder gering zu schätzen. Das Verbindende unserer Nation mit ihrer Geschichte als Verantwortungsgemeinschaft, unsere schwarz-rot-goldene Fahne, unsere Nationalhymne und die Institutionen unseres Staates, namentlich auch die Bundeswehr und unsere Sicherheitsbehörden, sollen als verbindende Elemente noch präsenter im öffentlichen Raum sein und das patriotische Zusammengehörigkeitsgefühl unseres Landes fördern. Um eine Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für den Staat und zu einer Pflichterfüllung für Nation und Heimat zu fördern, kann eine allgemeine Dienstpflicht ein wertvoller Beitrag sein.

9.2. Was macht uns in Deutschland aus, unterscheidet uns von anderen und was erwarten wir von Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben?

Grundlage unseres Zusammenlebens in Deutschland und unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung ist das Grundgesetz. Deshalb erwarten wir von Menschen, die zu uns kommen und mit uns leben möchten, dass sie die Werte des Grundgesetzes anerkennen und bejahen. Klar ist für uns aber auch: Deutschland ist mehr als nur das Grundgesetz. Ebenso wie die Kulturen anderer Länder ist auch die deutsche Kultur Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung und bildet einen erhaltenswerten Teil der kulturellen Vielfalt der Menschheit. Von Menschen, die nach Deutschland kommen, erwarten wir, dass sie die hier angestammte Kultur respektieren. Die deutsche Kultur ist in Deutschland nicht nur eine unter vielen, sondern die prägende, und das soll sie auch bleiben.

Wir freuen uns, wenn Menschen aus anderen Ländern die deutsche Staatsangehörigkeit anstreben. Sie können und sollen Teil unserer Erfolgsgeschichte werden. Dies verbinden

wir mit der Erwartung eines eindeutigen und vorbehaltlosen Bekenntnisses zu unserem Land. Deshalb soll die Hinnahme von Mehrstaatigkeit eine auf besondere Einzelfälle begrenzte Ausnahme bleiben.

9.4. Was verstehen wir unter Heimat und wie ist gesellschaftlicher Pluralismus ohne Beliebigkeit möglich?

Eine gelingende Debatte über unser gemeinsames Wertefundament und eine Neubelebung unserer gemeinsamen nationalen Identität kann nur gelingen, wenn die verschiedensten Lebensrealitäten unseres Landes zur Geltung kommen. Dies erfordert eine heimatbezogene Innenpolitik. Auch wenn Heimat für den Einzelnen zu allererst ein Erleben von Identität und Gemeinschaft sein mag und Halt und Orientierung bedeutet, ist sie jenseits von Gefühlen angesichts des raschen und stetigen Wandels unserer Gesellschaft und ihrer Lebensverhältnisse nunmehr aber auch zu einer notwendigen politischen Gestaltungsaufgabe des Staates geworden.

Heimatliche Verwurzelung, nationale und europäische Identität und eine internationale Offenheit schließen einander nicht aus, sondern ergänzen und bedingen einander. Entwurzelung hingegen führte auf diesem Hintergrund ebenso zu einer gesellschaftlichen Spaltung wie es ein engstirniger Nationalismus täte. Daher brauchen wir ein offenes Heimatverständnis und ebenso ein Europa, das für nationale Identitäten und regionale Unterschiede offen ist.

Unsere Heimat ist kein gleichförmiger kultur- und geschichtsloser Siedlungsraum, sondern zeichnet sich vielmehr durch die kulturelle Vielfalt aller Regionen unseres Landes aus. So unterschiedlich die Regionen unseres Landes auch sein mögen, so sehr sind sie aber immer auch Teil eines Ganzen. Deshalb müssen sie auch gleichmäßig an dem berechtigten Postulat gleichwertiger Lebensverhältnisse teilhaben. Gleichwertigkeit in diesem Sinne zielt nicht auf illusorische Ergebnisgleichheit, aber auf Chancengerechtigkeit zwischen verschiedenen Regionen und zwischen Stadt und Land. Zur Erreichung dieses Ziels setzen wir auf eine aktive Strukturpolitik und auf eine gezielte Dezentralisierung.

9.7. Wie stehen Staat und Religion zueinander?

In Deutschland sind Staat und Kirche getrennt. Staatliche Gesetze genießen grundsätzlich Vorrang vor persönlichen Glaubensüberzeugungen. Mit seinem Gottesbezug erinnert uns das Grundgesetz allerdings auch daran, dass das Fundament der von ihm geschaffenen Gesellschaftsordnung mehr ist als bloßes Menschenwerk. Für uns als CDU gehören Religion und Glaube daher in die Mitte der Gesellschaft. Wir stehen zum Religionsunterricht an öffentlichen Schulen und zum Erhalt der christlichen Feiertage. Zugleich bekennen wir uns zum Grundrecht auf Religionsfreiheit, das auch den Angehörigen nicht angestammter Religionen die Ausübung ihres Glaubens gewährleistet.

9.8. Welche Werte leiten uns bei der Ordnung und Steuerung von Zuwanderung und Migration?

Die Herausforderungen der weltweiten Migration stellen für Deutschland und die Europäische Union eine Kernaufgabe für die kommenden Jahrzehnte dar. Umso wichtiger ist es, sich bei der Bewältigung dieser Aufgabe immer wieder auf grundsätzliche Prinzipien zu besinnen. Für die CDU steht fest: Bei der Steuerung von Migration und Zuwanderung müssen Humanität und klare Ordnung Hand in Hand gehen. Kein Land der Welt kann unbegrenzt Zuwanderer aufnehmen. Dennoch: Wir bekennen uns klar zum Recht auf Asyl und zur Genfer Flüchtlingskonvention.

Um dem Migrationsdruck auch in Zukunft standhalten zu können, ist ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der Europäischen Union unabdingbar. Nur im Schulterschluss mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union lassen sich Migrationsbewegungen dauerhaft erfolgreich steuern. Deswegen sind die Bemühungen um ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem, einen fairen europäischen Verteilmechanismus sowie den Schutz der europäischen Außengrenzen essentiell. Die illegale Migration muss bekämpft werden, damit Menschen sich erst gar nicht in Gefahr begeben. Gleichzeitig müssen wir legale Wege der Migration schaffen, wie z.B. mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz geschehen, um Potenziale für unsere Wirtschaft auszuschöpfen, oder mit humanitären Aufnahmeprogrammen Menschen aus der größten Not befreien.

Bundesausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt

Der Bundesausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt hat folgende Leitfragen bearbeitet:

2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?

- 2.1. *Wie schaffen wir die richtige Balance zwischen der Verantwortung des Einzelnen und gesellschaftlicher Solidarität?*
- 2.2. *Wie ermutigen wir die Bürger zur Übernahme von mehr Eigenverantwortung und wie ermöglichen wir diese?*
- 2.4. *Wo setzt die Freiheit der Bürger dem Handeln des Staates Grenzen?*
- 2.5. *Welche Rechte und Pflichten hat der Staat gegenüber den Bürgern?*
- 2.6. *Welche Rechte und Pflichten haben die Bürger gegenüber Staat und Gesellschaft?*
- 2.11. *Welche Chancen bietet die Digitalisierung für die Beziehung zwischen Bürgern und Staat?*

4. Wie gestalten wir ein wirtschaftlich erfolgreiches und sozial sicheres Leben?

- 4.3. *Wie sichern wir, dass die Menschen von ihrer Arbeit ein gutes Leben führen können?*
- 4.4. *Wie sichern wir im internationalen Wettbewerb die Gewinnung von Fachkräften für eine dauerhaft leistungsfähige Wirtschaft?*
- 4.8. *Wie leitet uns die Soziale Marktwirtschaft bei der Digitalisierung der Arbeitswelt und welche Chancen sowie Risiken sehen wir in der Arbeitswelt der Zukunft?*
- 4.9. *Wie führen wir die Sozialpartnerschaft in eine erfolgreiche Zukunft?*

5. Wie garantieren wir ordentliche Bildung und exzellente Forschung?

- 5.8. *Wie stärken wir die berufliche Bildung und die Weiterbildung und wie garantieren wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung?*

6. Wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der Menschen?

- 6.5. *Wie entwickeln wir durch Aus- und Weiterbildung die Fähigkeiten für die digitale Welt der Zukunft?*
- 6.8. *Welche Rahmenbedingungen und Regeln wollen wir der digitalen Welt geben?*

7. Wie unterstützen wir jeden Einzelnen und die Familien in allen Lebensabschnitten?

- 7.8. *Wie sähe ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem aus CDU-Perspektive aus?*
- 7.9. *Was bedeutet für uns menschliche Pflege und wie stellen wir sie sicher?*
- 7.10. *Wie gewährleisten wir ein gutes Leben im Alter?*
- 7.11. *Wie gestalten wir eine zukunftssichere Rentenpolitik?*
- 7.12. *Wie verhalten sich Gerechtigkeit innerhalb der Generationen und Gerechtigkeit zwischen den Generationen zueinander?*

8. Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen?

- 8.2. *Welche Verantwortung tragen Unternehmen, Gewerkschaften, Verbände, Institutionen und Interessengruppen für den Zusammenhalt?*

Präambel

Jeder Mensch hat eine unantastbare Würde. Dies entspricht unserem christlichen Menschenbild ebenso wie unserem Verständnis von Freiheit, Eigenverantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Prinzipien sind in unserem Grundgesetz verankert. Diese Grundpfeiler tragen das Fundament unserer Sozialpolitik. Wir wollen einen Sozialstaat, der den Freiraum des Menschen zu seiner Selbstentfaltung wahrt und ihn dort schützt, wo er Schutz benötigt. All diejenigen, die nicht oder nicht vollständig für sich selbst und für ihre Familie sorgen können, sollen sich auf staatliche Unterstützung verlassen können.

Aus der Notwendigkeit des sozialen Schutzes leitet sich ab, dass die Leistungen unserer Sozialpolitik zielgerichtet sind. Die Menschen sollen durch staatliche Hilfe die Chance erhalten, wieder zu Wohlstand zu gelangen, anstatt auf dauerhafte Hilfe angewiesen zu sein. Wir wollen „Wohlstand für alle“ anstatt „Wohlfahrt für alle“.

Unser Leitbild ist ein Staat, der Chancen schafft

Wir begreifen unseren Sozialstaat als Chancenstaat und erneuern dadurch unser Versprechen auf „Wohlstand für alle“ bei Einkommen wie Vermögen. Dieser basiert auf einer Verbindung von freier individueller Leistungsentfaltung mit praktischer Solidarität. Unter dem Verständnis von sozialer Sicherheit bedeutet dies, Chancen und Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass jeder Mensch seinen Lebensentwurf verwirklichen kann. Wir stehen in der Verantwortung, Kindern eine Chance auf ein behütetes und gesundes Aufwachsen und die bestmögliche Bildung zu bieten. Erwachsene sollen die gleichen Möglichkeiten und Anreize für ein erfülltes Erwerbsleben haben. Für ältere Menschen, Menschen mit Krankheit oder Menschen mit Behinderung soll eine Chance auf Teilhabe, Pflege und Unterstützung garantiert werden.

Dieser Chancenstaat ist bestrebt, familiäre Strukturen zu stärken. Zusammenhalt und Liebe sowie das Leben von Werten innerhalb einer Familie legen das Fundament für Respekt, Stabilität und Vertrauen innerhalb unserer Gesellschaft. Ein Staat, der Chancen schafft, ermöglicht und unterstützt Subsidiarität, Solidarität und ein selbstbestimmtes Leben.

Wir werden den Chancenstaat als einen effektiven Dienstleister etablieren. Das bedeutet, dass die Leistungen zielgerichteter bei jenen ankommen, die sie wirklich brauchen. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung in der Sozialverwaltung konsequent nutzen. Sie soll von sich aus und automatisch den Zugang zu Leistungen ermöglichen. Gleichzeitig wollen wir möglichst viele soziale Leistungen zentralisieren und – wo sinnvoll – zusammenlegen. Dies vereinfacht das Sozialsystem deutlich, weil wir damit Widersprüche und Bürokratie vermeiden als auch Versorgungslücken erkennen und schließen.

Sozialpolitik im 21. Jahrhundert steht vor der Herausforderung, sich verändernde gesellschaftliche Rahmenbedingungen und erfolgreiche Grundprinzipien neu zu justieren. Ein Sozialstaat lebt von der Akzeptanz innerhalb der Solidargemeinschaft. Deshalb gilt es, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben, das heißt zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern zu wahren. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit waren und sind die Grundlagen unseres politischen Handelns. Subsidiarität und Eigenverantwortung in der Sozialpolitik zu balancieren, war und ist zentrale Gestaltungsaufgabe als CDU.

Subsidiarität und Solidarität stärken

Der Mensch ist frei geschaffen. Doch keiner kann ohne andere Menschen leben. Die CDU Deutschlands steht für eine Gesellschaft, die die Übernahme von Verantwortung des Einzelnen ermöglicht und gleichzeitig Hilfsangebote in den unterschiedlichen Lebenslagen und Lebenssituationen macht. Das Prinzip der Subsidiarität ermöglicht Freiräume für bürgerschaftliches Engagement. Die Rolle des Staates ist es, Sicherheit bei sozialen Veränderungen, aber besonders auch im Alltag zu garantieren. Ohne einen funktionierenden Sozial- und Rechtsstaat kann niemand erfolgreich sein. Welchen Platz jemand in der Gesellschaft hat, verdankt er neben eigener Leistung stets auch seinen Eltern, seiner Bildung und auch dem Glück. Daher ist es gerecht, dass diejenigen, die von dieser Gesellschaft besonders profitieren, mehr an diese zurückgeben.

Es ist eine ständige Herausforderung unserer Politik, dieses Verhältnis von Subsidiarität und Solidarität immer wieder neu zu definieren. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich möglichst viele Menschen mit ihren Ideen, Vorstellungen und ihrer individuellen Leistungskraft einbringen. Anreize zum Engagement sind deswegen unverzichtbarer Bestandteil unserer Politik. Wichtig ist dabei, die richtige Balance zwischen der Verantwortung des Einzelnen und der gesellschaftlichen Solidarität zu schaffen.

Eigenverantwortung und Solidarität verbinden wir als CDU besonders mit der Familie. Kinder sind das Sinnbild für Erneuerungsfähigkeit und Zukunftshoffnung unserer Gesellschaft. Sie erleben und erlernen Verantwortung und Solidarität im geschützten und privaten Raum der Familie. Vertrauen und Geborgenheit entstehen in den ersten Jahren des Lebens im Umfeld der Familie und wird dort erlebbar. Die Familie ist damit der Ausgangspunkt für die gesellschaftliche Grundrichtung, da sie überhaupt erst die Voraussetzungen dafür schafft, Eigenverantwortung und Solidarität in Balance zu bringen.

Solidarität ist ein Recht, kein Almosen. Sie hat stets das Ziel, aktivierende Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Solidarität bedeutet aber auch eine Pflicht. Sie verpflichtet uns zu wechselseitiger Verantwortung entsprechend individueller Fähigkeiten und Möglichkeiten, und erwartet einen Beitrag zur gemeinschaftlichen Absicherung. Auch der Staat hat die Verantwortung, mit den ihm anvertrauten Ressourcen zielorientiert und nachhaltig zu haushalten. Dabei ist Wohlstand für Alle bei Einkommen wie Vermögen weiterhin unser erklärtes Ziel.

So ist es Aufgabe des Staates, den Bürgerinnen und Bürgern eigenverantwortliches und subsidiäres Handeln und Gestalten zu ermöglichen. Das setzt zwingend ein Grundvertrauen des Staates in seine Bürgerinnen und Bürger voraus. Wir schaffen gemeinsam mit den Kirchen, den Vereinen und den bürgerschaftlichen Organisationen und Initiativen die Basis für die Übernahme von mehr Eigenverantwortung.

Für die CDU ist die Beziehung zwischen Mensch und Staat klar definiert. Der Mensch kommt vor dem Staat. Wir verstehen unter dem Staat eine politische Ordnung, die den Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt ihres Handelns rückt und ihn entsprechend stärkt und fördert. Bei der Erfüllung der staatlichen Aufgaben hat sich der Staat gleichermaßen vor einer Überforderung seiner Bürgerinnen und Bürger wie auch vor überzogenen eigenen Ansprüchen zu hüten.

Unsere Auffassung vom Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern ist ein partnerschaftliches, kein bevormundendes. Die Menschen sind gleichwertige Mitglieder der staatlichen Gemeinschaft. Sie dürfen nicht Objekte des Staates werden. Die CDU steht vor diesem Hintergrund für einen Staat, dessen Pflicht es ist, Freiheit, Sicherheit und Zusammenhalt zu garantieren. Herausforderungen und neu entstehende Probleme sind gemeinsam von Staat und Gesellschaft zu lösen. Unser Ziel ist es, Betroffene aus der Bedürftigkeit zu holen und ihnen eine Chance zu geben. Wir geben niemanden auf.

Maxime unserer christlich-demokratischen Politik ist es, dass sich jeder in Freiheit so entfalten kann, wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht. Aus diesem Grund bestehen unsere wichtigsten politischen Ziele auch darin, Chancengerechtigkeit für jedermann zu schaffen und eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu ermöglichen. Wir vertrauen dem Menschen.

Wir sind überzeugt, Zusammenhalt entsteht durch Zusammenarbeit. Deshalb ist die staatliche Gemeinschaft darauf angewiesen, dass Menschen sich einbringen. Eine soziale Ordnungspolitik schafft den Rahmen, in dem verantwortliches Handeln sich entfalten kann. Herzstück unserer sozialen Sicherung ist die Sozialversicherung mit Selbstverwaltung. Die Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände, Vereine, Institutionen und die Träger der freien Wohlfahrtspflege bringen ihre wertegebundenen Angebote ein und sorgen in komplexen Problemlagen für treffsichere und plurale Lösungen. Selbsthilfegruppen sind ein besonderer Ausdruck der Subsidiarität, die fallweise eine Förderung der staatlichen Gemeinschaft anstreben und verdienen.

Wir sind überzeugt: Zusammenhalt entsteht auch durch Beteiligung. Deshalb bekennen wir uns zum Modell der Sozialpartnerschaft. Arbeitgeber und Arbeitnehmer können ausgehend von Mindeststandards am besten gemeinsam und im Rahmen der Tarifautonomie die Arbeitsbedingungen ihrer Branche gestalten. Tarifverträge führen zu einem fairen Ausgleich der Interessen und damit zu sozialem Frieden. Die Basis dafür sind Verhandlungen auf Augenhöhe und eine breite Beteiligung in der Fläche. Wir sind überzeugt Zusammenhalt bedarf eines gemeinsamen gesellschaftlichen Bewusstseins. Es

bedarf mehr, als nur die reine Befolgung von Gesetzen, um den Zusammenhalt zu schützen. Gesellschaft ist mehr als der Staat.

Die Soziale Marktwirtschaft und die Zukunft der Arbeit

Die CDU versteht sich als die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen mittels der Sozialen Marktwirtschaft dafür sorgen, dass die Menschen von ihrer Arbeit ein gutes Leben führen können. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet seit mehr als 70 Jahren erfolgreich unternehmerische Freiheit mit sozialer Verantwortung. Sie ist ein Erfolgsmodell und bleibt auch in Zukunft unser Leitbild. Sie eröffnet den Unternehmen leistungsfördernde Freiheitsräume, ermöglicht die Teilhabe aller Beschäftigten am Wohlstand und verwirklicht soziale Gerechtigkeit in unserem Land.

Grundvoraussetzung für ein weiterhin gutes Leben in unserem Land ist, dass gut bezahlte Arbeitsplätze mit langer Perspektive erhalten bleiben und – wo immer möglich – neue entstehen. Wir wollen daher die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft mit zukunftsfähigen industriellen Kernen, mit einem innovativen Mittelstand und Handwerk und hochwertigen Dienstleistungen stärken – eine Wirtschaft, die auf Innovationen setzt, die Chancen der Digitalisierung nutzt und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schafft.

Nach christlichem Verständnis ist die Arbeit der Weg, über den die Menschen am Wohlstand teilhaben. Arbeit stiftet Sinn und bleibt für uns die Grundlage für Einkommen. Allen Überlegungen für ein bedingungsloses Grundeinkommen, das diesen Zusammenhang auflöst, erteilen wir eine unmissverständliche Absage. Unser Ziel ist Vollbeschäftigung in Deutschland. Dafür wollen wir die Einstiegschancen ins Berufsleben verbessern, insbesondere für Menschen, die es auf dem Arbeitsmarkt schwer haben.

Wir stehen für eine Politik des „Mehr Netto vom Brutto“. Wir wollen die Beschäftigten und Arbeitgeber finanziell entlasten, wo immer dies möglich ist. Wir stellen sicher, dass die Sozialversicherungsbeiträge und Steuern dauerhaft niedrig bleiben.

Wer arbeitet, soll von den Früchten seiner Arbeit, seinem Lohn, ein gutes Leben führen können. Die CDU ist vom christdemokratischen Subsidiaritätsprinzip geleitet. Daraus folgern wir, dass die Lohnfindung auch weiterhin Aufgabe der Tarifvertragsparteien sein muss. Tarifverträge haben dabei auch eine Ordnungsfunktion: Sie tragen dazu bei, dass der Wettbewerb zwischen den Unternehmen über Forschung und Entwicklung, attraktive Angebote, Produkte und Dienstleistungen stattfindet. Deshalb wollen wir die Tarifbindung stärken und einer rückläufigen Entwicklung entgegenwirken. Dort wo keine Tarifbindung besteht werden gesetzliche Mindeststandards wichtiger. Deshalb stehen wir zum gesetzlichen sozialpartnerschaftlich ausgehandelten Mindestlohn. Außerdem setzen wir uns dafür ein, den Rahmen für eine faire Mitarbeiterkapitalbeteiligung zu erweitern.

Eine zukunftsfähige Wirtschaft im Kontext der demografischen Entwicklung Deutschlands

Die demografische Entwicklung stellt unser Land vor große Herausforderungen. Wir wollen die Unternehmen, aber auch die öffentlichen Einrichtungen dabei unterstützen, dass sie zukünftig ausreichend Fachkräfte finden und halten. Nur so können wir dauerhaft Wachstum und Wohlstand sichern, wettbewerbsfähig bleiben und unsere Sozialsysteme zukunftsfest machen. Wir stehen mit anderen Ländern weltweit im Wettbewerb um die Leistungsträger von morgen. Aufgrund dessen müssen wir alle Fachkräftepotenziale im Inland mobilisieren: Schulen müssen durch erzieherisches Engagement, motivierende Methodik und Leistungsorientierung dafür sorgen, dass niemand die Schule ohne Abschluss verlässt. Und auch mit höherem Lebensalter darf niemand daran gehindert werden, eigene Kompetenzen weiter einzubringen. Auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung sowie die Integration zum Beispiel von Älteren, Langzeitarbeitslosen oder Alleinerziehenden bietet hier eine große Chance. Nichtsdestotrotz werden wir auf Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland angewiesen sein, um den Fachkräftebedarf in allen Bereichen zu decken.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist ein Grundwert der Europäischen Union. Mit unseren europäischen Partnern setzen wir uns dafür ein, die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu stärken und nationale Barrieren abzubauen. Wir wollen darüber hinaus im Rahmen des Einwanderungsrechts für gut ausgebildete Menschen aus aller Welt, die hier arbeiten und sich integrieren wollen, ein attraktives und offenes Land sein. Hierzulande wollen wir insbesondere den vielen kleinen und mittleren Unternehmen noch besser helfen, ausländische Fachkräfte zu gewinnen und diese langfristig zu binden. Dazu wollen wir die Verwaltungsverfahren rund um die Zuwanderung so bürokratiearm wie möglich gestalten. Zudem sollen Unternehmerinnen und Unternehmer vor Ort gute Unterstützungsangebote erhalten – angefangen bei Fragen zur Zuwanderung bis hin zur Integration im Betrieb.

Wir wollen, dass die vielen guten Fachkräfte, die bei uns arbeiten, auch bleiben. Deshalb wollen wir uns für attraktive Rahmenbedingungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer einsetzen – gute Arbeitsbedingungen, wenig bürokratische Belastungen, angemessene Steuern und Abgaben sowie passende Integrationsangebote. Zum Bleiben gehört auch, dass wir nicht nur die Fachkräfte, sondern auch ihre Familien nachhaltig integrieren. Gleichzeitig fordern wir von allen Zugewanderten den Willen zur Integration, zum Spracherwerb – als Schlüssel zur Integration – und zur Übernahme von Verantwortung in unserem Land. Wir sprechen uns hierbei für eine konsequente Politik des Förderns und Forderns aus.

Die Soziale Marktwirtschaft und die Digitalisierung der Arbeitswelt

Die Soziale Marktwirtschaft liefert beste Antworten, um im Zeitalter der Digitalisierung Wettbewerb, Wohlstand und Wachstum zu sichern. Die Digitalisierung der Arbeitswelt führt zu mehr Wettbewerb, schnelleren und dezentraleren Innovationen und zu einem globaleren Markt. Es ist aber sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht notwendig, die durch die Digitalisierung herausgeforderten Wirtschaftsstrukturen weiter

mit zu entwickeln. Die Soziale Marktwirtschaft bietet notwendige Leitplanken und Grundsätze, um bei einem solchen Prozess die DNA unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung nicht zu gefährden. Insbesondere die Digitalwirtschaft birgt die Tendenz zu Monopolen. Auch die Art der Arbeitsausübung wird sich verändern, wie beispielsweise digitale Arbeitsplätze in der Plattformökonomie, die Kommunikationsmöglichkeiten sowie die Verfügbarkeit von Daten. Dies sind Herausforderungen der Arbeitswelt, bei denen die Soziale Marktwirtschaft den Rahmen setzen und gegebenenfalls korrigierend wirken muss.

Das Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft braucht ein Update, um technische und wirtschaftliche Veränderungen abzubilden und neue Freiheiten zu ermöglichen. Die CDU setzt sich daher für diskriminierungsfreie Marktzugänge von kleinen wie großen Unternehmen ein. Die CDU setzt sich ebenso für Netzneutralität und für einen digitalen Binnenmarkt der EU ein.

Die Digitalisierung ist eine Chance für die Arbeitswelt der Zukunft. Hierdurch werden Inklusion und Teilhabe einfacher, Arbeitsabläufe effizienter und körperliche Anstrengungen reduziert. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann durch neue Technologien erleichtert werden. Wir wollen diese Potentiale der Digitalisierung nutzen. Wir wollen flexible Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle fördern und ermöglichen, und den Arbeitsschutz im Sinne der Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterentwickeln.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass der Arbeitsmarkt vor großen Umbrüchen steht. Durch die Digitalisierung entstehen neue Arbeitsplätze und Berufsbilder, aber es fallen auch Tätigkeiten weg. Daher wollen wir frühzeitig in Fort- und Weiterbildung investieren, zukunftsorientierte Regionalpolitik betreiben und die Unternehmen dabei unterstützen, ihre Transformation gemeinsam mit ihrer Belegschaft zu gestalten.

Sozialpartnerschaft in der Zukunft

Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft sind Säulen des Erfolgsmodells Soziale Marktwirtschaft. Sie bedingen sich gegenseitig. Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft sorgen für gute Arbeitsbedingungen, entlasten durch ihr subsidiäres Handeln den Staat und sichern den sozialen Frieden in unserem Land. Sozialpartner schließen nicht nur Tarifverträge ab, sie wirken auch an vielen anderen Stellen bei der Gestaltung der Wirtschaft und der Arbeitswelt mit – von der sozialen Selbstverwaltung bis hin zur beruflichen Bildung. Wir würdigen dieses Engagement und wollen es sichtbarer und attraktiver machen.

Die Sozialpartnerschaft lebt von der Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Wir begrüßen die Anstrengungen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die Mitgliedschaft attraktiver zu machen und auf eine breitere Basis zu stellen. Unser Ziel ist die Erhöhung der Tarifbindung in Deutschland. Wir vertrauen den Sozialpartnern, dass sie moderne und anpassungsfähige Tarifverträge abschließen, um die

Sozialpartnerschaft in eine erfolgreiche Zukunft zu führen. Außerdem begrüßen wir, wenn durch attraktivere Tarifverträge die Tarifbindung steigt. Wir unterstützen die Anstrengungen der Sozialpartner, indem wir die Rahmenbedingungen ihres Handelns verbessern. Wir werden auch angemessene sozialpolitische Rahmenbedingungen für Unternehmen und deren Mitarbeiter schaffen, die sich nicht in einem festen tarifvertraglichen Gefüge einordnen wollen bzw. können. Wir wollen Selbstständigkeit in innovativen Wirtschaftsbereichen ermöglichen.

Das Handeln der Tarifvertragsparteien geht Hand in Hand mit betrieblicher Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung. Mitbestimmung sichert die Beteiligung der Beschäftigten und trägt zum Betriebsfrieden bei. Wir unterstützen, dass möglichst viele Beschäftigte durch Betriebsräte, Personalräte, Mitarbeitervertretungen und Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie Schwerbehindertenvertretungen vertreten werden. Wir wollen das Betriebsverfassungsgesetz und das Bundespersonalvertretungsgesetz vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der digitalen Arbeitswelt modernisieren und weiterentwickeln.

Die Arbeitswelt von Morgen braucht weiterhin ausgebildetes Fachpersonal. Hierzu wollen wir vor allem die Kompetenz in den Betrieben nutzen. Wir wollen die schulische, berufliche und akademische Bildung weiter modernisieren und stärken. Dafür werden wir die erfolgreiche duale Ausbildung weiter fortentwickeln. Damit Bildungswege gleichwertig werden, wollen wir die Attraktivität der Berufslaufbahnen (höhere Berufsbildung) erhöhen und die ausbildungs- und weiterbildungsunterstützenden Instrumente stärken. In der modernen Ausbildungswelt müssen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleistet, die Vergütung angemessen und attraktive Aufstiegsmöglichkeiten im Berufsleben gegeben sein. Insbesondere Kleinst- und Kleinunternehmen sollen befähigt werden, ihre Attraktivität, die Ausbildungsquote und ihre Ausbildungsqualität zu erhöhen. Hierzu kann die Bildung von Ausbildungsallianzen und Ausbildungsverbänden hilfreich sein. Für die Stärkung der Berufsbildung ist die weitere Steigerung der Erasmusprojekte von entscheidender Bedeutung.

Ebenso wollen wir dafür sorgen, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer den digitalen Wandel der Arbeitswelt gemeinsam erfolgreich meistern. Die „Qualifizierung der Zukunft“ muss passgenau auf die Unternehmen zugeschnitten sein, deshalb wollen wir betriebsinterne Schulungen und externe Maßnahmen weiter finanziell unterstützen und entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen. Wir unterstützen die Sozialpartner bei ihren Initiativen, Arbeitnehmer zu qualifizieren, sodass sie den digitalen Wandel mitgestalten. Darüber hinaus wollen wir eine digitale Weiterbildungsplattform für jeden Bürger anbieten, auf der jeder die Möglichkeit hat, sich entsprechend der eigenen Neigungen und des Lerntempos fortzubilden sowie mit Arbeitgebern in Kontakt zu treten. Wir fordern die Sozial- und Tarifpartnern auf, den konstruktiven Dialog zur Weiterbildung der Mitarbeiter zu gestalten. Zur Unterstützung sprechen wir uns für mehr Mitbestimmung verschiedener Beschäftigtenvertretungen im Themenbereich der Weiterbildung aus.

Ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem

Wir wollen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland weiter auf eines der leistungsfähigsten Gesundheitssysteme der Welt verlassen können. Alle Bürgerinnen und Bürger haben hierauf gleichermaßen ein Recht, damit ihnen der medizinische Fortschritt zuteilwird. Prävention und Gesundheitsförderung müssen gestärkt und mehr Eigenverantwortung belohnt werden.

Wir streben nach einer solidarischen, subsidiären, nachhaltigen und generationengerechten Finanzierung bei hoher Qualität der Versorgung. Die Finanzierung soll durch einkommensabhängige paritätische Beiträge, Eigenbeteiligung und Steueranteil für versicherungsfremde Leistungen in einer vielgestaltigen, mehrgliedrigen, patientenorientierten und effizienten Versicherungslandschaft erfolgen. Die CDU steht weiterhin zu einem dualen Krankenversicherungssystem.

Es muss im Gesundheitswesen ein Ordnungsrahmen gelten, der für die Patientinnen und Patienten die Unabhängigkeit der freien Gesundheitsberufe gewährleistet. Gesundheitsleistungen werden von Ärztinnen und Ärzten sowie Therapeutinnen und Therapeuten verantwortet.

Eine fortwährende Finanzierung und gute Versorgungsqualität erfordern einen ausreichenden Grad der Spezialisierung der Krankenhäuser. Bei der Versorgung der Menschen steht für uns die Qualität der Versorgung im Vordergrund: Die Chancen beispielsweise einen Herzinfarkt zu überleben, müssen deutschlandweit gleichwertig sein. Auch im Gesundheitswesen gilt: Der Markt ist für den Menschen da und nicht umgekehrt. Für uns ist klar, dass der Schutz des Wettbewerbs nicht höher wiegt als die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen einen wohnortnahen Zugang zur Hausarzt- und Notfallversorgung haben und in angemessener Zeit zu (Weiter-) Behandlungen Fach- und Spezialversorger erreichen können. Dazu gehören auch gut ausgestattete und mit den Leistungserbringern vernetzte Rettungsdienste. Eine flächendeckende Barrierefreiheit ist schnellstmöglich anzustreben.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen bietet viele Chancen, die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu verbessern, indem die Koordinierung und der Informationsfluss verbessert werden. Zudem können Versorgungsdaten für weitere medizinische Forschung genutzt werden. Dabei können elektronische Systeme die ärztliche und pflegerische Fürsorge sinnvoll ergänzen. Nichtsdestotrotz müssen diese Systeme dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Dazu gehört auch der Aufbau leicht zugänglicher, verlässlicher Gesundheitsinformationen im Internet. Wir wollen, dass das Gesundheitswesen ein stetiger Motor für Innovationen für eine gute Versorgung der Menschen ist und gleichzeitig hohe Anforderungen an die Wirksamkeit und den Datenschutz stellen. Im Rahmen einer Digitalisierungsstrategie sollen sektorübergreifend einheitliche Standards entwickelt werden.

Ein wirtschaftlich zukunftsfähiges Gesundheitswesen setzt auf eine sektorübergreifende Zusammenarbeit der einzelnen Akteure. Die Möglichkeiten des digitalen Zeitalters betrachten wir als Chance, diese Zusammenarbeit benutzerfreundlich und effizient zu gestalten.

Mensch bleiben in der Pflege

Gerade im Umgang mit den Schwächsten unserer Gesellschaft wird die Handschrift der CDU deutlich: Wir wollen dem Nächsten in der Pflege mit Liebe und Wertschätzung begegnen, besonders den Armen und Kranken. Die von der Union eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt. Sie ist subsidiär und solidarisch gestaltet. Sie muss auch in Zukunft einen verlässlichen Beitrag zur Absicherung des Pflegerisikos leisten und eine hohe Qualität von Betreuung und Pflege bieten. Eine umfassende Pflicht zur Absicherung ist auch in Zukunft unverzichtbar. Sie entbindet jedoch den Einzelnen nicht davon, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos und zur Gestaltung der Pflege wahrzunehmen.

Prävention und Rehabilitation sollen Vorrang vor Maßnahmen der Pflege haben.

„Ambulant vor stationär“ ist unser Grundsatz, dies gilt auch für junge Pflegebedürftige.

Bewährte familiäre und neue Wohn- und Betreuungsformen sollen weiter gestärkt werden.

Durch eine Erhöhung der Attraktivität des Pflegeberufs wollen wir mehr Menschen davon überzeugen, in der Pflege tätig zu werden – dies gilt auch für Assistenzberufe. Die Leistungen der Pflegeversicherung sollen regelmäßig angepasst werden. Ziel ist es, ein angemessenes Niveau der Pflegeleistung sicherzustellen. Zur Finanzierung ist eine Mischfinanzierung der unterschiedlichen Kostenträger notwendig. Versicherungsfremde Leistungen sollten durch einen Bundeszuschuss abgegolten werden. Ein Selbstbehalt der Pflegebedürftigen oder der Angehörigen wird weiterhin notwendig sein.

Wir sind der festen Überzeugung, dass zu einer solidarischen und subsidiären Versorgung professionelle Dienstleistungen im ambulanten, teil-stationären und stationären Bereich gehören und ebenso hochwertige liebevolle Sorgearbeit in Familien, Nachbarschaften und durch das Ehrenamt erfolgt. Wir wollen all diese Systeme stärken. Klar ist für uns: Eine gute Familienpolitik ist die beste Pflegepolitik. Heimische Sorgearbeit und starke Familien sind die Herzkammer unserer Gesellschaft. Als CDU fördern und anerkennen wir heimische Sorgearbeit in gleicher Weise wie andere Hilfesysteme – auch finanziell.

Eine zukunftssichere und gerechte Rente der Zukunft

Eine verlässliche Altersvorsorge für alle Generationen ist das Kernversprechen unseres Rentensystems. Damit alle auf dieses Versprechen vertrauen können, machen wir das System unserer Alterssicherung zukunftsfest. Die CDU Deutschlands steht zu einer Altersvorsorge, die von drei Säulen getragen wird – der gesetzlichen Rente, der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge. Am Ende eines langen Berufslebens muss eine Rente stehen, die zu einem guten und anständigen Leben reicht. Die mit Abstand wichtigste Säule bleibt für die allermeisten Menschen in unserem Land die gesetzliche Rentenversicherung. Alle Säulen stehen vor großen Herausforderungen. Zu diesen

gehören demografische Veränderungen, der Wandel der Arbeitswelt und die lang anhaltende Niedrigzinsphase. Wir setzen uns für ein Rentensystem ein, das geleistete Arbeit immer belohnt und stets alle Generationen fair in den Blick nimmt. Eine säulenübergreifende Renteninformation soll Auskunft darüber geben, wie weit die Gesamtversorgung eines jeden Einzelnen im Vergleich zu seinen Bruttoverdiensten aufgebaut ist und langfristig die bisherige Definition des Rentenniveaus ablösen.

Die Rente bildet in erster Linie Lebensleistung ab. Dass ihre Höhe von den eingezahlten Beiträgen abhängt, ist Ausdruck von Leistungsgerechtigkeit und sorgt für Akzeptanz. Dieses sogenannte Äquivalenzprinzip wollen wir stärken. Daher gilt für uns der Grundsatz: Wer gearbeitet hat, muss im Rentenalter mehr haben als derjenige, der nicht gearbeitet hat. Gerechtigkeit innerhalb einer Generation bildet sich auch dadurch ab, dass Eltern, die in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder beruflich kürzer treten, nicht benachteiligt werden. Die Anerkennung der Kindererziehungszeiten ist daher aus Sicht der CDU richtig. Auch Eltern, die aufgrund einer Behinderung oder Erkrankung ihres Kindes kürzertreten, sollen nicht benachteiligt werden.

Die Lebenserwartung der Menschen steigt und damit auch die Rentenbezugsdauer. Es gilt, das System demografiefest auszugestalten und Altersarmutsrisiken zu minimieren. Hierzu gehört die Einführung einer Altersvorsorgepflicht für Selbstständige mit Wahlfreiheit. Prävention und Rehabilitation müssen stärker zu einer höheren Erwerbsbeteiligung Älterer beitragen. Die Erwerbsminderungsrente darf nicht zur Altersarmut führen. Angesichts der steigenden Lebenserwartung gewinnen viele von uns einige gesunde Lebensjahre hinzu. Einen Teil davon werden wir in Zukunft auch im Arbeitsleben verbringen. Zugleich muss die Flexibilität für einen früheren oder späteren Renteneintritt erhöht werden. Wir wollen dabei Anreize schaffen, länger zu arbeiten.

Ohne zusätzliche Altersvorsorge wird ein gutes Leben im Alter kaum erreichbar sein. Deshalb wollen wir, dass möglichst alle Bürger über eine kapitalgedeckte Zusatzvorsorge verfügen. Die Bürger sollen möglichst viel Wahlfreiheit haben, wie sie für das Alter zusätzlich vorsorgen. Die betriebliche und private Altersvorsorge müssen einfacher, attraktiver, flexibler und selbstverständlich werden. Unser Ziel ist, dass möglichst alle Menschen in Deutschland eine zusätzliche Altersvorsorge haben, bei der die Chancen des Kapitalmarktes besser genutzt werden. Die Förderung von Wohneigentum und die Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter an ihrem Unternehmen sind ebenfalls Formen der Altersvorsorge, die wir unterstützen.

2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?

2.5. Welche Rechte und Pflichten hat der Staat gegenüber den Bürgern?

Antwort 1

- Gewährleistung der Grundrechte nach dem Grundgesetz
- Gewährleistung einer Grundsicherung
- Schutz vor Beeinträchtigung seiner individuellen Rechte
- Schutz vor Gefährdung der freiheitlichen und demokratischen Ordnung von innen und außen
- Bewahrung der Schöpfung und Sicherung der Lebensgrundlagen auf unserer Welt

Antwort 2

Im Bereich Umwelt und Landwirtschaft muss der Staat dafür Sorge tragen, dass unter Wahrung von guten Umweltstandards sichere Lebensmittel zu bezahlbaren Preisen produziert werden. Aus diesem Grund sind ländliche Räume und die sie prägende Landwirtschaft zu sichern und mit ausreichenden Ressourcen auszustatten, um sie im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu halten.

Dafür notwendige Rechtsetzungen sind vorzunehmen oder anzupassen und Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Insbesondere sind Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen.

2.6. Welche Rechte und Pflichten haben die Bürger gegenüber Staat und Gesellschaft?

Antwort 1

- Einhaltung und Befolgen der Gesetze
- Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft
- Solidarität mit seinen Mitbürgern
- Respekt, Achtung und Toleranz gegenüber seinen Mitbürgern

Antwort 2:

Bürger/innen haben einen Anspruch gegenüber Staat und Gesellschaft auf Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Dies beinhaltet das Recht auf Teilhabe und Zugang auf sauberes Wasser, Luft, sichere Lebensmittel. Die Bürger/innen sollen den Staat in diesen Bestrebungen unterstützen.

2.10. Wie kann unnötige Bürokratie abgebaut werden?

Unnötige Bürokratie tritt vor allem dort auf, wo Gesetze und Verordnungen Sachverhalte bis ins Detail hinein regeln. Oft geht es eher um die Kontrollierbarkeit als um die Umsetzung z.B. von europäischen Richtlinien. Eine einfache Möglichkeit unnötige Bürokratie abzubauen, ist deshalb, wo möglich, Bagatellgrenzen einzuführen oder anzupassen. Außerdem könnten Dopplungen bei Kontroll- und Sanktionssystemen, wie z.B. bei der Kennzeichnung und Registrierung von Tieren einmal fachrechtlich und zum anderen bei den CC-Kontrollen, reduziert werden. Bei Maßnahmen der

Biodiversitätsförderung und anderen Agrarumweltmaßnahmen sind Zielerreichung und quantitative Bewertung oft kompliziert. Hier könnten unter bestimmten Bedingungen pauschale Zahlungen Anwendung finden. Vorschriften zum Erhalt des Dauergrünlandes sollen sich auf Grünland beschränken, welches zu einem festzulegenden Stichtag besteht. „Ausmisten“ alter Vorschriften z.B. bei Verordnungen zur Bekämpfung Tierseuchen, welche kaum noch eine Rolle (TSE) spielen.

4. Wie gestalten wir ein wirtschaftlich erfolgreiches und sozial sicheres Leben?

4.11. Wie stärken wir faire Handelsbeziehungen mit unseren Partnern weltweit?

Handelsbeziehungen müssen für beide Partner von Vorteil und nachhaltig sein. Die konsequente Berücksichtigung der 17 Nachhaltigkeitsziele im weltweiten, globalen Handel führt u. a. auch zu fairen Handelsbeziehungen. Die konsequente Einhaltung von Berichtssystemen, wie der Deutsche Nachhaltigkeitskodex dies fordert, sind geeignete Instrumente, um Nachhaltigkeit entlang der Lieferketten sicher zu stellen. Bei Handelsabkommen wollen wir besonders auf die Partnerschaftliche Ausgewogenheit achten.

6. Wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der Menschen?

6.7. Welche ethischen Maßstäbe gelten für den technologischen Wandel?

Seit jeher wirkt der Mensch mit technologischen Mitteln auf die Natur ein und kultiviert somit Wildnis zu Kulturlandschaft, anfangs um seine Ernährung zu sichern, inzwischen auch um Rohstoffe für eine Vielzahl von Produkten bis hin zur Energieerzeugung zu generieren. Die dabei verwendeten Technologien werden stetig weiterentwickelt. Aus Faustkeil wurden Roboter, aus Pergament wurden Webserver und aus Zufällen wurde Präzision.

Technischer Fortschritt hat Deutschland von vielen Krankheiten und von Hunger befreit. Doch schon immer hatte Fortschritt nicht nur positive Seiten, gab es Fehlentwicklungen und negative Folgen – teils sehr langanhaltende. Als Beispiel seien hier nur Asbest oder DDT genannt, mit deren Folgen wir heute noch beschäftigt sind.

Um solche Fehlentwicklungen zu vermeiden, richten wir uns heute nach dem Vorsorgeprinzip.

Die CDU sieht abgeleitet aus der christlichen Verantwortung auch immer den möglichen Nutzen für Mensch und Umwelt. Da jeder Weg, auch Technologieverzicht, ein Risiko in sich trägt, müssen konsequent alle Alternativen inklusive Verbot einer Technologie auf Risiken und Chancen bewertet werden.

Technologischer Fortschritt spielt nicht nur bei Umweltbelastung auf der einen und Umweltschutz auf der anderen Seite eine Rolle. Technologischer Fortschritt wirkt in alle Lebensbereiche hinein. Dabei gibt es Nutzen und Gefahren (in der Züchtung, in der Medizin, Computertechnologie...)

Um Fehlentwicklungen in Zukunft möglichst zu minimieren, sollten folgende ethische Maßstäbe gelten:

- Das Vorsorgeprinzip inkl. der Risikobewertung aller Alternativen gilt in Europa, es muss jedoch genauso das Innovationprinzip berücksichtigt werden. Da jeder Weg, auch Stillstand ein Risiko in sich tragen, muss konsequent auf die Alternative des geringeren Risikos und dem höheren Nutzen gesetzt werden.
- Umweltschutz und Vorsorgeprinzip muss im Rahmen des christlichen Weltbildes auch immer global gedacht werden. Sollte es zu Verhinderung von technologischem Wandel kommen muss dies und die Folgen auch ethisch und wissenschaftlich gerechtfertigt werden.
- Technologischer Wandel ist durch staatliche Rahmenbedingungen und Anreize in eine dem Umweltschutz dienende Richtung zu lenken. Fehlentwicklungen sind durch staatliche Eingriffe abzumildern. Durch höhere Kosten des CO2 Emittierens, fließen mehr Ressourcen in Forschung und Entwicklung von CO2 sparender Technologien.
- Technologischer Wandel ist in langfristiger Perspektive zu bewerten und zu fördern. Es muss eine aktive Kommunikation stattfinden, umso auch die gesamte Gesellschaft zu erreichen.

10. Wie bewahren wir die Natur als Lebensgrundlage der Menschheit?

10.1. Welche Verpflichtungen haben wir für die Bewahrung der Schöpfung?

Der nachhaltige Umgang mit den Ressourcen unseres Planeten ist eine besondere Verantwortung der gesamten Menschheit, der Politik, jedes Landes, jeder Kommune, der Unternehmen und jedes Einzelnen.

Wir brauchen eine moderne, nachhaltige Landwirtschaft, die Tierwohl, Produktqualität, Artenschutz und Wettbewerbsfähigkeit zusammenbringt und in der Gesellschaft breit verankert ist. Den bäuerlichen Betrieben müssen Rahmenbedingungen geboten werden, die ihnen die achtsame Pflege der uns anvertrauten Schöpfung ermöglicht. Förderung, Gesetze und Verordnungen müssen den Nachhaltigkeitszielen entsprechen.

10.2. Wie werden wir angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung unserer globalen Verantwortung für ressourcenschonendes Handeln gerecht?

Trotz stetig wachsender Weltbevölkerung und zunehmender Konflikte haben sich in den letzten Jahren die Lebensbedingungen für viele Menschen weltweit verbessert. Dies gilt leider noch nicht für alle Menschen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet die natürlichen Ressourcen nur in dem Umfang zu verbrauchen, indem sie sich regenerieren und erneuern können, um auch noch als Lebensgrundlage für die kommenden Generationen dienen zu können. Notwendig ist daher eine wirtschaftlich leistungsfähige und gleichzeitig ökologisch verträgliche Entwicklung.

Es braucht funktionierende Wertstoffkreisläufe und eine Entkopplung von Rohstoffverbrauch und Wachstum. Die optimale Ressourceneffizienz für Produktion und

Transport kann je nach Sektor für regionale Wirtschaftskreisläufe oder globale Wertschöpfungsketten sprechen. Eine fortentwickelte Handels- und Entwicklungspolitik berücksichtigt das.

Um die Welternährung nachhaltig zu sichern, braucht es eine moderne Landwirtschaft, die zugrundeliegenden Ressourcen - fruchtbare Böden und Süßwasser ebenso wie die Fischbestände der Meere und Binnengewässer - effizient und nachhaltig nutzt. Global betrachtet stellen die Regenwälder eine unwiederbringliche Ressource für die biologische Vielfalt und das Klima dar, die wir schützen müssen. Deshalb wollen wir Initiativen wie etwa die Zertifizierung von entwaldungsfrei hergestellten Agrarrohstoffen unterstützen und ausbauen.

10.3. Wie gestalten wir eine wirtschaftlich erfolgreiche, moderne und ressourcenschonende Landwirtschaft?

Heute, wie auch in Zukunft, braucht Deutschland und Europa eine starke Land- und Forstwirtschaft. Sie ist unverzichtbar, denn sie ist die Grundlage für unsere sicheren und gesunden Nahrungsmittel, für natürliche umweltfreundliche Rohstoffe und vitale ländliche Räume. Nach wie vor sehen wir in regional verwurzelten, bäuerlich-unternehmerischen Betrieben die beste Form der Landwirtschaft. Sie verbindet Eigentum und Nachhaltigkeit über Generationen mit Engagement für die Heimat. Wir wollen, dass Land- und Forstwirtschaft ressourcenschonend arbeiten, wirtschaftlich erfolgreich auf regionalen wie auf internationalen Märkten sind und ihren Beitrag zur Ernährung und Versorgung einer wachsenden Weltbevölkerung leisten. Dafür brauchen sie faire Handelsbedingungen und müssen moderne Technologien, insbesondere die Digitalisierung und neue Züchtungsmethoden, zu fairen Konditionen nutzen können. Sie sollen unsere Land- und Forstwirtschaft nicht nur wirtschaftlicher machen, sondern gleichzeitig auch zu mehr Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutz führen.

Die Land- und Forstwirtschaft der Zukunft arbeitet wieder mehr in Kreisläufen und im Einklang mit der Natur. So kann sie auch eine entscheidende Rolle bei der Umstellung von einer fossilen auf eine ressourcenschonende, auf nachwachsenden Rohstoffen und Reststoffen basierende Wirtschaft spielen und einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir werden die Instrumente der europäischen wie der nationalen Agrarpolitik weiterentwickeln und nutzen, um die Entwicklung neuer Wirtschaftsmodelle einer natur- und tierfreundlichen Land- und Forstwirtschaft zu ermöglichen. Dazu gehört auch gesellschaftlich gewollte Natur- und Umweltschutzleistungen sowie eine stärker bodengebundene Tierhaltung zielgerichtet zu honorieren. Außerdem wollen wir auch die Kooperation von land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen und die Zusammenarbeit der Land- und Forstwirtschaft mit Gemeinden, Wasserwirtschaft, Naturschutzvereinen, Lebensmittelwirtschaft und Handel in den Regionen voranbringen. Zudem werden wir die Landwirte und Waldeigentümer bei der Anpassung an den Klimawandel und bei der Absicherung der Risiken von Naturkatastrophen unterstützen.

10.4. Wie werden wir unserer Verantwortung gegenüber Tieren als Mitgeschöpfen gerecht?

Wir werden die Haltungsbedingungen von Nutztieren tiergerecht weiterentwickeln. Das tun wir im Sinne des Tierwohles und der Tiergesundheit, aber auch der Landwirte. Wir wollen sicherstellen, dass Tierhaltung in Deutschland eine Zukunft hat. Tierschutz und Nutztierhaltung schließen sich nicht aus.

Deutschland braucht sich hier nicht zu verstecken: Wir sind internationale Vorreiter im Tierschutz. Wir wollen aber nicht nur Vorbild sein, sondern international bessere Standards erreichen. Bei Nutztieren, wie auch bei Heimtieren, ist es unser Anliegen, das nicht kurative Eingriffe, aber auch Qualzuchten, bald der Vergangenheit angehören. Es geht darum, den Tieren mit mehr Respekt und Wertschätzung zu begegnen.

10.5. Wie gestalten wir einen erfolgreichen Natur- und Artenschutz?

Kern des zukünftigen Natur- und Artenschutzes im Bereich der Landwirtschaft muss ein partizipativer Vertragsnaturschutz auf freiwilliger Basis sein, der feste Vertragslaufzeiten umfasst, damit Landwirte aus der Bereitstellung ihrer Flächen ein sicheres Einkommen erzielen können. Der positive Beitrag von Land-, Forst- und auch Teichwirten zum Natur- und Artenschutz muss durch entsprechende Förderungen anerkannt und unterstützt werden. Zielgerichtete Umweltmaßnahmen sollten zudem auf kooperativer Ebene mit Umweltverbänden und Landnutzern umgesetzt werden, um so eine breite gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen. Darüber hinaus muss der Natur- und Artenschutz insgesamt funktionell verbessert werden, indem etwa Schutzgebiete primär qualitativ weiterentwickelt werden, statt diese quantitativ auszudehnen und indem die zahlreichen, verstreuten Rechtsnormen, insbesondere im Arten- und Naturschutz, entschlackt und in eine Rechtsnorm integriert werden. Zudem gilt es, die Landschaftsplanung als bewährtes, flächendeckendes und sämtliche Schutzgüter umfassendes Vorsorgeinstrument für Naturschutz wieder zu stärken und bei der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung die Vermeidung stärker zu priorisieren.

Im Bereich der Forstwirtschaft muss zur Sicherstellung der Artenvielfalt bereits heute auf klimaresistentere und zum Teil auch nicht heimische Baumarten gesetzt werden, gleichwohl in anderen Bereichen ein aktiveres Vorgehen gegen Neobiota, zum Schutz der heimischen Flora und Fauna, erforderlich ist.

10.6. Wie ermöglichen wir eine gesunde Ernährung und fördern den nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln?

Die deutsche Landwirtschaft produziert hervorragende Lebensmittel. Damit dies so bleibt, brauchen wir weiterhin eine leistungsstarke Landwirtschaft, die in der Lage ist ressourcenschonend gesunde Lebensmittel zu produzieren. Dies hat in Einklang mit den natürlichen Standortbedingungen und Tierwohl achtend zu geschehen.

Eine umfassende Lebensmittelüberwachung ist ebenso notwendig, wie ein gut funktionierender Verbraucherschutz. Auf Bund und Länderebene sind Task forces

Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit aufzubauen oder zu stärken, wo es sie schon gibt. Gegen Lebensmittelbetrug (Food Fraud) ist konsequent vorzugehen. Der Online Handel hat stark steigende Zuwachsraten und ist daher zur Einhaltung gleicher Qualitätsstandards ebenfalls einer notwendigen Kontrolle zu unterziehen. Die Sicherheit unserer Lebensmittel gilt auch für Importprodukte und ist durch ausreichende Kontrolle sicherzustellen.

Wir wollen den nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln fördern, indem wir mehr Bildungsangebote sowohl für Kinder, als auch für Erwachsene anbieten wollen. Nahrung muss wieder mehr wertgeschätzt werden. Dies schließt die Reduzierung der Lebensmittelabfälle mit ein.

10.7. Wie kann vernetzte und digitale Mobilität zu höherer Effizienz und einer besseren Umwelt- und Klimabilanz beitragen?

- Ziel ist die Reduzierung und Optimierung von emissionsbelastetem Verkehr bei gleichbleibender Leistungsfähigkeit
- Parksuchverkehr einschränken. Für Parkhäuser bestehen in der Regel Leitsysteme. Der Nachweis freier Parkplätze kann ausgeweitet werden. Bewirtschaftete Parkplätze können durch entsprechende Sensoren (z.B. an Lichtmasten) nachgewiesen werden und über entsprechende Apps zugänglich gemacht werden. Ausbau zu Reservierungssystemen ist möglich.
- Mitfahr-Apps für Berufspendler und steuerliche Vergünstigung für den Fahrer, der sein Fahrzeug zur Verfügung stellt.
- Ausstattung der KFZ mit Standortmeldesystemen – identifizierbar für den Eigentümer/Halter, anonymisiert für verkehrslenkende Steuerungssysteme
- Weiterentwicklung von Verkehrsrechnern zur verkehrsabhängigen Ampelsteuerung statt grüner Welle auf der Basis von anonymisierten GPS-Daten der KFZ, ggf. mit deren Angabe des Fahrziels.
- Umweltverbund-Apps sind zu entwickeln, die „von hier nach da“ die optimale Verbindung in Kategorien nachweist: preiswert – schnell – komfortabel. Dabei sind die Kosten auszuweisen inkl. pauschalierter Kilometerkosten für das eigene KFZ. ÖPNV-Fahrkartenkauf, Fernverkehr-Fahrkartenkauf, Taxianforderung, Car-Sharing etc., ebenso die (pauschalierten) CO₂-Emissionen.
- P+R Plätze ausbauen und mit Platznachweissystemen und Reservierungsmöglichkeiten ausstatten
- Taktverdichtungen durch digitale Steuerung von Zügen und Bahnen nutzen, um die Infrastrukturnutzung zu optimieren
- Anrufsammeltaxissysteme durch selbstfahrende Kleinbusse ersetzen
- Für den Bereich der Logistik wird auf die Vorschläge des BDI ([Link](#)) verwiesen.
- Reduzierung des Rücksendepaketverkehrs durch Abschaffung des Verzichts auf Freimachung (psychologischer Effekt, auch wenn die Lieferfirmen das durch Gutschriften etc. ausgleichen könnten. Ob ein Effekt erzielt werden kann, müsste durch Fachleute geprüft werden)

10.8. Wie schützen wir das Klima ohne den wirtschaftlichen Wohlstand zu gefährden und wie gestalten wir den Strukturwandel?

Unser ureigenstes Anliegen ist die Bewahrung der Schöpfung. Das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft ist fester Bestandteil christdemokratischer Politik. Nachfolgende Generationen haben ein Recht auf wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und eine intakte Umwelt.

Die Bewahrung der Schöpfung muss mit dem Schutz von Arbeitsplätzen und sozialer Sicherung einhergehen, sonst wird insbesondere ein Strukturwandel keine gesellschaftliche Akzeptanz erfahren. Das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft, Wohlstand für alle Menschen zu erreichen, muss weiterhin eingelöst werden. Dabei wird eine ökologische Dimension ergänzt. Ein effizienter und sparsamer Ressourceneinsatz ist auch ein Kosten- und Standortvorteil, den Deutschland geschickt nutzen wird.

Um den notwendigen Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, müssen der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den betroffenen Regionen Vorrang haben. Nur so können die Chancen gesehen werden, die sich beispielsweise durch Arbeitsplätze auf dem Gebiet der Umwelttechnologien ergeben. Sinnvolle Maßnahmen müssen insbesondere im ländlichen Raum gebündelt werden, damit diese als attraktive Heimat erhalten bleibt. Alle Betroffenen müssen ferner in einen konstruktiven Dialog integriert werden. Die CDU muss gemeinsam mit Bildungseinrichtungen, Kommunen, Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie Land- und Forstwirten klimabewusstes Verhalten in der Gesellschaft verankern. Grundlage für dessen Akzeptanz bleibt eine positive Einstellung gegenüber Natur und Technik. Diese muss bereits im Kindesalter angelegt werden. Dabei kommt Bildung für nachhaltige Entwicklung eine besondere Rolle zu. Nur mit diesem integrativen Ansatz kann eine nachhaltige Entwicklung erfolgen.

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist verfassungsmäßig garantiert. Es bedarf eines ständigen Beitrages durch jeden einzelnen Menschen. Jeder einzelne Mensch ist dabei auch für den Klimaschutz durch seine individuellen Entscheidungen bei Konsum, Mobilität, Freizeit und Wohnen verantwortlich.

Wir brauchen eine verstärkte Forschung und Entwicklung, gezielte Anreizsysteme und Förderprogramme sowie einen umweltorientierten ordnungspolitischen Rahmen, um dem Klima- und damit verbundenen Strukturwandel zu begegnen. Wir müssen dabei technologieoffen sein. Alte Technologien dürfen nur durch neue ersetzt werden, wenn diese tatsächlich mit einem entsprechenden Reifegrad entwickelt sind. Ohne entsprechende Reife wird die gesellschaftliche Akzeptanz von Strukturwandel wie bei der Energiewende aufs Spiel gesetzt.

Energieeffizienz ist ein wesentlicher Baustein zum Klimaschutz - deshalb muss Deutschland bei der Energieeffizienz Vorreiter werden. Dabei spielen Gebäude und auch der Mobilitätssektor eine wichtige Rolle. Der Bund kann hier bei seinen

Bundesliegenschaften eine Vorbildfunktion einnehmen. Ziel muss die klimaneutrale Verwaltung sein. Forschung für Speichertechnologien und Energieeffizienz muss verstärkt werden.

Der kommunalen Ebene kommt beim Klimaschutz eine besondere Rolle zu. Hier gibt es den European Energy Award, der durch umfangreiche Maßnahmen auf der untersten Ebene wesentlich zu Energieeffizienz und damit zum Klimaschutz beiträgt.

Kurzversion:

Die Bewahrung der Schöpfung muss mit dem Schutz von Arbeitsplätzen und sozialer Sicherung einhergehen, sonst wird insbesondere ein Strukturwandel keine gesellschaftliche Akzeptanz erfahren. Die CDU muss gemeinsam mit Bildungseinrichtungen, Kommunen, Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie Land- und Forstwirten klimabewusstes Verhalten in der Gesellschaft verankern. Jeder einzelne Mensch ist dabei auch für den Klimaschutz durch seine individuellen Entscheidungen bei Konsum, Mobilität, Freizeit und Wohnen verantwortlich. Wir brauchen eine verstärkte Forschung und Entwicklung, gezielte Anreizsysteme und Förderprogramme sowie einen umweltorientierten ordnungspolitischen Rahmen, um dem Klima- und damit verbundenen Strukturwandel zu begegnen. Dabei spielen Gebäude und auch der Mobilitätssektor eine wichtige Rolle. Ziel muss die klimaneutrale Verwaltung sein.

10.9. Wie gelingt die gemeinsame europäische und internationale Gestaltung von Umwelt- und Klimaschutz?

Zentrale Herausforderungen des Klima- und Umweltschutzes sind die Reduktion der Treibhausgase, die Umstellung auf ein klimafreundliches Wirtschaftssystem, der Kampf gegen die Vermüllung unserer Meere, der Erhalt der Biodiversität sowie saubere Luft und saubere Böden. Diese Aufgaben können nur europäisch und international gelöst werden, denn die Umwelt- und Klimaverschmutzung überschreitet nationale Grenzen.

Hier muss die Europäische Union weiterhin eine Vorreiterrolle als Vertreterin für mehr Nachhaltigkeit weltweit einnehmen und beispielsweise den Verbrauch an Kohlendioxid in der EU bis 2030 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Nur so können wir andere Länder davon überzeugen, dass sich der Umstieg auf ein nachhaltiges umwelt- und klimafreundliches Wirtschaftssystem lohnt und auch in ihrem eigenen Interesse liegt. Marktwirtschaftliche Elemente wie z.B. der Zertifikatehandel mit Kohlendioxid müssen in ein weltweites System integriert werden und so ihre ökologische Steuerungsfunktion erreichen. Gerade Entwicklungs- und Schwellenländer müssen Anreize wie eine verstärkte Förderung erhalten, um ihre eigene Entwicklung nachhaltig auszurichten. Umwelt- und Klimaschutz unter Beachtung der Menschenrechte müssen für sie eine Chance zu wirtschaftlichem Wohlstand werden.

10.10. Welche marktwirtschaftlichen Elemente können in den Dienst der Ökologie gestellt werden?

Eigentum, freie Preisbildung sowie fairer Wettbewerb in Verbindung mit einem staatlichen Ordnungsrahmen und sozialpolitischen Maßnahmen sind Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft. Marktwirtschaftliche Elemente führen zu höherer Flexibilität, Innovationen und konkreten Problemlösungen mit hoher Kosteneffizienz. Durch umweltökonomische Ansätze erhalten Umweltleistungen bzw. -auswirkungen einen Preis und werden dadurch in den Markt integriert. Mit dem Europäischen Emissionshandel haben wir bereits ein funktionierendes marktwirtschaftliches Instrument im Klimabereich. Umweltleistungen, wie die Schaffung und Pflege von Emissions-Senken sind hingegen noch nicht berücksichtigt. Das Prinzip des Zertifikatehandels lässt sich auch auf andere ökologische Bereiche übertragen, so z.B. auf den Flächen- und Bodenschutz. Im Bereich der Kreislaufwirtschaft ist mit dem Prinzip der Produktverantwortung ebenfalls schon ein marktwirtschaftliches Element umgesetzt, welches ausgeweitet werden soll. Die CDU sollte in Zukunft mehr Mut für die umweltökonomischen Ansätze aufbringen und gleichzeitig die oft ineffizientere Regulierung einzelner Bereiche zurückfahren.

10.11. Wie können moderne Technologien und Innovationen dazu beitragen, Umweltprobleme zu lösen?

- IT-Technologien helfen, Prozesse zu planen, Vorhersagen zu treffen und Maßnahmen zu evaluieren. Innovationen dienen insbesondere zur Entwicklung neuer Maßnahmen.
- Ressourcenschonende Produktion und Langlebigkeit von Gütern tragen erheblich zur Reduzierung von Umweltbelastungen bei. Für die wichtigsten Konsumgüter sollten Pflichtangaben zu diesen Daten gemacht werden: Garantie zur Lieferung von Ersatzteilen, garantierte Zeit zur Pflege von Software bei Betriebssystemen, Mindesthaltbarkeitsdauer, Funktionsgarantie über die gesetzliche Mindestzeit hinaus, ggf. als buchbare Versicherungsleistung, Angabe des Anteils wiederverwerteter Rohstoffe im Produkt, ggf. nach dem Muster der Energieeffizienzklassen.
- Neue Technologien und Materialien im Bereich Abfalltrennung und stofflichem Recycling unterstützen den Ausbau einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft.
- Monitoring und Überwachungssysteme helfen beim Erhalt der Biodiversität.
- Förderpreise für Innovationen zur Verringerung von Umweltbelastungen.
- Erhöhte steuerliche Abschreibung für F+E-Aufwendungen zur Reduzierung von Umweltbelastungen
- Entwicklung von Optimierungsstrategien bei unvermeidbaren Umweltbelastungen (Dünger, Pestizide, Wassereinträge, Stromverbrauch, Rohstoffeinsatz, Ressourcenschutz, Wasserverbrauch etc.) Zur Unterscheidung ist zwischen Optimierungen, die für das Unternehmen betriebswirtschaftlich sinnvoll sind und solchen, für die das nicht gilt, die aber dem Allgemeinwohl dienen.

- Steuerung der Stromnetze zur Stabilitätssicherung bei zunehmender dezentraler Einspeisung
- Durchsetzung lastgesteuerter Stromtarife im häuslichen Bereich oberhalb bestimmter Jahresverbrauchswerte, Einführung von Smartmetern und automatisierte Einschaltung von Haushaltsgeräten
- Anlage und Steuerung von Wärmespeichern bei elektrisch beheizten Wohnungen oder Häusern
- Markteinführungsprogramm für Power-to-X-Technologien, um perspektivisch fossile Kraft- und Brennstoffe zu ersetzen.
- Verbesserte Anreize für die Abscheidung und anschließende Verwendung von CO₂ im Sinne einer CO₂-Kreislaufwirtschaft.

10.12. Wie bringen wir mehr Natur in die Städte?

Städtische Natur schafft Erholungsräume für die Menschen, sorgt für ein besseres Mikroklima und trägt so zu unserem täglichen Wohlbefinden bei. Diese grüne Infrastruktur erbringt so neben ökologischer auch wirtschaftliche und soziale Leistungen. Die Biotop- und Artenvielfalt kann nur erhalten und ausgebaut werden, wenn statt Monokulturen klimawandelangepasste und trockenresistente Arten auf ausreichend großen, infrastrukturbegleitenden Flächen gepflanzt und angesiedelt werden. Ökologisch tote Flächen wie Schottergärten gilt es zu vermeiden. Durch Entsiegelung von z.B. Brachflächen können neue grüne Strukturen und Wasserflächen geschaffen werden. Gleichzeitig kann Niederschlag direkt versickern und Grün kann gespeichertes Regenwasser durch Verdunstung abgeben und so kühlend wirken.

Wir müssen unsere abendliche und nächtliche Beleuchtung insektenfreundlicher gestalten und Grünflächen und Gärten so anlegen und Naturschutzgebiete so pflegen, dass Wildpflanzen, Insekten, Vögel und andere Arten dort einen guten Lebensraum finden. Wir müssen in unseren Kommunen die Bauleitplanung so ausrichten, dass die Flächenversiegelung weiter reduziert wird. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die vorhandenen Flächen vernetzt werden, damit ein Austausch zwischen den Populationen entstehen kann.

Mit Bildung für Nachhaltige Entwicklung können Kinder schon ab dem Kita-Alter und anschließend in der Schule mit dem Thema vertraut gemacht werden.

Mögliche Ergänzung:

Zum Erhalt und Ausbau der Natur in Städten müssen private Eigentümer, die Wirtschaft und die öffentliche Hand gleichermaßen ein Bewusstsein für den städtischen Lebensraum entwickeln.

Die von der Bundesregierung 2019 ergriffene Initiative Masterplan Stadtnatur geht in die richtige Richtung: ein Maßnahmenbündel von rechtlichen Anpassungen, verbesserte Förderbedingungen, neu gedachte Öffentlichkeitsarbeit und Arbeitshilfen für die

Kommunen sind ein ambitioniertes Ziel. Die Natur in deutschen Städten ist geprägt durch eine Vielzahl unterschiedlicher Flora- und Fauna- Strukturen. Dazu gehören einzelne Bäume, private und öffentliche Gärten, renaturierte Bachläufe oder Stadtwälder. Neben solchen Freiflächen sind aber auch bauliche Elemente wie Fassaden- und Dachbegrünungen Teil von Stadtnatur. Sie sind Lebensraum nicht nur vieler Haus-, sondern vieler wilder Tiere.

Auch die großflächige Versiegelung von Hausgärten muss verhindert werden. Durch eine Reduzierung der Niederschlagswassergebühr für entsiegelte Flächen, die eine lokale Regenwasserversickerung ermöglichen, können Kanalbetreiber das Entsiegeln fördern. Bürgerinnen und Bürger können durch die Bepflanzung ihrer Gärten und Balkone auch in Städten einen wichtigen Beitrag zum Insektenschutz leisten. Aber auch Kommunen sollten bei der Pflege ihrer öffentlichen Flächen mit gutem Beispiel vorangehen und insektenfreundliche Blühwiesen statt Monokulturen pflanzen (lassen). Zudem kann die Renaturierung von Auen und Fließgewässern einen wichtigen Lebensraum für Insekten schaffen. So lassen sich regional angepasste und nachhaltig wirksame Lösungen finden und eine Trendumkehr bei der Artenentwicklung erreichen. Wir treten für einen breite Informationskampagne ein und für kommunale/regionale Dialogprozess mit den Bürgern, mit den Naturschutzverbänden, der Land- und Forstwirtschaft sowie der ansässigen Wirtschaft.

Vorbemerkung

Der Bundesfachausschuss (BFA) Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern wurde beauftragt, ausgewählte Leitfragen zum Grundsatzprogramm, die vom 31. Parteitag der CDU im Dezember 2018 beschlossen wurden, zu beantworten. Der BFA setzte dazu eine aus seinen Mitgliedern bestehende Arbeitsgruppe ein, die die Entwürfe für die Antworten ausgearbeitet hat. Auf dieser Grundlage formuliert der BFA nachfolgend Antworten auf 18 Leitfragen. Diese Antworten sollen der internen Verwendung dienen und Orientierung bei der Erstellung des Grundsatzprogramms geben.

2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?

2.10. Wie kann unnötige Bürokratie abgebaut werden?

Der Staat muss Leistung und Chancen ermöglichen, anstatt sie zu beschneiden. Wir brauchen einen Staat, der Freiräume lässt – für Bürger, ihre Initiative und Unternehmen. Er muss dem Gemeinnutz dienen und zugleich bürger- und unternehmensfreundlich seine Dienste zur Verfügung stellen. Der Staat muss in diesem Sinne zum leistungsfähigen Partner und Dienstleister für Bürger und Unternehmen weiterentwickelt werden. Sämtliche Verwaltungsdienstleistungen müssen unter Wahrung größtmöglicher Datensicherheit online angeboten werden, damit Bürger und Unternehmen weitgehend auf Papieranträge und persönliches Erscheinen bei Behörden verzichten können.

Der Bürokratieabbau muss mit konkreten Zielen und Maßnahmen verfolgt werden. Unsinnige Verbote und Beschränkungen müssen verhindert werden. Um den Abbau von bürokratischen Belastungen für Bürger und Unternehmen zu beschleunigen, sollte die „One-In-One-Out“-Regel zu einer „One-In-Two-Out“-Regel umgewandelt werden, so dass mit neuen Gesetzen bestehende, unnötige Regulierungen wirklich abgebaut werden. Um Unternehmensgründungen zu vereinfachen, sollte es besondere Bürokratieausnahmen für Gründer in den ersten zwei Jahren geben. Wie alle Unternehmen brauchen auch Gründer stabile und verlässliche Rahmenbedingungen. Auch für Unternehmensnachfolger sollte es Bürokratierleichterungen geben.

Gesetze sollen grundsätzlich – jedoch ohne die Stabilität der Rahmenbedingungen zu gefährden – ein Prüfungsdatum bekommen. Ihre Wirkung muss vor einer Verlängerung des Gesetzes evaluiert werden.

4. Wie gestalten wir ein wirtschaftlich erfolgreiches und sozial sicheres Leben?

Gemeinsame Antwort auf die Fragen:

4.1. Worin bestehen für uns heute und in Zukunft wirtschaftlicher Erfolg, Wachstum, Wohlstand und gutes Leben?

4.2. Wie stellen wir die Weichen, dass die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland auch in Zukunft erfolgreich ist?

Um die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft fortzuschreiben und die Menschen von ihrer Leistungsfähigkeit zu überzeugen, müssen wir bewährte Grundprinzipien wie Freiheit und Eigenverantwortung, Markt und Wettbewerb, Solidarität und Subsidiarität, Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung, Anreize statt Verbote, Erwirtschaften vor Verteilen, Leistungsgerechtigkeit und sozialen Ausgleich stärken. Gleichzeitig müssen wir zukunftsfähige Rahmenbedingungen schaffen und eine neue Balance aus Freiheit, Wettbewerb und gesellschaftlicher Verantwortung finden.

Dabei gilt für uns immer: Nachhaltigkeit, Wachstum und Wohlstand sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Wachstum und Wohlstand dürfen nicht zulasten der kommenden Generationen oder der Schöpfung gehen – sie müssen nachhaltig sein. Wir brauchen eine Politik, die Wachstum und Wohlstand ermöglicht, die industrielle Kerne erhält und ausbaut und dabei zugleich nachhaltig ist.

Insbesondere der Mittelstand und die Familienunternehmen tragen maßgeblich zum Wohlstand unseres Landes bei und müssen daher gestärkt werden. Zu zukunftsfähigen Rahmenbedingungen für den Mittelstand – aber auch für unsere Großunternehmen – gehört beispielsweise ein günstiger Rahmen für Innovationen durch Bürokratieabbau und Unternehmenssteuern, die in der Höhe und Ausgestaltung deutsche Unternehmen im Wettbewerb der Industriestandorte nicht benachteiligen. Weitere Eckpfeiler sind eine zukunftsfähige Infrastruktur, ein leistungsfähiges Bildungssystem und qualifizierte Fachkräfte.

Auch Freihandel, Globalisierung und der europäische Binnenmarkt sind zukünftige Wachstums- und Wohlstandstreiber. Beim internationalen Handel sollten allerdings auch ökologische und soziale Grundnormen berücksichtigt werden. Wir setzen daher auf Kooperation statt Protektionismus, auf einen freien Welthandel mit offenen Märkten und auf den Abbau von Barrieren im Binnenmarkt, um den fairen Wettbewerb zu stärken. So stellen wir die Weichen für zukünftiges umweltfreundliches Wachstum und Innovationen, die neuen Wohlstand für alle, die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und dadurch gesellschaftlichen Zusammenhalt mit sich bringen.

4.3. Wie sichern wir, dass die Menschen von ihrer Arbeit ein gutes Leben führen können?

Leistung muss sich lohnen! Eine starke, funktionierende Tarifpartnerschaft trägt zu guten, auskömmlichen Entgelten bei. Daneben braucht Deutschland ein leistungsgerechtes und anreizfreundliches Abgabensystem, damit unsere Leistungsträger mehr Netto vom Brutto haben und über den größeren Teil ihres Einkommens selbst verfügen können.

Wir brauchen eine Einkommensbesteuerung mit einem linear-progressiven Tarif. Lohnerhöhungen zum Ausgleich der Inflation müssen im Geldbeutel der Beschäftigten bleiben. Daher müssen die Wirkungen der sogenannten kalten Progression bei der Einkommensteuer regelmäßig ausgeglichen werden.

Auch der Verbrauch darf nicht zu hoch belastet werden, damit die Menschen mit ihrem Einkommen ein gutes Leben führen können, ohne durch ihr Verbrauchsverhalten die Zukunftschancen der nächsten Generationen zu schmälern. Dazu wollen wir nicht nur Verbrauchsteuern, sondern auch die steuerähnlichen Abgaben, wie z. B. die Stromumlagen und den Rundfunkbeitrag, in den Blick nehmen. Bund und Länder sollten solche Sonderabgaben transparent ausweisen und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit überprüfen.

Steuern und Sozialabgaben dürfen in Summe nie mehr als die Hälfte des Einkommens abschöpfen. Die Sozialabgabenquote soll 40 Prozent nicht übersteigen.

Finanzielle Spielräume für Abgabensenkungen wollen wir dadurch schaffen, dass bestehende Aufgaben regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit überprüft und entbehrliche Aufgaben konsequent reduziert werden.

4.4. Wie sichern wir im internationalen Wettbewerb die Gewinnung von Fachkräften für eine dauerhaft leistungsfähige Wirtschaft?

Die wichtigste Grundlage für die Gewinnung von Fachkräften ist ein gutes Bildungssystem, zu dem unser duales Ausbildungssystem gehört. Dabei sind für uns Berufsbildung im dualen System und akademische Bildung gleichwertig.

Junge Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich bereits in der Schule nützliche Kompetenzen aneignen zu können. Daher ist ein bundesweites Schulfach Wirtschaft genauso wichtig, wie ein Schulfach, das Digital- und Medienkompetenzen vermittelt. Auch sollten Schüler in ihrer Schullaufbahn in Projektarbeiten Unternehmensgründungen durchgespielt haben, um das Gründerklima zu fördern.

Um das Lehrangebot an Hochschulen zeit- und bedarfsnäher zu gestalten und die Dauer der Ausbildung effizient zu nutzen, sollten sozialverträgliche und nachgelagerte Studienbeiträge erhoben werden.

Insbesondere im Zeitalter der Digitalisierung brauchen wir eine altersunabhängige Weiterbildungskultur, die auf Dauer angelegte Chancen eröffnet und den Menschen ermöglicht, ihre berufsbezogene Entwicklung stärker eigenverantwortlich zu organisieren.

Zudem brauchen wir geeignete Rahmenbedingungen für eine gezielte und qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland. Dabei ist wichtig, dass die Zuwanderung auf konkrete Bedarfslagen und Personalanforderungen und nicht wegen eines

hypothetischen Bedarfes an Arbeitskräften erfolgt. Die Erteilung der Arbeitserlaubnis muss in transparenten, schnellen und digitalen Verfahren erfolgen. Ausländische Abschlüsse müssen schnell geprüft und unbürokratisch anerkannt werden.

Damit wir im Wettbewerb um die klügsten Köpfe vorn liegen, müssen wir als Arbeitsstandort attraktiver werden. Dafür benötigen wir neben einer modernen Infrastruktur, ein zeitgemäßes Arbeitsrecht und ein leistungsgerechtes und anreizfreundliches Abgabensystem.

4.5. Wie spornen wir Leistung und Gründergeist an und wie sichern wir die Zukunft des deutschen Mittelstands?

Deutschland ist seit jeher ein Land der Erfinder und der Innovationen. Damit künftig noch mehr Menschen Neues wagen und die Innovationskraft gestärkt wird, müssen wir die Gründungskultur neu beleben. Dazu gehört auch, dass eine neue Idee scheitern darf und nach Fehlschlägen neue (unternehmerische) Perspektiven ermöglicht werden. Die unternehmerische Selbständigkeit soll grundsätzlich erleichtert und wertgeschätzt werden – auch schon von jungen Menschen.

Eine dynamische Gründungskultur allein ist aber nicht alles. Ausschlaggebend ist auch, dass wir den notwendigen Mut aufbringen, auch bei den Finanzierungsinstrumenten neue Wege zu gehen und die Attraktivität von Investitionen in innovative Konzepte erhöhen, insbesondere bei der systematischen Markterschließung von Innovationen.

Zur Sicherung des deutschen Mittelstands bedarf es darüber hinaus guter und zukunftsfähiger Rahmenbedingungen sowie einer erfolgreichen Gestaltung der Unternehmensnachfolge. Dabei kann weniger manchmal mehr sein – gerade in Bezug auf Bürokratie und Steuern.

4.6. Wie befördern wir, dass Forschung und Innovation erfolgreich in Geschäftsmodelle mit Wertschöpfung in Deutschland umgesetzt werden?

Deutschland muss offen sein für technologischen Fortschritt. So dürfen nicht nur die Risiken, sondern vor allem die Chancen von Innovationen beachtet werden. Für uns ist klar: Innovationen sollen den Menschen dienen und unser Leben verbessern. Wir brauchen deshalb eine Kultur, die Zukunftsoptimismus, Mut und Bereitschaft zu Innovationen fördert.

Wir brauchen gute Rahmenbedingungen für junge, innovative Unternehmen. Dabei gilt es, die Bereitschaft privater und institutioneller Anleger zu erhöhen, in die Gründungs- und Wachstumsphase von Startups und Hightech-Unternehmen zu investieren.

Finanzielle Förderung von Forschung und Innovationen muss sich am Grundsatz der Technologieoffenheit orientieren. Denn die ausschließliche Förderung einzelner Technologien bedeutet eine Bevorteilung zulasten einer möglichen, am Ende vielleicht sogar besseren Alternative. Die Innovationsförderung muss zudem über die erste Phase

eines Innovationsprozesses (direkte Projektförderung) hinaus für die zweite und dritte Phase (Markteinführung und Diffusion) erweitert und verbessert werden. Für die Finanzierungslücke beim Übergang von öffentlicher zu privater Finanzierung müssen daher effiziente Instrumente entwickelt und eingesetzt werden.

Deutschland verfügt über eine große Zahl von Forschungsinstituten, deren Forschungsergebnisse weltweit Beachtung und Anerkennung finden. Viele Forschungsergebnisse aus Deutschland können nicht nur nahezu aufwandfrei im Ausland verwendet und dort zu Produkten umgesetzt werden; diese Externalisierung wird besonders attraktiv gemacht, indem dann sogar ihre praktische Verwendung bzw. Anwendung am Standort Deutschland ohne Einschränkungen gefördert wird. Solche kontraproduktiven Kreisläufe müssen im Interesse des Standortes Deutschland zukünftig erschwert werden: u. a. durch Auflagen der Forschungsförderung, durch flexible Ruhestandsregelungen für Wissenschaftler aus wichtigen Forschungsbereichen, durch attraktive Second Life-Perspektiven für ausscheidende Forscher und durch eine Standort-Förderung, die die Umsetzung von Innovationen besonders begünstigt, wenn diese aus Deutschland kommen und in Deutschland oder der EU hergestellt werden.

4.7. Wie erreichen wir eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung?

Die Energieversorgung der Zukunft beruht auf einer Vielzahl von alternativen Energiequellen und der Reduzierung des Energieverbrauchs, ohne dabei die Wirtschaftlichkeit, die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft aus dem Blick zu verlieren. Dabei setzen wir auf unternehmerische Initiativen durch Anreize und Innovationsförderung statt auf staatliche Bevormundungen. Wir setzen auf die Klugheit intelligenter Rahmenbedingungen und funktionierender Märkte statt auf staatswirtschaftliche Durchmärsche.

Für eine gute Versorgungsqualität braucht es leistungsfähige Stromnetze, flexible Erzeuger und Verbraucher sowie Speicher und intelligente Technologien. Ein einheitlicher Marktrahmen für alle Stromerzeugungsarten soll auch Speichertechnologien und flexible Verbraucher einbinden. Erneuerbare Energien müssen Schritt für Schritt in ein System der Versorgungssicherheit integriert werden.

Beim Ausbau von erneuerbaren Energien soll der Vorrang dort liegen, wo der höchste Nutzen generiert werden kann. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze muss besser aufeinander abgestimmt werden. Er soll durch Flächenkraftwerke („virtuelle Kraftwerke“) in den Industriegebieten und Ballungsräumen effizient und versorgungssicher organisiert werden. Wichtig ist dabei auch ein leistungsfähiges Speicherportfolio. Die künftige Stromnachfrage soll durch den gezielten Ausbau der dezentralen Energieerzeugung, durch intelligente, kosten- und zeitsparende Lösungen beim Netzausbau (Smart Grid/Microgrids) und durch nachhaltige Energieeinsparungen in allen Anwendungsbereichen optimal bedient werden. Insgesamt setzen wir auf Effizienz durch Systemintegration bzw. Sektorenkopplung, z. B. bei den Sektoren Strom und Mobilität.

Um die Strompreise auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu begrenzen, soll insbesondere die EEG-Umlage ohne Beeinträchtigung der Energieversorgung auslaufen und die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß reduziert werden.

Deutschlands Ziele gelingen besser im europäischen Schulterschluss. Wir setzen daher weiter auf offene Energiemärkte in einem offenen Europa und werden klimapolitische Allianzen in Europa und global stärken.

4.8. Wie leitet uns die Soziale Marktwirtschaft bei der Digitalisierung der Arbeitswelt und welche Chancen sowie Risiken sehen wir in der Arbeitswelt der Zukunft?

Die Digitalisierung bietet für Arbeitnehmer viele Vorteile, gerade im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Dienstreisen können entfallen, Arbeitszeiten können flexibel gestaltet werden, Tätigkeiten können durch den Einsatz künstlicher Intelligenz auch ohne Berufserfahrung erledigt werden. Damit Arbeitnehmer von den neuen Möglichkeiten tatsächlich profitieren können, müssen die Regelwerke zur Gestaltung der Arbeitszeiten und des Arbeitsplatzes der modernen Wirtschafts- und Arbeitnehmerpraxis angepasst werden.

Bei einer Anpassung des Arbeitszeitgesetzes sollten tarifliche Lösungen Vorrang vor gesetzlichen haben. Aber auch für tarifungebundene Unternehmen wie ein Großteil der Start-ups und gerade kleiner und mittlerer Betriebe muss die Arbeitszeitflexibilisierung ermöglicht werden. Dabei müssen stets der Gesundheitsschutz gewahrt und auch die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Die bisherigen Arbeitsplatzvorschriften sollten nicht auf mobiles Arbeiten angewendet werden. Dabei sind die grundlegenden Arbeits- und Gesundheitsschutzbedürfnisse der Arbeitnehmer zu beachten.

Bildung wird sich in einer immer stärker wandelnden Arbeitswelt nicht mehr auf Schule und Ausbildung bzw. Studium beschränken können. Die Menschen müssen sich lebenslang weiterbilden. Es ist vordringlich Aufgabe der Betriebe und der Arbeitnehmer selber, aber auch der Tarifvertragsparteien, diese Herausforderung zu meistern. Berufliche Weiterbildung sollte daher im Arbeits- wie auch im Steuer- und Sozialversicherungsrecht im Interesse von Arbeitgebern und Beschäftigten gefördert werden.

4.9. Wie führen wir die Sozialpartnerschaft in eine erfolgreiche Zukunft?

Die Tarifpartnerschaft in Deutschland hat sich im Vergleich gerade auch zu anderen europäischen Ländern gut bewährt. Wir sind deshalb nach wie vor der Auffassung, dass die Aushandlung von Löhnen und Arbeitsbedingungen in erster Linie die Aufgabe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist.

Der Staat ist nicht dazu berufen, darüber zu entscheiden, welche Unternehmenserfolge und welche Arbeitnehmerlöhne gerecht sind. Wir sind überzeugt, dass die Tarifpartner in einem fairen Wettbewerb des Marktes am besten selbst abschätzen können, welche

Gewinne und Arbeitseinkommen die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet. Wir bleiben deshalb grundsätzlich skeptisch gegenüber der Vorstellung, dass der Staat ohne diese ständige Rücksicht auf die Marktdynamik Mindest- oder Höchstlöhne festsetzen darf. Daher lehnen wir europäische Vorgaben zum Mindestlohn ab.

Es ist die ureigene Sache der Tarifpartner, in gemeinsamer Verantwortung auszuhandeln, welchen Anteil die Beschäftigten am Erfolg eines Unternehmens erhalten. Es ist die gemeinsame Verantwortung der Tarifpartner, die angemessene Entlohnung für die Beschäftigten, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Auge zu behalten und dadurch keine Vereinbarungen zum Schaden Dritter zu treffen.

Auch hinsichtlich der Arbeitsbedingungen sollen tarifvertragliche Lösungen grundsätzlich Vorrang vor gesetzlichen Vorschriften haben. Dabei dürfen aber Gründer und kleinere Mittelständler nicht gegenüber tarifgebundenen Unternehmen benachteiligt werden.

Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen dürfen nur unter den gegebenen einschränkenden Bedingungen beim Nachweis eines öffentlichen Interesses erlaubt sein.

4.10. Wie stellen wir auch künftig solide Finanzen sicher?

Prioritäten unserer Finanzpolitik sind ein stabiler Euro, die Einhaltung der Maastricht-Kriterien durch alle Euro-Länder, die Begrenzung der Steuer- und Abgabenlast der Bürger und die effiziente Umsetzung aller öffentlichen Aufgaben.

Mit der Banken- und Kapitalmarktunion, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus und weiteren Fundamenten sichern wir den Euro, damit wir vor Inflation, Währungsturbulenzen und weiteren Finanzkrisen möglichst gut geschützt sind. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Stabilitätsunion und darf nicht zu einer Transferunion werden, die den Grundsatz „Erwirtschaften vor Verteilen“ außer Kraft setzt.

Es bleibt unser Ziel, dass die staatlichen Haushalte keine neuen Schulden aufnehmen, um nachfolgende Generationen nicht zusätzlich zu belasten (Schwarze Null). So sollen öffentliche Haushalte unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Auch die implizite Staatsverschuldung durch Pensionsverpflichtungen und Rentenansprüche muss dabei stärker berücksichtigt und zurückgeführt werden.

Die öffentlichen Aufgaben müssen zuverlässiger wahrgenommen werden. Wir sind für eine dezentrale Aufgaben- und Ausgabenordnung. Dabei gilt auch hier der Grundsatz der Subsidiarität: Erst wenn eine staatliche Aufgabe nicht von den Gemeinden, Städten und Landkreisen vor Ort bzw. deren Leistungsebene erledigt werden kann, wird sie auf die nächsthöhere Ebene übertragen – auf das Land, den Bund oder die Europäische Union. Ein Leitgedanke ist dabei, dass uns Christdemokraten die „kleinen Lebenskreise“ – von der Familie, Nachbarschaft bis in die gesellschaftlichen Leistungsbereiche zwischen Individuum und Staat – von besonderer Bedeutung sind.

Auf allen Ebenen sind grundsätzlich private Initiativen bzw. Trägerschaften öffentlichen Lösungen vorzuziehen. Jedes Politikfeld untersuchen wir auf Möglichkeiten effektiver und kostengünstiger Privatinitiative bis hin zur Privatisierung bzw. zu mehr Wettbewerb.

Trotz der demografischen Herausforderungen sollten die Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr als 40 Prozent betragen. Reformen der Sozialversicherungen und investive Rentenlösungen sind notwendig, um weitere Belastungen der Leistungsträger zu vermeiden.

In der Steuerpolitik sind Steuersenkungen und eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung die Prioritäten. Die allgemeine Steuerquote soll sinken und darf nicht wieder steigen. Grundsätzlich wollen wir die Anzahl steuerlicher Ausnahmen – wengleich wir in begrenzten Bereichen die Anreizwirkung von Steuerregelungen nutzen. Mit weniger Ausnahmen können wir zusätzlich die Steuersätze senken. Steueroasen müssen durch internationales Recht ausgeschlossen werden.

4.11. Wie stärken wir faire Handelsbeziehungen mit unseren Partnern weltweit?

Deutschland ist die drittgrößte Exportnation der Welt. Ein wesentlicher Teil unserer Wirtschaftsleistung, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen beruht auf der Exportkraft deutscher Güter und Dienstleistungen. Deutschland hat somit ein großes Interesse an einem funktionierenden internationalen Freihandel. Grundlage für freien Handel sind offene Märkte und faire Regeln. Das bedeutet, dass wir uns dem Import von Waren unserer Handelspartner grundsätzlich nicht verschließen bzw. diese durch protektionistische Maßnahmen nicht erschweren dürfen, wenn die Herkunftsländer gleichfalls auf solche Maßnahmen verzichten. Zudem sollten sich Privatwirtschaft und Politik um gute und tragfähige Kontakte zu anderen Ländern bemühen. Diese Kontaktförderung und folglich ein Wissensaustausch kann neben den wirtschaftlichen Beziehungen durch kulturellen Austausch wie etwa internationale deutschsprachige Schulen oder internationale Universitäts- und Forschungseinrichtungen begründet, gefördert und intensiviert werden. Politik muss sich als Dienstleister der Gesellschaft und heimischen Wirtschaft verstehen und über bestehende Verbindungskanäle solche Austausche unterstützen. Zudem muss die Arbeit zwischen der klassischen Wirtschaftspolitik und der Entwicklungshilfe intensiviert, abgestimmt und koordiniert angewendet werden.

Zu funktionierenden und fairen Handelsbeziehungen gehören der Abschluss von neuen bzw. die Modernisierung bestehender Freihandels- und Doppelbesteuerungsabkommen. Visa- und Einfuhrprozesse sowie weitere bürokratische Anforderungen sind für einen schnellen Waren- und Dienstleistungsaustausch zu verschlanken sowie durch digitale Möglichkeiten zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Beim internationalen Handel ist auf ein Level-Playing-Field zu achten. So sind Regeln für einen fairen Handel (z. B. IPL-Schutz; Umweltstandards, Subventionen etc.) von den Handelspartnern sanktionsbewehrt einzuhalten. Um Regeln weltweit setzen und

durchsetzen zu können, sollte die Rolle der EU weiter gestärkt werden. Länderspezifische Maßstäbe müssen in einem ausgewogenen und entsprechenden Gleichgewicht zur Anwendung kommen. Bestehende Regeln müssen insbesondere im EU-Binnenmarkt beachtet und durchgesetzt werden. Die EU-Institutionen haben daher dafür Sorge zu tragen, dass dazu auch erforderliche Einrichtungen, wie etwa Aufsichtsbehörden, eingerichtet werden und diese die Regeln ohne Unterschiede im EU-Binnenmarkt durchsetzen.

6. Wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der Menschen?

6.3. Wie schaffen wir eine Kultur für kreative und disruptive Ideen?

Deutschland hat ein großes Potenzial, um eine Denkwerkstatt zu sein, die mit guten Ideen und Lösungen einen weiterführenden Beitrag im globalen Wandel leistet. Dabei darf es keine Denkverbote geben. Junge und Ältere, Praktiker und Theoretiker sollten sich weiterhin und verstärkt überall in Deutschland zusammenfinden, um einen weitsichtigen Entwurf eines mutigen, aber verantwortungsbewussten Miteinanders zu erarbeiten und in die ganze Breite unserer Gesellschaft zu tragen.

Dabei brauchen wir u. a.

- eine „Kultur der Achtsamkeit“, die das ökologische Verantwortungsbewusstsein zu einem integralen Bestandteil unseres täglichen gesellschaftlichen Denkens und Handelns machen soll,
- eine „Kultur der Teilhabe“, die jeden Einzelnen auffordert, mitzudenken, mitzuwirken und mitzuverantworten, seinen persönlichen positiven Beitrag zu einer lebendigen, selbstkritischen und verantwortungsbewussten Demokratie zu leisten und
- eine „Kultur der Verantwortung“, die die Zukunftsverantwortung wahrnimmt, die die heutigen Generationen gegenüber den zukünftigen Generationen haben.

Auf der Basis einer solchen gesellschaftlich zu diskutierenden und zu vereinbarenden Verantwortungsethik kann sich eine Kultur für kreative und disruptive Ideen herausbilden.

6.4. Wie treiben wir die Digitalisierung industrieller Prozesse voran?

Die digitale Transformation stellt eine Kernherausforderung für unsere Unternehmen, insbesondere für unseren Mittelstand, dar und führt zu tiefgreifenden Veränderungen. Ziel muss es daher sein, für unsere Unternehmen geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese die Chancen der Digitalisierung nutzen und ihre Wertschöpfungsprozesse und Geschäftsmodelle anpassen können.

Neben einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur und einer erleichterten wirtschaftlichen Nutzung von Daten unter Wahrung des Datenschutzes gehören dazu die Förderung von anwendungsorientierter Forschung sowie des Technologie- und Wissenstransfers in den Mittelstand. Wir wollen diesen Transfer von wissenschaftlichen Einrichtungen zu mittelständischen Unternehmen mit einer Transfergesellschaft nach

Schweizer Vorbild deutlich verbessern. Sie soll Projekte fördern, die neue Ideen aus der Wissenschaft in die regionale Wirtschaft transferieren wollen.

Um die Digitalisierung industrieller Prozesse weiter zu fördern, setzen wir zudem nicht nur auf Investitionen in technologische Lösungen, sondern insbesondere auch auf die Vermittlung digitaler und fachübergreifender Kompetenzen sowie Weiterqualifizierung von Beschäftigten.

6.8. Welche Rahmenbedingungen und Regeln wollen wir der digitalen Welt geben?

Die Digitalisierung soll dem Menschen dienen. Darum steht für uns im digitalen Wandel der Mensch im Mittelpunkt. Unser Anspruch muss sein, das Leben der Menschen durch Digitalisierung zu verbessern. Maßstab aller Rahmenbedingungen und Regeln für die digitale Welt ist die Würde des Einzelnen. Wir brauchen daher einen digitalen Ethikkanon.

Wir müssen allen Menschen Angebote machen und sie unterstützen, indem digitale Kompetenzen auf allen Ebenen geschult werden, ohne dabei die erforderlichen Kulturtechniken – Lesen, Schreiben und Rechnen – zu vernachlässigen. Dazu bedarf es eines digitalen Bildungskanons sowohl in Schulen als auch in der beruflichen und wissenschaftlichen Ausbildung. Auch brauchen wir verpflichtende digitale Fort- und Weiterbildungsangebote für öffentliche Einrichtungen im Rahmen einer ebenenübergreifenden digitalen Bildungsoffensive. Der Erwerb der Medienkompetenzen soll den Einzelnen zu einem souveränen Umgang mit Technik und seinen persönlichen Daten befähigen.

Der digitale Wandel wird die Arbeitswelt verändern. Es werden neue Tätigkeiten entstehen, für die wir Fachkräfte brauchen. Wir müssen daher eine Kultur des lebenslangen Lernens sowie die Bereitschaft zum Voneinanderlernen und zur stetigen Verbesserung fördern. Dazu bedarf es sowohl positiver öffentlicher Vorbilder als auch des Vorlebens durch öffentliche Einrichtungen im Rahmen eines agilen und innovativen Staats.

Rahmenbedingungen und Regeln, die in der analogen Welt gelten, müssen grundsätzlich auch in der digitalen Welt Geltung haben. Sofern sich aber in der digitalen Anwendung Verbesserungen zeigen, sollten diese im Sinne des symbiotischen Austauschs auch für die reale Welt eingeführt werden. Dort, wo die digitale Welt aufgrund ureigener Anwendung und Technik besondere Regeln bedarf, müssen diese eingeführt und fortentwickelt werden. Gesetzgebung und deren Prozesse müssen schneller werden.

Zudem ist es erforderlich, bestehende Besteuerungslücken der digitalen Wirtschaft zu schließen, um eine faire Besteuerung sicherzustellen. Dies muss im europäischen bzw. globalen Kontext erfolgen, um Wettbewerbsnachteile der deutschen Wirtschaft zu vermeiden. Ebenfalls im internationalen Kontext müssen Regeln für die Cybersicherheit und -verantwortlichkeit erarbeitet und eingeführt werden.

10. Wie bewahren wir die Natur als Lebensgrundlage der Menschheit?

10.8. Wie schützen wir das Klima ohne den wirtschaftlichen Wohlstand zu gefährden und wie gestalten wir den Strukturwandel?

Das Bewahren der natürlichen Lebensgrundlagen für uns und die nächsten Generationen ist ein wichtiges Leitmotiv. Um den Wohlstand auch für kommende Generationen zu sichern, wollen wir das Prinzip der Freiheit mit dem sozialen Ausgleich und der Verantwortung des Einzelnen um das Prinzip der Nachhaltigkeit im Sinne einer Verantwortung gegenüber der Natur als Lebensquelle auf allen Ebenen erweitern.

Wer beim Klima- und Umweltschutz erfolgreich sein will, muss konsequent auf Technologieoffenheit und Innovation, vor allem auf Anreize und auf Kosteneffizienz setzen. Daher wollen wir den Klimaschutz gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft vorantreiben. Ein wichtiges Leitinstrument zum Erreichen der Klimaschutzziele ist ein sektorübergreifender CO₂-Preis, der möglichst global und zumindest europaweit gilt.

Wo Klimaschutz Strukturwandel erfordert, werden wir ihn offensiv begleiten, um seinen ökonomischen und gesellschaftlichen Nutzen zu optimieren und wirtschaftliche und soziale Negativeffekte zu minimieren. Der erforderliche Strukturwandel benötigt eine Gesamtstrategie mit einer Vielzahl von Instrumenten und Arbeitsfeldern. Er lässt sich am besten mit dem Instrumentarium einer ökologisch verpflichteten Sozialen Marktwirtschaft bewältigen, weil nur so genügend gesellschaftliche Kreativität und Schubkraft mobilisiert werden können. Seine zentralen Hauptziele müssen sein: Sicherung von Beschäftigung, Arbeit und Steuern durch weltmarktfähige umwelt- und klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen, Ausbau der Erneuerbaren Energien und einer Mobilität ohne schädliche Emissionen, Investitionen in die Ressourcen- und Energieeffizienz, Nutzung der Digitalisierung als Motor des Wandels durch eine Echtzeit-Energiewirtschaft, Smart Infrastructures, Smart Cities bis hin zu einer Smart Sustainability (intelligente, vernetzte und werteorientierte Nachhaltigkeitsgesellschaft) und schrittweiser Aus- und Aufbau einer Ökonomie der geschlossenen Kreisläufe, die im ortsnahen Zusammenwirken ohne schädliche Emissionen, ohne ungenutzte Abfälle und ohne Gifte bei Ausgangsmaterialien, Herstellung und Anwendung wirtschaftet. Ordnungsrechtliche Einzelmaßnahmen wie Verbote von Antriebs- oder Energieerzeugungstechniken, Fahrverbote, allgemeine Tempolimits, aber auch Ökosteuern lehnen wir als ineffiziente Mittel ab

10.10. Welche marktwirtschaftlichen Elemente können in den Dienst der Ökologie gestellt werden?

Der europäische Emissionshandel als Ausgangspunkt und Treibsatz eines globalen Emissionshandels ist und bleibt für uns das Leitinstrument zur Reduzierung der CO₂-Emissionen. Er setzt marktwirtschaftliche Anreize für Investitionen und Innovationen in den Klimaschutz. So können die Emissionsminderungsziele volkswirtschaftlich effizient und zielscharf erreicht werden. Wir wollen den Emissionshandel stärken und nationale Verlegenheitslösungen vermeiden, die lediglich zu Emissionsverlagerungen und Kostenerhöhung führen, ohne dabei emissionsmindernde Effekte zu erzielen. Der Emissionshandel muss jetzt auf andere Sektoren, wie den Verkehrs- und Gebäudesektor

zunächst national ausgeweitet und möglichst schnell in den europäischen Emissionshandel integriert werden. Anzustreben sind aber europäische und möglichst auch globale Lösungen, die alle CO₂-relevanten Sektoren umfassen sollen. Langfristig soll für alle Sektoren in allen Mitgliedstaaten Europas und möglichst darüber hinaus ein einheitlicher CO₂-Preis gelten.

Um beim Klimaschutz Ineffizienzen und klimapolitisch unsinnige Emissionsverlagerungen innerhalb Europas zu vermeiden, kommt einer Zielangleichung europäischer und nationaler Klimaschutzziele besondere Bedeutung zu. Die optimale Auswirkung des Emissionshandels auf den beschleunigten Einsatz Erneuerbarer Energien muss permanent Gegenstand des politischen Interesses sein, denn deren schneller Erfolg ist eines der zentralen Ziele dieses Instrumentariums.

Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin dafür ein, ein wirksames CO₂-Preissignal mindestens auf der Ebene der G20 zu etablieren, um einseitige Wettbewerbsnachteile für den Wirtschaftsstandort Europa zu vermeiden und den Klimaschutz global voranzubringen.

10.11. Wie können moderne Technologien und Innovationen dazu beitragen, Umweltprobleme zu lösen?

Wer beim Klimaschutz erfolgreich sein will, muss konsequent auf Technologieoffenheit und Innovation, auf Gestaltungsanreize statt Zwang und auf Kosteneffizienz setzen. So können Klima- und Umweltschutztechnologien „Made in Germany“ zum neuen Markenzeichen Deutschlands werden. Alle heute eingesetzten Technologien müssen deshalb auch und gerade im Technologieland Deutschland in den nächsten drei Jahrzehnten auf den Prüfstand der Nachhaltigkeit, um optimiert oder zieldienlich ersetzt zu werden. Dabei sollte geprüft werden,

- ob sie ressourcen- und energieeffizient hergestellt und verwendet werden.
- ob ihr Energieeinsatz auf alternativen Energien wie Sonne, Wind oder Geothermie bzw. auf klimaneutralen Treibstoffen wie Wasserstoff oder synthetisches Benzin basiert.
- inwieweit sie zum optimalen Einsatz von Wärme und Strom beitragen können.
- welche Produktverbesserungen erfolgen müssen, um ohne giftige Materialien auszukommen, Umweltbelastungen und Abfälle zu vermeiden, lange Lebensdauern durch hohe Qualität, praxisnahe Handhabbarkeit und attraktives Design bei bezahlbaren Preisen zu gewährleisten.
- wie sie zukünftig in einer klima- und umweltfreundlichen Kreislaufwirtschaft, deren Idealziele 100 % Recyclbarkeit, Freiheit von Restabfällen sowie Bewahrung der Stoffreinheit sein sollten, eingesetzt werden können.
- inwieweit sie sicherstellen oder dazu beitragen können, dass andere Treibhausgase mit höheren Treibhausgasfaktoren als CO₂ die Lebensbedingungen unserer Biosphäre nicht weiter belasten.

Als deutsche Schwerpunktbereiche der Technologieentwicklung für den nun beginnenden sechsten weltweiten Innovationszyklus bieten sich derzeit an:

- neue Formen der Energieerzeugung ohne Treibhausgase,
- alle Technologien zur Energie- und Ressourceneinsparung,
- alle modernen Energiespeicherlösungen,
- Smart Homes und Smart Cities mit Lösungen zur Treibhausgasproblematik,
- Nutzung digitaler Technologien im Bereich Blockchain-Lösungen und optimaler Anwendungen im Rahmenwerk der CO₂-Bepreisung,
- sonstiges nachhaltiges IKT-Design (z. B. Smart Living, Smart Environment, Smart Mobility, Smart Governance, Internet of Energy),
- virtuelle Kraftwerke und Smart Grids als Schlüsselinfrastrukturen für Industriegebiete und Ballungsräume,
- kreislaufwirtschaftliche ökologisch optimale Ver- und Entsorgung,
- einschließlich nachhaltige Wasserwirtschaft,
- klimafreundliche, stadtverträgliche und lebensnahe Mobilität,
- einschließlich E-Tankstellen mit Batteriewechsel für Flotten, Plug-in-Hubs mit Batteriespeichern und Dual Use-Schnittstellen zum Smart Grid (Sektorenkopplung),
- gesunde Ernährung durch eine ökologisch sensible und dennoch hocheffiziente Landwirtschaft,
- nachhaltige Gesundheitswirtschaft,
- Biomimikry-Lösungen und
- Systemdesign.

Programm

V. Programm

Inhalt

I.	Die Werte, die <i>Wir</i> teilen	2
II.	Der Zusammenhalt, den <i>Wir</i> stiften.....	8
III.	Der Staat, der <i>Wir</i> alle sind	14
IV.	Der neue Wohlstand, den <i>Wir</i> schaffen wollen.....	22
V.	Der Fortschritt, den <i>Wir</i> wollen.....	31
VI.	Die Welt, in der <i>Wir</i> leben	36
VII.	Die Partei, die <i>Wir</i> sein werden.....	45

1 **I. Die Werte, die *Wir* teilen**

2 Wir entwickeln keine Smartphones, wir entwerfen keine Sportschuhe,
3 wir produzieren keine Autos oder Maschinen, verkaufen keine Träume,
4 keine Ideologien, keine Utopien. Wir machen Politik. Wir sehen den
5 einzelnen Menschen und unsere Gemeinschaft, die Herausforderun-
6 gen der Gegenwart und der Zukunft. Wir bewahren, gestalten und ver-
7 ändern – und dies seit mittlerweile 75 Jahren. Dafür haben uns die
8 Menschen immer wieder ihr Vertrauen gegeben. Wir wurden gegrün-
9 det, als Deutschland nach der nationalsozialistischen Barbarei in Trüm-
10 mern lag; uns gab es schon, als wir über das Wunder von Bern jubelten,
11 der Fernseher bunt wurde und der Reichstag verhüllt war. Wir sind Teil
12 des Landes, das unsere Heimat ist. Wir werden Deutschland weiter
13 mitgestalten.

14 Parteien müssen erklären, was sie machen und wie sie es machen. Aber
15 noch wichtiger ist es zu sagen, warum sie etwas tun. Es ist die Frage
16 nach der inneren Überzeugung. Sie bohrt tief und gelangt zum Kern.
17 Jedes Mitglied unserer Partei wird hierauf auch eigene, ganz persönli-
18 che Antworten finden. Aber wir haben verbindende Überzeugungen
19 und Ideen, die unsere Gemeinschaft zusammenhalten. Diese Überzeu-
20 gungen und Ideen müssen wir für die Zukunft beschreiben können. Sie
21 prägen unser Handeln.

22 Auf diese Weise haben wir schon in den vergangenen Jahrzehnten
23 Deutschland gedient. Wir leben in einem Land, das seinen Bürgerinnen
24 und Bürgern ein hohes Maß an Freiheit, Sicherheit und Wohlstand bie-
25 tet. Wir leben in einem Europa, das auf die längste Friedensperiode
26 seiner Geschichte blickt. Wir leben in einer Welt, in der der globale
27 Wohlstand gewachsen ist, mehr Kinder als noch vor 20 Jahren zur
28 Schule gehen und die Lebenserwartung gestiegen ist. Zugleich wird
29 unser Land durch große Entwicklungen herausgefordert – vom Klima-
30 wandel über die Demografie bis zu einer Neuordnung der internatio-
31 nalen Machtverhältnisse.

Die Frage nach
dem „Warum?“

**Sehnsucht nach
Orientierung und
Haltung**

32 Wir leben in einer Welt, die vielen das Gefühl vermittelt, heute schon
33 wieder vollkommen anders zu sein, als sie es noch gestern war. Der
34 Siegeszug der freiheitlichen Demokratie, den viele nach dem Ende des
35 Ost-West-Konflikts vorhergesehen haben, hat so nicht stattgefunden.
36 Neue Bedrohungskulissen entstehen, die in den Alltag hineinragen
37 und Verunsicherung hinterlassen. Konflikte und Krisen treten an die
38 Stelle von Kompromissen und Kontinuitäten. In Europa sehen wir wie-
39 der Kräfte, die auseinanderdriften. Und auch in unserem Land gewin-
40 nen die Auseinandersetzungen an Schärfe. Die radikalen und extremis-
41 tischen Positionen bekommen Zulauf. Zu oft gelingt es nicht, dass wir
42 uns über das Verbindende verständigen. Zugleich wächst die Seh-
43 sucht nach Orientierung und Haltung. Unsere Partei stellt sich dieser
44 Herausforderung.

**Liberal + konservativ +
christlich-sozial = CDU**

45 Wir Christdemokratinnen und Christdemokraten haben uns auf Grund-
46 lage des christlichen Menschenbildes als liberale, wertkonservative
47 und christlich-soziale Frauen und Männer in unserer Partei zusammen-
48 gefunden. Wir sehen den einzelnen Menschen und sind von seiner Fä-
49 higkeit überzeugt, für sich selbst und für andere Verantwortung zu
50 übernehmen. Der Mensch ist nicht vollkommen, er kann aber Gutes
51 bewirken. Der Mensch lebt nicht allein, sondern sucht von Natur aus
52 ein Leben in Gemeinschaft. Aus unserem Menschenbild leiten wir un-
53 ser Bild der Gesellschaft ab. Wir wollen eine freiheitliche, offene, auf
54 Regeln gründende Gesellschaft, in der wir untereinander solidarisch
55 sind. Unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist daher die Soziale
56 Marktwirtschaft.

57 Wir Christdemokraten schätzen die Unterschiede von Meinungen, Po-
58 sitionen und Biografien. Wir leben Vielfalt, und wir leben von Vielfalt.
59 Wir sehen zugleich auch die Herausforderungen von Vielfalt. Aus Viel-
60 falt Zusammenhalt zu schaffen ist unsere Stärke. Mit dieser Kraft wer-
61 den wir die Zukunft gestalten. Das ist der Anspruch unserer Union.

**Unsere Haltung in
den neuen zwanziger
Jahren**

62 Gerade eine große Volkspartei wie die Christlich Demokratische Union
63 Deutschlands muss in einer unübersichtlichen, von vielen als Bedro-
64 hung empfundenen Situation neue Orientierung geben. Wir wollen für

65 die zwanziger Jahren einen neuen Zusammenhalt stiften – aus Verant-
66 wortung für unser Land.

67 Wir bestimmen mit diesem neuen Grundsatzprogramm unsere Hal-
68 tung im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Wir machen deutlich,
69 wie wir den einzelnen Menschen und unsere Gesellschaft sehen, unse-
70 ren Wohlstand und Fortschritt, unser Land, Europa und die Welt.

**Wir glauben an den
einzelnen Menschen**

71 Zum einen stellen wir uns vor, wie die Zukunft aussehen soll, damit sie
72 enthält, was für uns unverzichtbar ist. Wir wollen, dass jeder Einzelne
73 im friedlichen Zusammenleben mit seinen Nachbarn, Kollegen und
74 Freunden sein Dasein gestalten kann. Wir reden Menschen nicht ein,
75 dass sie etwas nicht könnten. Sie sollen so leben, wie es ihnen richtig
76 erscheint, und ihrer Verantwortung für ihre Mitmenschen gerecht wer-
77 den. Wir glauben, dass sie selbst am besten wissen, was das bedeutet.
78 Der Mensch in seiner unveräußerlichen Würde ist unser Maßstab. Ge-
79 meinsam mit anderen soll er in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit
80 leben können.

**Unser Patriotismus:
Wir lieben unser Land
und achten jedes
andere**

81 Zum anderen stellen wir uns vor, was wir selbst als politische Kraft der
82 Mitte zu dieser Zukunft, zum Wohlergehen unseres Landes und seiner
83 Menschen beitragen können. Das macht für uns Patriotismus aus: zu-
84 erst zu fragen, was das Richtige für unser Land ist, und das über die ei-
85 genen Interessen zu stellen. Wir sind stolz auf unser Land. Patriotis-
86 mus bedeutet auch, dass bei allem Stolz auf das Eigene andere Länder
87 nicht herabgesetzt werden: Ein Patriot liebt sein eigenes Land und ach-
88 tet jedes andere.

89 Mit der internationalen Finanzkrise, der Flüchtlingssituation und der
90 weltweiten Corona-Pandemie haben wir drei große Krisen in etwas
91 mehr als einem Jahrzehnt erlebt. Wir haben aus jeder Krise gelernt, wir
92 haben die Chance der Krise als Antreiber für Veränderung genutzt und
93 unser Land besser gemacht. Das wird uns auch in Zukunft leiten.

94 Diese Krisen haben unser Land, unsere staatlichen Institutionen und
95 unsere Gesellschaft herausgefordert. Sie haben uns eindrücklich vor

96 Augen geführt, wie verflochten wir weltweit mit anderen Staaten, ih-
97 ren Gesellschaftsordnungen und Institutionen sind. Ganz gleich, wie
98 stark und selbstbestimmt unser Land ist, können wir weltweite Ent-
99 wicklungen trotz unserer nationalen Souveränität nicht allein gestal-
100 ten und weltweite Krisen nicht allein lösen oder verhindern. Dafür
101 brauchen wir eine enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern und
102 Verbündeten, eine handlungsfähige Europäische Union und möglichst
103 starke internationale Organisationen. Zugleich sehen wir, wie wichtig
104 der Nationalstaat als zentraler Bezugspunkt und Identitätsanker für
105 die Menschen bleibt.

Ein Staat, der schützt

106 Wir wollen einen verlässlichen und funktionierenden Staat, der für
107 seine Bürger da ist. Einen Staat, der den Einzelnen und alle Menschen
108 im Land schützt. Einen Staat, der nicht bevormundet, sondern uns da-
109 bei unterstützt, gemeinsam in Freiheit und Wohlstand, in Frieden und
110 Sicherheit zu leben.

111 Dabei ist es von größter Bedeutung, dass seine Entscheidungen ver-
112 standen und mitgetragen werden. Staatliches Handeln in einer Demo-
113 kratie ist erfolgreich, wenn die Bürgerinnen und Bürger von Entschei-
114 dungen überzeugt sind und sie mittragen.

115 Unterschiedliche Meinungen und das Ringen um den besten Weg ma-
116 chen unsere Demokratie stark. Wir sehen zugleich Tag für Tag: Bei
117 wichtigen Themen gehen die Meinungen so weit auseinander, dass wir
118 uns schwertun, einen gemeinsamen Weg zu finden. Manche Gesprä-
119 che sind schwieriger geworden – auch zwischen Freunden, im Kollo-
120 genkreis, selbst in der Familie. Viel zu oft reden wir übereinander statt
121 miteinander. Wir wollen das Verbindende in den Vordergrund rücken.
122 Wir kommen nur gemeinsam voran – und genau das müssen wir: vo-
123 rankommen. Denn die Welt um uns herum verändert sich und wartet
124 nicht auf uns. Es geht nur gemeinsam. Es geht nur mit Zusammenhalt
125 aus Verantwortung.

126 Eines hat für Christdemokratinnen und Christdemokraten Bestand.
127 Und das ist der eine Maßstab, den wir bei allem anlegen, was wir tun –

128 bei der Vorstellung von Zukunft, beim Gestaltungsanspruch von Politik,
129 bei der Suche nach Orientierung. Unser Grundgesetz beschreibt ihn
130 für unser Land. Es ist die Würde jedes einzelnen Menschen, seine Got-
131 tesebenbildlichkeit und seine Freiheit – sein Recht auf Leben und
132 Selbstverwirklichung. Leben hat Würde – immer und ausnahmslos, das
133 schon geborene genauso wie auch das ungeborene. Und diese Würde
134 muss besonders dort geschützt werden, wo Leben schwach ist – an sei-
135 nem Anfang genauso wie an seinem Ende.

136 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt für jedes Leben. Das
137 C in unserem Namen kategorisiert nicht, beurteilt nicht, bewertet
138 nicht. Das C reduziert Menschen nicht; es schätzt sie wert. Die Würde
139 des Menschen kennt keine Staatsbürgerschaft. Deshalb stehen wir glo-
140 bal für sie ein. Sie ist Verpflichtung jeder Christdemokratin und jedes
141 Christdemokraten; sie gibt für uns in der Politik immerwährend die
142 Orientierung.

143 Wir Menschen sind nicht allein. Jeder Einzelne von uns ist immer auch
144 ein Teil des Ganzen; ein Wesen, das zwischen seinem Kommen und Ge-
145 hen auf Erden eine Verantwortung über das eigene Leben hinaus trägt.
146 Die Welt ist uns anvertraut. Das verpflichtet uns, sie auch auf die beste
147 Weise zu bewahren, damit die, die nach uns kommen, die gleiche
148 Chance haben, eine intakte Schöpfung zu erleben.

149 Die CDU wurde 1945 von Frauen und Männern gegründet, die die Zu-
150 kunft Deutschlands mit einer christlich geprägten Volkspartei gestal-
151 ten wollten. Sie hatten teilweise selbst in den Folterkellern und Todes-
152 zellen der nationalsozialistischen Diktatur gesessen und waren von der
153 Erkenntnis getragen: Dort, wo die Würde und die Freiheit mit Füßen
154 getreten werden, ist kein menschenwürdiges Leben möglich. Anstatt
155 einer Ideologie zu folgen, stand von Anfang an das christliche Men-
156 schenbild, standen Freiheit und Verantwortung als Angebot. „In der
157 schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die
158 Partei Christlich Demokratische Union Deutschlands aus heißer Liebe
159 zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen

**Aus heißer Liebe seit
75 Jahren**

160 Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Hei-
161 mat“, hieß es im Berliner Gründungsauf Ruf. In den folgenden 75 Jahren
162 haben wir Christdemokraten auf der Grundlage wertkonservativer,
163 christlich-sozialer und liberaler Überzeugungen unser Land entschei-
164 dend mitgestaltet. Dabei standen und stehen wir immer fest in der
165 christlich-jüdischen Tradition in Verbindung mit den Werten der Auf-
166 klärung und des Humanismus.

167 **II. Der Zusammenhalt, den *Wir* stiften**

**Auf gemeinsame
Werte kommt es an**

168 Gemeinsame Werte und ein gemeinsames Verständnis von Werten
169 halten unser Land zusammen. Es sind unsere Traditionen, die uns ver-
170 binden. Es sind unsere Sprache, unsere Geschichte und unsere kultu-
171 relle Identität, ohne die wir die Gegenwart nicht verstehen und die Zu-
172 kunft nicht gestalten können. Sprache muss gesprochen und Ge-
173 schichte verstanden werden. Werte müssen gelebt und Traditionen ge-
174 pflegt werden. Unsere Kultur ist vielfältig und einzigartig. Sie wird in
175 der Welt geschätzt, und sie begegnet uns fast überall, in Metropolen
176 genauso wie in Städten und Dörfern.

177 Wer gestaltet das, was unser Land zusammenhält? Das sind wir alle. In
178 diesem Wir sind verbunden die Würde und die Einzigartigkeit jedes
179 einzelnen Menschen mit seiner Verantwortung für den Nächsten und
180 für die Gemeinschaft. Wir alle erleben und leben Zusammenhalt, und
181 zwar jeden Tag. Denn wir alle übernehmen Verantwortung für andere
182 Menschen.

**Familien: Volle Pulle
Leben!**

183 Zusammenhalt aus Verantwortung – das ist das Frühstück, das wir un-
184 seren Kindern machen, es ist die doppelte Schleife, die wir vor ihnen
185 kniend auf der Treppe binden, und der Sportbeutel, den wir im letzten
186 Augenblick an ihre Schultern hängen. Viel zu oft beschreibt die Politik
187 Familien abstrakt. Dabei ist Familie zu allererst eine große Gefühls-
188 welt: Lachen und Tränen, Alltagskomödie und Kurzzeittragödie, ein
189 jahrzehntelanges Gemeinschaftsprojekt aus Mit-, Neben- und Fürei-
190 nander zwischen Eltern, Kindern und Großeltern. Familie ist meist
191 wunderschön, immer einzigartig und oft kräftezehrend. Wir Christde-
192 mokraten sehen jede einzelne Familie – mit ihren Stärken und Schwä-
193 chen, ganz gleich, wie sie aussieht. Wir sehen die besonderen Heraus-
194 forderungen und Leistungen von alleinerziehenden Müttern und Vä-
195 tern. Der Staat steht in der Pflicht, sie besonders zu unterstützen. Es
196 ist eine Errungenschaft der Menschheit, dass auf Dauer und oft über
197 Generationen hinweg Verantwortung füreinander übernommen wird.
198 Viele ältere Menschen empfinden das Aufgehobensein in einer familiä-

199 ren Gemeinschaft gerade gegen Ende ihres Lebensweges als Ge-
200 schenk. Jede Familie in unserem Land lebt auf ihre Weise den Zusam-
201 menhalt, und genau das macht sie wertvoll. Familien sollen die Freiheit
202 haben, das Lebensmodell zu verwirklichen, das sie sich vorstellen.

**Deutschland,
einig Kinderland**

203 Im Mittelpunkt unserer Familienpolitik stehen die Bedürfnisse der Kin-
204 der. Kindern geht es gut, wenn sie mit Liebe, Schutz und Unterstüt-
205 zung, mit Verlässlichkeit und Regeln aufwachsen. Wir müssen noch
206 mehr dafür tun, damit Familien die nötige Zeit, Betreuungsmöglichkei-
207 ten und Geld haben, um so zu leben, wie sie das wollen. Dazu wollen
208 wir Familienzeitwertkonten einführen, Familien bei Steuern und Abga-
209 ben entlasten und die Kitas weiter stärken. Wer sich für viele Kinder
210 entscheidet, erlebt nicht nur viel Freude und viel Arbeit, sondern trägt
211 auch besonders viel Verantwortung, für seine Familie und für die Zu-
212 kunft unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir die Leistung kinderrei-
213 cher Familien stärker anerkennen.

**Glückskinder
brauchen beste
Chancen und beste
Bildung**

214 Unsere Kinder könnten Glückskinder sein, sie müssten es eigentlich
215 sogar, weil in Deutschland die Chance hierfür besser ist als fast überall
216 sonst auf diesem Planeten. Allzu oft ist die Bildung aber noch eine
217 Frage der Herkunft. Wenn es vor allem von der Zeit und dem Geld der
218 Eltern abhängt, ob Kinder Chancen nutzen können, ist das nicht unsere
219 Vorstellung eines guten Bildungssystems. Gute Bildung bedeutet: Je-
220 des Kind bekommt von Anfang die Chancen, das Beste aus sich heraus-
221 zuholen. Unsere Kinder werden schon früh außerhalb der Familie ge-
222 formt. Damit tragen Krippen, Kindergärten und Schulen eine enorme
223 Verantwortung, denn der Besuch prägt unsere Kinder ein Leben lang.
224 Es ist unsere Aufgabe, sie so auszustatten und zu befähigen, dass best-
225 mögliche Bildung keine Frage von Glück ist, sondern eine Selbstver-
226 ständlichkeit.

227 Genauso sehen wir: Längst nicht alle Mädchen und Jungen in unserem
228 Land erleben ihre Kindheit als eine Zeit der Geborgenheit und Mög-
229 lichkeiten. Es ist die Verantwortung von uns allen, die Augen davor
230 nicht zu verschließen und Hilfe zu suchen, wenn das Wohl eines Kindes
231 in Gefahr ist oder die Schwächsten der Gesellschaft Gewalt erleiden.

232 Zusammenhalt in Verantwortung bedeutet auch: Menschen mit Behin-
233 derung müssen gleichberechtigt in allen gesellschaftlichen Bereichen
234 dazugehören. Sie wollen weder Opfer noch Helden sein, sondern ha-
235 ben genauso vielfältige Fähigkeiten und Bedürfnisse wie alle Men-
236 schen.

**Wir bewahren
Tradition und
Geschichte**

237 Gerade wir Christdemokratinnen und Christdemokraten wissen um
238 unsere Kultur, unsere Traditionen und unsere Geschichte. Als wir nach
239 dem Zweiten Weltkrieg zusammenfanden, um ein demokratisches
240 Land mit zu erschaffen, waren viele Christdemokratinnen und Christ-
241 demokraten Heimatvertriebene und Flüchtlinge. Sie haben einen gro-
242 ßen Anteil am Wiederaufbau und stehen für eine geglückte Integration
243 in einer schwierigen Zeit.

244 Wir vergessen aber auch nie, dass der Grund für die Vertreibung nicht
245 im Ende des Krieges zu sehen ist, sondern in seinem Anfang und im Be-
246 ginn der Gewaltherrschaft, die dorthin führte. Unser historisches Erbe
247 nehmen wir an. Daraus erwächst eine Verantwortung für uns und
248 nachkommende Generationen und ebenso die Pflicht, unsere Erinne-
249 rungskultur zu pflegen.

**Verantwortung für
die Shoah**

250 Die nationalsozialistische Herrschaft hat großes Leid und millionenfa-
251 chen Tod über Deutschland, Europa und die Welt gebracht. Der Zivili-
252 sationsbruch der Shoah ist und bleibt ein einzigartiges Menschheits-
253 verbrechen, ein Symbol für unfassbare Grausamkeit und die Missach-
254 tung menschlicher Würde. Das „Nie wieder“ ist unsere Verantwortung.
255 Sie leitet auch unser Handeln für das Morgen. Dabei wird in Zukunft
256 besonders das Wachhalten und Weitertragen der Erinnerungen von
257 Zeitzeugen noch wichtiger werden.

**Nein zu Extremismus
jeder Art.**

258 Auch die zweite Diktatur des 20. Jahrhunderts auf deutschem Boden
259 hat Menschen mundtot gemacht, eingesperrt und getötet. Die DDR
260 war ein Unrechtsstaat. Für seine ideologischen Umerziehungsversuche
261 nahm der Kommunismus einen Teil unseres Volkes 40 Jahre lang als
262 Geisel – und ging am Ende daran zugrunde.

263 Wir Christdemokratinnen und Christdemokraten treten allen entge-
264 gen, die die Würde des Menschen verachten oder sogar bereit sind,
265 Gewalt auszuüben und zu morden. Dies geschieht auch, weil Undenk-
266 bares wieder gedacht und Unaussprechliches wieder ausgesprochen
267 wird. Gerade in den sozialen Netzwerken ist die Hemmschwelle gesun-
268 ken. Wir müssen jede Art von Extremismus bekämpfen. Jeder Angriff
269 auf die Freiheit und die Würde von Menschen ist ein Angriff auf uns
270 alle. Deshalb müssen Demokratie und Rechtsstaat wehrhaft sein.

271 Unsere Demokratie, das Gewaltmonopol des Staates und der Rechts-
272 staat werden von Teilen unserer Gesellschaft abgelehnt. Es gibt Grup-
273 pen, die die Gesetze unseres Landes ablehnen, eigene quasi-staatliche
274 Strukturen aufbauen und sich kulturell oder wirtschaftlich abgrenzen
275 wollen – wie sogenannte Reichsbürger oder kriminelle Clans. Und es
276 gibt Menschen und Organisationen, die völkischem Gedankengut an-
277 hängen und es propagieren. Dies ist mit unserem christlichen Men-
278 schenbild unvereinbar. Dagegen kämpfen wir.

Mund aufmachen gegen Hass und Hetze

279 Als Nation sind wir auch eine Sprachgemeinschaft. Sprache ist das Me-
280 dium unserer Kommunikation und Teil unserer Identität. Sie macht es
281 uns möglich, Gedanken und Gefühle mitzuteilen und zu verstehen. Un-
282 sere Demokratie lebt davon, dass jeder von uns seine Meinung einbrin-
283 gen kann und sie nutzt. Mit der Digitalisierung haben wir Möglichkei-
284 ten des Aufeinanderzugehens und Zusammenrückens wie noch nie.
285 Viele von uns leben mittlerweile in einer Welt, die digital und analog
286 zugleich ist. Noch nie war der Austausch mit so vielen so einfach, und
287 noch nie haben wir mehr kommuniziert. Noch nie war es leichter, seine
288 Meinung zu sagen und sich für politische Anliegen zu vernetzen. Noch
289 nie war die Öffentlichkeit in unserem Land vielfältiger, vielstimmiger.
290 Wir hören aber auch den Hass und die Hetze. Wir müssen uns zu Wort
291 melden – und dabei brauchen wir im Kampf gegen Hass und Hetze ei-
292 nen starken Rechtsstaat. Das *Wir* darf nicht verstummen.

Ein freies Land braucht freie Presse

293 Als unsere Partei gegründet wurde, gab es Zeitungen, Radio, Flugblät-
294 ter und Plakate an Litfaßsäulen. Dann wurde das Fernsehen bunt und
295 war öffentlich-rechtlich oder privat organisiert. Unsere Demokratie

396 braucht Medien, sie braucht Meinungs- und Pressefreiheit. Dieses
397 hohe Gut darf nicht missbraucht werden. Um dies zu verhindern,
398 braucht es eine selbstbewusste, offene und vielfältige Meinungsbil-
399 dung – das gilt für den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk,
300 für Zeitungen genauso wie für Digitalplattformen.

**Unser C ist eine
Einladung**

301 Auch unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten
302 verändert. Frauen und Männer mit ganz unterschiedlicher Biografie
303 und Herkunft sind zu uns gekommen. Sie haben in unserem Land ihre
304 neue Heimat gefunden. Einheit in Vielfalt ist das, was Deutschland kul-
305 turell und menschlich auszeichnet.

306 Seit unserer Gründung stehen wir Christdemokratinnen und Christde-
307 mokraten für Offenheit und das Miteinander-Reden, für Zusammen-
308 halt aus Verantwortung. Nach dem Zweiten Weltkrieg überwand in
309 unserer Partei Katholiken und Protestanten ihr vermeintliches Gegen-
310 einander und entdeckten die Gemeinsamkeiten politischen Handelns,
311 weil sie das christliche Menschenbild vereinte. Sie reichten einander
312 die Hand und schufen eine Union, die bis heute christlich und demo-
313 kratisch ist. Die christliche Botschaft ist immer eine Botschaft des Da-
314 für: Sie spricht eine Einladung aus, und diese Einladung richtet sich an
315 alle, die sich zu unserem Land, seinen Werten, seiner Geschichte und
316 Kultur bekennen.

**Wer etwas für andere
macht, macht etwas
für alle**

317 Zusammenhalt aus Verantwortung – das ist der Abend, den wir im Kir-
318 chenchor verbringen. Das sind unsere Wochenenden auf dem Fußball-
319 platz oder der Trainerbank. Das sind die vielen Vereine vom Spitzen-
320 bis zum Breitensport. Das sind die Stadtteilstädte oder die Essenausga-
321 ben der Tafeln. Das sind die Freiwilligen Feuerwehren, die Frauen und
322 Männer im Katastrophenschutz und vieler Hilfsorganisationen überall
323 im Land. Das ist der Student, der beim Nachbarn anklopft, weil er das
324 Gefühl hat: Da ist jemand einsam. Wir wissen auch: Einsamkeit ist
325 keine Frage des Alters. Deshalb brauchen wir für ein gutes Miteinander
326 der Generationen Orte, an denen wir uns – alt wie jung – treffen und
327 gegenseitig unterstützen.

328 Unterstützung brauchen wir gerade in existenziellen Situationen. Wir
329 wollen am Ende unseres Lebens ohne Angst aus dieser Welt gehen.
330 Deshalb sind wir auch dankbar, wenn unser Leiden gelindert wird und
331 wir Trost und menschliche Nähe erfahren. Diesen großen Dienst leisten
332 Hospize. Jede Form von geschäftsmäßiger Sterbehilfe lehnen wir
333 strikt ab – auch beim assistierten Suizid. Dem Leben ein Ende zu setzen
334 darf niemals eine medizinische Behandlung wie jede andere sein.
335 Für uns ist es eine Frage der Menschlichkeit unserer Gesellschaft, dass
336 Menschen am Ende ihres Lebens an der Hand eines Menschen und
337 nicht durch die Hand eines anderen sterben.

338 Mehr ist immer möglich, das gilt auch für die Anerkennungskultur für
339 die Heldinnen und Helden der modernen Gesellschaft. Das ehrenamtliche
340 Engagement ist nach wie vor ungleich verteilt. Je wohlhabender
341 eine Region oder Stadt ist, umso mehr Menschen bringen sich ein. Gerade
342 Frauen und Männer aus bildungsfernen und einkommensschwächeren
343 Milieus trauen sich ein solches Engagement oft nicht zu. Das
344 muss sich ändern. Unser Land braucht mehr Vielfalt auch im Ehrenamt.

**„Wir wählen die
Freiheit!“**

345 Das Leben, das wir alle führen, ist zum großen Teil das Ergebnis eigener
346 Entscheidungen. Diese Freiheit bedeutet zugleich Verantwortung,
347 und wir alle übernehmen sie – für uns selbst und für andere, unsere
348 Freunde, Nachbarn, Kollegen und Familien. Das ist unsere gemeinsame,
349 uns alle verbindende Vorstellung von einer Zukunft, die lebenswert
350 ist. Diese gemeinsame, uns alle verbindende Vorstellung sehen wir,
351 wenn wir zurückschauen, und wir sehen sie heute, weil sie von Generation
352 zu Generation weitergegeben wird. Diese Vorstellung von Zukunft ist
353 zugleich unser Versprechen als Christlich Demokratische
354 Union Deutschlands. Auch wir geben sie – seit 1945, unserem Gründungsjahr –
355 von Generation zu Generation weiter.

356 **III. Der Staat, der *Wir* alle sind**

357 Unser Land hat in den vergangenen Jahrzehnten einen beispiellosen
358 Individualisierungsschub erlebt. Wir sehen so viele verschiedene Grup-
359 pen und Milieus, Mentalitäten, Lebensstile und Identitäten wie noch
360 nie. Wir haben die Fremdbestimmtheit hinter uns gelassen, die frühere
361 Generationen noch kannten, und an ihre Stelle die Freiheit gesetzt, ei-
362 gene Entscheidungen zu treffen.

**Frauen verdienen
mehr**

363 Söhne müssen schon lange nicht mehr den Beruf ihrer Väter und Groß-
364 väter lernen. Töchter leben längst selbstverständlich das, was für ihre
365 Mütter noch Errungenschaften waren und für Großmütter Träume. Sie
366 haben die besseren Schulnoten und die besseren Uni-Abschlüsse. Aber
367 wir sehen sie viel zu wenig in den Führungsetagen. Die Benachteilig-
368 ung von Frauen ist nicht akzeptabel. Gerade wir Christdemokratinnen
369 und Christdemokraten stehen dafür, dass sich Leistung und Erfolg aus-
370 zahlen müssen – in Positionen und Gehältern.

**Ein starker Staat hält
Widerspruch aus**

371 Nicht jeder Staat fühlt sich dem Streben nach dem Allgemeinwohl ver-
372 pflichtet. Deutschland schon. Nicht jeder Staat lässt sich kritisieren.
373 Deutschland schon. Nicht jeder Staat ist eine Demokratie. Deutschland
374 schon. Unser Staat und unsere Demokratie stehen in einem System-
375 wettbewerb. Autoritär geführte Länder stellen sich leistungsstark dar
376 und geben sich selbstbewusst. Die Demokratie, die mit dem Zusam-
377 menbruch des Kommunismus vielen als Staatsform der ersten Wahl
378 galt und einen Höhenflug erlebte, wird inzwischen zurückgedrängt:
379 Auf der Welt gibt es heute weniger demokratische Länder als noch zur
380 Jahrtausendwende, und viele sind an dem gescheitert, was Demokratie
381 ausmacht: das Streiten um den besten Weg, die beste Lösung, das
382 Überzeugen, die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, der Schutz
383 von Minderheiten. Stark ist ein Staat, der diesen Meinungskampf aus-
384 hält und die freie Willensbildung wertschätzt.

385 In unserer repräsentativen Demokratie können sich einzigartige Fähig-
386 keiten entfalten: Ausgleich der Interessen, friedliche Konfliktregelung

387 und Gleichgewicht der politischen Kräfte. Volksentscheide sind des-
388 halb kein Ersatz für parlamentarisches Ringen. Sie haben nicht die glei-
389 che demokratische Legitimation wie die aus Wahlen hervorgegange-
390 nen Parlamente. Gewählten kommt eine besondere Verantwortung
391 und zugleich eine Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk zu, das
392 ihnen mit seiner Stimme das Vertrauen ausspricht oder entzieht. Doch
393 allein der Verweis darauf stärkt unsere repräsentative Demokratie
394 nicht. Nur aus sich selbst heraus und mit den Leistungen, die sie er-
395 möglicht, kann sie immer wieder neu überzeugen.

**Ohne Parteien
geht's nicht!**

396 Das Miteinander des politischen Meinungskampfes braucht Parteien.
397 Ohne sie käme es seltener zu notwendigen versöhnenden Kompromis-
398 sen in Parlamenten. Sie bündeln Meinungen, suchen Gemeinsamkei-
399 ten und ermöglichen damit Mehrheitsbildung. Auch Verbände und
400 Vereine, Bürgerinitiativen und Bewegungen tragen zum Gelingen der
401 parlamentarischen Demokratie bei, weil sie an der Willensbildung mit-
402 wirken.

403 Gleichzeitig sind weniger Menschen bereit, sich so einzubringen, wie
404 es Parteistrukturen vorsehen. Das können wir Christdemokraten be-
405 dauern. Wir können den Zeigefinger heben und belehren. Demokratie
406 bedeutet aber auch: Der andere könnte Recht haben. An dieses Prinzip
407 müssen wir uns selbst halten. Wir sehen doch: Gerade junge Menschen
408 fühlen sich auf der Straße, auf Twitter und Instagram wohler als im Sit-
409 zungssaal. Für sie unterscheidet sich Party von Partei durch mehr als
410 ein paar Buchstaben, und was bei uns die Umlaufmappe ist, ist bei
411 ihnen das Daumen-Hoch in der WhatsApp-Gruppe. Sie engagieren sich
412 gesellschaftspolitisch, wie es ihren Vorstellungen entspricht.

Wir kommen zu euch

413 Deshalb sagen wir als CDU nicht nur: Kommt zu uns. Kommt zu unse-
414 ren Bürgersprechstunden, kommt zu unseren Parteiveranstaltungen.
415 Wir werden auch viel öfter sagen: Wir kommen zu euch. Unser Staat
416 und unsere Demokratie werden eines Tages von diesen jungen Men-
417 schen getragen und gestaltet werden. Unser Anspruch ist es, ihnen
418 frühzeitig eine politische Heimat anzubieten, damit sie diese große
419 Aufgabe als Christdemokratinnen und Christdemokraten übernehmen.

Was wir vom Staat erwarten

420 Sprechen wir über den Staat, dann sprechen wir darüber, wie wir ihn
421 gestalten wollen und was wir von ihm erwarten. Es liegt an uns allen,
422 seine Rolle, seine Befugnisse und Präsenz zu beschreiben. Jeder Ein-
423 zelne von uns verortet den Staat und weist ihm im eigenen Leben ei-
424 nen Platz zu. „Der Staat darf nicht ...“, sagen wir oft. Oder: „Der Staat
425 muss ...“ Wie wir diese Sätze vollenden – das hängt von uns ab und von
426 der Welt um uns herum. Wir projizieren Sehnsüchte, Träume und Hoff-
427 nungen, Vertrauen und Zweifel auf ihn und überfordern ihn oft damit.

Ein starker Staat ist kein allmächtiger Staat

428 Der Staat übernimmt für jeden Einzelnen von uns und für unsere Ge-
429 meinschaft Aufgaben. In einer Zeit, in der Veränderungen so rasant
430 stattfinden wie nie zuvor, muss auch er sich umstellen. Er muss sich
431 stärker für Veränderungen öffnen und Schritt halten mit technologi-
432 schen Entwicklungen. Denn wir erwarten mit Recht, dass er leistungs-
433 fähig ist und diese Aufgaben zu unserer Zufriedenheit erfüllt. Wir alle
434 formulieren unsere Interessen, Meinungen und Überzeugungen ganz
435 selbstverständlich. Wir sind es gewohnt, unser Anderssein zu leben,
436 die eigene Besonderheit darzustellen und unsere Bedürfnisse zu for-
437 mulieren. Der Staat muss diese laute Vielfalt, die Spannungen erzeugt,
438 aushalten. Er kann nicht immer den Wunsch jedes Einzelnen erfüllen,
439 weil er immer das Wohl aller im Blick hat.

Unser Staat muss da sein, wenn wir ihn brauchen

440 Das Gewaltmonopol und die Verantwortung für Recht und Ordnung
441 obliegen dem Staat. Handlungsfähig bedeutet nicht zuständig für alles.
442 Aber er muss da sein, wenn wir ihn brauchen. Wenn sich die Welt um
443 uns herum verändert, wenn sie erzittern lässt, was wir uns aufgebaut
444 haben – dann sehen wir den Staat mit anderen Augen. Wir erkennen in
445 ihm eine Schutzmacht.

446 Unser Staat ist nicht vollkommen. Er kann es nicht sein, weil Menschen
447 immer unvollkommen sind, und jeder Staat auf dieser Erde ist von
448 Menschen gemacht. Als Christdemokratinnen und Christdemokraten
449 wissen wir um diese Unvollkommenheit. Deshalb kann der Staat auch
450 nie Erlösung versprechen – und darf dies auch nicht.

451 Unser Grundgesetz weist in seiner Präambel darauf hin, dass es sich
452 das deutsche Volk im „Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott
453 und den Menschen“ gegeben hat. Das ist weder eine hohle Phrase
454 noch Frömmerei. In diesem Geist, der sich aus den jüdischen und
455 christlichen Wurzeln Europas speist, hat sich in der Bundesrepublik ein
456 ganz besonderes Verhältnis zwischen Staat und den Religionsgemein-
457 schaften herausgebildet. Dieses Verhältnis ist für uns ein wertvoller
458 Schatz.

459 In besonderer Prägung zeigt sich dieser Schatz im Verhältnis unseres
460 Staates zu den christlichen Kirchen. Sie stiften Identität und stellen
461 sich in den Dienst der Allgemeinheit – mit Schulen und Krankenhäu-
462 sern, mit Pflegediensten und Suppenküchen, mit Sterbebegleitung und
463 Militärseelsorge. Vor allem sind sie Orte, an denen Menschen Orien-
464 tierung, Trost und religiöses Leben finden können. Sie halten das Be-
465 wusstsein wach, dass es etwas gibt, das über uns Menschen hinaus-
466 geht.

467 Unser besonderes Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemein-
468 schaften zieht die nötige Trennlinie: Weder darf der Staat zur Religion
469 werden, noch darf Religion staatliche Hoheit beanspruchen. Dieses
470 Verhältnis lebt von gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung.
471 Religion hat einen festen Platz im öffentlichen Raum – ob es das Glo-
472 ckengeläut, das Gipfelkreuz oder Kirchentage sind. Ob das die Synago-
473 gen oder die Moscheen sind.

474 Unser Land ist vielfältiger geworden – und auch das religiöse Leben in
475 Deutschland. Das geht weit über Christen, Juden und Muslime hinaus
476 und ist für uns alle ein Gewinn, wenn es auf dem Boden unseres
477 Grundgesetzes und unserer Werte stattfindet. Unser Rezept dafür ist
478 das gewachsene und kluge Religionsverfassungsrecht unseres Landes.
479 Auf dieser Grundlage wollen wir die religiöse Vielfalt gestalten.

480 Wir betrachten es dabei als besonderes Geschenk, dass jüdisches Le-
481 ben ein Zuhause in unserem Land hat – Schulen, koschere Restaurants,

482 Sportvereine und vieles mehr. Dieses Leben verdient selbstverständ-
483 lich Schutz. Wir sind aber erst dann wirklich am Ziel angekommen,
484 wenn es keinen Antisemitismus mehr in Deutschland gibt. Wir wollen
485 ein Deutschland, in dem Synagogen nicht durch die Polizei geschützt
486 werden müssen. Die Vielfalt aller Religionen kann sich erst dann ganz
487 selbstverständlich entfalten, wenn der Staat für deren Repräsentanten
488 oder Einrichtungen keinen besonderen Schutz mehr übernehmen
489 muss.

**Der Staat,
das sind wir alle**

490 Der Staat ist kein allmächtiges Wesen, sondern ganz konkret von vie-
491 len Menschen getragen. Und das sind nicht die da oben.

492 Der Staat, das ist der Verwaltungsfachangestellte im Bürgeramt. Er
493 ruft eine Nummer auf und hat dann einen Menschen vor sich sitzen,
494 der eine staatliche Dienstleistung in Anspruch nimmt – und diese auch
495 zügig, unkompliziert und verständlich erhalten sollte.

496 Der Staat, das sind die Polizistin und ihr Kollege auf Streife. Zwei, die
497 auf der Polizeischule gelernt haben, dass das Gewaltmonopol in ihren
498 Händen liegt, dass sich der Staat schützend vor die Menschen stellt
499 und Recht und Gesetz durchsetzt.

500 Der Staat, das ist der Lehrer, der jeden Tag darum kämpft, dass den
501 Mädchen und Jungen etwas gelingt, das gerecht ist: Aufstieg durch Bil-
502 dung.

503 Der Staat, das ist auch die Kommunalpolitikerin, die sich für ihre Hei-
504 mat ehrenamtlich engagiert, weil sie weiß: Probleme vor Ort werden
505 am besten von Menschen gelöst, die selbst vor Ort sind und sich aus-
506 kennen. Sie engagiert sich neben Beruf und Familie und besucht Ju-
507 gendklubs oder Pflegeheime. Abend für Abend ist sie nach ihrem Acht-
508 Stunden-Tag unterwegs und diskutiert im Bauausschuss bis kurz vor
509 Mitternacht über neue Funkmasten.

510 Sicherheit ist großartig. Aber sie ist nicht großartig, weil wir das sagen.

511 Föderalismus ist großartig. Aber er ist nicht großartig, weil wir das sa-
512 gen.

513 Subsidiarität ist großartig. Aber sie ist nicht großartig, weil wir das sa-
514 gen.

**Sicherheit und
Freiheit gehören
zusammen**

515 Wir leben in einem der sichersten Länder der Welt, und selbstverständ-
516 lich ist das nicht. Und wir leben in einem der freiesten Länder der Welt,
517 und auch das ist nicht selbstverständlich. Freiheit braucht Sicherheit,
518 und Sicherheit braucht Freiheit.

519 Das Sicherheitsbedürfnis und das Freiheitsbedürfnis gleichermaßen zu
520 stillen ist ureigene Aufgabe des Staates. Und das jeden Tag. Dass uns
521 das gelingt, verdanken wir der guten Arbeit von Justiz- und Sicher-
522 heitsbehörden und der Polizei. Daran hängt wesentlich das Vertrauen
523 in den Staat. Die Frauen und Männer, die für unsere Sicherheit und
524 Freiheit sorgen, verdienen Wertschätzung und Schutz vor Angriffen.
525 Für uns sind die Polizistinnen und Polizisten Freund und Helfer. Die,
526 die uns und unseren Rechtsstaat schützen, müssen Straftätern schnell
527 und konsequent entgegengetreten können. Sie verdienen es, ihre Ar-
528 beit gut machen zu können. Sie verdienen es, für neue Gefahren gerüs-
529 tet zu sein und moderne technische Ermittlungsmethoden nutzen zu
530 können, damit Verbrechen schneller aufgeklärt werden. Wir brauchen
531 auch eine engere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bei der in-
532 neren und äußeren Sicherheit und Steuerungsrechte des Bundes bei
533 Extremlagen.

**Föderalismus
bedeutet: von den
Besten lernen**

534 Föderalismus ist Ausdruck von kulturellem und geschichtlichem
535 Selbstverständnis und Identität. Es ist Ausdruck unseres Föderalismus,
536 dass er Heimat wertschätzt. Er ermöglicht Entscheidungen, die auf die
537 Vielfalt unseres Landes, seine regionalen und lokalen Besonderheiten
538 eingehen. Sein Wettbewerbsgedanke hilft dabei, die besten Lösungen
539 für unser Land zu finden. Manchmal sehen wir aber: Anderswo sind die
540 Schulen besser. Anderswo kann die Polizei besser ermitteln. Anderswo
541 entstehen mehr Arbeitsplätze. Und wir fragen uns: Warum? Warum
542 nicht hier bei mir, nicht in meinem Bundesland? Föderalismus bedeu-
543 tet: den Wettbewerb annehmen und von den Besten lernen; ihnen
544 nacheifern und ihre guten Ideen selbst vor Ort umsetzen und dort, wo
545 es nötig ist, einheitliche Standards vereinbaren.

**Zusammenleben
vor Ort gestalten**

546 Subsidiarität – privat vor Staat, klein vor groß – stärkt idealerweise die
547 Eigenverantwortung. Sie beruht auf der Überzeugung, dass wir Men-
548 schen fähig sind, unser Zusammenleben selbst zu gestalten – sei es in
549 der Familie, in der Nachbarschaft oder in der Gemeinde. Über Straßen-
550 laternen, den Zebrastreifen vor dem Kindergarten, ein neues Feuer-
551 wehrauto – darüber muss nicht zentral in Berlin entschieden werden.
552 Aber wer Aufgaben wahrnehmen soll, muss Aufgaben erfüllen können.
553 Dazu gehört dann auch, dass Gemeinden und Länder mehr Verantwor-
554 tung für ihre Steuereinnahmen übernehmen können.

**Ein gutes Leben
überall in
Deutschland**

555 Menschen sollen überall Heimat leben können – und ihre Heimat ge-
556 stalten, wie sie es sich vorstellen. Denn nur, wenn sie das können, blei-
557 ben sie, gründen eine Familie, bauen ein Haus oder machen sich selbst-
558 ständig. So bewahren wir die kulturelle Vielfalt.

559 So unterschiedlich die Regionen auch sind, so sehr sind sie auch Teil ei-
560 nes Ganzen. Diese Vielfalt darf unser Land nicht trennen, und deshalb
561 sind gleichwertige Lebensverhältnisse unser Anspruch. Wenn uns das
562 gelingt, bleiben Dörfer, Kleinstädte und Metropolen gleichermaßen at-
563 traktiv.

564 Menschen verdienen es, überall bei uns im Land das zu finden, was sie
565 brauchen: eine Arbeit, mit der sie ihren Lebensunterhalt sichern, ein
566 bezahlbares Zuhause für die Familie, einen Arzt, eine Schule für die
567 Kinder. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeutet auch: gute Stra-
568 ßen, moderne Busse, zuverlässige Züge und schnelles Internet – und
569 zwar überall. Auch Sparkassen, Supermärkte und Schwimmbäder gehö-
570 ren zu einer lebenswerten Region dazu; genauso wie Museen, Schau-
571 spiel, Tanz und Konzert, die das Gesicht unserer Landesteile und
572 Städte prägen. Das wollen wir auch für die kommenden Generationen
573 sichern.

574 Gleichwertige Lebensverhältnisse sind 30 Jahre nach dem Fall der Ber-
575 liner Mauer keine Frage der Himmelsrichtung mehr. Der Aufbau Ost
576 war eine Gemeinschaftsleistung des vereinten Volkes. Er hat uns ge-
577 zeigt, was wir leisten können, wenn wir gemeinsam als Wir handeln.

578 Nur mit gleichwertigen Lebensverhältnissen kann es auf Dauer gelin-
579 gen, dass Menschen gut dort leben, wo sie es wollen: in der Stadt oder
580 auf dem Land. Wir wollen dafür sorgen, dass strukturschwache Regio-
581 nen durch mehr Freiräume und attraktive Investitionsbedingungen die
582 Chance bekommen, neue Stärke zu entwickeln.

**Gemeinsam den
Rechtsstaat
verteidigen**

583 Der Staat, das sind wir alle. Er lebt mit uns und von uns. Jeder von uns
584 repräsentiert und trägt ihn. Nur in einem Staat, der eine Demokratie
585 ist, ist dies möglich – so viel Nähe, so viel Mitsprache und Einfluss, so
586 viel Freiheit und Verantwortung. Er gibt es zurück, indem er funktio-
587 niert. Das macht ihn robust. Wir sind aufgerufen, immer wieder für ei-
588 nen funktionierenden demokratischen Rechtsstaat zu arbeiten.

589 **IV. Der neue Wohlstand, den *Wir* schaffen wollen**

590 Wirtschaft ist so viel mehr als der Teil hinten in der Tageszeitung oder
591 die Theorie von Angebot und Nachfrage im Sozialkundeunterricht. Wir
592 begegnen ihr jeden Tag. Sie schneidet unsere Haare und backt unsere
593 Brötchen, wir starten ihre Motoren und Maschinen. Wirtschaft ist die
594 Brille auf unserer Nase und die Armbanduhr, der Rock und die Hose.
595 Wirtschaft ist die App auf unseren Smartphones, die Navigation im
596 Auto und der Mikrochip in unseren Waschmaschinen. Wirtschaft ist
597 der mittelständische Weltmarktführer, der Handwerksbetrieb und das
598 Start-up, die Solo-Selbstständige, die Industrie und das Familienunter-
599 nehmen in fünfter Generation. Die Wirtschaft ist mit uns verwoben, je-
600 der ist ein Teil von ihr.

601 Genauso ist die Soziale Marktwirtschaft ein Teil von uns. Wir sehen sie,
602 wenn wir die Chancen nutzen, die jeder Einzelne von uns hat. Wir füh-
603 len sie, wenn wir gestützt werden und Zusammenhalt erleben. Wir hö-
604 ren sie als Stimmen nachfolgender Generationen, die uns sagen: Ihr
605 seid hier nicht die Letzten. Also lebt und wirtschaftet so, dass auch die
606 es guthaben, die nach euch kommen!

Wohlstand für alle!

607 Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr Versprechen für die meisten Men-
608 schen erfüllt: Von Generation zu Generation ist unser Wohlstand ge-
609 wachsen. Längst verbinden wir damit nicht mehr nur materiellen
610 Wohlstand, sondern auch Lebensqualität und einen nachhaltigen Um-
611 gang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Unsere Soziale
612 Marktwirtschaft überzeugt jedoch nicht alle. Die einen rufen nach
613 mehr Staat, die anderen nach mehr Markt. Da ist die Furcht, zu verlie-
614 ren, was man sich erarbeitet hat, und das Gefühl, Wachstum komme
615 immer nur bei anderen an. In Zeiten einer Krise ist das auch die Frage,
616 ob der eigene Arbeitsplatz, der des Partners oder des Kindes sicher ist.

617 Seit Ludwig Erhard sind wir die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie
618 ist die beste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle Menschen,
619 die in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben wollen. Sie neidet nicht
620 dem Erfolgreichen die Früchte seiner Arbeit, sondern will möglichst

621 vielen Menschen die Chance geben, sich etwas aufzubauen, am wach-
622 senden Wohlstand teilzuhaben und nach eigenen Vorstellungen gut zu
623 leben. Nur wenn das gewährleistet wird, bleibt die Soziale Marktwirt-
624 schaft stark und kann auch ihre Zweifler überzeugen.

**Stimmt der Wirt-
schaftsstandort,
stimmen die Arbeits-
plätze**

625 Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, er war es nie, nirgendwo.
626 Diese Lektion aus der Geschichte haben wir gelernt. Er muss Leitplan-
627 ken setzen und dort eingreifen, wo Menschen seinen Schutz brauchen.
628 Auch in Zukunft benötigt unser Land Eigenverantwortung und Frei-
629 räume, so viel unternehmerische Freiheit und so wenig Bürokratie wie
630 möglich. Wir setzen auf Anreize und nur dort, wo unabdingbar, auf
631 Verbote. Darin drückt sich das Vertrauen in Menschen aus.

632 Wir wollen Deutschland als international führenden Wirtschaftsstand-
633 ort stärken. Unternehmen, die in unserem Land zu Hause sind, sichern
634 unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze. Mit unseren klugen Köp-
635 fen, unserem sozialen Rechtsstaat und unserer guten Infrastruktur
636 können wir punkten. Steuern und Abgaben dürfen aber nicht so belas-
637 tend werden, dass Unternehmen lieber anderswo investieren und Ar-
638beitsplätze schaffen.

639 Deutschlands Wirtschaft braucht die besten Köpfe und die fleißigsten
640 Hände. Dafür vertrauen wir auf die gut ausgebildeten Menschen in un-
641 serem Land. Wir werben auch in Europa und weltweit um sie. Wer im
642 weltweiten Wettbewerb für Fachkräfte attraktiv ist, hat einen Stand-
643 ortvorteil.

644 Soziale Marktwirtschaft steht für fairen Wettbewerb ohne Monopole
645 und Kartelle. Denn nur so entstehen neue, bessere Produkte und
646 Dienstleistungen. Was heute noch Luxus für wenige Menschen ist,
647 wird morgen schon erschwinglich für viele.

**Erwirtschaften kommt
vor Verteilen**

648 Wir Christdemokraten wurden für das Festhalten an der Schulden-
649 bremsen belächelt und kritisiert. Die Schwarze Null ist Generationenge-
650 rechtigkeit – eine Zukunftspolitik für die Menschen im Land, die das
651 Leben noch vor sich haben: unsere Kinder und Enkel. Wir dürfen die fi-
652 nanzielle Leistungsfähigkeit unseres Staates nicht überdehnen.

653 Damit der Staat handlungsfähig ist, braucht er Einnahmen aus Steuern,
654 Beiträgen und Abgaben, die von fleißigen Menschen Tag für Tag erar-
655 beitet werden. Sie haben ein Anrecht darauf, dass so viel wie möglich
656 von ihrem Einkommen im eigenen Portemonnaie bleibt. Als Christde-
657 mokraten fühlen wir uns dem Ziel besonders verpflichtet, alle staatli-
658 chen Aufgaben immer wieder zu prüfen, und wo Spielräume entste-
659 hen, Abgaben zu senken. Nur mit dem Fleiß, dem Leistungswillen und
660 der Leistungsbereitschaft der Millionen Frauen und Männer gibt es
661 auch in Zukunft Wohlstand – für den Einzelnen und unser Land.

**Heute erschaffen und
bauen, was unser Land
morgen braucht**

662 Zur Generationengerechtigkeit gehört auch, dass wir heute erschaffen
663 und bewahren, was morgen unsere Kinder brauchen und übermorgen
664 unsere Enkel. Dazu zählen schnelles Internet, Kindergärten, Schulen
665 und Universitäten, Straßen, Radwege und Schienen, Kultur- und Frei-
666 zeitangebote. Große Bauvorhaben oder Verkehrsprojekte sind für Ge-
667 nerationen gedacht; es darf aber keine Generation dauern, bis sie ge-
668 baut sind. Wir müssen schneller planen und genehmigen.

**Der Sozialstaat
schützt vor
Lebensrisiken**

669 Die Soziale Marktwirtschaft ist stark, weil sie vor dem Vorhersehbaren
670 und vor dem Unvorhersehbaren schützt. Wenn ein Facharbeiter in der
671 Industrie seinen Job verliert, fängt ihn die Arbeitslosenversicherung
672 auf, und die Agentur für Arbeit hilft wieder, einen neuen Job zu finden.
673 Wenn der Handwerker auf dem Weg zur Arbeit einen Unfall hat,
674 springt die Unfallversicherung ein. Falls der Weg zurück zur Arbeit ver-
675 baut ist, stehen Angebote bis zur Erwerbsminderungsrente bereit. Und
676 auch wenn ein Schicksalsschlag einen Menschen völlig aus der Bahn
677 wirft oder das Geld nicht mehr für das Nötigste reicht, fängt ihn der
678 Sozialstaat auf. Die Soziale Marktwirtschaft erfüllt den Anspruch, dass
679 die Stärkeren auch den Schwächeren ein Leben in Würde ermöglichen.
680 Das ist gelebte Solidarität, und damit unterscheiden wir uns von vielen
681 anderen Nationen auf der Welt.

**Den Generationenver-
trag stärken**

682 Die Soziale Marktwirtschaft ist dann stark, wenn sie bei der guten Ab-
683 sicherung der Lebensrisiken auch an die Kinder und Enkel denkt. Wir
684 sehen die Lebensleistung eines jeden Menschen. Und wir sehen, wie
685 viel die ältere Generation im Ehrenamt oder für ihre Kinder und Enkel

686 leistet. Doch weil wir länger leben und weniger Kinder haben, kann die
687 gesetzliche Rente allein nicht mehr den Lebensstandard im Alter si-
688 chern. Deshalb wollen wir die sogenannten drei Säulen, die gesetzliche
689 Rente, die betriebliche und die private Rente, weiter stärken. Und wir
690 werden noch mehr den Einzelnen sehen. Es gibt Frauen und Männer,
691 die länger arbeiten wollen, es aber bisher nicht können. Wir wollen ein
692 Rentensystem, das unterschiedliche Bedürfnisse und Lebenslagen be-
693 rücksichtigt und mehr Flexibilität zulässt.

**Weltbeste Gesundheit
für jeden**

694 Deutschland hat eines der weltbesten Gesundheitssysteme. Ob Be-
695 wohner eines Pflegeheimes oder Frühchen, ob Privatversicherter oder
696 Gesetzlich Versicherter, ob werdende Mutter oder Dialyse-Patient:
697 Auch in Zukunft sollen sich alle Menschen darauf verlassen können,
698 dass sie gut versorgt und behandelt werden. Wir meinen damit auch:
699 erreichbar und bezahlbar. Je vernetzter unser Gesundheitssystem ist,
700 desto besser kann dieser Anspruch eingelöst werden. Vernetzt heißt
701 für uns dabei: Hausärzte arbeiten zusammen mit ambulanten Pflege-
702 diensten, Krankenhäuser mit Pflegeheimen, Dialysezentren mit nieder-
703 gelassenen Fachärzten. Vernetzung bedeutet auch, dass Daten zum
704 Wohle der Patienten zwischen Ärzten, Krankenhäusern und weiteren
705 Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sicher und geschützt ausge-
706 tauscht werden können.

**Für eine gute Pflege
heute und in Zukunft**

707 Ältere wollen so lange wie möglich zu Hause leben, und das hat für uns
708 auch in Zukunft Vorrang vor stationärer Betreuung. Pflegende Ange-
709 hörige – Partner genauso wie Kinder oder Enkel – leisten hier viel. Sie
710 kaufen ein und kochen, sie waschen und begleiten zum Hausarzt. Vor
711 allem sind sie: vertraute Gesichter und bekannte Stimmen, Lebens-
712 menschen, deren Fotos an der Wand über dem Sofa hängen. Sie tragen
713 damit zum Zusammenhalt und einer menschlichen Gesellschaft bei.
714 Zugleich müssen wir auch sagen: Nur wenn wir privat vorsorgen, kön-
715 nen wir in Zukunft die Pflege auf dem hohen Niveau halten.

**Unser Standortvorteil:
Eine starke Tarifpart-
nerschaft**

716 Die Soziale Marktwirtschaft ist dann stark, wenn Solidarität die Star-
717 ken nicht überfordert. Leistung muss sich immer lohnen: Wer hart ar-
718 beitet, muss mehr verdienen, als wenn er nicht arbeiten würde. Den

719 Lohn auszuhandeln ist Aufgabe von Arbeitgeberverbänden und Ge-
720 werkschaften. Wir stehen dafür, dass sich Arbeitnehmer darauf verlas-
721 sen können, dass sie am Arbeitsplatz keinen unnötigen Gefahren aus-
722 gesetzt werden, dass sie nicht von heute auf morgen entlassen werden
723 können, dass ihre Arbeitszeiten und Pausen geregelt sind und sie vor
724 Ausbeutung und unfairen Löhnen geschützt werden. Eine starke und
725 funktionierende Tarifpartnerschaft trägt zu guten Löhnen bei und si-
726 chert den sozialen Frieden. Das ist ein Standortvorteil Made in Ger-
727 many.

Wirtschaft im Aufbruch

728 Die Soziale Marktwirtschaft ist stark, wenn wir die Chancen der digita-
729 len Transformation nutzen. Industrie 4.0 bezeichnet die vierte industri-
730 elle Revolution, die von der Vernetzung intelligenter Maschinen und
731 Abläufe geprägt ist. Das Internet der Dinge oder die Maschine-zu-Ma-
732 schine-Kommunikation lassen eine industrielle Fertigung entstehen,
733 die moderner und komplexer ist als je zuvor. Diese technologischen In-
734 novationen verändern nicht nur die Industrie, sondern die gesamte Ar-
735 beits- und Wirtschaftswelt. Diesen Wandel gestalten wir mittels ein-
736 heitlicher Standards, leistungsfähiger Kommunikationsnetze, belastba-
737 rer IT-Sicherheit, neuer Arbeitsformen, guter Bildung und exzellenter
738 Forschung.

739 Die Soziale Marktwirtschaft ist stark, wenn sie neue Geschäftsmodelle
740 anerkennt, die das Bedürfnis nach günstigen und schnellen Lösungen
741 aufgreifen. Man muss das Auto nicht mehr besitzen, um es zu fahren,
742 man kann es sich auch mit anderen teilen. Man muss nicht unbedingt
743 die Bank von einer Idee überzeugen, um einen Kredit zu bekommen,
744 man kann auch selbst nach finanziellen Unterstützern suchen. Digitale
745 Geschäftsmodelle machen oft das Teilen von Wissen und Interessen,
746 von Ideen, Wünschen, Ressourcen und Kapital zur Geschäftsgrundlage
747 und verändern die Art, wie wir kommunizieren und konsumieren, wie
748 wir zusammenleben und zusammenarbeiten können. Solche neuen und
749 innovativen Formen des Wirtschaftens fordern auch unser Verständnis
750 von Unternehmertum heraus. Der weltgrößte Medienkonzern produ-

751 ziert keine eigenen Inhalte. Der weltgrößte Anbieter von Schlafgele-
752 genheiten besitzt kein eigenes Bett. Der weltgrößte Fahr-Service hat
753 keine eigenen Autos.

754 Durch die Digitalisierung verfügen wir über noch mehr Produkte,
755 Dienstleistungen und Informationen. Und noch etwas hat sich geän-
756 dert: Einst waren Daten für Unternehmen die Telefonnummern treuer
757 Kunden und irgendwann die E-Mailadressen für die Weihnachtspost.
758 Heute sind sie ein begehrter Rohstoff und entscheidend für den Erhalt
759 unseres wirtschaftlichen Wohlstands und unserer Wettbewerbsfähig-
760 keit. Dem gegenüber steht ein Datenschutzsystem, das noch weitge-
761 hend auf dem Volkszählungsurteil von 1983 beruht, als persönliche In-
762 formationen an der Haustür abgefragt und per Stift und Zettel aufge-
763 nommen werden sollten. Deshalb halten wir hier eine Anpassung an
764 das digitale Zeitalter für geboten – ohne jedoch die Standards des Da-
765 tenschutzes abzusenken. Menschen sollen möglichst selbstbestimmte
766 Entscheidungen treffen können – auch und gerade dann, wenn es um
767 ihre persönlichen Daten geht. Dafür müssen sie wissen, wer diese Da-
768 ten wofür nutzen will. Das ist für uns eine Bedingung kluger Verbrau-
769 cherpolitik.

770 Die Soziale Marktwirtschaft ist stark, wenn sie neue Formen des Arbei-
771 tens anerkennt, die das Bedürfnis nach mehr Freiheit erfüllen. Nicht
772 alle wollen mit einem festen Vertrag arbeiten, sondern sich einen Job
773 je nach Verfügbarkeit aussuchen. Nicht alle wollen von 9 bis 17 Uhr im
774 Büro sitzen, sondern zeitlich flexibel von zu Hause oder unterwegs ar-
775 beiten. Nicht alle wollen eine Lohnerhöhung, sondern die Zeit für Wei-
776 terbildung, Familie oder eine Auszeit. Regelungen auf betrieblicher
777 und tariflicher Ebene haben dabei Vorrang vor staatlicher Regulierung.

778 Eine starke Soziale Marktwirtschaft ist zugleich eine ökologische. Wir
779 wollen sie in unserem Land weiterentwickeln und so ein neues Mar-
780 kenzeichen von Made in Germany auf den Weltmärkten schaffen. Kli-
781 maschutz ist keine Ideologie, sondern eine Selbstverständlichkeit für
782 Christdemokraten. Schon seit Jahrzehnten sprechen wir von der ökolo-

783 gischen und sozialen Marktwirtschaft. Und doch waren wir nicht im-
784 mer Vorreiter, wenn es darum ging, unsere Schöpfung zu bewahren.
785 Klimaschutz ist Heimatschutz, die Liebe zu einem Made in Germany
786 der anderen Art. Made in Germany ist die Sandburg, die das Enkelkind
787 im Sommer am sauberen Ostseestrand vor den Augen seiner Großel-
788 tern baut, und der Schneemann im Winterurlaub. Made in Germany ist
789 der Acker, der im Frühjahr blüht und duftet, der Salatkopf vom Bauern
790 aus der Region. Es ist der ländliche Raum, der anders aussieht, riecht
791 und auch tickt. Wir haben die Verantwortung, unseren Kindern und En-
792 keln diesen Wohlstand und diese Lebensqualität zu hinterlassen. Made
793 in Germany ist Anbau und Abbau, aber kein Raubbau.

794 Deutschland soll bis 2050 klimaneutral sein. Dabei wollen wir konse-
795 quenten Klimaschutz immer zusammen mit wirtschaftlicher Entwick-
796 lung und sozialer Sicherheit denken. Dafür müssen wir Anreize schaf-
797 fen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu vermeiden. Wir brauchen
798 möglichst weltweit und überall, im Verkehr, beim Bauen und genauso
799 in der Industrie, ein Preisschild auf Emissionen, das den Klima- und
800 Umweltschäden entspricht. Wir setzen auf saubere Technologien,
801 denn sie sind der bessere Weg als Verbote. Als starke Volkswirtschaft
802 sind wir auch Vorbild für viele andere Länder. Wir gehen voran – und
803 wissen zugleich: Nur wenn die Weltgemeinschaft entschlossen handelt
804 und den weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen drastisch reduziert,
805 wird uns der Klimaschutz gelingen. Dabei leiten uns die Pariser Klima-
806 schutzziele.

807 Unsere Soziale Marktwirtschaft ist stark, wenn wir darauf Acht geben
808 unter welchen Bedingungen und auf wessen Kosten wir unsere Roh-
809 stoffe beziehen. Wir wollen viel stärker Rohstoffe wiederverwerten
810 und so weit wie möglich in Kreisläufen wirtschaften.

811 Energie hält unsere Fabriken und unser Internet am Laufen und unsere
812 Wohnungen im Winter warm. Den Umstieg auf die Erneuerbaren Ener-
813 gien müssen wir schaffen – auch wenn es nicht leicht ist: Wir werden
814 dafür sorgen, dass Energie sauber, sicher und bezahlbar ist. Wenn wir

815 noch besser beim Speicher- und Netzausbau vorankommen und die Di-
816 gitalisierung nutzen, wird uns das gelingen.

**Unsere Bauern:
Wochenmarkt und
Weltmarkt**

817 Eine starke, erfolgreiche Wirtschaft ist weltgewandt und heimatver-
818 bunden. Wir sehen es in unserer regional verwurzelten bäuerlichen
819 Landwirtschaft: Ihre Betriebe sorgen für gesunde, sichere und bezahl-
820 bare Lebensmittel aus deutschen Landen. Unsere Landwirte können
821 Wochenmarkt und Weltmarkt. Sie erschaffen und pflegen seit Jahrhun-
822 derten unsere vielfältigen und zum Teil einzigartigen Landschaften mit
823 Feldern, Wiesen, Weiden, Weinbergen und Obstbäumen. Der Bauer
824 der Zukunft arbeitet wieder mehr in Kreisläufen, im Einklang mit der
825 Natur und für das Tierwohl. Damit das gelingen kann, müssen der Ein-
826 satz für die Natur und das Tierwohl besonders gefördert und honoriert
827 werden. Deshalb bekennen wir uns zur Gemeinsamen Europäischen
828 Agrarpolitik, die Wettbewerbsfähigkeit mit Umwelt- und Tierschutz
829 verbindet und die Zukunft unserer Landwirtschaft sichert.

**Weltmarktführer statt
verlängerter Werk-
bank**

830 Denken wir an die Zukunft, so wissen wir: Ein Weiter-So reicht nicht,
831 das ängstliche Beharren auf dem Status Quo wird nicht genügen.
832 Neuer Wohlstand braucht neues und nachhaltiges Wirtschaften. Wir
833 wollen als Vorreiter zukunftsfähiger Technologien erfolgreich durch
834 die zwanziger Jahre kommen und auch am Ende dieses Jahrzehnts eine
835 starke und innovative Volkswirtschaft sein.

836 Wir wollen Wertschöpfung in unserem Land behalten und Weltmarkt-
837 führer sein, wo immer das möglich ist, aber auf keinen Fall die verlän-
838 gerte Werkbank am Rande, die nur noch zusammenschraubt und zulie-
839 fert, was anderswo entwickelt wurde. Auch in Zukunft werden wir die
840 Welt nur mit fairen Löhnen überzeugen können, und das ist unser An-
841 spruch. Exzellente ausgebildete Fachkräfte haben ihren Preis.

842 Unsere Stärke ist die Qualitätsproduktion, die maßgeschneiderte
843 Ware, die den Bedürfnissen der Kunden entspricht; unsere Stärke als
844 Wirtschaftsnation sind intelligente Maschinen und perfekte Infrastruk-
845 tur. Unsere Stärke sind die Menschen. In unseren Köpfen ist alles drin,

846 was es braucht – so viel Kreativität, Erfindungsreichtum und Neu-
847 gierde, so viel Begeisterung und Lust auf Lösungen. Und mit den Milli-
848 onen Händen – fleißig und geschickt – lässt sich etwas draus machen.
849 Haben wir Vertrauen in uns! Die Zukunft gehört den Erfindern und Op-
850 timisten.

851 Unser Land profitiert enorm von der über die Welt verteilten Produk-
852 tion, die die Globalisierung mit sich bringt. Eine Rückkehr zum Protek-
853 tionismus schadet allen. In unserem Denken und Fühlen muss aber
854 auch Platz sein für neue Erkenntnisse. Eine dieser Erkenntnisse lautet:
855 Wir müssen mehr auf die sichere Versorgung mit lebenswichtigen Pro-
856 dukten achten. Genauso wie wir Technologien in unserer Hand behal-
857 ten wollen, die über unsere Wettbewerbsfähigkeit entscheiden oder
858 für die Sicherheit unseres Landes zentral sind.

Wir glauben an uns!

859 Unser Ziel ist, dass die Weltmarktführer von Morgen bei uns gegrün-
860 det werden – denn das hat Deutschland stark gemacht. Dafür brau-
861 chen wir mehr Frauen und Männer, die Neues wagen, ein Unterneh-
862 men gründen und bereit sind, Risiken zu übernehmen. Dazu müssen
863 wir allen sagen, dass es kein Makel ist, zu scheitern und neue Chancen
864 wahrzunehmen.

865 Denn Wirtschaft ist immer auch eines: der Glaube an uns selbst, an je-
866 den Einzelnen, der arbeitet, Entscheidungen trifft und zu Wachstum
867 und Wohlstand beiträgt. Es ist der Glaube daran, dass das, was wir mit
868 unseren Köpfen entwerfen und mit unseren Händen bauen, unserem
869 Land und seinen Menschen hilft. Auf diesem Glauben gründet sich un-
870 ser Erfolg als starke und innovative Volkswirtschaft seit Jahrzehnten.
871 Auf ihn vertrauen wir auch in Zukunft.

872 **V. Der Fortschritt, den *Wir* wollen**

873 Deutschland ist ein Land der Entdecker, der Neugierigen und der
874 Abenteurer, die sich in die Welt aufmachen. Wir sind ein Land der Wis-
875 senschaftler, die nicht ruhen, bis sie angesichts todbringender Krank-
876 heiten Heilmittel entwickeln, um Millionen von Leben zu retten. Auf
877 diese Weise haben wir das erste Antibiotikum hergestellt und mit der
878 Bakteriologie die Grundlagen der Seuchenbekämpfung geschaffen.
879 Wir sind Tüftler, die sich eine Idee in den Kopf setzen und dann entge-
880 gen aller gutgemeinten Ratschläge solange daran arbeiten, bis sie se-
881 rienreif ist und Made in Germany draufsteht. Diese Neugier, diesen Pi-
882 oniergeist, diesen Tatendrang brauchen wir in unserem Land. Denn die
883 Welt wartet nicht auf Deutschland.

884 Nur wenn wir ein Innovationsland sind, angetrieben vom Drang nach
885 neuen Erkenntnissen und Fortschritt werden wir Menschheitsaufgaben
886 lösen, gute und zukunftsfähige Arbeitsplätze, unseren Wohlstand und
887 unsere hohe Lebensqualität sichern können, in Deutschland und dar-
888 über hinaus.

889 Fast täglich kommen neue technologische und soziale Innovationen
890 hinzu, die unser Leben unumkehrbar verändern können. Wir gewöhnen
891 uns daran, dass die Schlagzahl höher und höher wird. Uns überrascht
892 nicht mehr, dass wir mit unserem Smartphone ein Rechenzentrum im
893 Miniformat in der Hand halten, mit dem wir eine Mondlandung steu-
894 ern könnten, dass Dächer von Hochhäusern genutzt werden, um Fel-
895 der anzulegen, oder Wohlstand durch das Teilen von Autos oder Musik
896 vermehrt wird.

897 Niemand weiß, welche Technologien sich durchsetzen werden oder
898 welche bahnbrechenden Innovationen noch auf uns warten. Selbst die
899 besten Zukunftsforscher irren sich. Und dann sind da die ewigen
900 Zweifler, die der Eisenbahn, dem Auto, der Glühbirne und dem Flug-
901 zeug bescheinigten, keine Zukunft zu haben. Deshalb tut der Staat gut
902 daran, nicht so zu tun, als könne er in die Kristallkugel schauen, um zu
903 wissen, wie die Zukunft aussieht.

**Freiheit für Forschung
und Innovation**

904 Der Staat tut gut daran, Forschung und Wissenschaft technologie- und
905 innovationsoffen zu unterstützen. Spitzenforschung entsteht dann,
906 wenn unsere schlaunen Köpfe in Freiheit forschen können und wenn
907 sich die exzellenten Köpfe in Europa und der Welt miteinander austau-
908 schen können. Nur gemeinsam werden wir die großen Innovationen
909 vorantreiben können, mit denen wir die Menschheitsaufgaben lösen.

**„Zukunft“ auf dem
Stundenplan**

910 In unseren Kindern stecken kleine Entdecker, Forscher oder Weltver-
911 besserer. Wir fördern ihre Leistungsbereitschaft, damit sie ihre indivi-
912 duellen Begabungen nutzen könne. Und jedes Mädchen, jeder Junge
913 verdient die Chance, zur Elite, zu den Besten der Welt zu gehören. Im
914 Klassenzimmer müssen junge Menschen auf eine Welt der rasanten
915 Veränderung vorbereitet werden. Auf den Stundenplänen steht jeden
916 Tag „Zukunft“; das bedeutet, Lust aufs Entdecken, Forschen, Lernen
917 und Ausprobieren machen – gerade in den MINT-Bereichen. Trotz Au-
918 tokorrektur und Sprachnachrichten bleiben Lesen, Schreiben und
919 Rechnen die wichtigsten Grundfertigkeiten. Kulturelle Bildung ermög-
920 licht unseren Kindern, ihre Persönlichkeit zu entfalten und unsere Ge-
921 sellschaft zu verstehen.

**Für ein Deutschland,
in dem jeder alles
werden kann**

922 Nicht die Herkunft darf über die Bildungschancen von Kindern ent-
923 scheiden – und im Übrigen auch nicht die Frage, in welchem Bundes-
924 land ein Kind lebt. Dieser leicht dahin gesagte Satz, soll gelebte Realiti-
925 tät in Deutschland werden: von Bildung, Erziehung und Betreuung in
926 Kindergarten und Hort bis Ausbildung und Studium. Bildung und Erzie-
927 hung meint immer auch Charakter- und Herzensbildung. Sie wird vor
928 allem vorgelebt und erlebt durch die Eltern, aber auch in Bildungs- und
929 Betreuungseinrichtungen. Sie vermittelt jungen Menschen Werte und
930 Tugenden wie Anstand und Ausdauer, Zuversicht und Selbstbewusst-
931 sein, Ehrlichkeit und Ehrgeiz, führt sie erfolgreich ins Leben und stärkt
932 auf diese Weise den Zusammenhalt in unserem Land.

933 Es sollen sich urteilsfähige und vernunftbegabte Persönlichkeiten ent-
934 wickeln können, die Freiheit und Zusammenhalt als unsere Wertgrund-
935 lage verstehen. Die Belohnung ist das Lachen unserer Kinder und ihre

936 Freude über den eigenen Erfolg, weil es nach seinen Fähig- und Fertig-
937 keiten am besten gefördert wird.

938 Wir sind davon überzeugt, dass wir nicht das gleiche Schulsystem für
939 alle brauchen, sondern für jedes Kind das richtige. Wichtig für den Er-
940 folg unserer Kinder sind die richtigen Inhalte, sehr gut ausgebildete
941 Lehrerinnen und Lehrer, ordentliche Klassenzimmer und eine techni-
942 sche Ausstattung, die digitale Bildung ermöglicht und ihrem Namen
943 auch wirklich gerecht wird. Damit das überall Realität werden kann,
944 brauchen wir von der Kommune, über die Länder bis zum Bund mehr
945 Investitionen in Bildung. Das ist eine entscheidende Frage der sozialen
946 Gerechtigkeit in unserem Land.

947 Gerade junge Menschen in unserem Land haben das Glück, zwischen
948 vielen Wegen in einen Beruf oder gar eine Berufung wählen zu können.
949 Exzellenz durch Praxis ist ein Markenzeichen von Made in Germany.
950 Wir wollen die berufliche Bildung weiter stärken, denn akademische
951 und berufliche Bildung sind gleichberechtigte und gleichwertige Bil-
952 dungswege. Auf die herausragende Qualität der Arbeit eines Meisters
953 setzen heute wieder mehr und mehr Menschen. Deutschland braucht
954 die Azubis und die Studenten, den Elektromaschinenbauer und die
955 Chirurgin.

**Spitzenforschung
braucht Spitzenfor-
scher aus aller Welt**

956 Unser akademischer Nachwuchs soll Exzellenz und Bedingungen in
957 Deutschland finden, damit er hier seine wissenschaftliche Zukunft
958 sieht. Vor allem dieser Arbeitsmarkt ist schon länger kein regionaler o-
959 der nationaler mehr. Die Spitzenleute kommen heute von überall her.
960 Wir wollen, dass die KI-Spezialistin aus dem Silicon Valley und der ru-
961 mänische Tiefbauingenieur unser Land so attraktiv finden, dass sie bei
962 uns forschen und mit ihren Familien leben wollen.

**Der Mensch lernt
nie aus**

963 Ganz gleich wie wenige oder viele Lebensjahre jemand zählt, Bildung
964 befähigt zu einem selbstbestimmten Leben und dazu, uns immer wie-
965 der neuen Anforderungen zu stellen. Bildung ist der Schlüssel, um ver-
966 antwortungsvoll neue Technologie zu nutzen. Lebensbegleitendes Ler-
967 nen und Weiterbildung sind daher wichtiger als je zuvor.

**Wir als Forschungs-
nation: Benz und Bosch,
Kant und Hegel**

968 Deutschland ist eine der stärksten Forschungsnationen der Welt. Das
969 sind wir, weil wir hier alles haben, was dafür notwendig ist. Eine exzel-
970 lente Forschungsumgebung mit gut finanzierten Hochschulen und For-
971 schungseinrichtungen. Kluge Köpfe, die an Universitäten und Fach-
972 hochschulen Ideen entwickeln und forschen. Hervorragend ausgebil-
973 dete Fachkräfte, die die Technologien von morgen schon heute in den
974 Unternehmen einsetzen und verbessern. Bei diesem Transfer von der
975 Forschung in die Wirtschaft wollen wir noch besser werden. Wir wol-
976 len, dass erfolgreiche Innovationen möglichst schnell auf den Markt
977 kommen und von möglichst vielen genutzt werden können. Und wir
978 brauchen eine Gesellschaft, die mutig und zuversichtlich ist, Neues zu
979 wagen. Weil wir wissen, was wir dem Fortschritt verdanken. Eine im-
980 mer höhere Lebenserwartung bei immer mehr Lebensqualität steht für
981 viele Verbesserungen unseres täglichen Arbeitens und Lebens. Ein
982 Land, das sich auf der Welt nicht nur mit Benz und Daimler, Siemens
983 und Bosch, sondern auch mit Kant und Hegel einen Namen gemacht
984 hat, braucht starke Geistes- und Sozialwissenschaftler. Sie hinterfra-
985 gen gesellschaftliche Entwicklungen und helfen uns dabei, uns in der
986 Welt zu orientieren.

**Künstliche Intelligenz
zum Wohle aller
vorantreiben**

987 Maschinen, das waren bislang nur unsere verlängerten Arme und
988 Beine. Künstliche Intelligenz ist eine dieser großen Innovationen, die
989 durch Fortschritte in der Digitalisierung möglich wurden. Sie kann
990 Sprache und Gesichter erkennen, sie unterstützt bei der medizinischen
991 Diagnostik von Krebs und Alzheimer und wird vielleicht schon bald un-
992 sere Autos steuern. Wir brauchen Künstliche Intelligenz dort, wo sie
993 unser Leben sicherer und besser macht.

**Technologie muss uns
dienen, nicht wir der
Technologie**

994 Andere, oftmals autoritäre Systeme investieren in großem Umfang in
995 diese Technologie. Wenn wir wollen, dass Künstliche Intelligenz nach
996 unseren demokratischen Werten tickt, dann brauchen wir klare Regeln
997 und Transparenz. Denn wir haben die bittere Erfahrung gemacht, dass
998 Technologie sowohl für nützliche als auch für zerstörerische Zwecke
999 angewandt werden kann. Deshalb fragen wir nicht nur danach, was
1000 möglich ist, sondern auch, was möglich sein sollte. In Laboren überall

1001 auf der Welt wird an Technologien der Zukunft geforscht. Wir werden
1002 immer wieder vor neue ethische Herausforderungen gestellt. Ob Er-
1003 kenntnisse und Technologien bei uns zum Einsatz kommen, entschei-
1004 det sich für uns daran, ob sie im Einklang mit unserem christlichen
1005 Menschenbild stehen. Daraus leiten sich Grundrechte ab, wie das
1006 Recht auf Leben, Gesundheit und körperliche Unversehrtheit. Wir wol-
1007 len Technologien nutzen für ein besseres Leben. Ein Leben, in dem die
1008 unantastbare Würde des Menschen gewahrt bleibt. Ein Leben, in dem
1009 die individuellen Freiheitsrechte gewahrt bleiben.

1010 Wir erleben große Fortschritte in der Gentechnik. Kaum ein Werkzeug
1011 hat Biologen und Mediziner so begeistert wie eine Gen-Schere, die
1012 Gene einfügen, ausschneiden oder ausschalten kann. Es wäre ein Se-
1013 gen, wenn es dadurch irgendwann gelingt, Erbkrankheiten zu heilen.
1014 Wenn aber das Erbgut von Menschen verändert würde, um Merkmale
1015 zu verstärken, die wir wünschenswert finden, verletzen wir das Selbst-
1016 bestimmungsrecht kommender Generationen. Wir fördern die biome-
1017 dizinische Forschung in allen Bereichen, die dem Menschen dient.
1018 Wenn jedoch die Menschenwürde in Gefahr gerät, treten wir für ein-
1019 deutige Reglementierungen ein.

1020 Wir werden in Zukunft noch mehr Diskussionen um den Anfang des
1021 Lebens, das was Leben ausmacht und über das Ende des Lebens füh-
1022 ren, soviel wissen wir. Entscheidungen über die grundgesetzlich ge-
1023 schützten Werte wie das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrt-
1024 heit und auf Selbstbestimmung werden sich Christdemokraten nie
1025 leicht machen. Wir benötigen auch die Beiträge von Wissenschaft und
1026 Gesellschaft. Wir müssen verantwortungsvoll abwägen zwischen ethi-
1027 schen, medizinischen und rechtlichen Aspekten.

1028 Die Welt wartet auch in den kommenden zehn Jahren darauf, dass wir
1029 in ihr das Neue entdecken – sonderbare Dinge, Bedeutsames, Lebens-
1030 rettendes. Sie ruft uns wie einst jeden Tag zu: Seid neugierig. Seid
1031 Abenteurer. Wir Christdemokratinnen und Christdemokraten hören
1032 zugleich noch eine Ansage: Fortschritt braucht Vernunft.

**Es geht um die
Menschenwürde**

1033 **VI. Die Welt, in der *Wir* leben**

1034 Lange dachten wir, die Menschheit bewege sich unaufhaltsam in eine
1035 Richtung – hin zu freien, gefestigten Demokratien, zu einem friedli-
1036 chen Miteinander. Heute kann jeder sehen, dass der Verlauf der Ge-
1037 schichte offen ist. Wir erleben Krisen, Konflikte und Terrorismus. Inter-
1038 nationale Ordnungen und Regeln, das Völkerrecht, die universelle Gül-
1039 tigkeit von Menschenrechten und die Freiheit sind in Gefahr. Wir se-
1040 hen aufstrebende Machtzentren, die versuchen, ihre Einflussbereiche
1041 auszuweiten. Wir sehen autoritäre Systeme, die rücksichtslos die ei-
1042 gene Macht ausbauen. Und deswegen müssen wir unser Schicksal stär-
1043 ker in die eigenen Hände nehmen.

**Wettstreit mit
anderen Systemen**

1044 Wenn wir hören, der Westen stehe unter Druck, dann ist damit ge-
1045 meint: *Wir* stehen unter Druck, denn unsere Art zu leben wird ange-
1046 griffen. Unser Respekt vor der Würde des Menschen und unser unstill-
1047 barer Durst nach Freiheit stehen auf dem Spiel. Autoritäre Systeme
1048 wollen, dass wir in Zukunft nach ihren Vorstellungen leben. Das wollen
1049 wir nicht. Wir wählen die Freiheit.

1050 Die Demokratie ist die beste Regierungsform, die wir kennen. Und wir
1051 erleben das. Die Menschen haben Rechte als Arbeitnehmer und als Un-
1052 ternehmer. Sie haben Rechte, wenn sie einer Minderheit angehören,
1053 anderer Meinung sind, eine andere Hautfarbe haben und an etwas an-
1054 deres glauben als die Mehrheit.

1055 Autoritäre Systeme erscheinen auch deshalb als schneller und effizien-
1056 ter, weil sie grundsätzlich anders sind: Sie ignorieren die Grundrechte
1057 von Menschen, sei es der Schutz der körperlichen Unversehrtheit oder
1058 des Eigentums. Und oft genug herrschen dort die Extreme: extreme
1059 Armut und extremer Reichtum, extreme Gewalt, politische und wirt-
1060 schaftliche Extreme.

1061 Unsere Demokratie liegt uns am Herzen – und wir Christdemokraten
1062 haben in den vergangenen 75 Jahren dieses demokratische Deutsch-

1063 land miterschaffen. Zugleich fühlen wir Deutsche uns mit der Welt ver-
1064 bunden. Wir wünschen ihr Frieden und ihren Menschen ein würdevol-
1065 les Leben, wir nehmen Anteil am Leid, das es gibt, und engagieren uns
1066 seit Jahrzehnten. Vereine, private Initiativen, politische Stiftungen,
1067 Sprach- und Kulturinstitute oder die immense Spendenbereitschaft
1068 zeigen dies.

1069 Und genauso engagieren wir uns aus dieser Überzeugung in den Ver-
1070 einigten Nationen und ihren Organisationen. Sie haben unsere Welt –
1071 ihre Industrieländer, ihre Schwellenländer und ihre Entwicklungsländer
1072 – zur Gemeinschaft gemacht. Ihre Gründungsidee war und ist richtig:
1073 Es gibt Probleme, deren Lösung zu groß für jeden einzelnen von uns
1074 sind. Diese globale Partnerschaft brauchen wir auch heute, und das
1075 mehr denn je. Zugleich sehen wir, dass der Sicherheitsrat der Verein-
1076 ten Nationen Woche für Woche durch Vetos blockiert wird. Insgesamt
1077 erleben wir in vielen Institutionen der Vereinten Nationen Blockade-
1078 bestrebungen. Deshalb werden wir uns für Reformen einsetzen, damit
1079 Entscheidungen getroffen werden können, die der Welt mehr Frieden,
1080 Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geben.

**Wir setzen uns für
Demokratie ein**

1081 Deshalb setzen wir uns weltweit für demokratische Werte, für Rechts-
1082 staatlichkeit, Menschenrechte, Religionsfreiheit und Toleranz ein. Wir
1083 setzen uns für verfolgte Christen und die Abschaffung der Todesstrafe
1084 ein. Wir tun das auch aus eigenem Interesse: Wir wollen frei und sicher
1085 leben. So wie jede Generation vor uns müssen wir uns wieder neu Frie-
1086 den, Freiheit und Wohlstand erarbeiten.

1087 Dabei handeln wir nicht allein. Es ist ein großes Glück für unser Land,
1088 das wir nach dem Schrecken zweier Weltkriege, in denen Deutsche un-
1089 ermessliches Leid über andere brachten, auf der Welt viele Partner,
1090 Freunde und Verbündete haben.

Europa ist die Zukunft

1091 Wir sind aus tiefstem Herzen Europäer und von der Europäischen
1092 Union (EU) überzeugt. Deutsche Interessen und europäische Interes-
1093 sen sind kein Gegensatz. Im Gegenteil: Sie bedingen einander. Unsere
1094 eigene Geschichte zeigt: Die Deutsche Einheit war nur gemeinsam mit

1095 der europäischen Einigung erreichbar. Die Europäische Union ist die
1096 Chance für ihre Bürger und Staaten, gemeinsam eine Stimme in der
1097 Welt zu haben, die gehört wird. Sie ist die beste Chance, in Frieden und
1098 Freiheit, in Demokratie und Wohlstand in einem über Jahrhunderte
1099 durch Kriege bestimmten Kontinent zu leben. Aber wir müssen die EU
1100 besser machen. Stärker als je zuvor seit ihrer Gründung steht sie auf
1101 der Probe.

1102 Eine Mehrheit der Menschen im Vereinigten Königreich war davon
1103 überzeugt, dass ihr Land allein besser dasteht. Wir werden natürlich
1104 mit unseren britischen Freunden eng zusammenarbeiten. Sie können
1105 aber nicht die gleichen Rechte haben wie ein EU-Mitglied.

1106 Wir sehen die Mängel an der Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitglied-
1107 staaten und die Fliehkräfte, wenn es darum geht, gemeinsame Antwort-
1108 ten auf Menschheitsaufgaben wie den Klimawandel oder die weltweite
1109 Migration zu finden. Auch in den Euro-Staaten ist die Richtung hart
1110 umkämpft, die die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion ein-
1111 schlagen soll.

1112 Unsere Antwort ist nicht Verzagen, Rückzug oder Herausdrängen an-
1113 derer aus der EU, sondern ein Mehr an Aufeinanderzugehen. Es gibt
1114 nicht die eine Führungsmacht in Europa. Wir wollen sie auch nicht.
1115 Aber wir wissen, dass sich viele Partner an unseren Vorschlägen orien-
1116 tieren wollen. Diese Bereitschaft wächst, je mehr wir bereit sind, auch
1117 auf andere zuzugehen – ganz gleich ob es sich um ein vermeintlich
1118 großes oder kleines Land handelt.

1119 Wir wollen im eigenen Interesse mehr für Europa tun. Wir müssen
1120 mehr leisten als andere, solidarisch sein und Europa zusammenführen.
1121 Deutschland und Frankreich kommt dabei gemeinsam mit Polen im
1122 Weimarer Dreieck eine besondere Bedeutung zu. Nur gemeinsam kön-
1123 nen wir die Wirtschaftskraft der EU stärken und Vorreiter beim Klima-
1124 schutz werden. Nur so können wir eine europäische Migrationspolitik
1125 erreichen, die sich durch Menschlichkeit und Ordnung auszeichnet.
1126 Und nur so können wir dafür sorgen, dass der Euro weiterhin zu den

**Wir müssen bereit
sein, mehr zu tun**

1127 Leitwährungen der Welt gehört. Dies gelingt nur, wenn wir dafür sor-
1128 gen, dass die Wirtschafts- und Währungsunion durch mehr Stabilität
1129 und Solidarität erhalten bleibt. Zu gegenseitiger Solidarität gehört
1130 aber auch, dass sich jedes Mitgliedsland an Vereinbarungen und Zusa-
1131 gen halten muss. Wir werden auch den EU-Binnenmarkt weiter stär-
1132 ken.

**Europa besser
machen**

1133 Das Aushandeln von Kompromissen, die alle in der EU mittragen kön-
1134 nen, dauert – manchmal auch zu lange. Deshalb muss für immer mehr
1135 Bereiche wie in den Nationalstaaten auch in der Regel eine qualifi-
1136 zierte Mehrheit reichen. Und wir sehen genauso: Überall in der EU ha-
1137 ben Menschen das Gefühl, in Brüssel würde über ihre Köpfe hinweg
1138 entschieden. Deshalb ist für uns klar: Damit das Europäische Parla-
1139 ment als starke Stimme der Bürgerinnen und Bürger verstanden wird,
1140 braucht es noch mehr Einfluss. Als Herzkammer der europäischen De-
1141 mokratie muss es selbst Gesetze auf den Weg bringen können. Wir
1142 werden noch stärker als bisher darauf achten, dass die EU keine Aufga-
1143 ben übernimmt, die die Mitgliedstaaten mit ihren Regionen und Kom-
1144 munen genauso gut oder besser regeln können. Genauso muss es mög-
1145 lich sein, Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückzugeben.

**Von der Armee der
Europäer zur
europäischen Armee**

1146 Zusammen sind wir stärker als jeder allein – das gilt gerade auch, wenn
1147 es darum geht, die Sicherheit der EU-Mitglieder und unserer Verbün-
1148 deten zu verteidigen. Eine gemeinsame Außenpolitik, ein Europäischer
1149 Sicherheitsrat, eine gemeinsame Rüstungsexportpolitik sowie eine Eu-
1150 ropäische Verteidigungsunion mit einer Armee der Europäer, die wir
1151 langfristig zu einer europäischen Armee ausbauen wollen, sind wich-
1152 tige Schritte auf diesem Weg. Wir werden weiter dafür eintreten, dass
1153 unsere Soldatinnen und Soldaten gut ausgebildet und ausgestattet
1154 hierbei einen wichtigen Beitrag leisten können.

1155 Wir sind auch dann stärker, wenn wir frei auf dem Weltmarkt handeln
1156 und Handelsabkommen abschließen, die auf fairer Partnerschaft beru-
1157 hen. Wer gegen sie zu Felde zieht, verhindert, dass Deutschland und
1158 die Europäische Union mehr Einfluss in der Welt bekommen und ein

1159 Mehr an friedlicher Zusammenarbeit in der Welt entsteht. Wir wollen
1160 durch unsere Abkommen eine Welt schaffen, in der durch völkerrecht-
1161 liche Verträge die Macht des Rechts gilt und nicht die Macht des Grö-
1162 ßeren, Stärkeren oder Rücksichtsloseren.

**Wir werden
europäischer**

1163 Die Europäische Union braucht beides: engere Beziehungen zwischen
1164 ihren 27 Ländern und die Offenheit für neue Mitglieder. Denn wer sich
1165 für die Regeln und Werte der EU entscheidet, der entscheidet sich da-
1166 mit gegen den Einfluss von Staaten, die diese demokratischen Werte
1167 nicht teilen. Wir stehen zu unserer Verpflichtung, die sechs Länder des
1168 westlichen Balkans weiter zu stabilisieren und schrittweise bis zur EU-
1169 Vollmitgliedschaft heranzuführen, weil dies auch in unserem Interesse
1170 ist. Wir setzen uns für eine enge Anbindung der Türkei an die EU ein.
1171 Wir erwarten aber, dass sie vollständig zu Rechtsstaatlichkeit und
1172 Wahrung der Menschenrechte zurückfindet.

**Wir bleiben
transatlantisch**

1173 Außerhalb Europas bleiben die USA unser wichtigster Partner und
1174 Freund. Die Verbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und
1175 Deutschland sind vielfältiger und gehen tiefer als die zwischen der
1176 amerikanischen und der deutschen Bundesregierung. Uns verbindet
1177 viel mehr, als uns oft bewusst ist; was uns verbindet, ist nicht nur his-
1178 torisch gewachsen, wir teilen auch gemeinsame Werte und Interessen.
1179 Neu dabei ist: Wir können es uns nicht leisten, uns allein auf die ver-
1180 traute Schutzmacht die USA zu verlassen und am Spielfeldrand zu ste-
1181 hen.

1182 Die NATO – gegründet von den westlichen Demokratien Europas und
1183 Nordamerikas – sichert als das verlässliche, erfolgreiche, politische
1184 und militärische Verteidigungsbündnis seit mehr als sieben Jahrzehn-
1185 ten Frieden und Freiheit seiner Mitglieder. Sie ist und bleibt Garant
1186 unserer Sicherheit. Wir werden sie wieder zu einem Dialogforum ma-
1187 chen, einem Ort, am dem wir gemeinsam an Lösungen arbeiten. Kräf-
1188 ten, die die NATO von innen heraus ihrer Handlungsfähigkeit berau-

1189 ben wollen, treten wir entgegen. Wir wollen als transatlantische Part-
1190 ner weltweit mit anderen Nationen enger kooperieren, um die Demo-
1191 kratie zu stärken und zu verteidigen.

**Das Existenzrecht
Israels ist nicht
verhandelbar**

1192 Mit Israel verbindet uns eine Freundschaft, die wir als Geschenk be-
1193 trachten. Aus unserer historischen Verantwortung heraus sind wir in
1194 besonderer Weise Israels Sicherheit verpflichtet. Das Existenzrecht
1195 und die Sicherheit Israels ist für uns nicht verhandelbar und Teil der
1196 deutschen Staatsräson. Wer das ablehnt und die Sicherheit Israels ge-
1197 fährdet, kann auf Dauer nicht unser Partner sein.

**Enge Zusammenarbeit
mit Russland**

1198 Wir stehen für eine enge Zusammenarbeit mit Russland. Wir arbeiten
1199 dafür, dass Russland das Völkerrecht einhält und permanente Destabi-
1200 lisierungsversuche einstellt. Unser Ziel sind partnerschaftliche wirt-
1201 schaftliche, politische und kulturelle Beziehungen zu diesem wichtigen
1202 Land in Europa. China kann für uns ein Partner bei globalen Herausfor-
1203 derungen sein. Im internationalen Handel ist China Wettbewerber.

1204 Und wir wissen: China will ein anderes System. Unsere Hoffnung war
1205 falsch, wirtschaftlicher Wohlstand führe auch dort automatisch zu De-
1206 mokratisierung. Wir erkennen an China auch: Wirtschaft und Politik
1207 gehören zusammen, Innenpolitik ist zugleich Außenpolitik. China ver-
1208 bindet Wirtschafts- und Handelsinteressen mit der Außen- und Sicher-
1209 heitspolitik. Deshalb werden wir auf einen fairen Wettbewerb zu glei-
1210 chen Bedingungen achten. Und wir werden darauf achten, dass wir un-
1211 sere Schlüsseltechnologien und Daten in der eigenen Hand behalten.

1212 Unsere Partner Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien füh-
1213 len sich von Chinas Machtanspruch mehr und mehr herausgefordert.
1214 Nicht nur sie erwarten, dass Europa in der Außenpolitik mit einer
1215 Stimme spricht. Nur das bietet für Europa die Chance, im Systemwett-
1216 bewerb zu bestehen. Dabei ist unsere Haltung: Wir bleiben transatlan-
1217 tisch und werden europäischer.

**Wo der Wettstreit
auch entschieden wird**

1218 Der Wettstreit zwischen demokratischen und autoritären Systemen
1219 wird auch in Staaten entschieden, die wir noch zu selten oder über-

1220 haupt nicht im Blick haben. Gerade solche Länder, die sich noch stärker
1221 entwickeln und nach Wohlstand streben, sind beeindruckt von autoritären
1222 Systemen. Diese helfen – mit Geld und mit Einfluss. Doch dabei geht es ihnen vor
1223 allem um sich selbst, um den Zugang zu Rohstoffen und Machtgewinne.
1224

Alle Länder haben ein Recht auf Entwicklung

1225 Wir sind der Überzeugung, dass alle Länder die Chance haben sollen,
1226 sich gut zu entwickeln. Dies ist ihr elementares Recht. Es wird ihnen nicht
1227 gewährt, sondern steht ihnen zu. Die Globalisierung ist weder Segen noch
1228 Unheil, sondern ein Wachstumsmotor, der schon vielen Ländern zum Aufstieg
1229 verholfen hat. Heute leben eine Milliarde Menschen weniger in extremer
1230 Armut als noch vor einigen Jahrzehnten. Dennoch fliehen weltweit so viele
1231 Menschen wie nie zuvor vor Krieg und Verfolgung, vor Konflikten, Klima- und
1232 Umweltzerstörungen, vor Elend und Krankheiten. Wir verstehen diese
1233 geostrategischen Herausforderungen als globale ökologische und soziale
1234 Frage. Sie leitet uns in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.
1235 Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Verbesserung der
1236 wirtschaftlichen und sozialen Chancen ist eine weltweite Aufgabe. Wir wollen,
1237 dass alle Menschen sauberes Trinkwasser haben, sie Arbeit haben, ihre Kinder
1238 zur Schule gehen können und dass sie ihre Konflikte mit Worten statt mit
1239 Waffen lösen. Auf diesem Boden gedeihen Chancen, Wohlstand und die
1240 Demokratien von morgen. Das ist ein entscheidender Schlüssel, um weltweite
1241 Fluchtbewegungen gar nicht erst entstehen zu lassen.
1242
1243

Marshallplan mit Afrika

1244 Dabei brauchen wir einen Blick für die Besonderheiten, die Vielfalt. Ein
1245 Flug von Kairo nach Kapstadt dauert mehr als doppelt so lange wie nach
1246 Frankfurt. Afrika aber betrachten wir immer noch gerne als eins, als ein
1247 großes Ganzes, was weder den 54 Ländern gerecht wird noch seinen
1248 Menschen. Der von Deutschland ins Leben gerufene Marshallplan mit Afrika
1249 zeigt, worauf es ankommt: Afrika braucht afrikanische Lösungen.
1250

**Unsere
Verantwortung
im Ausland**

1251 Es liegt in unserem Interesse und unserer Verantwortung, uns auch
1252 jenseits der deutschen und europäischen Grenzen zu engagieren.
1253 Wenn in anderen Ländern Terroristen ausgebildet werden, dann geht
1254 uns das etwas an. Wenn Bürgerkriege Menschen dazu veranlassen, ihre
1255 zerstörte Heimat zu verlassen, um ihr Leben und das ihrer Familie zu
1256 beschützen, dann geht uns das etwas an. Das christliche Menschenbild
1257 gebietet uns, Menschen in Not zu helfen.

1258 Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik setzt dabei seit langem
1259 auf internationale Zusammenarbeit, auf diplomatische Initiativen, auf
1260 Entwicklungszusammenarbeit und Handel. Je weniger gemeinsame Lö-
1261 sungen wir den besonders betroffenen Ländern geben können, desto
1262 mehr Menschen verlassen ihre Heimat und suchen woanders nach ei-
1263 nem besseren Leben. Wir werden in Deutschland und Europa auch zu-
1264 künftig Asylberechtigten Schutz bieten. Ein verantwortlicher Umgang
1265 mit allen anderen Formen der Migration nach Deutschland macht es
1266 gleichzeitig notwendig, die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit der
1267 gesamten Gesellschaft zu berücksichtigen.

**Unsere Bundeswehr
soll mehr
Verantwortung
übernehmen**

1268 Betroffenheit kann bei Krisen und Konflikten nicht die letzte Antwort
1269 deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein. Wenn alle anderen Mit-
1270 tel und alle Verhandlungen an ihre Grenzen stoßen, müssen wir auch
1271 bereit sein, mit unseren Partnern und unter Wahrung völkerrechtlicher
1272 und verfassungsrechtlicher Vorgaben militärische Mittel anzuwenden.
1273 Heute fürchten unsere Freunde und Partner nicht mehr deutschen Ein-
1274 fluss, sondern deutsche Zurückhaltung. Die Bundeswehr muss daher in
1275 Zukunft mehr Verantwortung übernehmen. Damit sie ihre neuen Auf-
1276 gaben erfüllen kann, muss sie auch finanziell besser ausgestattet wer-
1277 den.

1278 Aus der Geschichte unseres Landes begründet sich, dass ein Einsatz
1279 der Bundeswehr im Inneren nur in ganz besonderen Ausnahmesituati-
1280 onen möglich ist. Wir wollen, dass im Falle derartiger besonderer Not-
1281 lagen mehr Unterstützung durch die Bundeswehr geleistet werden

1282 kann. Damit Diplomatie, Handel, Innere Sicherheit, Entwicklungszu-
1283 sammenarbeit und Militär besser koordiniert werden, wollen wir einen
1284 Nationalen Sicherheitsrat schaffen.

**Wir glauben an eine
demokratischere Welt**

1285 Wir nehmen unsere Verbundenheit mit der Welt ernst und wissen: Mit
1286 unseren Freunden, Partnern und Verbündeten haben wir noch viel zu
1287 tun. Die Welt wird nie perfekt sein, aber sie kann sicherer und friedli-
1288 cher, demokratischer, gerechter und freier werden, als sie heute ist.
1289 Aber sie wird es nicht, wenn wir sie den anderen überlassen; wenn wir
1290 darauf hoffen, dass andere für unsere Überzeugungen eintreten; wenn
1291 wir auf die hören, die sich vor jeglicher Verantwortung drücken wollen.
1292 Wir stellen uns dieser Verantwortung. Wir nehmen den Wettstreit an,
1293 und wir werden ihn gewinnen, wenn wir mit Überzeugung auf unsere
1294 Werte vertrauen und sie vorleben.

1295 **VII. Die Partei, die *Wir* sein werden**

1978, 1994, 2007, 2020

1296 Unser neues Grundsatzprogramm: Es klingt anders. Es sieht anders
1297 aus. Es fühlt sich anders an. Und doch haben wir das Wertvollste auf-
1298 geschrieben, das wir als Christdemokraten besitzen und unserem Land
1299 geben können: unsere Grundsätze. So war es 1978, 1994 und 2007, so
1300 ist jetzt am Anfang der zwanziger Jahre.

1301 Uns Christdemokraten liegt Deutschland am Herzen. Wir wollen seine
1302 Menschen nicht verändern. Es sind die Menschen, jeder mit seiner Per-
1303 sönlichkeit, die unser Land ausmachen. Wenn wir in Zukunft unser
1304 Land voranbringen wollen, müssen wir Veränderungen wahrnehmen,
1305 mit unseren Grundsätzen jeden Tag aufs Neue zusammenbringen und
1306 mit bleibenden Werten immer wieder neue Antworten geben. Das
1307 macht moderne Volkspartei CDU aus.

Volkspartei der Mitte

1308 Vieles haben wir gemeinsam: einzigartig und weltoffen, vielfältig und
1309 individuell. Unsere Heimat ist Jogginghose und Abendgarderobe,
1310 Streichkonzert und Stammtisch, Seniorenheim, Elterninitiative und Ju-
1311 gendclub. Genau das meint moderne Volkspartei CDU. Unser Marken-
1312 zeichen als Volkspartei war und ist das Zusammenführen, nicht das
1313 Entweder-oder. Wir sind nicht immer einer Meinung, und das ist gut,
1314 denn die besten Lösungen entstehen aus dem Ringen um die richtigen
1315 Antworten. In diesem Sinne sind wir als Volkspartei mehr Volk als Par-
1316 tei. Wir machen Politik aufbauend auf dem Fundament unserer
1317 Grundsätze für alle Menschen, weil wir überzeugt sind: So dienen wir
1318 unserem Land am besten. Demokratie braucht den Ausgleich, und ge-
1319 gerade jetzt am Anfang der zwanziger Jahre müssen wir uns darauf mehr
1320 besinnen. Wenn es drauf ankommt, verstehen wir uns und halten zu-
1321 sammen. Deshalb ist unser Land erfolgreich. Deshalb ist die Christde-
1322 mokratische Union Deutschlands erfolgreich.

1323 Wir wollen, dass alle, die Lust auf eine wertebasierte, unideologische
1324 und gestaltungsfreudige Politik haben, bei uns finden, was sie suchen.
1325 Eine Mitgliederpartei lebt davon, dass sich Menschen binden und poli-

1326 tisch engagieren. Sie machen Wahlkampf, schreiben Anträge, überneh-
1327 men Ämter und Mandate. Sie treffen die großen Entscheidungen. So
1328 wird es auch in zehn Jahren sein. Aber eine erfolgreiche und attraktive
1329 Union erkennt zugleich: Andere wollen mit uns ein Bündnis auf Zeit
1330 eingehen, um schnell etwas zu bewegen. Auch sie suchen eine politi-
1331 sche Heimat – und die bieten wir ihnen.

1332 Wenn wir von moderner Volkspartei CDU sprechen, meinen wir auch:
1333 Wir sind neugierig auf Menschen, die noch nicht zu uns gefunden ha-
1334 ben, und wissen, dass wir uns für sie stärker öffnen müssen. Denn 2030
1335 werden wir uns nicht mehr die Köpfe darüber zerbrechen können, wie
1336 unsere Volkspartei weiblicher, jünger und vielfältiger wird. Sie muss es
1337 geworden sein.

1338 Wir sind keine Partei, die sich damit zufriedengibt, so zu bleiben, wie
1339 sie gerade ist. Am Ende der zwanziger Jahre wird die CDU anders sein
1340 als heute. Denn so war es schon immer. Diese Erfahrung tragen wir in
1341 uns, sie ist bei uns aufgehoben. Deshalb verstehen wir die Gegenwart
1342 und besitzen daraus die Kraft, die Zukunft zu gestalten.

1343 Zukunft wird anders, als sie war. Aber wir sind ihr nicht einfach ausge-
1344 liefert. Wir halten sie in unseren Händen und können sie prägen und
1345 gestalten. Wir erschaffen etwas, von dem wir noch erzählen, wenn aus
1346 Zukunft schon lange Vergangenheit geworden ist: Wir sorgen für Er-
1347 folgeschichten, die uns daran erinnern, dass sich Krisen und Heraus-
1348 forderungen selten ankündigen und wir sie trotzdem meistern. Es geht
1349 – gestern wie heute und morgen – um das Grundsätzliche, um unsere
1350 Werte, die wir bewahren, und um unsere Überzeugungen, für die wir
1351 einstehen. Vor uns liegen Herausforderungen, von denen wir manche
1352 erahnen, aber vieles auch noch nicht wissen. Was uns alle in unserem
1353 Land erwartet, ob Christdemokraten oder nicht, ist das Unerwartete.
1354 Doch es gilt, was Konrad Adenauer gesagt hat: „Man muss den Weg
1355 gehen, den man als richtig erkennt, gleichgültig wie schwer es auch
1356 ist.“

**Eine moderne
Volkspartei muss
neugierig auf die
Menschen bleiben**

**Lasst uns weiter für
Erfolgsgeschichten
sorgen!**

**Der richtige Weg für
Deutschland**

1357 Wir haben den Weg vor Augen, und wir sagen in unserem Grundsatz-
1358 programm, warum dieser Weg für unser Land der richtige ist. Davon
1359 möchten wir möglichst viele Menschen überzeugen – unabhängig von
1360 Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund. Es muss ein Weg sein,
1361 der dazu führt, dass unser Land in Frieden und Freiheit wirtschaftlich
1362 stark und wettbewerbsfähig ist, sicher und menschlich, innovativ und
1363 nachhaltig.

1364 Diese Ziele erreichen wir mit der Bereitschaft, einem guten Argument
1365 nachzugeben. Kompromisse sind das Springen über den eigenen
1366 Schatten, um auf den anderen zuzugehen. Moderne Volkspartei CDU
1367 kann nicht der laute Jubel sein, der Gegenstimmen übertönt, nicht der
1368 Beifallssturm, der über Bedenken hinwegfegt, nicht der triumphie-
1369 rende Gesang. Wir sehen nicht nur die eine Hand, die uns auf die
1370 Schulter klopft, sondern auch die andere, die als Faust in der Hosenta-
1371 sche steckt.

**Wir haben Lust auf
Zukunft**

1372 So wurde aus der Idee ein neues Grundsatzprogramm. Wir wollten im-
1373 mer alle zehn Finger sehen, jedes Argument hören. Klar ist, dass die
1374 neuen Sätze genauso mühsam erkämpft wurden wie die alten. Und es
1375 steckt in ihnen, was uns alles bedeutet. Unsere christdemokratischen
1376 Grundsätze haben sich wieder und wieder bewehrt, sie haben sich
1377 durch alle Zeiten als alltagstauglich, beständig und zukunftsfest erwie-
1378 sen. Sie sind es, die uns verbinden. Sie verbinden uns mit unserem
1379 Land und mit uns selbst, mit jeder Christdemokratin und jedem Christ-
1380 demokraten in diesem Land. Mit ihnen gehen wir selbstbewusst in die
1381 Zukunft.